



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV

Wegleitung über die Renten (RWL) in der Eidgenössischen Alters-, Hinterlasse- nen- und Invalidenversicherung

Gültig ab 1. Januar 2003

Stand: 1. Januar 2022

318.104.01 d RWL

12.21

Vorwort

Die seit 1. Januar 1997 gültige Wegleitung über die Renten (RWL), Band 1, wurde bereits durch fünf Nachträge ergänzt. Am 1. Juni 2002 traten die Bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU in Kraft und am 1. Januar 2003 tritt auch das Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) in Kraft, welches u.a. die Verzugszinspflicht auf Leistungen einführt (vgl. Ziffer 10.6.3 RWL). Aus diesen und auch aus technischen Gründen wird per 1. Januar 2003 eine neue Ausgabe des 1. Bandes aufgelegt, welche die bisherige Fassung ersetzt. Die Wegleitung wurde redaktionell überarbeitet und die Randziffern neu nummeriert.

Gelangten AHV-Renten bei rechtzeitiger Anmeldung erst nach Ablauf von fünf Jahren seit der Entstehung des Rentenanspruchs zur Auszahlung, so waren die Akten bisher dem BSV zu unterbreiten (Rz 10116 der RWL, gültig bis 2002). Diese Bestimmung wird ab 2003 aufgehoben.

Das Kreisschreiben über das Verfahren zur Rentenfestsetzung in der AHV/IV (KSBIL), gültig ab 1. Juni 2002, wurde noch nicht in diese Neuauflage integriert, weil weitere Erfahrungen abzuwarten sind. Das KSBIL wird weiterhin separat in der elektronischen Fassung im AHV-Intranet und im Internet unter www.sozialversicherungen.admin.ch geführt (AHV – Grundlagen AHV – Weisungen Renten).

Die neue RWL Band 1 ist in den bestehenden grünen Ordner einzufügen und der vollständig auszuwechselnde bisherige Band 1 ist in den dafür mitgelieferten schwarzen Ordner abzulegen.

Künftige Änderungen und Ergänzungen können wie üblich durch die Lieferung von Ersatzseiten eingefügt werden.

Vorwort zum Nachtrag 1, gültig ab 1. Januar 2004

Der vorliegende Nachtrag 1 enthält die Ersatzseiten mit den auf den 1. Januar 2004 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/04 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Die wesentlichsten Änderungen sind auf das Inkrafttreten der 4. IV-Revision am 1. Januar 2004 zurückzuführen. Erwähnenswert ist die Einführung der Dreiviertels-Invalidenrente bei einem Invaliditätsgrad von 60–69 Prozent, die Überführung der Härtefallrenten in die Ergänzungsleistungen, die Aufhebung der IV-Zusatzrenten und die Einführung der Hilflosenentschädigung der IV für Versicherte, die wegen der Beeinträchtigung der Gesundheit zu Hause leben und dauernd auf lebenspraktische Begleitung angewiesen sind.

Im Übrigen enthält der vorliegende Nachtrag Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des EVG oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Vorwort zum Nachtrag 2, gültig ab 1. Januar 2005

Der vorliegende Nachtrag 2 enthält die Ersatzseiten mit den auf den 1. Januar 2005 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/05 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der vorliegende Nachtrag enthält Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des EVG oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Vorwort zum Nachtrag 3, gültig ab 1. Januar 2006

Der vorliegende Nachtrag 3 enthält die Ersatzseiten mit den auf den 1. Januar 2006 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/06 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen. Die ausgewechselten Loseblätter sind in dem dafür vorgesehenen schwarzen Ordner systematisch abzulegen.

Der vorliegende Nachtrag enthält Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des EVG oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Vorwort zum Nachtrag 4, gültig ab 1. Januar 2007

Die wesentlichsten Änderungen sind auf das Inkrafttreten des neuen Bundesgesetzes über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz; PartG) am 1. Januar 2007 zurückzuführen. Die Änderungen werden in einem separaten Kapitel (vgl. Ziffer 3.13) behandelt. Zu beachten ist auch die diesbezügliche Einführung von vier neuen Zivilstands-Codes (vgl. Anhang IV, Feld 11).

Im Übrigen enthält der vorliegende Nachtrag Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des EVG oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Vorwort zum Nachtrag 9, gültig ab 1. Januar 2012

Der vorliegende Nachtrag 9 enthält im Wesentlichen die auf den 1. Januar 2012 in Kraft tretenden Änderungen im Rahmen der AHVG-Revision „Verbesserung der Durchführung“ und der 6. IV-Revision, erstes Massnahmenpaket (Revision 6a).

Die AHVG-Revision „Verbesserung der Durchführung“ bewirkt unter anderem eine Vereinfachung der Einkommensteilung im Scheidungsfall. Neu werden bei Beitragslücken keine Jugendjahre mehr für die Einkommensteilung berücksichtigt. Die entsprechenden Randziffern wurden gestrichen oder angepasst.

Die im Rentenbereich wesentlichsten Änderungen im Rahmen der IV-Revision 6a betreffen die Einführung einer Übergangsleistung in Form einer IV-Rente (siehe neues Kapitel 5.15.8), die Herabsetzung der Hilflosenentschädigungen der IV für Erwachsene im Heim (siehe Kapitel 8.1 und 8.2) sowie die Einführung eines Assistenzbeitrages in der IV (siehe Kapitel 8.3).

Im Übrigen enthält der vorliegende Nachtrag Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts oder aufgrund der gesammelten Erfahrungen aus der Praxis notwendig wurden.

Vorwort zum Nachtrag 10, gültig ab 1. Januar 2013

Der vorliegende Nachtrag 10 enthält im Wesentlichen die auf den 1. Januar 2013 in Kraft tretenden Änderungen betreffend das ab 1. Januar 2013 in Kraft tretende neue Erwachsenenschutzrecht. Zudem enthält Kapitel 11. bei den Übereinstimmungskontrollen der Rentenrekapitulation und bei den Meldungen an die ZAS einige Präzisierungen. Unter Ziffer 11.10 wird neu die Kontrolle der endgültig mutierten Meldungen aufgeführt.

Im Übrigen enthält der vorliegende Nachtrag Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts oder aufgrund der gesammelten Erfahrungen aus der Praxis notwendig wurden.

Vorwort zum Nachtrag 11, gültig ab 1. Januar 2014

Der vorliegende Nachtrag 11 enthält die Ersatzseiten mit den auf den 1. Januar 2014 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/14 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen.

Der vorliegende Nachtrag enthält Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Vorwort zum Nachtrag 12, gültig ab 1. Januar 2015

Der vorliegende Nachtrag 12 enthält die Ersatzseiten mit den auf den 1. Januar 2015 in Kraft tretenden Änderungen. Die Ersatzseiten sind jeweils unten rechts mit dem Datum der Auswechslung gekennzeichnet. Ausserdem wird auf die einzelnen Änderungen mit einem Vermerk 1/15 unter jeder betreffenden Randziffer hingewiesen.

Der vorliegende Nachtrag enthält Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Vorwort zum Nachtrag 13, gültig ab 1. Januar 2016

Der vorliegende Nachtrag 13 enthält die auf den 1. Januar 2016 in Kraft tretenden Änderungen. Mit dem Vermerk 1/16 unter jeder betreffenden Randziffer wird auf die Änderung hingewiesen.

Der vorliegende Nachtrag beinhaltet insbesondere Änderungen bei der Anrechnung der Erziehungsgutschriften von geschiedenen oder nicht miteinander verheirateten Eltern, welche die gemeinsame elterliche Sorge ausüben. Die Änderungen zu den Erziehungsgutschriften traten am 1. Januar 2015 in Kraft, gestützt auf das revidierte Sorgerecht, welches seit Juli 2014 gültig ist. Zur besseren Übersicht wurde das ganze Kapitel Erziehungsgutschriften neu strukturiert; der Anhang enthält Übersichtstabellen mit den wesentlichen Änderungen bei der Anrechnung von Erziehungsgutschriften sowie Fallbeispiele.

Ausserdem wurde die Bestimmung zum Beginn der Verwirkungsfrist bei Verschollenheit (Rz 3431) angepasst. Rückfragen aus der Praxis haben gezeigt, dass die Bestimmung falsch interpretiert wurde, weshalb sie nun präzisiert wird. Materiell hat sie keine Änderung erfahren.

Der Nachtrag enthält zudem Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden.

Vorwort zum Nachtrag 14, gültig ab 1. Januar 2017

Der vorliegende Nachtrag 14 enthält die auf den 1. Januar 2017 in Kraft tretenden Änderungen. Mit dem Vermerk 1/17 unter jeder betreffenden Randziffer wird auf die Änderung hingewiesen.

Der vorliegende Nachtrag enthält Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden. Bei Dienststellen wurden deren neuen Bezeichnungen Rechnung getragen (SEM, KESB).

Insbesondere in der französischen Fassung wurden Anpassungen in Übersetzungen sowie redaktioneller und orthografischer Art vorgenommen, um die Übereinstimmung mit der deutschen Originalversion zu gewährleisten.

Vorwort zum Nachtrag 15, gültig ab 1. Januar 2018

Der vorliegende Nachtrag 15 enthält die auf den 1. Januar 2018 in Kraft tretenden Änderungen. Mit dem Vermerk 1/18 unter jeder betreffenden Randziffer wird auf die Änderung hingewiesen.

Änderungen betreffen die Übergangsgutschriften, welche für Renteberechnung ab 2018 nicht mehr neu entstehen können, da diese für vor 1953 geborene Personen gewährt wurden. Mit Hilfe von Fussnoten wird jedoch für mögliche Mutationsfälle weiterhin auf die allenfalls zu gewährenden Übergangsgutschriften hingewiesen.

Eine wesentliche Änderung betrifft die Bestimmungen bezüglich Rentenregister und dem damit verbundenen Datenaustausch. Per 1. Januar 2018 tritt die neue Wegleitung zum Rentenregister (RR) und RR-Datenaustausch (WL-RR) in Kraft. Ein grosser Teil des bisherigen Kapitels 11 der RWL sowie die bisherigen Anhänge IV (Inhalt der einzelnen Meldungen) und V (Liste der Schlüsselzahlen für Sonderfälle) wurden in die neue WL-RR integriert.

Der Nachtrag erhält zudem Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen, die aufgrund der Rechtsprechung des Bundesgerichts oder der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden. Die Rechtsprechung des Bundesgerichts betrifft insbesondere die Präzisierung von Beginn und Ende einer Ausbildung. Diese neuen Regeln (vgl. Rz 3368, 3368.1 und 3368.2) sind spätestens auf den Beginn des Studienjahres 2018/2019, also ab Herbstsemester 2018, umzusetzen.

Vorwort zum Nachtrag 16, gültig ab 1. Januar 2019

Der vorliegende Nachtrag 16 erhält die auf den 1. Januar 2019 in Kraft tretenden Änderungen. Mit dem Vermerk 1/19 unter jeder betreffenden Randziffer wird auf die Änderung hingewiesen.

Die Änderungen betreffen Präzisierungen und Korrekturen, welche aufgrund der in der Praxis gesammelten Erfahrungen notwendig wurden. Insbesondere handelt es sich um folgende Punkte:

- Die Anmeldung zum Vorbezug der Altersrente kann unter gewissen Voraussetzungen durch den Beistand der versicherten Person vorgenommen werden.
- Das Gesuch um Verzicht auf Leistungen einer verheirateten Person muss durch den Ehegatten der gesuchstellenden Person mitunterzeichnet werden.
- Um sicher zu zustellen, dass die frühere Rechtsprechung im aktuellen Recht der 10. AHV-Revision nicht mehr anwendet wird, wurden bezüglich Anrechnung von Jugendjahren Präzisierungen vorgenommen. Wenn eine in der Schweiz wohnhafte Person während den Jugendjahren aufgrund einer Erwerbstätigkeit Beiträge bezahlt und dabei den Mindestbeitrag entrichtet hat, so ist ihr zur Lückenschliessung das ganze Jahr anzurechnen. Dies auch, wenn die Erwerbstätigkeit nicht über das ganze Kalenderjahr ausgeübt wurde.
- Bei der Einkommensteilung für Zeitabschnitte während denen die IV-Rente wegen verspäteter Anmeldung nicht ausbezahlt werden konnte, werden die Erwerbseinkommen und nicht das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen berücksichtigt. Entsprechend wird eine per 1.1.2009 aufgehobene Präzisierung wieder aufgenommen (Rz 5214).
- Bei der Berechnung der Kürzung für Hinterlassenenrenten, die auf eine vorbezogene Altersrente folgen, ist auch in den Fällen, in denen die Person während der Vorbezugsdauer verstirbt, stets auf die gewählte Vorbezugsdauer abzustellen (12 oder 24 Monate).
- Ausserordentliche IV-Renten können an invalide Ausländer, die als Kind die versicherungsmässigen Voraussetzungen für Eingliederungsmassnahmen erfüllt haben, ab dem vollendeten 18. Altersjahr gewährt werden. Die aufgrund des BGE 140 V 246

per 2015 umformulierte Ziff. 7.3.1.2 RWL war zu absolut formuliert und muss entsprechend korrigiert werden.

Des Weiteren wurde das Abkürzungsverzeichnis sowie diverse Verweise und Links aktualisiert. Aufgrund der einheitlichen Gestaltung der Weisungen wurden zudem teilweise formelle Anpassungen vorgenommen.

Vorwort zum Nachtrag 17, gültig ab 1. Januar 2020

Der vorliegende Nachtrag 17 enthält die auf den 1. Januar 2020 in Kraft tretenden Änderungen. Mit dem Vermerk 1/20 unter jeder betreffenden Randziffer wird auf die Änderung hingewiesen.

Einerseits wurden Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen aufgrund der in der Praxis gesammelten Erfahrungen und der Rechtsprechung des Bundesgerichts vorgenommen. Andererseits wurden zur besseren Übersicht teilweise neue Unter-Randziffern gebildet oder deren Reihenfolge geändert.

Die bisherigen Verweise auf die Wegleitung über die Stellung der Ausländer und Staatenlosen (WAS) wurden durch Ausführungen zu einzelnen Bestimmungen oder Verweisen auf Sozialversicherungsabkommen ersetzt. Dies dient dem besseren Verständnis und vereinfacht die Handhabung. Die WAS ist weiterhin in Kraft, wurde jedoch in den letzten Jahren – insbesondere seit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens – nicht überarbeitet und ist auch nicht in elektronischer Form verfügbar.

Des Weiteren wurden in den Anhängen I und VI die ab 1. Januar 2020 geltenden Beträge aufgenommen.

Vorwort zum Nachtrag 18, gültig ab 1. Januar 2021

Der vorliegende Nachtrag 18 erhält die auf den 1. Januar 2021 in Kraft tretenden Änderungen. Mit dem Vermerk 1/21 unter jeder betreffenden Randziffer wird auf die Änderung hingewiesen.

Einerseits werden Präzisierungen, welche sich aufgrund der in der Praxis gesammelten Erfahrungen sowie der bundesgerichtlichen Rechtsprechung ergeben, aufgenommen. Andererseits werden Änderungen infolge der per 1. Januar 2021 Kraft tretenden Revisionen des ATSG sowie der Quellenbesteuerung notwendig. Zudem werden die Änderungen im Bereich der Betreuungsgutschriften, welche ebenfalls per 1. Januar 2021 in Kraft treten, berücksichtigt.

Bei der Überarbeitung der Wegleitung zur freiwilligen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (WFV) per 1. Januar 2021 wurden in Ansprache mit der Schweizerischen Ausgleichskasse (SAK) Randziffern bezüglich Rentenauszahlung sowie Lebenskontrollen aus der WFV entfernt, da diese nicht nur die freiwillige Versicherung betreffen. Die entsprechenden Bestimmungen werden neu in der Wegleitung über die Renten der AHV//IV in den entsprechenden Kapiteln aufgenommen.

Schlussendlich werden in den Anhängen I, III und VI die Zahlen aufgrund der Rentenerhöhung sowie der in Kraft tretenden Reform der Ergänzungsleistungen angepasst und ergänzt.

Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU (FZA) gilt ab dem 1. Januar 2021 nicht mehr für die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich.

Die im Bereich der sozialen Sicherheit erworbenen Rechte von Personen, die vor dem 1. Januar 2021 von Seiten der Schweiz und des Vereinigten Königreichs dem FZA unterstellt waren, bleiben auf der Grundlage des Abkommens über die Bürgerrechte gewahrt (vgl. www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/int/brexit.html und [Mitteilung an die AHV-Ausgleichskasse und EL-Durchführungsstellen Nr. 430 vom 16.11.2020](#)).

Zur neuen Regelung, die ab dem 1. Januar 2021 für die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich gilt, stehen auf der [Internetseite des BSV](#) spezifische Informationen zur Verfügung.

Vorwort zum Nachtrag 19, gültig ab 1. Januar 2022

Der vorliegende Nachtrag 19 erhält die auf den 1. Januar 2022 in Kraft tretenden Änderungen. Mit dem Vermerk 1/22 unter jeder betreffenden Randziffer wird auf die Änderung hingewiesen.

Einerseits werden Ergänzungen, inhaltliche Präzisierungen oder redaktionelle Verbesserungen aufgrund der in der Praxis gesammelten Erfahrungen und der Rechtsprechung des Bundesgerichts vorgenommen. Andererseits werden die Änderungen infolge der Revision zur Weiterentwicklung der IV (WE IV) aufgenommen.

Der vorliegende Nachtrag enthält Anpassungen zur Berechnung der stufenlosen Invalidenrenten und gilt für alle IV-Renten, auf die ab dem 1. Januar 2022 der Anspruch besteht. Die Modalitäten zur Weiterführung der Renten nach altem Recht beziehungsweise der Überführung der Renten ins stufenlose System (Übergangsbestimmungen, Bst. b und c, IVG) werden in einem separaten Kreisschreiben festgehalten (Kreisschreiben über die Übergangsbestimmungen zum Rentensystem im Rahmen der WE IV, KS ÜB WE IV).

Die WE IV schafft die bisherigen Rentenstufen ab und führt ein stufenloses Rentensystem ein. Die Bemessung des Invaliditätsgrades bleibt grundsätzlich unverändert und auch die Eintrittsschwelle mit einem Invaliditätsgrad von mindestens 40 Prozent bleibt bestehen. Die Rente wird in prozentualen Anteilen an einer ganzen Rente festgelegt (Art. 28b IVG). Bei einem Invaliditätsgrad von 40 Prozent besteht Anspruch auf 25 Prozent einer ganzen Rente. Bei einem Invaliditätsgrad von 40 bis 49 Prozent erhöht sich die Rente schrittweise um 2,5 Prozent pro Prozentpunkt des Invaliditätsgrades. Bei einem Invaliditätsgrad von 50 bis 69 Prozent entspricht der prozentuale Anteil dem Invaliditätsgrad. Ab einem Invaliditätsgrad von 70 Prozent wird eine ganze Rente zugesprochen.

Das neue Recht gilt für alle Invalidenrenten, auf die der Anspruch gemäss Artikel 29 Absatz 1 und 2 IVG nach dem 31. Dezember 2021 entsteht. Nach bisherigem Recht festgesetzte Invalidenrenten (Abstufung in vier Rentenbruchteile) werden ab 1. Januar 2022 weiterhin ausgezahlt und zwar parallel zu den neuen Renten. Eine

Überführung ins neue Recht erfolgt für die Jahrgänge 1992 bis 2003 per 1. Januar 2032 automatisch.¹

In Bezug auf die Plafonierung sehen die Übergangsbestimmungen eine Besitzstandsgarantie auf dem maximalen Rentenbetrag der höheren der beiden Renten der Ehegatten vor, wenn das lineare Rentensystem zu einem schlechteren Resultat führt (Bst. c E-IVV im Rahmen der WE IV).

Hat der Ehegatte Anspruch auf eine Invalidenrente für einen Invaliditätsgrad von höchstens 50 Prozent, so wird die Hälfte des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens zum Einkommen des invaliden Ehegatten hinzugezählt und im Falle eines Splittings oder beim Eintritt eines versicherten Ereignisses mit dem Ehegatten geteilt (Art. 51 Abs. 5 E-AHV).

Aufgrund der grossen Zahl von prozentualen Rentenanteilen werden die Rententabellen durch Vorschriften zur Rentenberechnung ersetzt, da die Führung einer Rententabelle sehr aufwändig wäre (Art. 53 Abs. 1 E-AHVG).

Des Weiteren wird infolge der Änderungen in AHVG und AHVV bezüglich der systematischen Verwendung der AHV-Nummer durch Behörden der Begriff «Versichertennummer» durch «AHV-Nummer» ersetzt.

¹ Übergangsbestimmungen, Bst. b und c sind Gegenstand eines separaten Kreisschreibens (Kreisschreiben über die Übergangsbestimmungen zum Rentensystem im Rahmen der WE IV, KS ÜB WE IV)

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	36
1. Das Anmeldeverfahren	40
1.1 Mitwirkung der Zivilstandsämter	40
1.2 Mitwirkung der Arbeitgeber	40
1.3 Geltendmachung von AHV-Leistungen	40
1.4 Legitimation zur Anmeldung	40
1.4.1 Im Allgemeinen	40
1.4.2 Beim Vorbezug der Altersrente	41
1.4.3 Anmeldeformulare	42
1.5 Zeitpunkt der Einreichung der Anmeldung beim Vorbezug.....	42
1.6 Beilagen zur Anmeldung	42
1.6.1 Im Allgemeinen	42
1.6.2 Im Einzelnen	43
1.6.3 Ergänzungsblätter	43
1.6.4 Vollmacht bei Geltendmachung einer Hilfflosenentschädigung	43
1.7 Registrierung der Anmeldung.....	44
1.8 Prüfung unter Inanspruchnahme von Registerdaten	44
1.9 Für die Geltendmachung von IV-Leistungen	45
1.10 Rückzug der Anmeldung	45
1.11 Verzicht auf Leistungen.....	45
2. Die Kassenzuständigkeit	47
2.1 Ordentliche Renten	47
2.1.1 Im Allgemeinen	47
2.1.2 Regel bei Ehepaaren	49
2.1.3 Einheit des Rentenfalles.....	49
2.1.4 Regel bei Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland.....	50
2.2 Ausserordentliche Renten	51
2.3 Hilfflosenentschädigungen	52

2.4	Der Kassenwechsel	52
2.4.1	Im Allgemeinen	52
2.4.2	Vorkehrungen der bisher zuständigen Ausgleichskasse .	53
2.4.3	Vorkehrungen der neu zuständigen Ausgleichskasse	54
2.5	Entscheid über Streitigkeiten.....	54
3.	Die ordentlichen Renten	55
3.1	Die Rentenarten	55
3.2	Die Mindestbeitragsdauer	55
3.2.1	In der AHV	55
3.2.2	In der IV	56
3.3	Altersrenten.....	57
3.3.1	Im Allgemeinen	57
3.3.2	Entstehung des Rentenanspruchs	57
3.3.3	Erlöschen des Rentenanspruchs.....	57
3.4	Invalidenrenten.....	58
3.4.1	Invalidität und Rentenanspruch	58
3.4.2	Stufenloses Rentensystem.....	58
3.4.2.1	Regel	58
3.4.2.2	Ganze Rente bei einem Invaliditätsgrad von weniger als 70 Prozent.....	59
3.4.2.3	Anspruch auf einen prozentualen Anteil einer ganzen Rente von 50 Prozent bei einem Invaliditätsgrad von weniger als 50 Prozent (Besitzstandsgarantie).....	59
3.4.3	Eintritt des Versicherungsfalls und Entstehung des Auszahlungsanspruchs (Art. 28 und 29 IVG).....	60
3.4.4	Erlöschen des Rentenanspruchs.....	61
3.5	Zusatzrenten in der AHV	62
3.5.1	Entstehung des Anspruchs	63
3.5.2	Erlöschen des Anspruchs.....	63
3.6	Waisen- und Kinderrenten.....	64
3.6.1	Waisenrenten.....	64
3.6.1.1	Im Allgemeinen	64
3.6.1.2	Pflegekinder	65
3.6.1.3	Findelkinder	68
3.6.1.4	Entstehung des Anspruchs	68
3.6.1.5	Erlöschen des Anspruchs.....	70

3.6.2	Kinderrenten der IV und der AHV	71
3.6.2.1	Rentenanspruch	71
3.6.2.2	Entstehung des Anspruchs	72
3.6.2.3	Erlöschen des Anspruchs	74
3.6.3	Waisen und Kinder in Ausbildung	75
3.6.3.1	Grundsatz	75
3.6.3.2	Begriff der Ausbildung	76
3.6.3.3	Beginn, Beendigung und Unterbrechung der Ausbildung	81
3.7	Witwen- und Witwerrenten	83
3.7.1	Anspruchsvoraussetzungen	83
3.7.1.1	Besondere Voraussetzungen für Witwen	83
3.7.1.2	Besondere Voraussetzungen für Witwer	84
3.7.1.3	Gemeinsame Voraussetzungen für Witwen und Witwer ..	85
3.7.2	Geschiedene Personen	86
3.7.2.1	Voraussetzungen für geschiedene Frauen	86
3.7.2.2	Voraussetzungen für geschiedene Männer	88
3.7.3	Tod und Verschollenheit	88
3.7.3.1	Zeitpunkt des Todes	88
3.7.3.2	Verschollenheit	88
3.7.4	Entstehung des Rentenanspruchs	89
3.7.5	Erlöschen des Rentenanspruchs	90
3.8	Zusammentreffen von Witwen- oder Witwerrenten mit Alters- oder Invalidenrenten	91
3.9	Zusammentreffen von Waisenrenten mit andern Renten ..	91
3.10	Zusammentreffen von Hinterlassenenrenten mit Eingliederungsmassnahmen der IV	92
3.11	Verweigerung, Kürzung oder Entzug einer Rente	92
3.11.1	In der AHV	92
3.11.2	In der IV	93
3.12	Sistierung der IV-Rente während des Vollzuges einer Freiheitsstrafe oder Massnahme	93
3.13	Die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG)	94
3.13.1	Im Allgemeinen	94
3.13.2	Neue Zivilstände und Verfahren	94
3.13.3	Geltendmachung des Rentenanspruchs	95
3.13.4	Kinder- und Waisenrenten	96

3.13.5	Witwerrente	96
3.13.6	Rentenberechnung.....	96
3.13.7	Auflösung der eingetragenen Partnerschaft	97
3.13.8	Auszahlung, Nachzahlung, Rückerstattung und Verrechnung	97
4.	Die Prüfung der versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen	98
4.1	Im Allgemeinen	98
4.1.1	Zuständigkeit für die Prüfung.....	98
4.1.1.1	AHV-Renten	98
4.1.1.2	IV-Renten und Hilflosenentschädigungen für volljährige Personen.....	98
4.2	Prüfung der Personalien.....	98
4.2.1	Prüfung durch die Ausgleichskassen.....	98
4.2.2	Mitwirkung der Zivilstandsämter	100
4.2.3	Vorgehen bei unterschiedlichen Angaben	101
4.3	Prüfung des schweizerischen Wohnsitzes	101
4.3.1	Zivilrechtlicher Wohnsitz in der Schweiz.....	101
4.3.2	Begriff des Wohnsitzes.....	102
4.4	Prüfung der Versicherteneigenschaft	104
4.4.1	Im Allgemeinen	104
4.4.2	Bestehen der Versicherteneigenschaft.....	105
4.5	Erfüllung der Mindestbeitragsdauer.....	106
4.6	Prüfung der Flüchtlingseigenschaft und Staatenlosigkeit.....	107
4.6.1	Flüchtlingseigenschaft.....	107
4.6.1.1	Nachweis	107
4.6.1.2	Entzug.....	107
4.6.2	Staatenlosigkeit.....	108
4.7	Besondere Erfordernisse für einzelne Renten	108
4.7.1	Im Allgemeinen	108
4.7.2	Erziehungsgutschriften für Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind.....	109
4.7.2.1	Gemeinsame elterliche Sorge nach Ehescheidung	109
4.7.2.2	Neuregelung der elterlichen Sorge durch die Erwachsenen- und Kinderschutzhilfe KESB oder das Gericht	109

4.7.3	Kinder- und Waisenrenten bei über 18jährigen Kindern in Ausbildung	110
4.7.3.1	Ausbildungsbestätigung	110
4.7.3.2	Militär-, Zivil- oder Schutzdienst	111
4.7.3.3	Krankheit oder Unfall.....	111
4.7.4	Abklärungen bei Pflegekinder.....	111
4.7.5	Hinterlassenenrente	112
4.7.5.1	Im Allgemeinen	112
4.7.5.2	Witwen- und Witwerrente bei Adoption von Pflegekindern	112
4.7.5.3	Witwenrente der geschiedenen Frau.....	113
4.7.5.4	Wiederaufleben der Witwen- oder Witwerrente	113
4.7.5.5	Verschollenheit des Ehegatten oder eines Elternteils....	113
4.7.5.6	Rente des Findelkindes.....	113
4.8	Vorgehen bei schuldhafter Herbeiführung des Todes oder der Invalidität.....	114
4.9	Zusammenruf der individuellen Konten	114
4.9.1	Im Allgemeinen	114
4.9.2	Prüfung der zusammengerufenen Konten.....	115
4.10	Ausserordentliche Renten	115
4.10.1	Im Allgemeinen	115
4.10.2	Zusatz- und Kinderrenten.....	116
5.	Die Berechnung der Renten	116
5.1	Berechnungselemente	116
5.2	Beitragsdauer.....	117
5.2.1	Begriff der Beitragsdauer	117
5.2.2	Bestimmung der Beitragsdauer	117
5.2.2.1	Versicherteneigenschaft und Beitragspflicht.....	117
5.2.2.2	Erfüllung der Beitragspflicht	118
5.2.3	Ermittlung der Beitragszeiten anhand von entrichteten Beiträgen.....	118
5.2.3.1	Bei Vorliegen des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz.....	118
5.2.3.2	Ohne Vorliegen des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz.....	119
5.2.4	Anrechenbare Beitragszeiten	120
5.2.4.1	Grundsatz	120

5.2.4.2	Anrechenbare beitragslose Ehe- und Witwenjahre bis zum 31. Dezember 1996.....	121
5.2.4.3	Zeiten, in welchen der erwerbstätige Ehegatte den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat.....	122
5.2.4.4	Anrechenbare Erziehungs- und Betreuungsjahre	124
5.2.4.5	Anrechenbare Beitragszeiten aus Jugendjahren	124
5.2.4.6	Anrechenbare beitragslose Zeitabschnitte bei freiwillig Versicherten	125
5.2.4.7	Anrechenbare ausländische Versicherungszeiten	126
5.2.4.8	Anrechenbare Zusatzjahre	126
5.2.5	Titel aufgehoben	127
5.2.6	Vollständige und unvollständige Beitragsdauer	127
5.2.7	Ermittlung der Rentenskala	128
5.2.8	Sonderfall.....	128
5.3	Massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen...	128
5.4	Die Einkommensteilung.....	129
5.4.1	Voraussetzungen der Einkommensteilung	129
5.4.2	Jahre, welche der Einkommensteilung unterliegen.....	130
5.4.3	Vornahme der Einkommensteilung	131
5.5	Summe der Erwerbseinkommen	131
5.5.1	Ermittlung im Allgemeinen.....	131
5.5.1.1	Renten von ledigen, verheirateten Personen im 1. Versicherungsfall sowie Hinterlassenenrenten	131
5.5.1.2	Verheiratete Personen im 2. Versicherungsfall.....	132
5.5.1.3	Geschiedene und verwitwete Personen	135
5.5.2	Berücksichtigung von Einkommen, für welche keine Beiträge bezahlt wurden.....	136
5.5.3	Berücksichtigung von Einkommen, für welche zu Unrecht Beiträge bezahlt wurden.....	136
5.5.4	Nicht anrechenbare Einkommen	136
5.5.4.1	Allgemeine Regel	136
5.5.4.2	Ausnahme	138
5.6	Aufwertungsfaktor	138
5.7	Beitragsjahre für den Durchschnitt aus Erwerbseinkommen	139
5.8	Ermittlung des Durchschnitts aus Erwerbseinkommen..	141
5.8.1	Im Allgemeinen	141

5.8.2	Bei früherem Bezug einer Invalidenrente	141
5.8.3	Bei Berücksichtigung der Einkommen im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls	142
5.9	Karrierezuschlag bei Hinterlassenenrenten	142
5.9.1	Allgemeine Bestimmungen	142
5.9.2	Titel aufgehoben	143
5.9.3	Ermittlung des Karrierezuschlages	143
5.10	Erziehungsgutschriften	144
5.10.1	Anspruch	144
5.10.2	Verhältnis Eltern - Kinder	144
5.10.3	Grundsätze der Anrechnung	145
5.10.4	Anrechnung bei Lücken und im Falle von Jugendjahren	148
5.10.5	Anrechnung bei nicht miteinander verheirateten oder voneinander geschiedenen Eltern	148
5.10.5.1	Allgemeines	148
5.10.5.2	Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014	149
5.10.5.3	Erziehungsjahre ab 2015	150
5.10.6	Anrechnung bei miteinander verheirateten Eltern	151
5.10.6.1	Allgemeines	151
5.10.6.2	Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014	152
5.10.6.3	Erziehungsjahre ab 2015	153
5.10.7	Berechnung	155
5.10.7.1	Allgemeines	155
5.10.7.2	Bei früherem Bezug einer Invalidenrente	155
5.10.7.3	Bei Berücksichtigung der Erziehungsgutschriften im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls	155
5.10.8	Ermittlung in Sonderfällen	156
5.11	Betreuungsgutschriften	157
5.11.1	Im Allgemeinen	157
5.11.2	Ermittlung des Durchschnitts aus Betreuungsgutschriften	157
5.11.2.1	Im Allgemeinen	157
5.11.2.2	Bei früherem Bezug einer Invalidenrente	158
5.12	Ermittlung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens	158
5.13	Plafonierung der Alters- und Invalidenrenten	158
5.13.1	Grundsatz	158
5.13.2	Massgebender Zeitpunkt	160

5.13.3	Plafonierung beim flexiblen Rentenalter	160
5.13.4	Bei vollständiger Beitragsdauer	161
5.13.5	Bei unvollständiger Beitragsdauer	161
5.13.6	Plafonierung bei Invalidenrenten	162
5.13.7	Plafonierung der Kinder- und Waisenrenten	164
5.14	Die Berechnungsgrundlagen und die Berechnung der Renten im Einzelnen	165
5.14.1	Alters- und Invalidenrenten	165
5.14.1.1	Allgemeine Regel	165
5.14.1.2	Regel bei verheirateten Personen	165
5.14.1.3	Regel bei verwitweten Personen	166
5.14.1.4	Regel bei geschiedenen Personen	168
5.14.1.5	Ausnahme bei Invalidenrenten	169
5.14.2	Zusatzrente der AHV und Kinderrenten der AHV/IV	170
5.14.3	Hinterlassenenrente	171
5.14.3.1	Allgemeine Regel	171
5.14.3.2	Wiederaufleben der Witwen- und Witwerrente	171
5.14.3.3	Zusammentreffen von Waisen- und Kinderrenten	172
5.14.3.4	Waisenrenten, beim Tode beider Eltern	172
5.14.3.5	Findelkinder	173
5.14.4	Ablösung von IV- durch AHV-Renten	173
5.14.4.1	Im Allgemeinen	173
5.14.4.2	Ablösungsfälle	174
5.14.4.3	Massgebende Berechnungsgrundlage	174
5.14.4.3.1	Regel	174
5.14.4.3.2	Vergleichsrechnung	175
5.14.5	Ermittlung des Rentenbetrages in Sonderfällen	175
5.14.5.1	Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung	175
5.14.5.1.1	Im Allgemeinen	175
5.14.5.1.2	Ermittlung des gekürzten Rentenbetrages	178
5.14.5.2	Erhöhter Mindestbetrag der ordentlichen Renten von Frühinvaliden	179
5.14.5.3	Kürzung der Invalidenrente	179
5.15	Die Berechnung von mutierten Renten	179
5.15.1	Grundsatz	179
5.15.2	Verheiratete Personen bei Eintritt des 2. Versicherungsfalls	180

5.15.2.1	Der erstrentenberechtigte Ehegatte war vor dem Anspruch auf die Altersrente invalid	180
5.15.3	Infolge Wiederverheiratung	181
5.15.4	Infolge Scheidung	182
5.15.5	Infolge Tod des einen Ehegatten.....	183
5.15.6	Infolge Wegfalls der rentenbegründenden Invalidität beim einen Ehegatten	184
5.15.7	Besitzstandregelung für Berechnungsgrundlagen bei Invalidenrenten mit einjähriger Mindestbeitragsdauer (Anspruch vor dem 1. Januar 2008 entstanden).....	185
5.15.7.1	Bei Mutationen	185
5.15.7.2	Beim Wiederaufleben der Invalidität.....	185
5.15.7.3	Bei Änderung des Invaliditätsgrades	186
5.16	Übergangsleistung	186
6.	Das flexible Rentenalter.....	188
6.1	Der Vorbezug der Altersrente.....	188
6.1.1	Begriff und Wirkung des Rentenvorbezuges	188
6.1.2	Geltendmachung des Rentenvorbezuges	188
6.1.2.1	Anmeldung und Zuständigkeit.....	188
6.1.2.2	Frist.....	189
6.1.3	Entstehung des Rentenanspruchs	189
6.1.4	Berechnung der vorbezogenen Rente.....	189
6.1.4.1	Grundsatz	189
6.1.4.2	Ermittlung des Kürzungsbetrages vor Erreichen des Rentenalters.....	190
6.1.4.3	Ermittlung des Kürzungsbetrages nach Vollendung des Rentenalters.....	190
6.1.4.4	Weitere Bestimmungen	191
6.1.5	Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung	193
6.2	Der Aufschieb der Altersrente	193
6.2.1	Begriff und Wirkung des Rentenaufschiebs	193
6.2.2	Geltendmachung des Rentenaufschiebes.....	194
6.2.2.1	Form	194
6.2.2.2	Frist.....	194
6.2.3	Voraussetzungen des Rentenaufschiebes	195
6.2.3.1	Grundsatz	195
6.2.3.2	Massnahmen bei Erfüllung der Voraussetzungen	195

6.2.3.3	Vorgehen bei Nichterfüllung der Voraussetzungen.....	196
6.2.4	Beginn und Beendigung des Rentenaufschubes	196
6.2.4.1	Beginn des Aufschubes.....	196
6.2.4.2	Beendigung des Aufschubes.....	196
6.2.4.2.1	Abruf	197
6.2.4.2.2	Gesetzliche Beendigungsgründe.....	197
6.2.4.2.3	Vorzeitige Beendigung	198
6.2.4.3	Aufschubsdauer	198
6.2.5	Berechnung der aufgeschobenen Renten	198
6.2.5.1	Grundsatz	198
6.2.5.2	Rentengrundbetrag	198
6.2.5.3	Zuschlag	199
6.2.5.3.1	Regel	199
6.2.5.3.2	Mutationen nach Beendigung der Aufschubsdauer	200
6.2.5.4	Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung	200
6.2.6	Nachzahlung	201
7.	Die ausserordentlichen Renten.....	201
7.1	Voraussetzungen für den Anspruch auf ausserordentliche Renten	201
7.1.1	Im Allgemeinen	201
7.2	Anspruchsberechtigte Personen	202
7.2.1	Ausserordentliche Hinterlassenenrenten.....	202
7.2.2	Ausserordentliche Invalidenrenten	202
7.2.3	Ausserordentliche Kinderrenten	203
7.3	Besondere Voraussetzungen	203
7.3.1	Staatsangehörigkeit	203
7.3.1.1	Allgemeine Bedeutung für die Rentenberechtigung.....	203
7.3.1.2	Sonderstellung der invaliden Ausländer mit Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen vor Vollendung des 20. Altersjahres	204
7.3.1.3	Massgebende Staatsangehörigkeit	204
7.3.2	Wohnsitz und Aufenthalt	205
7.3.2.1	Wohnsitz	205
7.3.2.2	Aufenthalt.....	206
7.3.2.3	Mindestaufenthaltsdauer	207
7.3.2.4	Sonderregelung für gewisse Schweizer Bürger im Ausland	208

7.4	Rentenhöhe	208
7.4.1	Höhe der ausserordentlichen Hinterlassenenrenten.....	208
7.4.2	Höhe der ausserordentlichen Invalidenrenten	208
7.5	Kürzung der ausserordentlichen Renten	209
8.	Die Hilflosenentschädigung für Volljährige und der Assistenzbeitrag	210
8.1	Hilflosenentschädigung der AHV	210
8.1.1	Im Allgemeinen	210
8.1.2	Anspruchsvoraussetzungen	211
8.1.2.1	Wohnsitz und Aufenthalt	211
8.1.2.2	Hilflosigkeit.....	211
8.1.2.2.1	Beginn des Anspruchs während des Bezuges einer Altersrente oder Ergänzungsleistungen.....	211
8.1.2.2.2	Ablösung der Hilflosenentschädigung der IV durch eine solche der AHV	212
8.1.2.3	Bezug einer Altersrente oder Ergänzungsleistungen.....	213
8.1.3	Entstehung und Erlöschen des Anspruchs auf die Hilflosenentschädigung der AHV	213
8.1.3.1	Entstehung des Anspruchs	213
8.1.3.1.1	Während des Bezugs einer Altersrente oder von Ergänzungsleistungen.....	213
8.1.3.1.2	Ablösung einer Hilflosenentschädigung der IV durch eine solche der AHV	214
8.1.3.1.3	Bei Wohnsitznahme in der Schweiz	214
8.1.3.1.4	Bei verspäteter Anmeldung	214
8.1.3.2	Erlöschen des Anspruchs.....	214
8.1.3.2.1	Zeitpunkt	214
8.1.3.2.2	Zuständigkeit der IV-Stelle	216
8.1.4	Die Bemessung der Hilflosenentschädigung	216
8.2	Die Hilflosenentschädigung der IV	216
8.2.1	Zuständigkeit der IV-Stellen	216
8.2.2	Anspruch.....	216
8.2.3	Anspruchsvoraussetzungen	217
8.2.3.1	Grundsatz	217
8.2.3.2	Ausnahme.....	217
8.2.3.3	Wohnsitz und Aufenthalt	218
8.2.4	Mindest- und Höchstalter	218
8.2.5	Hilflosigkeit und Hilflosigkeitsgrad	218

8.2.5.1	Hilflosigkeit.....	218
8.2.5.2	Hilflosigkeitsgrad	219
8.2.6	Entstehung und Erlöschen des Anspruchs auf Hilflosenentschädigung der IV	219
8.2.6.1	Entstehung des Anspruchs	219
8.2.6.2	Bei verspäteter Anmeldung	219
8.2.6.3	Erlöschen des Anspruchs.....	219
8.2.7	Bemessung der Hilflosenentschädigung der IV	219
8.3	Der Assistenzbeitrag	220
8.3.1	Im Allgemeinen	220
8.3.2	Assistenzbeitrag in der IV.....	220
8.3.3	Assistenzbeitrag in der AHV.....	220
9.	Die Verfügung und die Festsetzungsfrist.....	221
9.1	Im Allgemeinen	221
9.2	Inhalt der Verfügung.....	222
9.3	Form der Verfügung	225
9.3.1	Im Allgemeinen	225
9.3.2	Einzelverfügung und gemeinsame Verfügung.....	226
9.3.3	Verfügung in Sonderfällen.....	226
9.3.3.1	Bei Nachzahlung	226
9.3.3.2	Bei der Sistierung von Invalidenrenten während des Vollzugs einer Freiheitsstrafe oder Massnahme.....	227
9.4	Verfügung nach der Revision der IV-Rente bzw. der Hilflosenentschädigung der AHV oder IV	227
9.4.1	Bei unverändertem Anspruch	227
9.4.2	Beim Erlöschen des Anspruchs.....	228
9.4.3	Bei Änderung des Anspruchs	228
9.5	Korrektur der Leistungsverfügung	229
9.5.1	Bei Änderung im Rentenbetrag	229
9.5.2	Beim Wechsel in der Auszahladresse	230
9.5.3	Übrige Korrekturen.....	230
9.6	Entzug der aufschiebenden Wirkung.....	230
9.7	Abweisungsverfügung	231
9.8	Zustellung der Verfügung	231
9.8.1	Im Allgemeinen	231

9.8.2	Empfänger der Verfügung	232
9.9	Rücksendung der persönlichen Akten	234
9.10	Festsetzungsfrist	235
9.11	Provisorische Zahlungen (Vorschusszahlungen gemäss Art. 19 Abs. 4 ATSG).....	235
9.11.1	Geltungsbereich	235
9.11.2	Höhe der provisorischen Zahlungen.....	236
9.11.2.1	Im Allgemeinen	236
9.11.2.2	Bei Mutationen	236
9.11.3	Vorgehen	237
10.	Die Auszahlung, Nachzahlung, Rückerstattung und Verrechnung	238
10.1	Auszahlungsbestimmungen	238
10.1.1	Auszahlungsberechtigte Stelle	238
10.1.1.1	Grundsatz	238
10.1.1.2	aufgehoben	238
10.1.2	Auszahlung der Renten und Hilflosenentschädigung an die leistungsberechtigte Person	238
10.1.2.1	Ausrichtung der Waisen- oder Kinderrenten.....	238
10.1.2.2	Ausrichtung der Zusatzrente in der AHV	240
10.1.3	Auszahlung der Rente und Hilflosenentschädigung an Dritte	241
10.1.3.1	Auf Antrag der leistungsberechtigten Person	241
10.1.3.2	Auf Antrag eines Dritten zur zweckgemässen Rentenverwendung	242
10.1.4	Auszahlung auf Anordnung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB.....	244
10.1.4.1	Auszahlung an Beistand.....	244
10.1.4.2	Taschengeld	245
10.1.5	Auszahlung auf richterliche Anweisung	246
10.1.6	Ausrichtung der Nachzahlungen an Dritte	246
10.1.6.1	An Durchführungsstellen anderer Sozialversicherungsträger.....	246
10.1.6.2	An bevorschussende Dritte	248
10.1.7	Zeitpunkt der Auszahlung.....	251
10.1.8	Gleichzeitige Ausrichtung anderer Sozialleistungen.....	252
10.2	Zahlungsverkehr	252

10.2.1	Im Allgemeinen	252
10.2.2	Zahlungsverkehr mit der Post.....	253
10.2.2.1	Benützung des Elektronischen Zahlungsauftrags (EZAG).....	253
10.2.2.2	Nachweis der Zahlung.....	253
10.2.3	Zahlungsverkehr mit der Bank.....	253
10.2.4	Andere automatisierte Verfahren.....	254
10.2.5	Barauszahlung	254
10.3	Nachzahlung von AHV-Renten.....	254
10.3.1	Grundsatz	254
10.3.2	Verjährungsfrist	255
10.3.3	Nachzahlungsbetrag	256
10.4	Nachzahlung von rückwirkend erhöhten IV-Renten.....	256
10.4.1	Grundsatz	257
10.4.2	Nachzahlungsbetrag	257
10.5	Nachzahlung von Hilflosenentschädigungen	257
10.5.1	In der AHV	257
10.5.2	In der IV	258
10.6	Verfahren	258
10.6.1	Zuständigkeit.....	258
10.6.2	Nachzahlungsverfügung.....	258
10.6.3	Verzugszins auf Leistungen	259
10.7	Rückerstattung zu Unrecht bezogener Renten und Hilflosenentschädigungen	261
10.7.1	Grundsatz	261
10.7.1.1	Kreis der Rückerstattungspflichtigen	261
10.7.1.2	Rückerstattungspflichtige Erben.....	262
10.7.2	Rückerstattungsbetrag	262
10.7.2.1	Im Allgemeinen	262
10.7.2.2	Verrechnung mit Nachzahlungen	263
10.7.3	Verfahren	264
10.7.3.1	Kassenzuständigkeit	264
10.7.3.2	Rückforderungsverfügung	264
10.7.4	Erlöschen der Rückforderung.....	265
10.8	Erlass der Rückerstattung	267
10.8.1	Im Allgemeinen	267
10.8.2	Guter Glaube.....	268

10.8.3	Grosse Härte.....	269
10.8.3.1	Im Allgemeinen	269
10.8.3.2	Anerkannte Ausgaben und anrechenbare Einkommen .	270
10.8.3.3	Massgebender Berechnungszeitpunkt	270
10.8.4	Erlass auf Gesuch hin	271
10.8.5	Teilerlass.....	271
10.9	Abschreibung der Rückforderung.....	271
10.9.1	Im Allgemeinen	271
10.9.2	Uneinbringlichkeit.....	272
10.9.3	Wirkung der Abschreibung	272
10.9.4	Verfahren	273
10.10	Verrechnung von Forderungen der Ausgleichskassen mit Renten und Hilflosenentschädigungen	273
10.10.1	Im Allgemeinen	273
10.10.1.1	Grundsatz	273
10.10.1.2	Verrechenbare Forderungen.....	274
10.10.1.3	Verrechnung verschiedenartiger Forderungen	276
10.10.1.4	Umfang der Verrechnung.....	276
10.10.1.5	Dauer der Verrechnung.....	276
10.10.2	Verfahren	277
10.10.2.1	Verrechnungsverfügung.....	277
10.10.2.2	Verrechnungsauftrag.....	277
11.	Verschiedene organisatorische Massnahmen	278
11.1	Meldepflicht der leistungsberechtigten Person	278
11.1.1	aufgehoben	278
11.1.2	aufgehoben	278
11.2	Informationsfluss zwischen Ausgleichskasse und IV- oder EL-Stelle oder Steuerbehörde	278
11.3	Lebenskontrolle.....	279
11.3.1	Im Allgemeinen	279
11.3.2	Lebensbescheinigung	280
11.3.2.1	Bei Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland.....	280
11.3.2.2	Verfahrensbestimmungen	281
11.3.2.3	Sonderfall.....	281
11.4	aufgehoben	281
11.5	Kontrollen der Ausgleichskassen	282

11.5.1	Im Allgemeinen	282
11.5.2	Adresskontrolle	282
11.5.3	Bei Renten für Pflegekinder	282
11.5.4	Bei der AHV-Zusatzrente für den geschiedenen Ehegatten.....	282
11.5.5	aufgehoben	282
11.6	aufgehoben	283
11.7	aufgehoben	283
11.8	aufgehoben	283
11.9	aufgehoben	283
11.10	aufgehoben	283
11.11	Schlussbestimmungen	284
11.11.1	Inkrafttreten.....	284
11.11.2	Aufhebung früherer Weisungen.....	284
Anhang I	285
Anhang II	292
Anhang III	293
Anhang III	294
Anhang IV	295
Anhang V	296
Anhang VI	297
Anhang VII	301
Anhang VIII	302
Anhang IX	303

Abkürzungen

Abs.	Absatz/Absätze
AHI	AHI-Praxis, Zeitschrift für die Ausgleichskassen, herausgegeben vom BSV
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVV	Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung
ALV	Arbeitslosenversicherung
Art.	Artikel
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
ATSV	Verordnung über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts
BGE	Entscheide des Bundesgerichtes, Amtliche Sammlung
BGer	Bundesgericht
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
BVG	Bundesgesetz über die berufliche Vorsorge
Bst.	Buchstabe
DfÜ	Datenfernübertragung
DTA	Datenträgeraustausch der Banken
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
EGS	Erziehungsgutschrift

EL	Ergänzungsleistungen zur AHV und IV
ELV	Verordnung über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV
EO	Erwerbsersatzordnung
EU	Europäische Union
EVG	Eidgenössisches Versicherungsgericht
EVGE	Entscheide des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes, Amtliche Sammlung
EZAG	Elektronischer Zahlungsauftrag
f., ff.	folgende, fortfolgende
FLG	Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft
FlüB	Bundesbeschluss über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlosen in der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung
IK	Individuelles Konto
IV	Invalidenversicherung
IVG	Bundesgesetz über die Invalidenversicherung
IVV	Verordnung über die Invalidenversicherung
KESB	Erwachsenen- und Kinderschutzbehörde
KSAB	Kreisschreiben über den Assistenzbeitrag
KSBIL	Kreisschreiben über das Verfahren zur Rentenfestsetzung in der AHV/IV
KSGLS	Kreisschreiben über die Gebrechens- und Leistungsstatistik

KSHA	Kreisschreiben über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Altersversicherung
KSH	Kreisschreiben über Hilflosigkeit
KSHE	Kreisschreiben über Hilflosenentschädigung der AHV und IV bei unfallbedingter Hilflosigkeit
KSIR	Kreisschreiben über Invalidität und Renten in der Invalidenversicherung
KSRP	Kreisschreiben über die Rechtspflege in der AHV, der IV, der EO und bei den EL
KSPF	Kreisschreiben über die Übernahme der Posttaxen und Postgebühren in den Bereichen Brief- und Paketpost sowie Post-Zahlungsverkehr
KSQST	Kreisschreiben über die Quellensteuer
KSS	Kreisschreiben über das Splitting bei Scheidung
KSSD	Kreisschreiben über die Schweigepflicht und die Datenbekanntgabe in der AHV/IV/EO/EL/FamZLw/FamZ
KSVI	Kreisschreiben über das Verfahren in der Invalidenversicherung
KSZIL	Kreisschreiben über die Zahlung der individuellen Leistungen in der IV und der AHV
KV	Krankenversicherung
MV	Militärversicherung
PartG	Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare
RR	Rentenregister
RWL	Wegleitung über die Renten
Rz	Randziffer

StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch
TW XML	Technische Weisungen für den Datenaustausch in XML mit der ZAS
UV	Unfallversicherung
UPI	Unique Person Identification
VFV	Verordnung über die freiwillige Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung für Auslandschweizer
VO	Verordnung der Europäischen Gemeinschaft
WE IV	Weiterentwicklung der IV
WEL	Wegleitung über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV
WL-RR	Wegleitung zum Rentenregister (RR) und RR-Datenaustausch
WL VA/IK	Wegleitung über Versicherungsausweis und individuelles Konto
WSN	Wegleitung über die Beiträge der Selbständigwerbenden und Nichterwerbstätigen in der AHV, IV und EO
WVP	Wegleitung über die Versicherungspflicht in der AHV/IV
ZAK	Monatsschrift über die AHV, IV und EO, herausgegeben vom Bundesamt für Sozialversicherungen
ZAS	Zentrale Ausgleichsstelle
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
Ziff.	Ziffer
ZIK	Zusammenruf der individuellen Konten

1. Das Anmeldeverfahren

1.1 Mitwirkung der Zivilstandsämter

- 1001 Die kantonalen Ausgleichskassen geben den Zivilstandsämtern das Merkblatt 3.03 der AHV-Informationsstelle in genügender Anzahl ab, welches die Hinterbliebenen über mögliche Rentenansprüche und deren Geltendmachung informiert.

1.2 Mitwirkung der Arbeitgeber

- 1002 Die Ausgleichskassen fordern die angeschlossenen Arbeitgeber auf, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. deren Hinterlassene
- bei Invalidität
 - beim Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze
 - beim Vorbezug der Altersrente
 - beim Tod
- auf die Leistungen der AHV und IV und die Form der Geltendmachung aufmerksam zu machen.

1.3 Geltendmachung von AHV-Leistungen

- 1003 Wer eine Rente oder Hilflosenentschädigung der AHV beansprucht, meldet sich bei der zuständigen Ausgleichskasse an (ZAK 1975 S. 377).

1.4 Legitimation zur Anmeldung

1.4.1 Im Allgemeinen

- 1101
1/13 Zur Geltendmachung des Anspruchs auf eine Rente oder Hilflosenentschädigung der AHV ist grundsätzlich die leistungsberechtigte Person befugt. Ist diese minderjährig ([Art. 14 ZGB](#)) oder steht sie unter umfassender Beistandschaft ([Art. 398 ZGB](#)), so muss der Anspruch durch die gesetzliche Vertretung angemeldet werden.

-
- 1102 Für die versicherte Person können ferner ihr Ehegatte, ihre Verwandten in auf- oder absteigender Linie (Eltern, Grosseltern, Kinder und Grosskinder) und die Geschwister handeln, ungeachtet dessen, ob sie die versicherte Person unterstützen oder nicht.
- 1103 Schliesslich sind auch andere Personen und Behörden zur Anmeldung befugt, welche die leistungsberechtigte Person regelmässig unterstützen oder dauernd fürsorglich betreuen.
- 1104 Dritte oder Behörden, welche diese Person nur gelegentlich unterstützen oder ihr nur in bestimmten Belangen beistehen, können dagegen die Ansprüche für sie nicht geltend machen. Auch Private, Institutionen oder Behörden, die Leistungen erbringen, auf welche die leistungsberechtigte Person einen Rechtsanspruch hat, sind zur Anmeldung nicht legitimiert (z.B. Pensionskassen und Krankenkassen).

1.4.2 Beim Vorbezug der Altersrente

- 1105 Zur Geltendmachung des vorbezogenen Anspruchs auf eine Altersrente ist grundsätzlich nur die leistungsberechtigte Person befugt.
- 1106 Steht diese Person unter umfassender Beistandschaft
1/13 ([Art. 398 ZGB](#)), so muss der Vorbezug durch die gesetzliche Vertretung angemeldet werden.
- 1106.1 Hat die leistungsberechtigte Person einen Vertretungsbeistand
1/19 ([Art. 394 und Art. 395 ZGB](#)), kann dieser als gesetzlicher Vertreter, unter Vorweisen der Ernennungsurkunde der KESB oder des Entscheiddispositivs, die Anmeldung vornehmen.
- 1106.2 Hat die Person einen Mitwirkungsbeistand ([Art. 396 ZGB](#)),
1/19 muss dieser im Rahmen des von der KESB übertragenen Aufgabenbereichs der Anmeldung durch den Versicherten zustimmen.

1.4.3 Anmeldeformulare

- 1107
1/15
- Für die Anmeldung zum Bezuge von AHV-Leistungen stehen folgende Formulare zur Verfügung
- für Altersrenten (Formular 318.370)
 - für Hinterlassenenrenten (Formular 318.371)
 - für Hilflosenentschädigungen der AHV (Formular 009.002).

1.5 Zeitpunkt der Einreichung der Anmeldung beim Vorbezug

- 1108
- Der Rentenvorbezug kann nicht rückwirkend geltend gemacht werden ([Art. 67 Abs. 1^{bis} AHVV](#)).
- 1109
- Die Anmeldung muss deshalb bei der zuständigen Ausgleichskasse spätestens im Monat der Vollendung des für den Vorbezug massgebenden Altersjahres geltend gemacht werden.

1.6 Beilagen zur Anmeldung

1.6.1 Im Allgemeinen

- 1201
- Die leistungsberechtigte Person hat ihre Angaben zu belegen.
- 1202
- Handelt es sich um Tatsachen, die in öffentlichen Registern verurkundet oder festgehalten sind, so kann die Ausgleichskasse beim Fehlen von Ausweisschriften eine solche Unterlage einsehen oder sich daraus Auszüge beschaffen.

1.6.2 Im Einzelnen

1203 Die leistungsberechtigte Person hat der Anmeldung jeweils
1/18 amtliche Ausweisschriften beizulegen, aus denen die Personalien ersichtlich sein müssen. Im Weiteren sind der Anmeldung die im Anmeldeformular aufgeführten Dokumente beizulegen.

1204– aufgehoben
1206
1/18

1.6.3 Ergänzungsblätter

1207 Werden für Pflege- und Stiefkinder Waisenrenten oder Kin-
1/14 derrenten zu Altersrenten beansprucht, so ist zusätzlich zum Anmeldeformular das Ergänzungsblatt 2 (Formular 318.275) einzureichen.

1208 Das Ergänzungsblatt R (Formular 318.273.01) gelangt zur Anwendung, wenn Hinweise dafür bestehen, dass der Todesfall auf ein Unfallereignis zurückzuführen ist.

1.6.4 Vollmacht bei Geltendmachung einer Hilflosenentschädigung

1209 In der Anmeldung für eine Hilflosenentschädigung der AHV ist eine Vollmacht enthalten, mit welcher die versicherte Person alle in Betracht fallenden Personen und Stellen ermächtigt, den zuständigen Ausgleichskassen und IV-Stellen die für die Abklärung des Anspruchs und für die Durchführung des Rückgriffs auf haftpflichtige Dritte erforderlichen Auskünfte zu geben ([Art. 28 Abs. 3 ATSG](#)).

1210 Ist die versicherte Person urteilsunfähig, so kann ihre gesetzliche Vertretung andere Personen gegenüber den Ausgleichskassen und IV-Stellen von der Schweigepflicht befreien, soweit dies zur Abklärung des Anspruchs oder für den Rückgriff auf haftpflichtige Dritte erforderlich ist. Ist für eine urteilsunfähige versicherte Person keine gesetzliche

Vertretung bestimmt, so steht diese Befugnis auch der betreuenden Person zu, nicht jedoch Behörden, selbst wenn diese zur Anmeldung berechtigt sind.

1.7 Registrierung der Anmeldung

- 1211 Die Ausgleichskasse hat auf dem Anmeldeformular das Datum der Einreichung anzubringen.

1.8 Prüfung unter Inanspruchnahme von Registerdaten

- 1301
1/18 Die Anmeldung ist anhand der zentralen Versicherten-, Renten- und UPI-Register zu prüfen.
Die Register geben Auskunft, ob für eine leistungsberechtigte Person
- laufende Renten und Hilflosenentschädigungen
 - nach der letzten allgemeinen Rentenerhöhung erloschene Renten und Hilflosenentschädigungen
 - vom 1. Januar 1982 bis 31. Dezember 1996 zugesprochene einmalige Witwenabfindungen erbracht werden oder wurden.
- 1302
1/22 Im Weiteren geben die Register Auskunft über
- die Personalien, wie aktuelle und frühere AHV-Nummern, Namen, Geschlecht, Geburtsdatum, Nationalität und allfälliges Todesdatum der Person
 - allfällige Zusatzangaben wie Geburtsort, Name der Eltern, Zivilstand, lediger Name und Name gemäss Reisepass
 - das Splitting bei Scheidung
 - einen früher durchgeführten Zusammenruf der IK
 - Doppelauszahlungen.
- 1302.1
1/18 Zudem erhalten die Ausgleichskassen mittels regelmässigen Datendownloads nebst den Personalien zusätzlich den aktuellen Zivilstand der versicherten Person aus dem Personenstandsregister des Bundes (Infostar) (siehe [WLR](#)).

1.9 Für die Geltendmachung von IV-Leistungen

- 1303 Für die Geltendmachung von Leistungen der IV sind die Bestimmungen des [KSVI](#) massgebend.
- 1304
1/21 Von den amtlichen Ausweisschriften, die der Prüfung der Personalien dienen (Niederlassungsbewilligung, Familienbüchlein, Ausländerausweis etc.) ist bei ausländischen Staatsangehörigen vom Ausländerausweis stets eine Kopie im Rentendossier aufzubewahren ([Rz 1082 KSQST](#)). Die IV-Stelle hat bei der Überprüfung der Personalien bei ausländischen Staatangehörigen in jedem Fall eine Kopie des Ausländerausweises zu erstellen und der Ausgleichskasse mit der Anmeldung zuzustellen.

1.10 Rückzug der Anmeldung

- 1305 Die versicherte Person oder ihre Vertretung kann die Anmeldung zurückziehen, sofern nicht schutzwürdige Interessen der versicherten Person selbst oder anderer beteiligter Personen dem entgegenstehen. Die Rückzugserklärung muss schriftlich und vorbehaltlos erfolgen.

1.11 Verzicht auf Leistungen

- 1306 Auf Leistungen der AHV und der IV kann grundsätzlich verzichtet werden. Ein Verzicht ist nichtig, sofern schutzwürdige Interessen von anderen Personen, von Versicherungen (inklusive der AHV und IV) oder Fürsorgestellen beeinträchtigt werden oder wenn damit die Umgehung gesetzlicher Vorschriften bezweckt wird ([vgl. Art. 23 Abs. 2 ATSG](#)).
- 1306.1
1/19 Das Verzichtsgesuch ist durch die leistungsberechtigte Person schriftlich einzureichen. Das Gesuch einer verheirateten leistungsberechtigten Person ist ebenfalls durch ihren Ehegatten zu unterzeichnen. Wenn die Ehegatten richterlich getrennt leben, ist die Mitunterzeichnung des Ehegatten nicht erforderlich, ausser es werden zur Hauptrente noch Zusatz- oder Kinderrenten ausgerichtet.

- 1306.2
1/19 Wenn die Unterschrift des Ehegatten nicht beigebracht werden kann, z.B. wenn der Wohnsitz des Ehegatten nicht bekannt ist oder dieser die Unterschrift verweigert oder aber die leistungsberechtigte Person das Gesuch dem Ehegatten nicht unterbreiten will, kann das Verzichtsgesuch nicht geprüft werden, da die Verletzung der Dritrinteressen des Ehegatten gemäss [Art. 23 Abs. 2 ATSG](#) nicht ausgeschlossen werden kann. Das Verzichtsgesuch ist entsprechend abzulehnen.
- 1307 Ein Verzicht auf Leistungen kann durch die leistungsberechtigte Person nicht rückwirkend, sondern nur für künftige Leistungen geltend gemacht werden.
- 1308 Gesuche um Verzicht auf Leistungen sind grundsätzlich mit den Akten dem BSV zu unterbreiten, ausser wenn eine Ehefrau (auch während der Dauer des Rentenvorbezugs) auf ihre eigene Altersrente zu Gunsten der höheren Zusatzrente des Ehemannes verzichtet. Die Ausgleichskassen können in diesen Fällen selbst über den Verzicht entscheiden.
- 1309 Der Entscheid ist verfügungsweise festzuhalten. Die verzichtende Person ist auf die Folgen des Rentenverzichts hinzuweisen.
- 1310 Der Verzicht kann jederzeit widerrufen werden. Bei Widerruf des Verzichtes können die Leistungen aber nur für die Zukunft ausgerichtet werden. Nachzahlungen für die Zeit vor dem Widerruf sind ausgeschlossen.

2. Die Kassenzuständigkeit

2.1 Ordentliche Renten

2.1.1 Im Allgemeinen

- 2001 Die AHV-Rente ist durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszurichten, welche bei Eintritt des Versicherungsfalles für den Bezug der Beiträge der betreffenden Person bzw. bei Hinterlassenen der verstorbenen Person zuständig war ([Art. 122 Abs. 1 AHVV](#)).
- 2002 Die IV-Rente ist grundsätzlich durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszurichten, welche im Zeitpunkt der Anmeldung für den Bezug der Beiträge der invaliden Person zuständig war ([Art. 44 IVV](#)).
- 2003 Bei Personen, welche bis zum Eintritt des Versicherungsfalles (Alter, Tod oder Invalidität) nie Beiträge entrichtet haben, ist die kantonale Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons für die Festsetzung und Ausrichtung der AHV/IV-Rente zuständig.
- 2004 Für Personen, welche nicht unmittelbar vor Eintritt des Versicherungsfalles Beiträge entrichtet haben oder entrichten mussten, ist diejenige Ausgleichskasse für die Festsetzung und Ausrichtung der AHV/IV-Renten zuständig, bei welcher der letzte IK-Eintrag vorgenommen wurde.
- 2005 Bezog die leistungsberechtigte Person jedoch unmittelbar vor dem Rentenanspruch ein Taggeld der Invalidenversicherung oder eine Hilflosenentschädigung der IV, so ist diejenige Ausgleichskasse für die Festsetzung der Rente zuständig, welcher die Ausrichtung des IV-Taggeldes oder der Hilflosenentschädigung oblag.
- 2006 Bezieht bei verheirateten Personen im Zeitpunkt der Anmeldung der andere Ehegatte ein Taggeld der IV oder eine Hilflosenentschädigung, so ist bei Fortdauer der Zahlung die Ausgleichskasse für die Festsetzung der Rente zuständig, welche bisher das IV-Taggeld oder die Hilflosenentschädigung ausrichtete.

-
- 2007 Waren gleichzeitig mehrere Ausgleichskassen für den Beitragsbezug zuständig, so kann die berechtigte Person wählen, durch welche Ausgleichskasse sie die Rente festsetzen und ausrichten lassen will ([Art. 122 Abs. 1 AHVV](#)). Das Wahlrecht wird ausgeübt, indem die Anmeldung bei einer dieser Ausgleichskassen eingereicht wird. Die Ausgleichskasse kann indessen nicht ausgewählt werden, wenn im Falle von verheirateten Personen der andere Ehegatte schon rentenberechtigt ist (Rz 2012 ff.).
- 2008 Bei arbeitslosen Personen ist die Ausgleichskasse zuständig, welcher vor der Arbeitslosigkeit der AHV-Beitragsbezug oblag. Dies gilt auch, wenn eine Person während der Arbeitslosigkeit Beiträge auf einem Zwischenverdienst entrichtet.
- 2009 Ist die rentenberechtigte Person noch selbständig erwerbstätig und daher beitragspflichtig, so hat die zum Bezug der Beiträge zuständige Ausgleichskasse die Rente festzusetzen und auszuzahlen (bei verheirateten Personen siehe jedoch Rz 2012 ff.).
- 2010 Erlischt der Anspruch auf eine Hinterlassenen- oder eine Invalidenrente und entsteht später wieder ein Rentenanspruch, so richtet sich die Kassenzuständigkeit für die Festsetzung und Ausrichtung der neuen Rente nach den allgemeinen Zuständigkeitsregeln.
- 2011 Lebt dagegen ein früherer Rentenanspruch wieder auf, so wird die Rente wieder von der früher zuständigen Ausgleichskasse zugesprochen und ausbezahlt. Dies ist der Fall wenn
- eine wegen Wiederverheiratung einer Witwe oder eines Witwers erloschene Witwen- oder Witwerrente nach der Scheidung oder Ungültigerklärung der Ehe wiederauflebt, oder
 - eine wegen Verminderung des Invaliditätsgrades aufgehobene Rente innert drei Jahren erneut zugesprochen wird, weil die auf dasselbe Leiden zurückzuführende Arbeitsunfähigkeit erneut ein rentenbegründendes Ausmass angenommen hat.

2.1.2 Regel bei Ehepaaren

- 2012
1/16 Die beiden Renten sind durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszurichten, welcher die Festsetzung und Auszahlung des erstrentenberechtigten Ehegatten obliegt. Kommt es zu einem Wechsel bei der Erstrentenberechtigung, bleibt diejenige Ausgleichskasse zuständig, welche die erste Rente festgesetzt und ausbezahlt hat. Es gibt daher keinen Wechsel in der Zuständigkeit, wenn der zweite Ehegatte rückwirkend eine IV-Rente erhält, deren Anspruchsbeginn vor der zuerst festgesetzten Rente liegt.
- 2013 Wird die Rentenmeldung eines Ehegatten bei einer nicht für den Rentenfall zuständigen Ausgleichskasse eingereicht, so bestätigt diese den Erhalt der Anmeldung und teilt dem Ehegatten mit, welche Ausgleichskasse für die Rentenfestsetzung zuständig ist. Gleichzeitig übermittelt sie die Anmeldung mit sämtlichen Beilagen an die zuständige Ausgleichskasse.
- 2014 Werden beide Ehegatten im gleichen Monat rentenberechtigigt, so ist die Rente durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszurichten, die für den Bezug der Beiträge des älteren Ehegatten zuständig war.

2.1.3 Einheit des Rentenfalles

- 2015 Alle durch einen Versicherungsfall ausgelösten Renten sind durch ein und dieselbe Ausgleichskasse festzusetzen und auszuzahlen.
- 2016 Verheiraten sich zwei rentenberechtigte Personen, so gelten die Bestimmungen von Rz 2012 sinngemäss.
- 2017 Gelangen Waisen- oder Kinderrenten von getrenntlebenden, geschiedenen oder nicht miteinander verheirateten Eltern zur Auszahlung, sind alle durch die beiden Versicherungsfälle ausgelösten Renten durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszuzahlen, welche für die

Hauptrente des erstrentenberechtigten Elternteils zuständig war.

- 2018 Werden im Fall von geschiedenen Ehegatten keine Waisen- oder Kinderrenten ausgerichtet, so richtet sich die Kassenzuständigkeit nach den allgemeinen Regeln (Rz 2001 ff.). Hinsichtlich des Verfahrens für die Einkommensteilung gilt das [KSS](#).

2.1.4 Regel bei Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland

- 2019
1/18 Renten für im Ausland wohnende oder sich dort aufhaltende Rentenberechtigte (inkl. Kinder- und Waisenrenten) werden von der *Schweizerischen Ausgleichskasse* festgesetzt, verfügt und ausbezahlt. Dies gilt auch für Personen mit Wohnsitz im Ausland, die sich als Wochenaufenthalter zeitweise in der Schweiz aufhalten.
- 2020 Wohnt die berechtigte Person für die Hauptrente im Inland und haben nur Kinder, für die eine Kinderrente bezogen wird, Wohnort oder Aufenthalt im Ausland, so richtet sich die Kassenzuständigkeit nach den allgemeinen Regeln, sofern sämtliche Renten in der Schweiz ausbezahlt werden. Erfolgen dagegen auch Rentenzahlungen nach dem Ausland, ist für den Rentenfall stets die Schweizerische Ausgleichskasse zuständig.
- 2021 Ausnahmsweise sind die Renten für sich im Ausland aufhaltende Personen weiterhin durch die bisherige Ausgleichskasse auszuführen, wenn Rentenberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz sich nur vorübergehend und kurzfristig im Ausland aufhalten (z.B. zu Kur-, Besuchs-, Ferien- oder Geschäftszwecken) und nicht ausdrücklich die Auszahlung der Rente ins Ausland verlangen. Vorbehalten bleiben im Übrigen besondere Bestimmungen für im Ausland wohnende Angehörige religiöser Gemeinschaften.

2.2 Ausserordentliche Renten

- 2022
1/11 Für die Festsetzung und Ausrichtung der ausserordentlichen AHV- und IV-Renten ist in der Regel die kantonale Ausgleichskasse des Wohnsitzes der rentenberechtigten Person zuständig. Die Regeln bei Ehepaaren gemäss Rz 2012 und 2015 ff. über die Einheit des Rentenfalls gelten sinngemäss ([Art. 64a AHVG](#)).
- 2022.1
1/11 Bei Ehepaaren bedeutet dies, dass die Zuständigkeit zur Festsetzung und Auszahlung einer ausserordentlichen Alters- oder Invalidenrente im zweiten Versicherungsfall bei einer Verbands-Ausgleichskasse verbleibt, wenn diese für den Ehegatten im ersten Versicherungsfall bereits eine ordentliche Alters- oder Invalidenrente ausgerichtet hat.
- 2023 Die Kassenzuständigkeit wechselt, wenn die rentenberechtigte Person ihren Wohnsitz in einen anderen Kanton verlegt.
- 2024
1/13 Die volljährige Person hat Wohnsitz am Orte, wo sie sich mit der Absicht dauernden Verbleibens aufhält. Der einmal begründete Wohnsitz bleibt bis zum Erwerb eines neuen Wohnsitzes bestehen ([Art. 23](#) und [24 Abs. 1 ZGB](#)).
- 2025
1/13 Die volljährige, unter umfassender Beistandschaft stehende Person hat Wohnsitz am Sitz der Erwachsenenschutzbehörde ([Art. 26 ZGB](#)). Der Wohnsitz eines minderjährigen Kindes befindet sich am Wohnsitz der Eltern oder, wenn die Eltern keinen gemeinsamen Wohnsitz haben, am Wohnsitz des Elternteils, unter dessen Obhut das Kind steht ([Art. 25 Abs. 1 ZGB](#)). Ist das Kind bevormundet, so befindet sich sein Wohnsitz am Sitz der Kinderschutzhörde ([Art. 25 Abs. 2 ZGB](#)), in den übrigen Fällen (z.B. bei einem Pflegekind) gilt sein Aufenthaltsort als Wohnsitz ([Art. 25 Abs. 1 ZGB](#)).
- 2026 Für Personen, die von kantonalen oder kommunalen Fürsorgeorganen in einer Anstalt oder Familie untergebracht sind, ist die Ausgleichskasse des Kantons zuständig, in welchem das Fürsorgeorgan seinen Sitz hat.

2.3 Hilflosenentschädigungen

- 2027 Die Hilflosenentschädigung ist stets durch diejenige Ausgleichskasse festzusetzen und auszuzahlen, welche auch die Rente bzw. Ergänzungsleistung ausrichtet.
- 2028 Hat eine invalide Person zwar Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV, ist sie aber nicht gleichzeitig in rentenbegründendem Masse invalid, so dass sie keine Invalidenrente beanspruchen kann, so finden die Vorschriften über die Kassenzuständigkeit im Rentenfall Anwendung.

2.4 Der Kassenwechsel

2.4.1 Im Allgemeinen

- 2029 Ein Kassenwechsel tritt ein,
- bei der Heirat zweier rentenberechtigter Personen (Rz 2016);
 - wenn erstmals eine Kinder- oder Waisenrente für ein Kind von geschiedenen oder nicht miteinander verheirateten Eltern zur Auszahlung gelangt (Rz 2017 f.);
 - wenn eine rentenberechtigte Person oder eine Person, für die eine Zusatz- oder Kinderrente bezogen wird, sich ins Ausland begibt. In diesem Fall werden sämtliche Renten von der *Schweizerischen Ausgleichskasse* festgesetzt und ausbezahlt.
- 2030 Kehrt eine rentenberechtigte Person in die Schweiz zurück, geht die Zuständigkeit über an die Ausgleichskasse
- 2031 – die die Rente vor dem Verlassen der Schweiz ausgerichtet hatte;
- 2032 – die zuletzt für den Beitragsbezug in der Schweiz zuständig war, wenn der Anspruch auf eine ordentliche Rente im Ausland entstanden ist;

- 2033
1/09 – des Kantons, in dem die rentenberechtigte Person Wohnsitz nimmt, wenn nur Beiträge an die freiwillige Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (VFV) geleistet worden sind.
- 2034 Die Renten von EL-Bezügern können an die kantonale Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons abgetreten werden, sofern die bisher zuständige Ausgleichskasse ihr grundsätzliches Einverständnis erklärt hat (siehe Anhang II).
- 2035 Mit der Aktenübernahme wird die neue Ausgleichskasse für sämtliche Vorkehren im betreffenden Rentenfall (insbesondere Rentenänderungen, Nachzahlungen, Rückforderungen) zuständig.
- 2036
1/21 Bei quellensteuerpflichtigen IV-Leistungen übermittelt die bisher zuständige Ausgleichskasse der neuen Ausgleichskasse alle für die Prüfung und Durchführung der Quellenbesteuerung notwendigen Unterlagen ([Rz 1082 KSQST](#)).

2.4.2 Vorkehrungen der bisher zuständigen Ausgleichskasse

- 2037
1/16 Die bisher zuständige Ausgleichskasse bringt die bisherige Rente in Abgang und übermittelt der neu zuständigen Ausgleichskasse sämtliche Rentenakten. Dabei ist die Rente für den Monat, in welchem die Abtretung erfolgt, noch durch die bisherige Ausgleichskasse auszurichten. Die Akten sind bis spätestens am 20. des Monates, in welchem die Abtretung erfolgt, an die neu zuständige Ausgleichskasse weiterzuleiten, damit diese die Zahlung für den Folgemonat rechtzeitig veranlassen kann. Wurde auf der IV-Rente die Quellensteuer abgezogen, so teilt dies die bisher zuständige Ausgleichskasse mit.

- 2038
1/22 Die Ausgleichskasse meldet der ZAS die Übertragung der ZIK in elektronischer Form gemäss den [TW XML](#). Sind für eine Person IK unter verschiedenen AHV-Nummern zusammengerufen worden, so sind diese einzeln anzugeben.
- 2039 Bei IV-Renten hat die Ausgleichskasse die zuständige IV-Stelle über den Kassenwechsel in Kenntnis zu setzen. Eine Kopie der Meldung ist den Akten beizulegen.

2.4.3 Vorkehrungen der neu zuständigen Ausgleichskasse

- 2040
1/16 Sofern im Rentenanspruch keine Änderung eintritt, nimmt die Ausgleichskasse die Rente für denjenigen Kalendermonat, der dem Abgangsmonat bei der bisher zuständigen Ausgleichskasse folgt, in Zuwachs und teilt der rentenberechtigten Person in Briefform mit, dass sie nunmehr die Rentenauszahlung übernehmen wird.
- 2041 Ändert sich der Rentenbetrag (z.B. weil sich zwei rentenberechtigte Personen verheiraten), so wird die Neuberechnete Rente in Zuwachs genommen und verfügt. Dabei hat die Ausgleichskasse dafür zu sorgen, dass in der Rentenauszahlung weder ein Unterbruch noch eine Verzögerung eintritt. Allenfalls hat die Ausgleichskasse provisorische Zahlungen zu leisten.
- 2042
1/21 Wurde auf der IV-Rente die Quellensteuer erhoben, so ist die neu zuständige Ausgleichskasse ab dem Zuwachs für die Prüfung und Durchführung der Quellenbesteuerung zuständig ([vgl. KSQST](#)).

2.5 Entscheid über Streitigkeiten

- 2043 Differenzen über die Kassenzuständigkeit sind dem BSV von den beteiligten Ausgleichskassen zum Entscheid vorzulegen.

3. Die ordentlichen Renten

3.1 Die Rentenarten

- 3001 Die AHV gewährt
- Altersrenten
 - Zusatzrenten
 - Kinderrenten sowie
 - Hinterlassenenrenten an Witwen, Witwer und Waisen.
- 3002 Die IV gewährt
- 1/12
- Invalidenrenten und Übergangsleistungen
 - Kinderrenten.

3.2 Die Mindestbeitragsdauer

- 1/08 **3.2.1 In der AHV**
- 3003 Anspruch auf eine ordentliche Rente haben rentenberechtigte Personen oder ihre Hinterlassenen, denen für mindestens ein volles Jahr Einkommen oder Erziehungs- bzw. Betreuungsgutschriften angerechnet werden können ([Art. 29 AHVG](#)).
- 3004 Ein volles Beitragsjahr liegt vor, wenn eine Person während insgesamt länger als 11 Monaten obligatorisch oder freiwillig versichert war und während dieser Zeit
- 1/08
- den Mindestbeitrag bezahlt hat oder;
 - als nichterwerbstätige Person mit einem Ehegatten verheiratet war, der mindestens den doppelten Mindestbeitrag bezahlt hat oder;
 - Anspruch auf die Anrechnung von Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften hat ([Art. 50 AHVV](#)).
- (vgl. Ziffer 5.2)

1/08 3.2.2 In der IV

- 3004.1
1/08 Ab dem Inkrafttreten der 5. IV-Revision haben nur Versicherte, die bei Eintritt der Invalidität während mindestens drei Jahren Beiträge geleistet haben, Anspruch auf eine ordentliche Invalidenrente ([Art. 36 Abs. 1 IVG](#)). Somit gilt für sämtliche Invalidenrenten, bei denen der Versicherungsfall (Eintritt der Invalidität) ab dem Inkrafttreten der 5. IV-Revision eingetreten ist, die dreijährige Mindestbeitragsdauer.
- 3004.2
1/08 Massgebend für die Prüfung, ob die ein- oder dreijährige Mindestbeitragsdauer zur Anwendung kommt, ist das Datum des Eintritts des Versicherungsfalles (Eintritt der Invalidität) und nicht etwa dasjenige des Beschlusses der IV-Stelle oder der Verfügung.
- 3004.3
1/19 Für die Prüfung der Mindestbeitragsdauer in der IV ist im Einzelnen wie folgt vorzugehen:
1. Es ist zu prüfen, ob die dreijährige Mindestbeitragsdauer mittels schweizerischen Versicherungszeiten erfüllt ist. Drei volle Beitragsjahre liegen vor, wenn eine Person während insgesamt länger als 2 Jahren und 11 Monaten obligatorisch oder freiwillig versichert war (vgl. Rz 3004).
 2. Falls die dreijährige Mindestbeitragsdauer mittels schweizerischen Versicherungszeiten nicht erfüllt ist, müssen für Schweizer Bürger und für Staatsangehörige von EU- und EFTA- Staaten für die Erfüllung der dreijährigen Mindestbeitragsdauer Beitragszeiten mitberücksichtigt werden, die in einem EU/EFTA-Staat zurückgelegt worden sind (vgl. [KSBIL](#)).
 3. Ist die dreijährige Mindestbeitragsdauer zwar mit Anrechnung von ausländischen Versicherungszeiten erfüllt, beträgt aber die Beitragszeit in der Schweiz weniger als ein Jahr, kann keine ordentliche schweizerische IV-Rente ausgerichtet werden.

3.3 Altersrenten

3.3.1 Im Allgemeinen

- 3005 Anspruch auf eine Altersrente haben
1/05 – über 65jährige Männer und
– über 64jährige Frauen.
- 3006 Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über den Renten-
vorbezug.

3.3.2 Entstehung des Rentenanspruchs

- 3007 Der Anspruch auf eine Altersrente entsteht am ersten Tag
des der Vollendung des Rentenalters folgenden Monats.
- 3008 Ist bei einer Person lediglich das Geburtsjahr, nicht aber
das genaue Geburtsdatum bekannt, so entsteht der Ren-
tenanspruch am 1. Juli des Jahres, in dem das Rentenalter
vollendet wird.
- 3009 Verlegt eine Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit,
deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufent-
halt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohn-
sitz vom Ausland in die Schweiz, so kann die Altersrente
vom nächstfolgenden Monat an beansprucht werden.

3.3.3 Erlöschen des Rentenanspruchs

- 3010 Der Anspruch auf die Altersrente erlischt mit Ablauf des
Monats, in welchem die rentenberechtigte Person stirbt.
- 3011 Verlegt eine Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit,
deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufent-
halt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohn-
sitz ins Ausland, so erlischt die Rente mit Ablauf des Mo-
nats der Ausreise.

3.4 Invalidenrenten

3.4.1 Invalidität und Rentenanspruch

3101 Der Anspruch auf eine IV-Rente setzt voraus, dass eine Person in rentenbegründendem Ausmass invalid ist. Die IV-Stelle bestimmt, ob eine solche Invalidität vorliegt und welchen Grad sie aufweist.

1/22 3.4.2 Stufenloses Rentensystem

3.4.2.1 Regel

3102 Der Anteil der Rente wird als Prozentsatz einer ganzen Rente entsprechend dem Grad der Invalidität festgelegt (Art. 28b IVG).

- Bei einem Invaliditätsgrad ab 70 Prozent besteht Anspruch auf eine ganze Rente.
- Bei einem Invaliditätsgrad von 50–69 Prozent entspricht der prozentuale Anteil der Rente dem Invaliditätsgrad.
- Bei einem Invaliditätsgrad von weniger als 50 Prozent gelten die folgenden prozentualen Anteile:

Invaliditätsgrad	Prozentualer Anteil
49 %	47,5 %
48 %	45 %
47 %	42,5 %
46 %	40 %
45 %	37,5 %
44 %	35 %
43 %	32,5 %
42 %	30 %
41 %	27,5 %
40 %	25 %

-
- 1/04 **3.4.2.2 Ganze Rente bei einem Invaliditätsgrad von weniger als 70 Prozent**
- 3103 Invalide Personen, welche die Voraussetzungen für eine Invalidenrente und eine Hinterlassenenrente (Witwen-, Witwer- oder Waisenrente) gleichzeitig erfüllen, können ungeachtet der Höhe des Invaliditätsgrades eine ganze Invalidenrente beanspruchen ([Art. 43 Abs. 1 IVG](#)).
- 1/22 **3.4.2.3 Anspruch auf einen prozentualen Anteil einer ganzen Rente von 50 Prozent bei einem Invaliditätsgrad von weniger als 50 Prozent (Besitzstandsgarantie)**
- 3104
1/22 Bezieht die rentenberechtigte Person vor dem 1. Januar 2004 eine Härtefallrente und hat ab dem 1. Januar 2004 keinen Anspruch auf eine jährliche EL, so besteht als Besitzstandsgarantie weiterhin Anspruch auf eine halbe Invalidenrente, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- Die versicherte Person hat ihren Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz ([Art. 13 ATSG](#)). Diese Voraussetzung ist auch von Familienangehörigen zu erfüllen, für die eine Leistung beantragt wird;
 - Der IV-Grad beträgt weiterhin mindestens 40, aber weniger als 50 Prozent;
 - Die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Härtefallrente nach den bisherigen Bestimmungen sind erfüllt;
 - Der Anteil der Rente (Invaliditätsgrad von weniger als 50%) ist zusammen mit der jährlichen EL niedriger als die Invalidenrente für einen prozentualen Anteil einer ganzen Rente von 50%.
- 3104.1
1/22 Personen, die gemäss Besitzstandsgarantie ab 1. Januar 1988 eine Härtefallrente mit einem IV-Grad von weniger als 40 Prozent beanspruchen können (Sonderfall-Code 34: seit 1. Januar 1988 umgerechnete, aber nicht erhöhte, sogenannte „eingefrorene“ Renten), wird die Rente mit einem prozentualen Anteil einer ganzen Rente von 50 Prozent ab 1. Januar 2004 weitergewährt, solange die Voraussetzungen des Härtefalls erfüllt sind.

-
- 3105
1/19 Ein Härtefall liegt vor, wenn die vom ELG anerkannten Ausgaben einer invaliden Person die nach ELG anrechenbaren Einnahmen übersteigen. Es gelten jeweils die bundesrechtlichen Höchstansätze (vgl. Anhang VI).
- 3106 Die anerkannten Ausgaben und anrechenbaren Einnahmen sind nach den EL-Regeln (siehe [WEL](#)) zu ermitteln.
- 3107 In Abweichung dazu findet die Anrechnung eines Mindesteinkommens bei Teilinvaliden unter 60 Jahren ([Art. 14a Abs. 2 ELV](#)) keine Anwendung.
- 3108
1/22 Dagegen sind die Renten, welche ausgerichtet werden müssen, wenn keine Härtefallrente zugesprochen werden kann (prozentualer Anteil einer ganzen Rente mit einem Invaliditätsgrad von weniger als 50% mit Kinderrenten), in jedem Fall anzurechnen.
- 3109 Das zumutbare Erwerbseinkommen wird von der IV-Stelle bei der Invaliditätsbemessung festgelegt.
- 1/08 **3.4.3 Eintritt des Versicherungsfalls und Entstehung des Auszahlungsanspruchs (Art. 28 und 29 IVG)**
- 3110
1/22 Der Anspruch auf eine Invalidenrente entsteht am ersten Tag des Monats, während dem eine Person während eines Jahres ohne wesentlichen Unterbruch durchschnittlich mindestens 40 Prozent arbeitsunfähig ([Art. 6 ATSG](#)) war und nach Ablauf dieses Jahres zu mindestens 40 Prozent invalid ist ([Art. 8 ATSG](#)) und wenn die Erwerbsfähigkeit nicht durch zumutbare Eingliederungsmassnahmen wieder hergestellt, verbessert oder erhalten werden kann (Art. 28 IVG). Eine Rente wird nicht zugesprochen, solange die Möglichkeiten für zumutbare Eingliederungsmassnahmen nicht ausgeschöpft sind (Art. 28 Abs. 1^{bis} IVG; Rz 2300 KSIR).
- 3111
1/08 Der Zeitpunkt des Eintritts der Invalidität wird durch die IV-Stelle bestimmt.

- 3112
1/22 Der Anspruch auf eine Invalidenrente kann frühestens vom ersten Tag des der Vollendung des 18. Altersjahres folgenden Monats an entstehen (Art. 29 Abs. 1 IVG).
Der Rentenanspruch entsteht nicht, solange die versicherte Person ein Taggeld nach Art. 22 IVG beanspruchen kann (vgl. Art. 29 Abs. 2 IVG; Rz 8100 ff. KSIR).
- 3113
1/22 Verlegt eine Person, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann (vgl. Rz 2107 ff. KSIR), ihren Wohnsitz vom Ausland in die Schweiz, so entsteht der Rentenanspruch frühestens sechs Monate nach Geltendmachung des Leistungsanspruchs (Art. 29 Abs. 1 IVG; vgl. Rz 2111 KSIR). Art. 29^{bis} IVV kann sinngemäss angewendet werden.
- 3114
1/08 Die Rente wird vom Beginn des Monats an ausbezahlt, in dem der Rentenanspruch entsteht, jedoch frühestens nach Ablauf von sechs Monaten nach Geltendmachung des Leistungsanspruchs nach [Art. 29 Abs. 1 ATSG](#) ([Art. 29 Abs. 1 IVG](#)).
- 3115
1/22 Beträgt der Invaliditätsgrad weniger als 50 Prozent, so werden die Renten nur an Versicherte ausbezahlt, die ihren Wohnsitz und ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Schweiz haben. Diese Voraussetzung ist auch von Angehörigen zu erfüllen, für die eine Leistung beansprucht wird. Vorbehalten ist der Export von IV-Renten mit einem prozentualen Anteil einer ganzen von unter 50 Prozent gemäss Ziff. 5.5 [KSBIL](#).

3.4.4 Erlöschen des Rentenanspruchs

- 3116 Der Anspruch auf eine Invalidenrente erlischt mit Ablauf des Monats,
- 3117 – in welchem die versicherte Person gemäss Feststellung der IV-Stelle nicht mehr in rentenbegründendem Ausmass invalid ist (betreffend den Zeitpunkt der Einstellung der Zahlungen siehe jedoch [Art. 88^{bis} Abs. 2 Bst. a IVV](#));

-
- 3118 – welcher der Entstehung des Anspruchs auf eine Altersrente vorangeht;
- 3119 – in welchem die rentenberechtigte Person stirbt.
- 3120 Verlegt eine Person, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz ins Ausland, so fällt die Rente mit dem Monat der Ausreise dahin.

1/04 **3.5 Zusatzrenten in der AHV²**

3201– aufgehoben
3209
1/04

- 3210 Eine Person, welche unmittelbar vor der Entstehung des Anspruchs auf die Altersrente eine Zusatzrente der IV bezogen hat (bis zum 31.12.2007³), hat für den Ehegatten bzw. geschiedenen Ehegatten unter den gleichen Voraussetzungen Anspruch auf eine Zusatzrente der AHV ([Art. 22^{bis} Abs. 1 AHVG](#)).
- 3211 Ohne vorgängigen Bezug einer Zusatzrente der IV haben während einer Übergangsfrist rentenberechtigte Altersrentner Anspruch auf eine Zusatzrente nach altem Recht für die noch nicht rentenberechtigte Ehefrau, sofern diese vor dem 1. Januar 1942 geboren ist.
- 3212 Der Anspruch auf die Zusatzrente setzt das Bestehen eines Anspruchs auf eine Altersrente voraus. Der Ehegatte, für welchen die Zusatzrente bestimmt ist, besitzt keinen ei-

² Ab 1. Januar 2004 können keine neuen Zusatzrenten der IV entstehen. Für Zusatzrenten in der IV mit Eintritt des Versicherungsfalles vor dem 1. Januar 2004 gelten die bis 31. Dezember 2003 gültigen Weisungen.

³ Mit der 5. IV-Revision wurden per 1. Januar 2008 sämtliche laufenden Zusatzrenten der IV aufgehoben.

genen Anspruch auf diese Leistung, kann jedoch unter bestimmten Voraussetzungen die Auszahlung an sich verlangen.

3.5.1 Entstehung des Anspruchs

3213 Der Anspruch auf eine Zusatzrente entsteht allgemein mit
1/04 der Entstehung des Anspruchs auf eine Altersrente.

3214 Verheiratet sich ein rentenberechtigter Mann, so entsteht
1/04 der Anspruch auf die Zusatzrente für die Ehefrau am ersten Tag des auf die Eheschliessung folgenden Monats.

3215 aufgehoben
1/04

3216 aufgehoben
1/04

3.5.2 Erlöschen des Anspruchs

3217 Der Anspruch auf eine Zusatzrente erlischt

3218 – mit dem Wegfall des Anspruchs der hauptrentenberechtigten Person auf eine Altersrente,
1/08

3219 – wenn die Person, für die eine Zusatzrente ausgerichtet wird, einen eigenen Anspruch auf eine Invaliden- oder Altersrente erwirbt,

3220 – mit Ablauf des Monats, in welchem die Ehe rechtskräftig geschieden wird und sofern die für geschiedene Personen geltenden besonderen Voraussetzungen nicht erfüllt sind,
1/04

3221 – mit Ablauf des Monats, in welchem der geschiedene Elternteil, dem die Zusatzrente ausbezahlt wird, die besonderen Voraussetzungen nicht mehr erfüllt, sei es, dass er wieder heiratet oder dass ihm die elterliche Sorge über die ihm zugesprochenen Kinder entzogen wird oder dass er nicht mehr überwiegend für die Kinder aufkommt oder
1/04

- dass die Kinder das 18. bzw. – für Kinder in Ausbildung – das 25. Altersjahr zurückgelegt haben,
- 3222 – mit Ablauf des Monats, welcher demjenigen der Entstehung eines eigenen Rentenanspruchs des geschiedenen Ehegatten vorangeht,
- 3223
1/05 – mit Ablauf des Monats, in welchem ein Ehegatte, für den die Zusatzrente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, aus der Schweiz ausreist
- 3224 – mit Ablauf des Monats, in welchem der (geschiedene) Ehegatte stirbt

3.6 Waisen- und Kinderrenten

3.6.1 Waisenrenten

3.6.1.1 Im Allgemeinen

- 3301 Kinder haben beim Tode des Vaters oder der Mutter Anspruch auf eine Waisenrente.
- 3302 Sind beide Eltern gestorben, so haben die Kinder Anspruch auf zwei Waisenrenten. Ist ein Ehegatte gestorben und der andere betagt oder invalid, wird eine Waisenrente und eine Kinderrente ausgerichtet.
- 3303 Waisen, die nur zum verstorbenen Elternteil in einem Kindestverhältnis gestanden sind, erhalten eine Waisenrente in Höhe von 60 Prozent der dem massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen entsprechenden Altersrente.

- 3304 Als Vater gilt:
- der Vater im Sinne des Zivilrechts ([Art. 252 Abs. 2 ZGB](#)), sowie
 - der aussereheliche Vater (im Sinne des ZGB in der vor dem 1. Januar 1978 geltenden Fassung), sofern er durch Gerichtsurteil oder aussergerichtlichen Vergleich zur Zahlung von Unterhaltsbeiträgen an sein Kind verpflichtet worden ist.
- 3305 Der Tod des Vaters oder der Mutter begründet keinen Anspruch, wenn das Kind in Pflege genommen wurde und es wegen des Todes eines Pflegeelternteils bereits eine Waisenrente bezieht oder die Pflegeeltern für das Kind schon eine Kinderrente der AHV oder IV beziehen.
- 3306 Auch das nach dem Tode des Vaters geborene Kind hat Anspruch auf eine Waisenrente ([Art. 47 AHVV](#)). Für die Feststellung der Vaterschaft sind die zivilrechtlichen Bestimmungen massgebend ([Art. 255–263 ZGB](#)).

3.6.1.2 Pflegekinder

- 3307 Pflegekinder, die unentgeltlich und dauernd aufgenommen worden sind und deren Pflegevater oder deren Pflegemutter gestorben ist, haben Anspruch auf eine Waisenrente ([Art. 49 Abs. 1 AHVV](#)). Im Einzelnen müssen folgende Voraussetzungen erfüllt sein:
- 3308 – Zwischen Pflegekind und Pflegeeltern oder dem Pflegeelternteil muss ein eigentliches Pflegeverhältnis bestanden haben. Das Kind muss zur Pflege und Erziehung und nicht zur Arbeitsleistung oder beruflichen Ausbildung in die Hausgemeinschaft der Pflegeeltern aufgenommen worden sein und dort faktisch die Stellung eines eigenen Kindes innegehabt haben. Ohne Belang ist ferner, ob die Pflegeeltern mit dem Pflegekind verwandt sind oder nicht. Auch Stiefeltern, die ein Stiefkind in die Hausgemeinschaft aufgenommen haben, gelten zusammen mit dem Elternteil als Pflegeeltern.

-
- 3308.1 – Wenn sich das Kind für Ausbildungszwecke ausserhalb
1/20 der Hausgemeinschaft aufhält, existiert diese weiterhin, solange die Pflegeeltern für den Unterhalt des Kindes aufkommen ([BGE 140 V 458](#)).
- 3309 – Das Pflegeverhältnis muss vor dem Rentenfall unentgeltlich gewesen sein. Ergibt sich die Unentgeltlichkeit des Pflegeverhältnisses nach dem Eintritt des Rentenfalles, kann für das Pflegekind kein Anspruch auf Waisenrente mehr entstehen (ZAK 1967 S. 615).
- 3310 Unentgeltlich ist das Pflegeverhältnis, wenn die an die Pflegeeltern für das Kind von dritter Seite erbrachten Leistungen (z.B. Unterhaltsbeiträge der Eltern oder von Verwandten, Alimentenbevorschussung, Kostgelder, Sozialversicherungsrenten, private Versicherungsleistungen) weniger als einen Viertel der tatsächlichen Unterhaltskosten decken (ZAK 1958 S. 335; ZAK 1973 S. 573).
- 3310.1 Werden Sozialversicherungsrenten für das Kind ausgerichtet,
1/15 so ist zu unterscheiden:
- Stammen die Leistungen aus Mitteln eines Pflegeeltern-teils, so handelt es sich dabei nicht um Zuwendungen von dritter Seite. Dies ist beispielsweise bei der Kinderrente aus der beruflichen Vorsorge der Fall, die zur vorbezogenen Altersrente des Pflegevaters ausgerichtet wird. Diese Kinderrente stellt Ersatzeinkommen für das Erwerbseinkommen dar, woraus der Pflegevater bislang Unterhalt geleistet hat. Durch diesen Wechsel zu einer Rente wird das bisherige unentgeltliche Pflegeverhältnis nicht zu einem entgeltlichen.
 - Unter Sozialversicherungsrenten von dritter Seite fällt hingegen eine Waisenrente oder Kinderrente, für welche ein leiblicher Elternteil Auslöser ist, sei es, weil dieser gestorben ist, IV- oder Altersrentner ist. Diesfalls ist das Pflegeverhältnis als entgeltlich zu qualifizieren.

-
- 3311 Wird den Pflegeeltern für das Kind ein Vermögen zum Verbrauch oder zur Nutzung überlassen (z.B. eine einmalige Abfindung des Vaters), so gilt das Pflegeverhältnis als unentgeltlich, wenn das Vermögen im Durchschnitt der ganzen Unterhaltsdauer einer monatlichen Leibrente entspricht, die weniger als ein Viertel der tatsächlichen Unterhaltskosten deckt (ZAK 1968 S. 636).
- 3312 Nicht als Entgelt sind zu betrachten:
1/10 – das eigene Erwerbseinkommen des Kindes,
– die den Pflegeeltern oder Eltern ausgerichteten Familien- und Kinderzulagen,
– Gelegenheitsgeschenke,
– Stipendien,
– EL zur AHV/IV.
- 3313 Bei der Prüfung der Frage, ob die periodischen Leistungen oder Zuwendungen Dritter einen Viertel der Unterhaltskosten erreichen, ist in der Regel auf die durchschnittliche Leistung und den durchschnittlichen Unterhaltsbedarf für die ganze Unterhaltsdauer abzustellen. Massgebend sind aber grundsätzlich nur die effektiv geleisteten Unterhaltsbeiträge. Rechtlich geschuldete, aber nicht geleistete Beiträge sind nur insoweit zu berücksichtigen, als die begründete Annahme besteht, dass sie in Zukunft tatsächlich bezahlt bzw. nachbezahlt werden (ZAK 1979 S. 349; ZAK 1985 S. 583).
- 3314 Die für die Berechnung der Unentgeltlichkeit massgebenden Unterhalts- und Erziehungskosten entsprechen den im Anhang III aufgeführten Werten (ZAK 1978 S. 311).
- 3315 Das Pflegeverhältnis muss auf Dauer begründet worden sein. Das Kind darf von den Pflegeeltern nicht bloss für bestimmte Zeit aufgenommen worden sein; ferner muss nach dem Tode eines Pflegeelternteils der überlebende Teil das Pflegeverhältnis unbefristet fortsetzen.
- 3316 Als Indiz für eine dauernde Bindung des Pflegekindes zur Pflegefamilie kann der Umstand gelten, dass das Pflegeverhältnis seit der Begründung nie unterbrochen worden

ist, dass die Eltern ihre Elternrechte nicht mehr ausüben, oder dass das Kind den Namen der Pflegeeltern angenommen hat. Nicht nötig ist dagegen, dass das Pflegeverhältnis vor dem Rentenfall schon bestimmte Zeit gedauert habe.

- 3317 Das Pflegekind darf nicht schon wegen des Todes der Eltern eine Waisenrente und kein Elternteil darf schon eine Kinderrente der AHV oder IV für das Kind beziehen.

3.6.1.3 Findelkinder

- 3318 Findelkinder, das heisst Kinder, deren Abstammung nach der väterlichen und der mütterlichen Seite unbekannt ist, haben Anspruch auf eine Waisenrente ([Art. 25 Abs. 2 AHVG](#)).

3.6.1.4 Entstehung des Anspruchs

- 3319 Der Anspruch auf eine Waisenrente entsteht am ersten Tag des dem Tode des Vaters oder der Mutter folgenden Monats. Bei nachgeborenen Kindern entsteht der Anspruch am ersten Tag des der Geburt folgenden Monats ([Art. 47 AHVV](#)).
- 3320 Dies gilt auch, wenn das Kindesverhältnis erst nachträglich durch Anerkennung oder durch den Richter festgestellt wird ([Art. 252 Abs. 2 ZGB](#)). Eine Nachzahlung von Renten ist jedoch immer nur im Rahmen der 5jährigen Verwirklichungsfrist möglich.
- 3321 Bei Wegfall des eigenen Anspruchs der Waise auf eine Invalidenrente oder auf eine Witwen- bzw. Witwerrente, entsteht der Anspruch auf eine Waisenrente am ersten Tag des folgenden Monats.
- 3322 Bei 18–25jährigen Waisen, die die Ausbildung erst nach zurückgelegtem 18. Altersjahr bzw. nach dem Tode des Vaters oder der Mutter aufnehmen, beginnt die Rente mit dem Monat nach Beginn der Ausbildung zu laufen.

- 3322.1
1/18 Dauert die Ausbildung nicht länger als einen Kalendermonat, jedoch mindestens 4 Wochen (vgl. Rz 3358) und fällt der Beginn und das Ende der Ausbildung in den gleichen Kalendermonat, wird die Waisenrente für diesen betreffenden Kalendermonat ausbezahlt.
- 3323
1/05 Verlegt eine Waise mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz vom Ausland in die Schweiz, so kann die Waisenrente vom nächstfolgenden Monat an beansprucht werden.
- 3323.1
1/17 Für eine Waise mit der Staatsangehörigkeit eines Nichtvertragsstaates besteht auch Anspruch auf die Waisenrente, wenn sie im Ausland geboren ist und/oder dort Wohnsitz hat, sofern der verstorbene Elternteil die Schweizer Staatsbürgerschaft (oder EU/EFTA) besass oder einem Staat angehörte, mit dem die Schweiz ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat.
- 3324 Auch bei Verschollenheit entsteht der Anspruch auf Waisenrente am ersten Tag des dem Tode des Elternteils folgenden Monats. Als Zeitpunkt des Todes gilt der im Todesregister eingetragene Zeitpunkt, auf den die richterliche Verschollenerklärung zurückbezogen wird.
- 3325 Die Auszahlung der Waisenrente darf grundsätzlich nicht vor der richterlichen Verschollenerklärung erfolgen. Zu beachten ist, dass eine Nachzahlung von Renten nur im Rahmen der fünfjährigen Verwirkungsfrist möglich ist. Hat jedoch die Waise bei langer nachrichtenloser Abwesenheit den Rentenanspruch innert nützlicher Frist (AHI 1995 S. 81) nach dem Verschwinden des Elternteils geltend gemacht und die Ausgleichskasse den Entscheid bis zur richterlichen Verschollenerklärung ausgesetzt, so kann die Rente vom ersten Tag des auf den Zeitpunkt des Todes folgenden Monats an nachbezahlt werden.

- 3326 Beim Vorliegen besonderer Umstände und wenn damit zu rechnen ist, dass der verschwundene Elternteil für verschollen erklärt werden wird, kann die Rente in Fällen des Verschwindens in hoher Todesgefahr ausnahmsweise vor der Verschollenerklärung, frühestens jedoch nach Einleitung des Verschollenenverfahrens, gewährt werden. Diese Fälle sind dem BSV zu unterbreiten, nachdem das Gesuch um Verschollenerklärung eingereicht worden ist.

3.6.1.5 Erlöschen des Anspruchs

- 3327 Der Anspruch auf eine Waisenrente erlischt:
- 3328 – mit Ablauf des Monats, in welchem die Waise stirbt oder rechtskräftig adoptiert wird,
Ein Pflegekind, das vom überlebenden Pflegeelternteil adoptiert wird, verliert indessen den Anspruch auf die ihm durch den Tod des anderen Pflegeelternteils erwachsene Waisenrente nicht. Stirbt der eine Pflegeelternteil im gleichen Monat, in welchem das Pflegekind durch den überlebenden Pflegeelternteil adoptiert wird, so schliesst dies die Entstehung des Waisenrentenanspruchs nicht aus (ZAK 1976 S. 395).
- 3329 1/20 – mit Ablauf des Monats, in welchem ein rentenberechtigtes Pflegekind die Hausgemeinschaft verlässt oder zu seinen leiblichen Eltern zurückkehrt oder von diesen Unterhaltsleistungen erhält. Wenn sich das Kind für Ausbildungszwecke ausserhalb der Hausgemeinschaft aufhält, existiert diese weiterhin, solange die Pflegeeltern für den Unterhalt des Kindes aufkommen ([BGE 140 V 458](#)).
- 3330 – mit Ablauf des Monats, welcher demjenigen der Entstehung eines eigenen Anspruchs der Waise auf eine Witwen- oder Witwerrente vorangeht.
- 3331 – mit Ablauf des Monats, in welchem die Waise das 18. Altersjahr vollendet,

- 3332 – für Waisen, die zwischen dem 18. und dem 25. Altersjahr noch in Ausbildung begriffen sind, mit Ablauf des Monats, in welchem die Ausbildung beendet wird oder die Waise das 25. Altersjahr vollendet,
- 3332.1 – für Waisen, die zwischen dem 18. und 25. Altersjahr
1/20 noch in Ausbildung sind, wenn deren erzielttes Bruttoerwerbseinkommen über dem Betrag der maximalen vollen Altersrente liegt (Rz 3366 ff.).
- 3333 – mit Ablauf des Monats, in welchem eine Waise mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt. Diese Bestimmung gilt indessen nicht für ausländische Waisen von schweizerischen Staatsangehörigen.

3.6.2 Kinderrenten der IV und der AHV

3.6.2.1 Rentenanspruch

- 3334 Bezüger von Invaliden- oder Altersrenten haben grundsätzlich für jedes Kind oder Pflegekind, das im Falle ihres Todes eine Waisenrente beziehen könnte, Anspruch auf eine Kinderrente.
- 3335 Der Anspruch auf Kinderrente besteht jedoch nicht, wenn das Kind einen eigenen Anspruch auf eine Invalidenrente hat. Dagegen kann die Kinderrente beansprucht werden, so lange der Anspruch des invaliden Kindes auf eine Invalidenrente ruht, weil Eingliederungsmassnahmen der IV mit Unterkunft und Verpflegung gewährt werden.
- 3336 Der Anspruch auf Kinderrente besteht ebenfalls nicht,
1/14 wenn das Kind einen eigenen Anspruch auf Witwen- oder Witwerrente hat.
- 3337 Für den Rentenanspruch ist es ohne Bedeutung, ob die Eltern des Kindes miteinander verheiratet sind oder nicht.

- 3338 Bei Pflegeeltern, die Anspruch auf eine Invaliden- oder eine Altersrente haben, können der Pflegevater oder die Pflegemutter nur für diejenigen Pflegekinder Kinderrenten beanspruchen, bei denen die Voraussetzungen von Rz 3307 ff. erfüllt sind und die nicht schon wegen des Todes der Eltern Anspruch auf eine Waisenrente haben.
- 3339 Kein Anspruch auf Kinderrente entsteht für Kinder, die erst nach der Entstehung des Anspruchs auf eine Alters- oder Invalidenrente in Pflege genommen werden, es sei denn, es handle sich um Kinder des andern Ehegatten ([Art. 22^{ter} Abs. 1 AHVG](#), [Art. 35 Abs. 3 IVG](#)).
- 3340 Eltern, die Kinder in Pflege gegeben haben, können für diese Kinder nur dann Kinderrenten beanspruchen, wenn die Kinder keine Waisenrente wegen des Todes der Pflegeeltern und die Pflegeeltern für sie keine Kinderrente beanspruchen können.

3.6.2.2 Entstehung des Anspruchs

- 3341 Der Anspruch auf eine Kinderrente entsteht allgemein mit der Entstehung des Anspruchs des Vaters oder der Mutter auf eine Invaliden- oder Altersrente.
- 3342 Für Kinder, die nach der Entstehung des Anspruchs der Eltern auf eine Invaliden- oder Altersrente geboren werden, beginnt der Anspruch auf Kinderrente
- in der IV am ersten Tag des Geburtsmonats und
 - in der AHV am ersten Tag des der Geburt folgenden Monats.
- 3342.1
1/21 Besitzt der rentenberechtigte Elternteil die schweizerische Staatsangehörigkeit (oder EU/EFTA) oder diejenige eines Staates, mit dem ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen wurde, oder den Status als anerkannter Flüchtling (Urteil des BGer 9C_460/2018 vom 21. Januar 2020), so entsteht für das Kind ein Anspruch auf die Kinderrente unabhängig seiner eigenen Staatsangehörigkeit und seines

Wohnsitzes. Massgebend für den Anspruch auf eine Kinderrente ist daher stets die Staatsangehörigkeit oder der Status als anerkannter Flüchtling und der Wohnsitz des rentenberechtigten Elternteils.

- 3342.2
1/21 Dagegen entsteht kein Anspruch auf die Kinderrente für Kinder von Staatsangehörigen eines Nichtvertragsstaates (Ausnahme von anerkannten Flüchtlingen, vgl. Rz 3342.1), wenn das Kind seinen Wohnsitz und gewöhnlichen Aufenthalt nicht in der Schweiz hat und sofern das Kind nicht die schweizerische (oder EU/EFTA) Staatsangehörigkeit hat.
- 3343 Der Zeitpunkt des Anspruchsbeginns gemäss Rz 3341 und 3342 gilt auch, wenn das Kindesverhältnis erst nachträglich durch Anerkennung oder durch den Richter festgestellt wird ([Art. 252 Abs. 2 ZGB](#)). Eine Nachzahlung von Renten ist jedoch immer nur im Rahmen der 5jährigen Verwirklichungsfrist möglich.
- 3344 Für Kinder, die nach der Entstehung des Anspruchs des Vaters oder der Mutter auf eine Invaliden- oder Altersrente adoptiert werden, entsteht der Anspruch auf Kinderrente – in der IV am ersten Tag des Monats, in dem der Adoptionsentscheid rechtskräftig wird und – in der AHV am ersten Tag des auf den Eintritt der Rechtskraft des Adoptionsentscheids folgenden Monats.
- 3345 Ist ein bisher entgeltliches Pflegeverhältnis unentgeltlich geworden, so entsteht der Anspruch auf Kinderrente – in der IV am ersten Tag des Monats, in dem diese Änderung eingetreten ist und – in der AHV am ersten Tag des Monats, der demjenigen folgt, in welchem diese Änderung eingetreten ist. So kann z.B. eine Kinderrente vom Zeitpunkt an beansprucht werden, in welchem die bisher vom leiblichen Vater bezahlten Unterhaltsbeiträge ausbleiben und trotz aller Sorgfalt der Pflegeeltern und der Behörden aller Wahrscheinlichkeit nach endgültig uneinbringlich geworden sind. Unentgeltlich wird das Pflegeverhältnis unter Umständen auch dann, wenn die gemäss Vereinbarung oder Urteil von

Dritten geschuldeten Beiträge wegen zeitlicher Begrenzung dahinfallen.

- 3346 Für 18–25jährige Kinder, die die Ausbildung erst nach zurückgelegtem 18. Altersjahr und nach Entstehung des Anspruchs der Eltern auf eine Invaliden- oder Altersrente aufnehmen, beginnt die Kinderrente
- in der IV mit dem Monat des Beginns der Ausbildung
 - in der AHV mit dem Monat nach Beginn der Ausbildung zu laufen.
- 3346.1 1/18 Dauert die Ausbildung nicht länger als einen Kalendermonat, jedoch mindestens 4 Wochen (vgl. Rz 3358) und fällt der Beginn und das Ende der Ausbildung in den gleichen Kalendermonat, wird die Kinderrente der AHV für diesen betreffenden Kalendermonat ausbezahlt.

3.6.2.3 Erlöschen des Anspruchs

- 3347 Der Anspruch auf eine Kinderrente erlischt:
- 3348 – mit Ablauf des Monats, in welchem der Anspruch des Vaters oder der Mutter auf eine Invaliden- oder Altersrente untergeht,
- 3349 – mit Ablauf des Monats, in welchem das Kind das 18. Altersjahr vollendet,
- 3350 – für Kinder, die zwischen dem 18. und dem 25. Altersjahr noch in Ausbildung begriffen sind, mit Ablauf des Monats, in welchem die Ausbildung beendet wird oder das Kind das 25. Altersjahr vollendet,
- 3350.1 1/20 – für Kinder, die zwischen dem 18. und 25. Altersjahr noch in Ausbildung sind, wenn deren erzielttes Bruttoerwerbseinkommen über dem Betrag der maximalen vollen Altersrente liegt (Rz 3366 ff.).

-
- 3351 1/04 – mit Ablauf des Monats, welcher demjenigen der Entstehung
- eines selbständigen Anspruchs des Kindes auf eine eigene Invalidenrente, oder
 - eines eigenen Anspruchs des Kindes auf eine Witwen- oder Witwerrente vorangeht,
- 3352 – mit Ablauf des Monats, in welchem ein Kind, für welches die Kinderrente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, aus der Schweiz ausreist,
- 3353 – mit Ablauf des Monats, in welchem das Kind stirbt oder von Dritten rechtskräftig adoptiert wird,
- 3354 – mit Ablauf des Monats, in welchem ein Pflegekind, für das eine Kinderrente zur Rente der Pflegeeltern bezogen wird, aus dem Pflegeverhältnis ausscheidet oder ein bisher unentgeltliches Pflegeverhältnis zu einem entgeltlichen wird ([Art. 49 Abs. 1 und 3 AHVV](#)).
- 3355 Der Anspruch auf eine Kinderrente der IV erlischt ausserdem mit Ablauf des Monats, welcher demjenigen der Entstehung des Anspruchs auf eine Kinderrente der AHV vorangeht.

3.6.3 Waisen und Kinder in Ausbildung

3.6.3.1 Grundsatz

- 3356 Für Waisen und Kinder, die zwischen dem 18. und 25. Altersjahr noch in Ausbildung begriffen sind, besteht der Rentenanspruch auch für die Zeit der Ausbildung, längstens aber bis zum vollendeten 25. Altersjahr. Dabei ist ohne Belang, ob die Ausbildung bei Vollendung des 18. Altersjahres schon begonnen war oder erst nachher aufgenommen worden ist.

- 3357 Die Waisen- bzw. Kinderrente für in Ausbildung begriffene 18–25jährige Waisen oder Kinder erlischt mit Ablauf des Monats, in dem die Ausbildung abgeschlossen wird. Findet die Ausbildung erst nach vollendetem 25. Altersjahr ihren Abschluss, so erlischt der Rentenanspruch mit dem Monat, in welchem das 25. Altersjahr vollendet wird.

3.6.3.2 Begriff der Ausbildung

- 3358
1/11 Die Ausbildung muss mindestens 4 Wochen dauern und systematisch auf ein Bildungsziel ausgerichtet sein. Das angestrebte Bildungsziel führt entweder zu einem bestimmten Berufsabschluss oder ermöglicht eine berufliche Tätigkeit ohne speziellen Berufsabschluss, oder, falls die Ausbildung nicht zum vornherein auf einen bestimmten Beruf ausgerichtet ist, muss sie eine allgemeine Grundlage für eine Mehrzahl von Berufen bilden bzw. eine Allgemeinausbildung beinhalten. Die Ausbildung muss auf einem strukturierten Bildungsgang beruhen, der rechtlich oder zumindest faktisch anerkannt ist. Keine Rolle spielt es, ob es eine erstmalige Ausbildung, eine Zusatz- oder Zweitausbildung ist.
- 3359
1/11 Die systematische Vorbereitung erfordert, dass das Kind die Ausbildung mit dem objektiv zumutbaren Einsatz betreibt, um sie innert nützlicher Frist abschliessen zu können. Während der Ausbildung muss sich das Kind zeitlich überwiegend dem Ausbildungsziel widmen. Dies gilt nur dann als erfüllt, wenn der gesamte Ausbildungsaufwand (Lehre im Betrieb, Schulunterricht, Vorlesungen, Kurse, Vor- und Nachbereitung, Prüfungsvorbereitung, Selbststudium, Verfassen einer Diplomarbeit, Fernstudium etc.) mindestens 20 Stunden pro Woche ausmacht.
- 3360
1/11 Der effektive Ausbildungsaufwand kann teilweise nur mittels Indizien, mit dem Beweisgrad der überwiegenden Wahrscheinlichkeit, eruiert werden. Dabei ist insbesondere auch auf Auskünfte des Ausbildungsanbieters über die durchschnittlich aufzuwendende Zeit für die jeweilige Aus-

bildung abzustellen. Wer wöchentlich nur eine geringe Anzahl Kurslektionen besucht (z.B. 4 Lektionen abends) und daneben zur Hauptsache arbeitet (ohne Ausbildungscharakter) oder auch gar keinem Erwerb nachgeht, vermag den erforderlichen überwiegenden Ausbildungsaufwand nur schwer nachzuweisen. Beispiel: Eine bei der Abschlussprüfung gescheiterte Lehrabgängerin, die im anschliessenden Jahr lediglich ein paar wenige Repetitionskurse belegt, befindet sich nicht mehr in Ausbildung, wenn es ihr nicht gelingt, einen überwiegenden Ausbildungsaufwand nachzuweisen.

3361
1/12 Ein Praktikum wird als Ausbildung anerkannt, wenn es gesetzlich oder reglementarisch

- für die Zulassung zu einem Bildungsgang oder zu einer Prüfung vorausgesetzt ist, oder
- zum Erwerb eines Diploms oder eines Berufsabschlusses verlangt wird

(betreffend das Erwerbseinkommen während des Praktikums siehe Rz 3366 ff.)

3361.1
1/16 Sind die Voraussetzungen von Rz 3361 nicht erfüllt, so wird ein Praktikum trotzdem als Ausbildung anerkannt, wenn

- es für eine bestimmte Ausbildung faktisch geboten ist und mit dem Antritt des Praktikums tatsächlich die Absicht besteht, die angestrebte Ausbildung zu realisieren ([BGE 139 V 209](#)) und
- das Praktikum im betreffenden Betrieb höchstens ein Jahr dauert ([BGE 140 V 299](#)).

3362
1/14 Es wird nicht verlangt, dass das Kind während eines Praktikums schulischen Unterricht besucht. Übt das Kind jedoch lediglich eine praktische Tätigkeit aus, um sich dabei einige Branchenkenntnisse und Fertigkeiten anzueignen, um die Anstellungschancen bei schwieriger Beschäftigungssituation zu verbessern oder um eine Berufswahl zu treffen, liegt keine Ausbildung vor (Beispiel: Praktikum in einer Filmproduktionsfirma nicht als Ausbildung anerkannt gemäss [Urteil des BGer 9C 223/2008 vom 1. April 2008](#)).

- 3363
1/11 Kinder, die zwischen der Schulzeit und einer Anschlusslösung (etwa Lehrstelle) ein Brückenangebot wie das Motivationssemester (arbeitsmarktliche Massnahme) oder eine berufsorientierende Vorlehre wahrnehmen, befinden sich in Ausbildung. Voraussetzung ist jedoch, dass ein Schulanteil (Schulfächer, Werkstattunterricht) von mindestens 8 Lektionen (à 45 bis 60 Minuten) pro Woche Bestandteil dieser Zwischenlösung ist.
- 3364
1/11 Kinder, die sich in einem fremdsprachigen Gebiet als Au-Pair betätigen oder in einem fremdsprachigen Gebiet einen Sprachaufenthalt machen, befinden sich in Ausbildung, sofern mindestens 4 Schullektionen (à 45 bis 60 Minuten) pro Woche Bestandteil sind.
- 3365
1/11 Als Ausbildung gelten grundsätzlich auch von der IV gewährte Eingliederungsmassnahmen beruflicher Art, sofern sie, wie beispielsweise die erstmalige berufliche Ausbildung, systematisch das für eine spätere Erwerbstätigkeit nötige Wissen und Können vermitteln.
- 3366
1/11 Kinder, deren Bruttoerwerbseinkommen über dem Betrag einer maximalen vollen Altersrente liegt, erhalten keine Waisen- bzw. Kinderrente. Bei verheirateten Kindern werden nur die eigenen Einkommen berücksichtigt. Den Erwerbseinkommen gleich gestellt sind Ersatzeinkommen wie Taggelder der EO, ALV, IV sowie Kranken- oder Unfalltaggelder. Familienrechtliche Unterhaltszahlungen, Stipendien und Renten werden nicht berücksichtigt.
- 3366.1
1/17 Bei den Bruttoerwerbseinkommen gemäss Rz 3366 ist der tatsächlich erzielte Verdienst massgebend. Die Annahme eines höheren hypothetischen Einkommens mit dem Argument, die Ausbildung lasse eine weitergehende Erwerbstätigkeit zu, ist nicht zulässig ([BGE 8C 54/2016](#)).
- 3367
1/17 Erstreckt sich eine Ausbildung über mehr als ein Kalenderjahr, so wird das Einkommen für jedes Kalenderjahr getrennt betrachtet. Die Bestimmung der Erwerbseinkommenslimite gemäss Rz 3366 richtet sich nach folgenden Kriterien:

a) Befindet sich das Kind während des ganzen Kalenderjahres in Ausbildung (umfasst auch die als Ausbildungszeit anerkannten Unterbrechungen gemäss [Art. 49^{ter} Abs. 3 AHVV](#)), wird das ganze Jahreseinkommen berücksichtigt und durch 12 geteilt. Im Jahr des Erreichens des 25. Altersjahres werden die Einkommen ab dem Monat nach dem Geburtstag nicht mehr berücksichtigt. Liegt das so errechnete durchschnittliche Monatseinkommen unter der Einkommenslimite, besteht der Waisen- bzw. Kinderrentenanspruch durchgehend.

Beispiel 1: Verdient eine Studentin während den Semesterferien 4000 Franken pro Monat, besteht trotzdem ein Anspruch auf eine Waisenrente, sofern das Einkommen während des ganzen Kalenderjahres im Monatsdurchschnitt nicht über der Limite einer maximalen vollen Altersrente liegt.

Beispiel 2: Verdient ein Student vom Januar bis Ende des Monats, in dem er 25-jährig wird, im Monatsdurchschnitt weniger als den Betrag der maximalen Altersrente, besteht ein Anspruch auf die Waisenrente.

b) Befindet sich das Kind nicht während des ganzen Kalenderjahres in Ausbildung, müssen die Monate in Ausbildung gesondert von den übrigen Monaten betrachtet werden.

– Endet die Ausbildung während des Kalenderjahres, sind nachherige Monate nicht miteinzubeziehen.

Beispiel: Nach dem Lehrabschluss wird das anschliessende höhere Einkommen als Berufsfrau/-mann nicht mehr berücksichtigt, das heisst, es werden nur die Erwerbseinkommen während der Ausbildungszeit im betreffenden Kalenderjahr auf einen Monatsdurchschnitt umgerechnet und berücksichtigt. Ein Lehrling mit einem Lehrlingslohn von 1000 Franken hat demnach bis zum Lehrabschluss im Juli Anspruch auf die Waisenrente, auch wenn er ab August 4000 Franken verdient.

- Beginnt das Kind eine Ausbildung während des Kalenderjahres, sind vorherige Monate nicht miteinzubeziehen.

Beispiel 1: Beginnt das Kind Mitte Jahr eine Ausbildung und verdient dabei noch 2500 Franken monatlich, besteht kein Anspruch auf eine Waisen- bzw. Kinderrente, auch wenn es während den im entsprechenden Kalenderjahr vorangegangenen Monaten kein Einkommen erzielte.

Beispiel 2: Nimmt das Kind nach einem längeren Ausbildungsunterbruch (z.B. wegen längerem Militärdienst) sein Studium an der Uni im Spätsommer/Herbst wieder auf, besteht ab diesem Zeitpunkt ein Waisen- bzw. Kinderrentenanspruch, auch wenn das Einkommen in den vorangegangenen Monaten im Durchschnitt über 3000 Franken lag.

- c) Befindet sich das Kind in einem Praktikum, in welchem das durchschnittliche Monatseinkommen über dem Betrag einer maximalen vollen Altersrente liegt, sind die Praktikumsmonate gesondert vom Rest der übrigen Monate zu betrachten.

Nur wenn das Praktikum in einer üblichen unterrichtsfreien Zeit (gemäss [Art. 49^{ter} Abs. 3 AHVV](#)) gemacht wird oder der monatliche Praktikumslohn unter dem Betrag der maximalen vollen Altersrente liegt, wird das gesamte Einkommen auf einen Monatsdurchschnitt des betreffenden Kalenderjahres umgerechnet.

Beispiel 1: Das Kind absolviert nach der Matura von Juli bis Dezember ein Praktikum und verdient 3300 Franken pro Monat. Weil das Monatseinkommen während des Praktikums über der Einkommenslimite liegt, hat das Kind ab Juli keinen Waisen- bzw. Kinderrentenanspruch mehr.

Beispiel 2: Das Kind absolviert nach der Matura ein 3-monatiges Praktikum, in dem es 3300 Franken pro Monat verdient. Anschliessend daran setzt es seine Ausbildung fort,

beispielweise indem es ein Studium an der Uni oder einer Fachhochschule beginnt. Weil in diesem Fall das Einkommen in einer üblichen unterrichtsfreien Zeit erzielt wird, wird das Praktikumseinkommen (zusammen mit allfälligen weiteren Einkommen in diesem Jahr) durch 12 geteilt. Liegt das so errechnete durchschnittliche Monatseinkommen unter der Einkommenslimite, besteht der Waisen- bzw. Kinderrentenanspruch durchgehend

1/18 **3.6.3.3 Beginn, Beendigung und Unterbrechung der Ausbildung**

3368
1/18 Als Beginn einer Ausbildung gilt der Zeitpunkt, ab dem die Person den erforderlichen Ausbildungsaufwand (Rz 3360) erbringt, zum Beispiel Vorlesungen und Kurse besucht. Es ist daher nicht auf den formellen Semesterbeginn (Immatrikulationsbestätigung) abzustellen, sondern auf die effektive Aufnahme des Studiums ([BGE 141 V 473](#)).

3368.1
1/18 Als regulär beendet gilt die Ausbildung, sobald die Person keinen Ausbildungsaufwand mehr hat, weil sie sämtliche erforderlichen Leistungsnachweise für den Abschluss erbracht hat (Arbeiten eingereicht, Praktika absolviert, Prüfungen bestanden). Nicht abzustellen ist auf eine rein formelle Beendigung der Ausbildungszeit (z.B. Exmatrikulation, Diplomfeier, Promotionsfeier).

3368.2
1/18 Wird die Ausbildung abgebrochen, gilt sie ebenfalls als beendet. Bis zu einer allfälligen Wiederaufnahme der Ausbildung befindet sich das Kind nicht mehr in Ausbildung. Dies gilt auch für die Zeit zwischen einem Lehrabbruch und Beginn eines neuen Lehrverhältnisses. Die Zeitspanne zwischen der vorzeitigen Auflösung des alten und der Begründung eines neuen Lehrverhältnisses gilt nicht als rechtserhebliche Unterbrechung der Ausbildung, sofern die Suche nach einer neuen Lehrstelle unverzüglich an die Hand genommen wird ([Urteil des BGer 8C 916/2013 vom 20. März 2014](#)).

- 3369
1/11 Wird die Ausbildung unterbrochen, gilt sie – von den Unterbrechungen gemäss nachfolgenden Randziffern abgesehen – grundsätzlich als beendet. Das ist auch dann der Fall, wenn erst ein Zwischenziel erreicht ist, wie zum Beispiel die Matura.
- 3370
1/11 Übliche Ferien und unterrichtsfreie Zeiten von längstens 4 Monaten gelten nur dann als Ausbildungszeit, wenn sie zwischen zwei Ausbildungsphasen liegen, das heisst, die Ausbildung muss unmittelbar daran fortgesetzt werden. Angebrochene Monate werden mitgezählt, z. B. entspricht die Zeit vom 16. Juni (Matura) bis 16. Oktober 4 Monaten. Das bedeutet insbesondere:
- Die unterrichtsfreie Zeit nach der gymnasialen Matura gilt nur dann als Ausbildungszeit, wenn die Ausbildung spätestens 4 Monate nach der Matura fortgesetzt wird. Ist dies nicht der Fall, bedeutet die Matura das (vorläufige) Ende der Ausbildung.
 - Auch für Absolventen der Berufsmatura kann ein maximal 4-monatiger Unterbruch als Ausbildungszeit anerkannt werden, vorausgesetzt, die Anschlussausbildung erfolgt unmittelbar daran.
 - Zu den üblichen Ferien gehören auch die Semesterferien an den Universitäten, nicht hingegen Semester, während denen Studierende beurlaubt sind.
- 3371
1/19 Wer zwischen zwei Ausbildungsphasen Militär- oder Zivildienst leistet, wird während dieser Zeit nur dann als in Ausbildung befindlich erachtet, wenn dieser Unterbruch nicht länger als 5 Monate dauert und die Ausbildung unmittelbar daran fortgesetzt wird. Das kann beispielsweise eine Rekrutenschule sein, sofern sie in eine unterrichtsfreie Zeit fällt (etwa zwischen Matura und Beginn des Studiums) oder Militärdienstleistungen (zum Beispiel fraktionierte RS) in den Semesterferien. Wer längere Dienstleistungen am Stück erbringt (wie Durchdienen oder Abverdienen in Folge), befindet sich in dieser Zeit nicht in Ausbildung.

3371.1– aufgehoben

3371.3

1/11

- 3372
1/11 Frauen, die ihre Ausbildung wegen Schwangerschaft und anschliessendem Mutterschaftsurlaub unterbrechen, jedoch nicht länger als 12 Monate, gelten in dieser Zeit als in Ausbildung.
- 3373
1/22 Kinder, die ihre Ausbildung wegen Krankheit oder Unfall unterbrechen, jedoch nicht länger als 12 Monate, gelten in dieser Zeit als in Ausbildung.
- Während des Unterbruchs von längstens 12 Monaten bleibt der Anspruch auf die Leistung bestehen, weshalb diese weiterhin ausbezahlt ist. Der Anspruch endet spätestens nach 12 Monaten, wenn die Ausbildung nicht weitergeführt wird.
- 3374–
3376
1/11 aufgehoben

3.7 Witwen- und Witwerrenten

3.7.1 Anspruchsvoraussetzungen

3.7.1.1 Besondere Voraussetzungen für Witwen

- 3401 Eine Witwe, die im Zeitpunkt der Verwitwung eines oder mehrere Kinder hat, hat Anspruch auf eine Witwenrente ([Art. 23 Abs. 1 AHVG](#)).
- 3402 Mindestens ein Kind muss – unter Vorbehalt von Rz 3403 – im Zeitpunkt der Verwitwung leben; dagegen berührt der nachträgliche Tod der Kinder den Rentenanspruch nicht. Ferner ist unerheblich, wie alt die Kinder sind und ob sie selbst Anspruch auf Waisenrente haben oder nicht. Schliesslich ist es nicht erforderlich, dass zwischen dem verstorbenen Ehegatten und den Kindern ein Kindesverhältnis im Sinne von [Art. 252 ZGB](#) bestand.

- 3403 Als Witwe mit Kind gilt auch die beim Tode des Ehemannes schwangere Ehefrau, sofern das Kind lebend geboren wird ([Art. 46 Abs. 1 AHVV](#)). Es wird in Anlehnung an die zivilrechtlichen Bestimmungen eine Schwangerschaft der Ehefrau im Zeitpunkt des Todes des Ehemannes vermutet, sofern das Kind innert 300 Tagen seit dem Tode des Ehemannes geboren wird. Wird das Kind nach Ablauf von 300 Tagen seit der Verwitwung der Mutter geboren, so besteht kein Anspruch auf eine Witwenrente, es sei denn, die Witwe erbringe den Beweis, dass die Schwangerschaft im Zeitpunkt der Verwitwung schon bestand. Einen Rentenanspruch besitzt die im Zeitpunkt der Verwitwung schwangere Ehefrau ferner nur, wenn das Kind lebend geboren wird. Für den Rentenanspruch ist dagegen nicht erforderlich, dass das Kind während einer bestimmten Zeit am Leben bleibt.
- 3404 Eine Witwe, die im Zeitpunkt der Verwitwung keine Kinder im Sinne von [Art. 23 AHVG](#) hat, hat Anspruch auf eine Witwenrente, wenn sie
- das 45. Altersjahr zurückgelegt hat und
 - mindestens 5 Jahre verheiratet gewesen ist ([Art. 24 Abs. 1 AHVG](#)).
- 3405 Verwitwet somit die kinderlose Ehefrau vor dem 45. Altersjahr, hat sie keinen Anspruch auf Witwenrente. Ein Rentenanspruch entsteht in einem solchen Fall auch nicht nachträglich, wenn die Witwe das 45. Altersjahr erreicht.
- 3406 Bei der Feststellung der Ehedauer von mindestens 5 Jahren wird bei einer Witwe, die mehrmals verheiratet war, auf die Gesamtdauer der Ehen abgestellt.

3.7.1.2 Besondere Voraussetzungen für Witwer

- 3407
1/22 Ein verwitweter Mann hat Anspruch auf eine Witwerrente sofern er im Zeitpunkt der Verwitwung eines oder mehrere Kinder unter 18 Jahren hat (Art. 23 Abs. 1 AHVG). Pflegekinder, die im Zeitpunkt der Verwitwung mit dem Witwer im gemeinsamen Haushalt leben und Pflegekinder sind oder

von ihm adoptiert wurden (Art. 23 Abs. 2 Bst. a und b AHVG), sind Kindern von Witwern gleichgestellt. Die Witwerrente erlischt mit Ablauf des Monats, in welchem das jüngste Kind, welches Anspruch auf die Witwerrente gibt, das 18. Altersjahr vollendet (Art. 23 und Art. 24 Abs. 2 AHVG).

3.7.1.3 Gemeinsame Voraussetzungen für Witwen und Witwer

- 3408 Eine verwitwete Person,
- die im Zeitpunkt der Verwitwung für Kinder des verstorbenen Ehegatten sorgt ([Art. 23 Abs. 2 Bst. a AHVG](#)), oder
 - die im Zeitpunkt der Verwitwung mit Pflegekindern im gemeinsamen Haushalt lebt und diese später adoptiert ([Art. 23 Abs. 2 Bst. b AHVG](#)),
- hat Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente, wenn folgende Voraussetzungen gleichzeitig erfüllt werden:
- 3409 – das Kind steht im Zeitpunkt des Todes des Ehegatten in einem unentgeltlichen Pflegeverhältnis zum überlebenden Ehegatten;
- 3410 – mindestens ein solches Pflegekind lebt im gemeinsamen Haushalt mit dem überlebenden Ehegatten. Der gemeinsame Haushalt muss im Zeitpunkt der Verwitwung bestehen. Kinder, die sich zum Schulbesuch oder zu Studienzwecken auswärts aufhalten, aber den Kontakt mit der Familie im normalen Rahmen beibehalten, gehören zum gemeinsamen Haushalt.
- 3411 – das Pflegekind erwirbt infolge des Todes des Ehegatten Anspruch auf eine Waisenrente.
- 3412 Im Falle von [Art. 23 Abs. 2 Bst. b AHVG](#) entsteht der Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente erst ab dem Zeitpunkt der Adoption (vgl. Rz 3427).

- 3413 Bei einer verheirateten Person, die vor der Heirat einen Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente hatte, lebt der Anspruch wieder auf, sofern
- die neue Ehe geschieden oder ungültig erklärt wird ([Art. 23 Abs. 5 AHVG](#)) und
 - diese Ehe weniger als 10 Jahre gedauert hat ([Art. 46 Abs. 3 AHVV](#)). Massgebend ist das Datum der Rechtskraft der Scheidung bzw. der Ungültigerklärung.
- 3414 Ist der Ehegatte zusammen mit dem einzigen Kind oder sämtlichen Kindern ums Leben gekommen, und steht nicht eindeutig fest, dass eines der Kinder den verstorbenen Ehegatten überlebt hat, so gilt der überlebende Ehegatte als kinderlos (ZAK 1976 S. 180).

3.7.2 Geschiedene Personen

3.7.2.1 Voraussetzungen für geschiedene Frauen

- 3415 Eine geschiedene Frau hat beim Tode des geschiedenen Ehemannes Anspruch auf eine unbefristete Witwenrente, wenn eine der nachfolgenden Voraussetzungen erfüllt ist:
- 3416 – Sie hat Kinder ([Art. 23 Abs. 1 und 2 AHVG](#)) und die geschiedene Ehe hat mindestens 10 Jahre gedauert ([Art. 24a Abs. 1 Bst. a AHVG](#));
- 3417 – Sie war bei der Scheidung älter als 45 Jahre und die geschiedene Ehe hat mindestens 10 Jahre gedauert ([Art. 24a Abs. 1 Bst. b AHVG](#));
- 3418 – Das jüngste Kind vollendet das 18. Altersjahr, nachdem die Frau ihr 45. Altersjahr zurückgelegt hat oder haben wird ([Art. 24a Abs. 1 Bst. c AHVG](#)).

- 3419 Eine geschiedene Frau, die nicht mindestens eine der drei vorangehenden Voraussetzungen erfüllt, hat nur solange Anspruch auf eine Witwenrente, als sie Kinder unter 18 Jahren hat ([Art. 24a Abs. 2 AHVG](#)). Dabei ist nicht Bedingung, dass es sich um Kinder des Verstorbenen handelt. Die Witwenrente erlischt, mit Ablauf des Monats, in welchem das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendet.
- 3419.1
1/20 Eine geschiedene Frau, die zu Lebzeiten des ersten Ehegatten wieder geheiratet hat, hat nach dessen Tod keinen Anspruch auf eine Witwenrente, auch wenn sie in der Zwischenzeit von ihrem zweiten Ehemann geschieden ist ([BGE 127 V 75](#)).
- 3419.2
1/22 Der Anspruch auf eine Witwen- oder Witwerrente, der zufolge Wiederverheiratung erloschen ist (Art. 23 Abs. 4 lit. a AHVG), kann gestützt auf Art. 23 Abs. 5 AHVG nur nach Auflösung der zweiten Ehe durch Scheidung oder Ungültigerklärung wieder aufleben. Werden danach weitere Ehen eingegangen (d.h. eine dritte, vierte etc. Ehe) und später geschieden oder als ungültig erklärt, ist ein Wiederaufleben ausgeschlossen ([BGE 147 V 297](#)).
- 3420 Der Anspruch auf Witwenrenten für geschiedene Frauen, welche am 1. Januar 1997 das 45. Altersjahr zurückgelegt haben, richtet sich nach dem bis zum 31. Dezember 1996 gültigen Art. 23 Abs. 2 AHVG, sofern kein Anspruch nach dem neuen [Art. 24a AHVG](#) besteht ([Bst. f Abs. 1 der Übergangsbestimmungen zur 10. AHV-Revision](#)). In einem solchen Fall ist eine geschiedene Frau nach dem Tode des früheren Ehemannes einer Witwe gleichgestellt, sofern der Mann der Frau gegenüber zu Unterhaltsbeiträgen verpflichtet war und die Ehe mindestens 10 Jahre gedauert hatte. In den Genuss dieser Regelung kann namentlich dann eine Frau gelangen, wenn
- sie bei der Scheidung jünger als 45 Jahre war oder
 - das jüngste Kind das 18. Altersjahr vollendet hat, bevor sie ihr 45. Altersjahr zurückgelegt hat.

3.7.2.2 Voraussetzungen für geschiedene Männer

- 3421 Ein geschiedener Mann hat nur solange Anspruch auf eine Witwerrente, als er Kinder unter 18 Jahren hat. Dabei ist nicht Bedingung, dass es sich um Kinder der Verstorbenen handelt.
- 3422 Die Witwerrente erlischt mit Ablauf des Monats, in dem das
1/22 jüngste Kind, welches Anspruch auf die Witwenrente gibt, das 18. Altersjahr vollendet ([Art. 24a](#) in Verbindung mit [Art. 24 AHVG](#)). Es besteht somit kein Unterschied zu nicht geschiedenen Witwern.

3.7.3 Tod und Verschollenheit

3.7.3.1 Zeitpunkt des Todes

- 3423 Massgebend ist grundsätzlich der im Todesregister eingetragene Zeitpunkt des Todes. Wurde die Leiche nicht aufgefunden, so ist jener Zeitpunkt des Todes massgebend, welcher im Familienregister eingetragen wurde.
- 3424 Ist der Zeitpunkt des Todes im Todesregister nicht eingetragen, so ist nach dem Grundsatz der überwiegenden Wahrscheinlichkeit zu beurteilen, wann der Tod eingetreten ist (ZAK 1992 S. 40). In diesen Fällen sind die Akten dem BSV zu unterbreiten.

3.7.3.2 Verschollenheit

- 3425 Die richterliche Verschollenerklärung gemäss [Art. 35 – 38 ZGB](#) ist dem Tod gleichgestellt. Als Zeitpunkt des Todes gilt in diesen Fällen der im Familienregister eingetragene Zeitpunkt, auf den die richterliche Verschollenerklärung zurückbezogen wird.

3.7.4 Entstehung des Rentenanspruchs

- 3426 Der Rentenanspruch entsteht grundsätzlich am ersten Tag des dem Tode des (geschiedenen) Ehegatten folgenden Monats ([Art. 23 Abs. 3 AHVG](#)).
- 3427 Bei Adoption eines Pflegekindes entsteht der Rentenanspruch am ersten Tag des Monats, der demjenigen folgt, in welchem die Adoption rechtskräftig geworden ist ([Art. 23 Abs. 3 AHVG](#)).
- 3428 Bei Wiederaufleben des Rentenanspruchs nach Scheidung oder Ungültigerklärung der neuen Ehe entsteht der Anspruch am ersten Tag des Monats, der demjenigen folgt, in welchem das Scheidungsurteil oder die richterliche Ungültigerklärung rechtskräftig geworden ist ([Art. 46 Abs. 3 AHVV](#)).
- 3429 Verlegt eine verwitwete Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz vom Ausland in die Schweiz, so entsteht der Rentenanspruch vom nächstfolgenden Monat an.
- 3429.1
1/05 Verlegt eine verwitwete Person mit der Staatsangehörigkeit eines Nichtvertragsstaates ihren Wohnsitz von der Schweiz ins Ausland und hatte der verstorbene Ehegatte die schweizerische Staatsangehörigkeit oder eine Staatsangehörigkeit besessen, mit deren Heimatstaat eine zwischenstaatliche Vereinbarung besteht, so kann die Witwen- oder Witwerrente im Ausland weiterhin beansprucht werden.
- 3430 Auch bei Verschollenheit entsteht der Rentenanspruch am ersten Tag des dem Tode des Ehegatten folgenden Monats. Als Zeitpunkt des Todes gilt der im Familienregister eingetragene Zeitpunkt, auf den die richterliche Verschollenerklärung zurückbezogen wird.

- 3431
1/16 Die Auszahlung der Witwen- bzw. Witwerrente darf grundsätzlich nicht vor der richterlichen Verschollenerklärung erfolgen. Der Anspruch auf Nachzahlung der Renten erlischt mit Ablauf von fünf Jahren nach Ende des Monats, für welchen die Leistung geschuldet war (Verwirkungsfrist, [Art. 46 AHVG](#) i.V.m. [Art. 24 Abs. 1 ATSG](#)). Die fünfjährige Verwirkungsfrist beginnt in dem Zeitpunkt zu laufen, da die hinterbliebene Person frühestens eine zivilrechtliche Verschollenerklärung durch den Richter erwirken kann, d.h. im Falle der langen nachrichtenlosen Abwesenheit sechs Jahre nach der letzten Nachricht (AHI 1995 S. 81 = [BGE 120 V 170](#)). Wurde die Rentenmeldung vor Ablauf der Verwirkungsfrist eingereicht, so kann die Rente vom ersten Tag des auf den Zeitpunkt des Todes folgenden Monats an nachbezahlt werden.
- 3432 Beim Vorliegen besonderer Umstände und wenn damit zu rechnen ist, dass der verschwundene Ehegatte für verschollen erklärt werden wird, kann die Rente in Fällen des Verschwindens in hoher Todesgefahr ausnahmsweise vor der Verschollenerklärung, frühestens jedoch nach Einleitung des Verschollenenverfahrens, gewährt werden. Diese Fälle sind dem BSV zu unterbreiten, nachdem das Gesuch um Verschollenerklärung eingereicht worden ist.

3.7.5 Erlöschen des Rentenanspruchs

- 3433 Der Rentenanspruch erlischt mit Ablauf des Monats, in welchem
- 3434 – eine verwitwete Person stirbt,
- 3435 – eine verwitwete Person wieder heiratet,
- 3436 – eine verwitwete Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit, deren Rente nur bei Wohnsitz und gewöhnlichem Aufenthalt in der Schweiz ausgerichtet werden kann, ihren Wohnsitz ins Ausland verlegt (Ausnahme bei ausländischen Hinterlassenen von schweizerischen Staatsangehörigen),

- 3437
1/22 – das jüngste Kind, welches Anspruch auf die Witwenrente gibt, das 18. Altersjahr vollendet hat (Art. 24 Abs. 2 und Art. 24a Abs. 2 AHVG).

3.8 Zusammentreffen von Witwen- oder Witwerrenten mit Alters- oder Invalidenrenten

- 3501 Erfüllt eine Person gleichzeitig die Voraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente und für eine Alters- oder IV-Rente (ganze IV-Rente gemäss [Art. 43 Abs. 1 IVG](#)), so wird nur die höhere Rente ausgerichtet ([Art. 24b AHVG](#)) Dies gilt namentlich in Fällen, in welchen eine verwitwete oder eine geschiedene Person
- 3502 – infolge Beitragslücken lediglich Anspruch auf eine niedrige Teilrente hat,
- 3503 – mit vollständiger Beitragsdauer Anspruch auf eine Alters- oder IV-Rente hat, die niedriger ist, als der Maximalbetrag der Witwen- bzw. Witwerrente.
- 3504 Bezieht eine Person im Zeitpunkt der Verwitwung bereits eine Rente der AHV oder der IV, so ist der Vergleich lediglich dann vorzunehmen, wenn die Alters- oder die IV-Rente (inkl. Verwitwetenzuschlag gemäss [Art. 35^{bis} AHVG](#)) niedriger ist als der Maximalbetrag der Witwen- bzw. Witwerrente.

3.9 Zusammentreffen von Waisenrenten mit andern Renten

- 3505 Beim Zusammentreffen einer Waisenrente mit einer Witwen- bzw. Witwerrente oder einer IV-Rente (ganze IV-Rente gemäss [Art. 43 Abs. 1 IVG](#)), wird nur die höhere Rente ausgerichtet. Sind beide Elternteile gestorben, so ist für den Vergleich die Summe der beiden Waisenrenten massgebend ([Art. 28^{bis} AHVG](#)).

3.10 Zusammentreffen von Hinterlassenenrenten mit Eingliederungsmassnahmen der IV

- 3506 Solange der Anspruch einer invaliden verwitweten oder verwaisten Person auf eine Invalidenrente ruht, weil Eingliederungsmassnahmen der IV gewährt werden, kann die Hinterlassenenrente (Witwen-, Witwer- oder Waisenrente) ausgerichtet werden.

3.11 Verweigerung, Kürzung oder Entzug einer Rente

3.11.1 In der AHV

- 3507 Hat die versicherte Person den Versicherungsfall vorsätzlich oder bei vorsätzlicher Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens herbeigeführt oder verschlimmert, so können ihr die Geldleistungen vorübergehend oder dauernd gekürzt oder in schweren Fällen verweigert werden ([Art. 21 Abs. 1 ATSG](#)).
- 3508 Wurde der Tod nur in fahrlässiger Weise (leicht oder grob) verursacht, so tritt keine solche Sanktion ein. Die Art der Sanktion und deren Umfang (zeitliche und betragsmässige Begrenzung) bemisst sich jeweils nach der Schwere des Verschuldens.
- 3509 Geldleistungen für Angehörige oder Hinterlassene werden nur gekürzt oder verweigert, wenn diese den Versicherungsfall vorsätzlich oder bei vorsätzlicher Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens herbeigeführt haben ([Art. 21 Abs. 2 ATSG](#)). Angehörige oder Hinterlassene, die kein rechtserhebliches Verschulden trifft, steht der Rentenanspruch uneingeschränkt und ohne Rücksicht auf die allenfalls gegenüber ihren schuldhaften Angehörigen verfügbaren Massnahmen zu.
- 3510 Für die Festlegung der Sanktion sind die Fälle dem BSV zu unterbreiten.

3.11.2 In der IV

- 3511 Betreffend Verweigerung, Kürzung oder Entzug von Geldleistungen finden die Rz 3507 und 3509 Anwendung.
- 3512 Hat sich eine Person einer zumutbaren Eingliederungsmassnahme, die eine wesentliche Verbesserung der Erwerbsfähigkeit erwarten lässt, widersetzt oder entzogen, so kann ihr die Rente vorübergehend oder dauernd verweigert werden ([Art. 21 Abs. 4 ATSG](#)).
- 3513 Die Abklärung solcher Fälle und die Festlegung einer Sanktion obliegen den IV-Stellen.

3.12 Sistierung der IV-Rente während des Vollzuges einer Freiheitsstrafe oder Massnahme

- 3514
1/21 Während der Dauer einer Strafverbüsung oder jedes anderen durch den Strafrichter angeordneten Freiheitsentzuges ist die Invalidenrente der davon betroffenen Person zu sistieren. Entzieht sich die Person dem Straf- oder Massnahmenvollzug, so ist die Sistierung ab dem Zeitpunkt vorzunehmen, in dem der Straf- oder Massnahmenvollzug hätte beginnen sollen. Wurde hingegen der Vollzug mit der Zustimmung der zuständigen Behörde verschoben, so erfolgt die Sistierung erst auf den Zeitpunkt des effektiven Vollzuges ([Art. 21 Abs. 5 ATSG](#)).
- 3514.1
1/22 Die Rente ist nicht zu sistieren, wenn der stationäre Massnahmenvollzug eine Erwerbstätigkeit zulässt (vgl. Rz 7200 ff. KSIR). Kein Sistierungsgrund liegt zudem vor, wenn eine invalide Person von einer fürsorgerischen Freiheitsentziehung betroffen ist ([Art. 21 Abs. 5 ATSG](#)).
- 3515
1/20 Kinderrenten sind auch während der Sistierung der Hauptrente weiter auszurichten und weiterhin zu plafonieren.
- 3516 Die Abklärung der Dauer der Sistierung einer IV-Rente und die Überwachung obliegen den IV-Stellen.

1/07 **3.13 Die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (Partnerschaftsgesetz, PartG)**

1/07 **3.13.1 Im Allgemeinen**

3517 Die Grundlage für die Regelung der rechtlichen Situation
1/07 gleichgeschlechtlicher Paare ist im Partnerschaftsgesetz zu finden. Zwei Personen gleichen Geschlechts können ihre Partnerschaft eintragen lassen.

3518 Das Partnerschaftsgesetz wirkt sich auch in den Sozialver-
1/07 sicherungen aus: Nach dem neuen [Art. 13a ATSG](#) ist eine eingetragene Partnerschaft, solange sie dauert, im Sozialversicherungsrecht einer Ehe gleichgestellt. Stirbt eine Partnerin oder ein Partner, so hat die überlebende Person die gleichen Rechtsansprüche gegenüber der AHV wie ein Witwer, selbst wenn es sich um eine Frau handelt. Schliesslich ist die gerichtliche Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft der Ehescheidung gleichgestellt.

3519 Die wichtigsten Regeln in Bezug auf den Rentenanspruch
1/07 und die Rentenfestsetzung werden im Folgenden aufgeführt. Soweit nichts ausdrücklich vermerkt wird, gelten im Übrigen die allgemeinen Anspruchs- und Berechnungsregeln für Ehepaare.

1/07 **3.13.2 Neue Zivilstände und Verfahren**

3520 Die Einführung der eingetragenen Partnerschaft löst neue
1/18 Zivilstände aus. Dies sind die

- eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare
- gerichtlich aufgelöste Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare
- durch Tod aufgelöste Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare
- richterlich getrennte Partnerschaft (nur bei Wegfall der Plafonierung).

Für diese neuen Zivilstände sind besondere Zivilstands-Codes erforderlich (vgl. [WL-RR](#)).

- 3521
1/07 Die Eintragung der Partnerschaft erfolgt beim zuständigen Zivilstandsamt. Der Zivilstandsbeamte registriert die Partnerschaft und erlässt eine entsprechende Partnerschaftsurkunde, welche als Beweisakt dient.
- 3522
1/07 Zuständig für die Auflösung der eingetragenen Partnerschaften sind die Zivilgerichte. Das Auflösungsurteil ist als Beweisakt einem Scheidungsurteil gleichgestellt.
- 3523
1/07 Auch die Ungültigkeit einer eingetragenen Partnerschaft muss gerichtlich festgestellt und mit einem Ungültigkeitsurteil nachgewiesen werden.
- 3524
1/07 Eingetragene Partner oder Partnerinnen können den gemeinsamen Haushalt mit oder ohne richterliche Genehmigung aufheben und getrennt leben. In der AHV/IV knüpfen sich daran dieselben Wirkungen wie bei der Trennung verheirateter Personen (Rz 5508 ff.).
- 3525
1/07 Im Ausland anerkannte Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare sind unter gewissen Voraussetzungen den in der Schweiz eingetragenen Partnerschaften gleichgestellt. Werden von Personen Rechte aus einer im Ausland geschlossenen Partnerschaft geltend gemacht, ist das BSV zu konsultieren.
- 1/07 **3.13.3 Geltendmachung des Rentenanspruchs**
- 3526
1/07 Für die Dauer der Partnerschaft sind Partner gegenseitig zur Geltendmachung des Rentenanspruchs ermächtigt (vgl. Rz 1102).
- 3527
1/07 Die beiden Renten der Partner sind durch diejenige Ausgleichskasse auszurichten, welche bereits für die Festsetzung und Auszahlung der Rente des zuerst berechtigten Partners zuständig war. Die Rz 2012 bis 2018 gelten sinngemäss.

1/07 **3.13.4 Kinder- und Waisenrenten**

3528 1/18 Das Partnerschaftsgesetz verbietet die gemeinschaftliche Adoption von Kindern. Hingegen kann eine Person das Kind adoptieren, mit dessen Mutter oder Vater sie in einer eingetragenen Partnerschaft lebt (Stiefkindadoption, [Art. 264c ZGB](#)).

3529 1/18 Es ist ausserdem möglich, dass eine Partnerin oder ein Partner eigene oder adoptierte Kinder aus einer früheren Beziehung oder infolge einer früheren Einzeladoption in die Partnerschaft mitbringt. Das Kindsverhältnis besteht auch in der Partnerschaft nur zu diesem Elternteil. Zur Partnerin oder zum Partner kann ein Pflegeverhältnis entstehen (vgl. Rz 3307 ff.).

1/07 **3.13.5 Witwerrente**

3530 1/07 Beim Tode einer Partnerin oder eines Partners hat der oder die Hinterbliebene die Rechte eines Witwers. Dies gilt auch dann, wenn die überlebende Partnerin eine Frau ist (Rz 3401 ff.). [Art. 24a Abs. 2 AHVG](#) findet sinngemäss Anwendung auf Personen, deren eingetragene Partnerschaft gerichtlich aufgelöst worden ist.

3531 1/07 Der Anspruch auf eine frühere Witwerrente, der mit der Eintragung der Partnerschaft erloschen ist, lebt am ersten Tag des der Auflösung der Partnerschaft folgenden Monats wieder auf, wenn die Partnerschaft nach weniger als zehnjähriger Dauer aufgelöst oder ungültig erklärt wird.

1/07 **3.13.6 Rentenberechnung**

3532 1/07 Zeitabschnitte, für welche erwerbstätige Partner den doppelten Mindestbeitrag bezahlt haben, werden den nichterwerbstätigen Partnern während der Partnerschaft als Beitragsdauer angerechnet. Die Rz 5027 ff. gelten sinngemäss.

3533
1/07 Die erzielten Erwerbseinkommen der Partner werden während der Kalenderjahre der Partnerschaft gesplittet (Rz 5105 ff.) Desgleichen gilt für die Erziehungs- und die Betreuungsgutschriften. Die Rz 5407 ff. und Rz 5501 ff. sind anwendbar.

3534
1/07 Sind beide Partner rentenberechtigt, so gelten die allgemeinen Plafonierungsregeln (Rz 5508 ff.).

3535
1/07 Verwitwete rentenberechtigte Partner erhalten zur ihrer Alters- oder Invalidenrente einen Verwitwetenzuschlag (Rz 5616 und 5617).

1/07 **3.13.7 Auflösung der eingetragenen Partnerschaft**

3536
1/07 Die gerichtliche Auflösung der eingetragenen Partnerschaft löst das Splittingverfahren aus (vgl. [KSS](#)).

1/07

3.13.8 Auszahlung, Nachzahlung, Rückerstattung und Verrechnung

3537
1/07 In Bezug auf die Rentenauszahlung, Nachzahlung, Rückerstattung sowie die Verrechnung sind alle bestehenden Regeln für Ehepaare (Rz 10001 ff.) sinngemäss anwendbar.

4. Die Prüfung der versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen

4.1 Im Allgemeinen

4.1.1 Zuständigkeit für die Prüfung

4.1.1.1 AHV-Renten

4001 Bei Alters- und Hinterlassenenrenten sind die versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen durch die zuständige Ausgleichskasse zu prüfen.

1/04 4.1.1.2 IV-Renten und Hilflosenentschädigungen für volljährige Personen

4002 Bei den Anmeldungen für IV-Renten und Hilflosenentschädigungen der AHV und IV für volljährige Personen sind die versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen von der IV-Stelle zu prüfen. Bezüglich der Mitwirkung der Ausgleichskassen gilt das [KSVI](#).

4003 Nach Abschluss der Abklärungen sind die Akten mit dem Beschluss und vervollständigt mit den erforderlichen Dokumenten (AHV-Ausweis, Familienbüchlein, Ausländerausweis, Ausbildungsbestätigung), der zuständigen Ausgleichskasse zur Berechnung und Auszahlung der Leistung weiterzuleiten. Für das Festsetzungsverfahren der Renten und den Verfügungserlass gilt das [KSVI](#)/KSIR.

4.2 Prüfung der Personalien

4.2.1 Prüfung durch die Ausgleichskassen

4004 Die Personalien sind anhand vorhandener Daten aus dem Versicherten- und Rentenregister sowie anhand amtlicher Dokumente zu überprüfen. Als amtliche Dokumente gelten sämtliche durch Zivilstandsbehörden ausgestellte Zivilstandsdokumente (z.B. Familienausweis [früher Familienbüchlein], Heimatschein, Personenstandsausweise sowie

Urkunden über die Geburt, Trauung, Partnerschaft usw.), die Niederlassungsbewilligung (Schriftenempfangsschein) der Einwohnerkontrolle, der Pass und die Identitätskarte. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Änderungen in den Registern und Dokumenten nicht durchwegs nachgetragen sind. In Zweifelsfällen ist ein Personalausweis einzuholen.

- 4005 Keinen genügenden Nachweis über den Personenstand bieten dagegen das Dienstbüchlein, der Taufschein, Legitimationskarten oder andere persönliche Ausweise, Bestätigungen der Arbeitgeber sowie die Anmeldung für einen Versicherungsausweis.
- 4006 Die Prüfung erstreckt sich auf alle Personen, die einen Anspruch auf Leistungen geltend machen, sowie auf alle Angehörigen der leistungsberechtigten Person, die für eine Zusatz- oder Kinderrente in Frage kommen.
- 4007 Falls bei ausländischen Personen die Angaben anhand der in Rz 4004 genannten Informationsquellen nicht oder nur teilweise überprüft werden können, sind zusätzlich entsprechende amtliche Dokumente wie Reisepass, Bescheinigungen der zuständigen heimatlichen Behörden (z.B. Auszüge aus Zivilstandsregistern) und Ausländerausweis heranzuziehen.
1/20
- 4008 Falls die Angaben der leistungsberechtigten Person vollumfänglich anhand von amtlichen Registerdaten überprüft werden können, so kann auf die Einholung amtlicher Dokumente verzichtet werden. Dies gilt insbesondere für Ausgleichskassen, welche Zugang zu den Einwohnerregistern des Kantons oder der Gemeinden haben.
1/15
- 4009 Auf der Anmeldung ist zu vermerken, aufgrund welcher Register und Dokumente die Personalien überprüft wurden.
1/15

4.2.2 Mitwirkung der Zivilstandsämter

- 4010
1/15 Das Zivilstandsamt des Heimatortes der leistungsberechtigten Person erteilt gemäss [Art. 32 ATSG](#) Auskunft über deren Personalien, sofern es von der Ausgleichskasse mit „Bestätigung der persönlichen Angaben“ (Formular 318.271) angefragt wird. Eine Bestätigung der Personalien ist indessen nur dann mit dem Personalausweis vom Zivilstandsamt einzuholen, wenn die Angaben in den amtlichen Dokumenten und Registern (Versichertenregister und Infostar) unvollständig, unklar oder widersprüchlich sind.
- 4011
1/08 Die „Bestätigung der persönlichen Angaben“ kann nur für Auskünfte über Schweizer Bürger verwendet werden. Anfragen über in der Schweiz niedergelassene ausländische Staatsangehörige sind unter Hinweis auf [Art. 32 ATSG](#) an die Einwohnerkontrolle des Wohn- oder Aufenthaltsortes zu richten.
- 4012
1/08 Die „Bestätigung der persönlichen Angaben“ ist dem Zivilstandsamt im Doppel einzusenden. Das Formular muss dabei in der Amtssprache des angefragten Amtes abgefasst sein. Die Ausgleichskasse hat alle ihr bereits bekannten Personalien in den Fragebogen einzutragen.
- 4013
1/08 Für ergänzende Fragen der Ausgleichskasse (z.B. über mehrere Ehen einer Witwe und die Gesamtdauer dieser Ehen) und die entsprechenden Auskünfte des Zivilstandsamtes ist der für besondere Bemerkungen freigelassene Raum auf Seite 1 der „Bestätigung der persönlichen Angaben“ vorgesehen.

1/15 **4.2.3 Vorgehen bei unterschiedlichen Angaben**

4014
1/15 Stimmen die Daten aus dem Versichertenregister und/oder der von Infostar gelieferte Zivilstand nicht mit den Angaben auf den aktuellen amtlichen Dokumenten der versicherten Person überein, und wird vermutet, dass in den Registern Falscheintragungen vorliegen, so ist ein Bereinigungsverfahren einzuleiten.

4015
1/15 Dazu ist durch die Ausgleichskasse das Formular "Antrag auf Berichtigung der Personalien in einem amtlichen Personenregister des Bundes" soweit als möglich vorauszufüllen und der versicherten Person zur Ergänzung und Unterschrift zuzustellen. Diese hat danach das Formular zur weiteren Prüfung an die Einwohnerkontrolle ihres Wohnortes weiterzuleiten (siehe dazu die Detailinformationen auf der [Internetseite der ZAS](#)).

4.3 Prüfung des schweizerischen Wohnsitzes

4.3.1 Zivilrechtlicher Wohnsitz in der Schweiz

4101 Der zivilrechtliche Wohnsitz ist ahv-rechtlich für die Versicherungseigenschaft einer Person von ausschlaggebender Bedeutung. Massgebend ist dabei der zivilrechtliche Wohnsitz im Sinne von [Art. 23 ff. ZGB](#).

4102 Das Vorliegen des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz ist aufgrund der gesamten Verhältnisse im Einzelfall zu prüfen. Sachverhalte wie beispielsweise Bezahlung der Steuern in der Schweiz, Ausübung politischer Rechte, Abschluss eines Wohnmietvertrages, Hinterlegung der Schriften und die Erteilung einer Jahresaufenthaltsbewilligung können eine Wohnsitzbegründung nicht abschliessend beweisen.

4103 Der schweizerische Wohnsitz wird unabhängig von der Staatsangehörigkeit der betroffenen Person nach schweizerischem Recht beurteilt.

- 4104 Vorbehalten bleiben anderslautende zwischenstaatliche Vereinbarungen, welche den Wohnsitzbegriff gelegentlich durch jenen des „gewöhnlichen Aufenthaltes“ ersetzen. Im Gegensatz zum Wohnsitzbegriff ist dazu einzig eine längerdauernde oder für eine längere Zeit vorgesehene Aufenthaltsdauer notwendig.
- 4105 Hinsichtlich Prüfung des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz gelten die Bestimmungen der Wegleitung über die Versicherungspflicht in der AHV/IV ([WVP](#)).

4.3.2 Begriff des Wohnsitzes

- 4106 Als zivilrechtlicher Wohnsitz gilt der Ort, an dem sich eine Person mit der Absicht dauernden Verbleibens aufhält. Vorausgesetzt wird dazu einerseits der Wille, an diesem Ort dauernd zu verbleiben (subjektives Erfordernis) und andererseits der tatsächliche Aufenthalt an diesem Ort (objektives Erfordernis). Beide Erfordernisse müssen gleichzeitig erfüllt sein.
- 4107 Es ist nicht erforderlich, dass eine Person gewillt ist, längere Zeit am gleichen Ort zu bleiben. Auch ein kurzer Aufenthalt kann zur Begründung eines Wohnsitzes genügen. Dauernd ist im Sinne von „nicht vorübergehend“ zu verstehen. Es genügt die erkennbare Absicht, einen bestimmten Ort zum Mittelpunkt der Lebensverhältnisse, der persönlichen, wirtschaftlichen, familiären und beruflichen Beziehungen zu machen (ZAK 1982 S. 179).
- 4108 Dagegen kann ein längerdauernder Aufenthalt in der Regel auch dann keinen Wohnsitz begründen, wenn das öffentliche Recht (z.B. das Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer) die Verwirklichung dieser Absicht langfristig verbietet. Dies trifft namentlich auf Personen zu, die im Besitz einer Kurzaufenthaltsbewilligung L sind.

Kurzaufenthalter sind Ausländerinnen und Ausländer, die sich befristet, in der Regel für weniger als ein Jahr, für einen bestimmten Aufenthaltswitz mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten.

- 4109 Bei ausländischen Staatsangehörigen, welche im Besitz einer Aufenthaltsbewilligung B, einer Niederlassungsbewilligung C oder einer Aufenthaltsbewilligung mit Erwerbstätigkeit Ci sind, kann in der Regel davon ausgegangen werden, dass sie hier ihren zivilrechtlichen Wohnsitz begründen und zwar ab dem Zeitpunkt der letzten Einreise in die Schweiz.

Aufenthalter mit Aufenthaltsbewilligung B sind Ausländerinnen und Ausländer, die sich für einen bestimmten Zweck längerfristig mit oder ohne Erwerbstätigkeit in der Schweiz aufhalten. Niedergelassene (Ausweis C) sind Ausländerinnen und Ausländer, denen nach einem Aufenthalt von fünf oder zehn Jahren in der Schweiz die Niederlassungsbewilligung erteilt worden ist. Die Aufenthaltsbewilligung mit Erwerbstätigkeit (Ausweis Ci) ist für Familienangehörige (Ehegatten und Kinder bis zum 21. Altersjahr) von Beamten intergouvernementaler Organisationen und für Mitglieder ausländischer Vertretungen bestimmt.

- 4110 Asylsuchende, Schutzbedürftige (Ausweis S) und vorläufig
1/21 aufgenommene Ausländer (Ausweis F) in der Schweiz begründen hier ihren Wohnsitz, selbst wenn sie die Absicht zur Rückkehr in die Heimat haben, sobald es die Verhältnisse erlauben. Der Wohnsitz in der Schweiz besteht dabei ab dem Zeitpunkt der Einreise.

Asylsuchende sind Personen, die in der Schweiz ein Asylgesuch gestellt haben und im Asylverfahren stehen. Der Ausweis für Schutzbedürftige (Ausweis S) berechtigt zum vorläufigen Aufenthalt in der Schweiz, jedoch weder zum Grenzübertritt noch zur Rückkehr in die Schweiz. Vorläufig Aufgenommene (Ausweis F) sind Personen, die aus der Schweiz weggewiesen wurden, wobei sich aber der Vollzug der Wegweisung als unzulässig (Verstoss gegen Völ-

kerrecht), unzumutbar (konkrete Gefährdung des Ausländers) oder unmöglich (vollzugstechnische Gründe) erwiesen hat.

4111 Die Wohnsitzbegründung ist unabhängig des Zivilstandes
1/18 für jede Person individuell zu prüfen. Solange Ehegatten eine Wohnung teilen, kann der gemeinsame Wohnsitz aber vermutet werden.

Ab dem Inkrafttreten der Bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU am 1. Juni 2002 ist das Einreisedatum in den Aufenthaltsbewilligungen für Angehörige der Mitgliedsstaaten der EU und EFTA vorläufig nicht mehr aufgeführt. Die Aufenthaltsbewilligungen für Drittstaatsangehörige hingegen weisen das Einreisedatum weiterhin auf. Das Einreisedatum für EU- und EFTA-Angehörige kann bei den zuständigen kantonalen Ämtern erfragt werden (vgl. [AHV-Mitteilung Nr. 384](#) und [Nr. 389](#)).

4112 Behalten Ehegatten ihre Wohnung in der Schweiz bei, ob-
1/14 wohl der eine Ehegatte im Ausland arbeitet, so ist für beide schweizerischer Wohnsitz anzunehmen, sofern die Wohnung durch den anderen Ehegatten (und durch die Kinder) bewohnt wird und der gemeinsame Haushalt nicht aufgehoben wurde ([Art. 175 ZGB](#)).

4113 Nicht versichert sind Personen, die sich ausschliesslich zu
1/05 Besuchs-, Kur-, Ferien- oder Studienzwecken in der Schweiz aufhalten, sofern sie in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben und keinen Wohnsitz begründen ([Art. 2 Abs. 1 Bst. a AHVV](#)).

4.4 Prüfung der Versicherteneigenschaft

4.4.1 Im Allgemeinen

4114 Versichert nach Massgabe von [Art. 1a Abs. 1 AHVG](#) sind
grundsätzlich alle natürlichen Personen, die in der Schweiz den zivilrechtlichen Wohnsitz haben, hier eine Erwerbstätigkeit ausüben oder als Schweizer Bürger im Ausland im

Dienste der Eidgenossenschaft oder vom Bundesrat bezeichneten Institutionen tätig sind.

- 4115 Hinsichtlich Versicherungspflicht und der damit verbundenen Versicherteneigenschaft gelten die Bestimmungen der Wegleitung über die Versicherungspflicht in der AHV/IV ([WVP](#)).

4.4.2 Bestehen der Versicherteneigenschaft

- 4116 Bei erwerbstätigen oder nichterwerbstätigen Personen mit Wohnsitz in der Schweiz kann in der Regel vom Bestehen der Versicherteneigenschaft ausgegangen werden.
- 4117 Dies trifft in der Regel auch auf Personen mit Wohnsitz in der Schweiz zu, die im Ausland eine Erwerbstätigkeit ausüben, soweit nicht zwischenstaatliche Vereinbarungen Abweichendes bestimmen.
- 4118 Angehörige von Vertragsstaaten mit zivilrechtlichem Wohnsitz in der Schweiz und einer Erwerbstätigkeit im betreffenden Vertragsstaat besitzen dagegen die Versicherteneigenschaft in der Regel nicht (z.B. ein Franzose mit zivilrechtlichem Wohnsitz in der Schweiz und einer Erwerbstätigkeit in Frankreich). Auf Verlangen können sie hingegen freiwillig der obligatorischen AHV/IV-Versicherung beitreten und dadurch die Versicherteneigenschaft begründen.
- 4119 Schweizerische Staatsangehörige mit zivilrechtlichem Wohnsitz in der Schweiz und einer Erwerbstätigkeit in einem Vertragsstaat besitzen in der Regel die Versicherteneigenschaft nicht. Auf Verlangen können diese Personen freiwillig der obligatorischen AHV/IV-Versicherung beitreten und dadurch die Versicherteneigenschaft begründen ([Art. 1a Abs. 4 AHVG](#)).
- 4120 Asylbewerber, deren Asylgesuch entsprochen wird, besitzen rückwirkend ab dem Zeitpunkt der Einreise die Versicherteneigenschaft.

4121 Asylbewerber, deren Asylgesuch abgelehnt wird, die aber interniert werden oder welche vorübergehend Asyl genießen, besitzen ab dem Zeitpunkt der Gesuchsablehnung die Versicherteneigenschaft.

1/08 **4.5 Erfüllung der Mindestbeitragsdauer**

4201– aufgehoben
4203
1/08

4204 Die Mindestbeitragsdauer braucht nicht zusammenhängend zu sein. Einzelne Beitragsperioden werden zusammengezählt. Die einzelnen Beitragsperioden werden auf den Monat genau ermittelt, wobei angebrochene Kalendermonate als volle Monate angerechnet werden (ZAK 1982 S. 373).

4205 Die Mindestbeitragsdauer muss bei Eintritt des Versicherungsfalls erfüllt sein. Nachher zurückgelegte Beitragszeiten bzw. Zeiten, für die Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften berücksichtigt werden könnten, können nicht angerechnet werden.

4206 Besteht nicht schon aufgrund des IK die Vermutung, dass die Mindestbeitragsdauer erfüllt ist, so klärt die Ausgleichskasse diese Voraussetzung aufgrund der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen (Kassenakten, Arbeitgeberbescheinigungen, amtlicher Ausweise etc.) ab. Die leistungsberechtigte Person hat den Nachweis anhand solcher Ausweise und Bescheinigungen (insbesondere über die Wohn- und Arbeitsdauer in der Schweiz) selbst zu erbringen.

4.6 Prüfung der Flüchtlingseigenschaft und Staatenlosigkeit

4.6.1 Flüchtlingseigenschaft

4.6.1.1 Nachweis

4207
1/20

Beruft sich eine leistungsberechtigte Person auf die Flüchtlingseigenschaft, so hat sie dies mit dem vom Staatssekretariat für Migration ausgestellten Ausweis nachzuweisen. Das Ausstellungsdatum darf im Zeitpunkt der Anmeldung nicht weiter als zwei Monate zurückliegen. Flüchtlinge oder Staatenlose mit Wohnsitz im Ausland haben eine Bescheinigung der zuständigen ausländischen Amtsstelle beizubringen, die den gleichen Anforderungen genügen muss.

4.6.1.2 Entzug

4208
1/22

Entzieht das Staatssekretariat für Migration einer ausländischen Person die Flüchtlingseigenschaft, so sendet es der ZAS eine Kopie seines Entscheides mit allen für die Bildung der AHV-Nummer erforderlichen Angaben (Familienname, Vornamen, Geburtsdatum, Geschlecht und Heimatstaat).

4209
1/17

Die ZAS prüft, ob die betroffene Person leistungsberechtigt ist. Trifft dies zu, so fragt sie beim Ablauf der im Entscheid gesetzten Rekursfrist beim Staatssekretariat für Migration an, ob Rekurs erhoben wurde. Dieses erklärt daraufhin, ob sein Entscheid rechtskräftig wurde oder ein Rekurs vorliegt und setzt im letzteren Falle die ZAS zudem nach Abschluss des Rekursverfahrens von dessen Ausgang in Kenntnis.

4210
1/22

Wurde kein Rekurs ergriffen, so leitet die ZAS die Kopie des Entscheides nebst der Auskunft des Staatssekretariates für Migration und unter Angabe der AHV-Nummer und Leistungsart an die zuständige Ausgleichskasse weiter.

Wurde Rekurs ergriffen, so wartet sie den endgültigen Bescheid des Staatssekretariates für Migration ab und verfährt dann ebenso.

4211 Bei Leistungen der IV sendet die ZAS die Meldung an die IV-Stelle.

4212 Die Ausgleichskasse prüft, ob sich der Wegfall der Flüchtlingseigenschaft auf die Leistungsberechtigung der betroffenen Person auswirkt. Bei Leistungen der IV obliegt diese Aufgabe der IV-Stelle.

4.6.2 Staatenlosigkeit

4213
1/17 Das Staatssekretariat für Migration gibt, soweit es davon Kenntnis erhält, der ZAS auch alle Personen bekannt, welche nicht mehr staatenlos sind. Diese meldet sie der zuständigen Ausgleichskasse, falls sie leistungsberechtigt sind. Bei Leistungen der IV sendet die ZAS die Meldung an die IV-Stelle.

4.7 Besondere Erfordernisse für einzelne Renten

4.7.1 Im Allgemeinen

4301 Die persönlichen Voraussetzungen für die ordentlichen Renten sind im 3. und 5. Teil, jene für ausserordentliche Renten im 7. Teil und für die Hilflosenentschädigungen im 8. Teil geregelt. Nachstehend ist von den wichtigsten persönlichen Erfordernissen die Rede, die besonders belegt oder begründet werden müssen. Die Aufzählung ist nicht abschliessend.

4.7.2 Erziehungsgutschriften für Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind

4.7.2.1 Gemeinsame elterliche Sorge nach Ehescheidung

4302
1/15 Zur Prüfung, ob und während wie vielen Jahren einer Person, deren (frühere) Ehe aufgelöst wurde, bei der Ermittlung der Rente Erziehungsgutschriften angerechnet werden können, ist eine Kopie des Scheidungsurteils bzw. der Scheidungskonvention einzuverlangen. Aus den einzureichenden Unterlagen muss hervorgehen, welchem Elternteil die ganze resp. dass beiden Elternteilen je die halbe Erziehungsgutschrift anzurechnen ist ([Art. 52^{bis} Abs. 1 AHVV](#)).

4303
1/15 Haben die Eltern nachträglich eine Vereinbarung im Sinne von [Art. 52^{bis} Abs. 3 AHVV](#) abgeschlossen, so ist diese zusammen mit dem Scheidungsurteil bzw. der Scheidungskonvention einzureichen. Aus der schriftlichen Vereinbarung muss hervorgehen, welchem Elternteil künftig die ganze Erziehungsgutschrift angerechnet wird bzw. dass die Erziehungsgutschrift künftig hälftig aufzuteilen ist.

4304 Die Vereinbarung muss von beiden Elternteilen unterzeichnet worden sein.

1/15 **4.7.2.2 Neuregelung der elterlichen Sorge durch die Erwachsenen- und Kindesschutzbehörde KESB oder das Gericht**

4305
1/15 Minderjährige Kinder stehen in der Regel unter der gemeinsamen elterlichen Sorge von Vater und Mutter ([Art. 296 ZGB - 298c ZGB](#)). Wird die Zuteilung der elterlichen Sorge wegen wesentlicher Veränderung der Verhältnisse zum Wohl des Kindes von der KESB oder einem Gericht neu geregelt ([Art. 134 ZGB](#)), so ist dieser Entscheid der Rentenmeldung beizulegen.

4.7.3 Kinder- und Waisenrenten bei über 18jährigen Kindern in Ausbildung

4.7.3.1 Ausbildungsbestätigung

- 4306 Beruft sich eine leistungsberechtigte Person oder ihr Vertreter darauf, dass ein Kind noch in Ausbildung begriffen sei, so ist je nach dem Ausbildungs- und Schulungsgang der Lehrvertrag oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers, ein Ausweis der Lehranstalt, eine Bestätigung der Kanzlei der Universität oder Hochschule, ein ordnungsgemäss ausgefülltes Testatbuch, eine Bestätigung über semesterliche Zwischenprüfungen oder ein semesterliches Zwischenzeugnis von privaten Unterrichtsanstalten, eine Bescheinigung über die Absolvierung von Kursen etc. beizubringen. Diese Bestimmung gilt sowohl für Zeiten, in denen eine Person eine Rente bezieht, als auch für Zeiten, in denen eine Person die Rente aufschiebt.
- 4307 Die Unterlagen müssen sich über Art und vermutliche Dauer der Ausbildung, bei praktischer Ausbildung (z.B. Volontariat) auch über den vereinbarten Lohn (Lehrlingslohn, Entschädigung für Volontariate usw.) aussprechen. Können nicht zum Voraus genaue Angaben über die voraussichtliche Dauer des Studiums gemacht werden, so ist jeweils zu Beginn jedes Semesters zu überprüfen, ob das Studium fortgesetzt wird (Bestätigung der Lehranstalt über die Immatrikulation, ordnungsgemäss ausgefülltes Testatheft).
- 4308 Für Kinder, die neben der Ausbildung vorübergehend oder dauernd noch dem Erwerb nachgehen und eine Rente beanspruchen, sind die für die Abklärung notwendigen Unterlagen (z.B. Anstellungsvertrag, Bescheinigung des Arbeitgebers, Lohnausweise, Studien- oder Kursbestätigungen) zur Einsicht vorzulegen.
- 4309 Die Lohnverhältnisse sind regelmässig abzuklären, wobei
1/11 für die Änderungen auf die Meldepflicht verwiesen wird.

1/05 4.7.3.2 Militär-, Zivil- oder Schutzdienst

4310
1/15 Der Nachweis über den geleisteten Militär-, Zivil- oder Schutzdienst wird in der Regel anhand des Dienstbüchleins erbracht, sofern er nicht schon aufgrund der EO-Anmeldung bekannt ist. Der im Ausland absolvierte Militär- oder Zivildienst ist durch eine vom zuständigen Kommando unterzeichnete Bestätigung zu belegen.

4.7.3.3 Krankheit oder Unfall

4311 Wird die Ausbildung wegen Krankheit oder Unfall für längere Zeit unterbrochen, so muss durch ein Arztzeugnis belegt werden, dass die Ausbildung aus Gesundheitsgründen nicht weiter verfolgt werden kann. Aus dem ärztlichen Zeugnis muss die Dauer des krankheits- oder unfallbedingten Unterbruchs hervorgehen.

4.7.4 Abklärungen bei Pflegekinder

4312 Die Anmeldung muss Angaben über Pflegevater, Pflegemutter und Pflegekind enthalten. Zudem muss aus der Anmeldung die Art und Dauer des Pflegeverhältnisses hervorgehen (Ergänzungsblatt 2).

4313
1/13 Der Anmeldung ist eine Bestätigung der mit der Pflegekinderaufsicht betrauten zuständigen Behörde über die Erteilung der Bewilligung für das betreffende Pflegekindverhältnis beizulegen. Besteht nach den einschlägigen Vorschriften keine Bewilligungspflicht, ist auch dieser Sachverhalt durch eine Bescheinigung der genannten Behörde zu belegen.

4314 Die persönlichen Verhältnisse des Pflegekindes sind in der Regel aufgrund eines Personalausweises des heimatlichen Zivilstandsamtes zu prüfen.

- 4315 Die Angaben über das Pflegeverhältnis sind aufgrund der Bestätigung zu überprüfen. Weitere amtliche Auskünfte können bei der Pflegekinder-Aufsichtsbehörde (s. [Art. 316 ZGB](#)) eingeholt werden.
- 4316 Die Ausgleichskasse kann auf Tatsachen abstellen, die sie bei der Durchführung anderer Aufgaben (z.B. bei der Ausrichtung von Ergänzungsleistungen, Beihilfen, Familienzulagen) festgestellt hat.
- 4317– aufgehoben
4322
1/04

4.7.5 Hinterlassenenrente

4.7.5.1 Im Allgemeinen

- 4323 Für Kinder und Waisen von 18 bis 25 Jahren, für Kinder, deren Eltern nicht oder nicht mehr miteinander verheiratet sind, oder für Pflegekinder genügen die im Anmeldeformular vorgesehenen Angaben nicht in allen Fällen. Die Ausgleichskasse hat die leistungsberechtigte Person aufzufordern, die im Einzelfall erforderlichen zusätzlichen Angaben zu machen.
- 4324 Für den Bezug der Hinterlassenenrente ist allenfalls das Ergänzungsblatt 2 zur Anmeldung (Form. 318.275) auszufüllen.

4.7.5.2 Witwen- und Witwerrente bei Adoption von Pflegekindern

- 4325 Wird die Witwen- oder Witwerrente wegen Adoption eines im gemeinsamen Haushalt lebenden Pflegekindes beansprucht ([Art. 23 Abs. 2 Bst. b AHVG](#)), so ist zu prüfen, ob und wann die Adoption erfolgt ist.

4.7.5.3 Witwenrente der geschiedenen Frau

- 4326 Bei einer *erstmal*s auszurichtenden Witwenrente ist zu prüfen,
- 4327 – ob die geschiedene Ehe von der Trauung bis zur Rechtskraft der Scheidung mindestens 10 Jahre gedauert hat (Scheidungsurteil, evtl. Personalausweis) und die geschiedene Frau entweder Kinder hat (diese müssen nicht vom Verstorbenen stammen) oder die Scheidung nach Vollendung des 45. Altersjahres der Frau erfolgte oder
- 4328 – wenn die Ehe nicht 10 Jahre gedauert hat, ein Kind nach dem 45. Altersjahr der geschiedenen Frau 18jährig wird.

4.7.5.4 Wiederaufleben der Witwen- oder Witwerrente

- 4329 Bei einer wiederauflebenden Witwen- oder Witwerrente ist zu prüfen, ob die geschiedene oder für ungültig erklärte Ehe von der Trauung bis zur Rechtskraft des Urteils weniger als 10 Jahre gedauert hat (Gerichtsurteil oder Bestätigung des Gerichts).

4.7.5.5 Verschollenheit des Ehegatten oder eines Elternteils

- 4330 Beruft sich eine leistungsberechtigte Person auf die Verschollenerklärung des Ehegatten bzw. des Elternteils, so hat die Ausgleichskasse das Gerichtsurteil oder eine Bestätigung des Zivilstandsamtes des Heimatortes der verschollenen Person (Personalausweis) einzuverlangen.

4.7.5.6 Rente des Findelkindes

- 4331 Die Personalien eines Kindes unbekannter Abstammung sind im Geburtsregister des Auffindungsortes eingetragen.

4332– aufgehoben
4337
1/04

4.8 Vorgehen bei schuldhafter Herbeiführung des Todes oder der Invalidität

- 4401 Bestehen bei einer Anmeldung zum Bezug von Hinterlassenenrenten nähere Anhaltspunkte darüber, dass der Tod der verstorbenen Person vorsätzlich oder bei vorsätzlicher Ausübung eines Verbrechens oder Vergehens durch den oder die leistungsberechtigte Person verursacht wurde, so sind – z.B. auf Grund von Polizeirapporten – die näheren Tatumstände abzuklären (vgl. Rz 3507 ff.).
1/04
- 4402 Zuständig für die Abklärung und den Entscheid bei schuldhafter Herbeiführung der Invalidität sind die IV-Stellen ([KSVI](#)).

4.9 Zusammenruf der individuellen Konten

4.9.1 Im Allgemeinen

- 4403 Das Vorgehen richtet sich nach den Bestimmungen der Wegleitung über Versicherungsausweis und individuelles Konto.
- 4404 Vor dem ZIK hat die Ausgleichskasse zu prüfen, ob bei geschiedenen Personen die Einkommensteilung im Rahmen der seinerzeitigen Scheidung schon vorgenommen wurde. Ist dies nicht der Fall, muss die Einkommensteilung vor dem ZIK durchgeführt werden. Bezüglich des Verfahrens gilt das [KSS](#). Zuständig für die Durchführung des Splittingverfahrens ist somit die Ausgleichskasse, welche die bereits laufende Rente des geschiedenen Ehegatten ausrichtet. Hinsichtlich der Kassenzuständigkeit für die Ausrichtung der beiden Renten gilt indessen Rz 2017 f.

- 4405 Die Einkommensteilung kann wie im zweiten Versicherungsfall bei verheirateten Personen durchgeführt werden (d.h. ohne Splittingauftrag), wenn eine Ausgleichskasse im Zeitpunkt der Rentenanmeldung feststellt, dass ein geschiedener, früher rentenberechtigter Ehegatte bereits verstorben ist.

4.9.2 Prüfung der zusammengerufenen Konten

- 4406 Die rentenfestsetzende Ausgleichskasse überprüft die von den mitbeteiligten Ausgleichskassen übermittelten IK grundsätzlich nicht.
- 4407 Stellt die rentenfestsetzende Ausgleichskasse fest, dass Eintragungen fehlen (z.B.: rentenbildende Erwerbseinkommen, die bei einem in der Anmeldung aufgeführten Arbeitgeber erzielt wurden, sind von keiner Ausgleichskasse aufgezeichnet worden), so trifft sie die sich aufdrängenden Massnahmen oder veranlasst die dafür zuständige Ausgleichskasse, die notwendigen Massnahmen zu treffen. Dabei ist nach Massgabe der [WL VA/IK](#) zu verfahren; über das Vorgehen bei verloren gegangenen Studentenmarkenheften siehe [WSN](#).
- 4408 Bei verheirateten Personen hat die Ausgleichskasse dafür zu sorgen, dass auch die unter früheren Namen geführten IK zusammengerufen werden.

4.10 Ausserordentliche Renten

4.10.1 Im Allgemeinen

- 4409 Damit festgestellt werden kann, ob eine ordentliche oder ausserordentliche Rente in Frage kommt, ist *in jedem Fall* der Zusammenruf der IK durchzuführen. Bestehen für eine leistungsberechtigte Person keine IK, so sind in der Bestätigung des Zusammenrufs der IK der ZAS die entsprechenden Datenfelder leer.

- 4410 Als Sicherung vor Doppelauszahlungen ist ein Auftrag für den Zusammenruf der IK auch für Geburts- und Kindheitsinvalide zu erlassen, obwohl feststeht, dass sie bis zum Eintritt des Versicherungsfalles kein volles Beitragsjahr erfüllen konnten.

4.10.2 Zusatz- und Kinderrenten

- 4411 Bei Ausrichtung von Zusatz- und Kinderrenten ist zu prüfen, ob das Wohnsitz- und Aufenthaltserfordernis von jeder einzelnen, anspruchsberechtigten Person erfüllt wird.

5. Die Berechnung der Renten

5.1 Berechnungselemente

- 5001 Grundlage für die Berechnung der Renten und der Übergangsleistungen bilden
- 1/12
- 5002 – das Verhältnis der vollen Beitragsjahre einer Person zu den Beitragsjahren ihres Jahrganges, und
- 5003 – das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen
- 5004 Massgebend für die Ermittlung der einzelnen Berechnungselemente ist grundsätzlich der Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles. Dies ist insbesondere dann zu beachten, wenn die Rente infolge Verjährung bzw. verspäteter Anmeldung oder Mutation nicht rückwirkend auf den eigentlichen Anspruchsbeginn nachbezahlt oder aus anderen Gründen erst später ausbezahlt werden kann.

5.2 Beitragsdauer

5.2.1 Begriff der Beitragsdauer

- 5005 Die Beitragsdauer lässt sich allgemein als derjenige Zeitabschnitt umschreiben, in dem eine Person der Beitragspflicht unterstellt war und für die ihr Einkommen, Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden können.

5.2.2 Bestimmung der Beitragsdauer

- 5006 Damit ein bestimmter Zeitabschnitt als Beitragsdauer zählen kann, muss eine Person versichert gewesen sein und entweder
- die Beitragspflicht persönlich durch Beitragszahlung erfüllt haben bzw. noch erfüllen können oder
 - der erwerbstätige Ehegatte hat gemäss [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) mindestens den doppelten Mindestbeitrag entrichtet oder
 - der Person können Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden ([Art. 29^{ter} AHVG](#)).

5.2.2.1 Versicherteneigenschaft und Beitragspflicht

- 5007 Die Person muss während dieses Zeitabschnittes versichert und der Beitragspflicht unterstellt gewesen sein ([Art. 1a–3 AHVG](#), [Art. 1a](#) und [2 IVG](#)). Unerheblich ist, ob sie vorübergehend keine Beiträge leisten musste, beispielsweise weil sie bei Aufgabe ihrer Erwerbstätigkeit schon die Beiträge von einem bestimmten Mindesteinkommen entrichtet hatte und deshalb im betreffenden Kalenderjahr gemäss [Art. 10 AHVG](#) nicht mehr als Nichterwerbstätige zur Beitragsleistung herangezogen wurde.
- 5008 Dagegen gilt die Zeit, während welcher kein Versicherungsverhältnis gemäss [Art. 1a](#) und [2 AHVG](#) und [Art. 1a IVG](#) bestand, nicht als Beitragsdauer.

5.2.2.2 Erfüllung der Beitragspflicht

- 5009 Die von der versicherten Person geschuldeten Beiträge müssen bei der Entstehung des Rentenanspruchs geleistet sein oder noch entrichtet werden können ([Art. 16 Abs. 1 und 2 AHVG](#)). Wurden Beiträge mangels Erfassung oder wegen Uneinbringlichkeit nicht geleistet, und ist die Beitragsschuld bei der Entstehung des Rentenanspruchs verjährt, so ist die entsprechende Beitragsperiode in der Regel nicht anzurechnen (vorbehalten bleibt die Anrechnung von Beitragszeiten gemäss [Art. 29^{ter} Abs. 2 Bst. b und c AHVG](#)).
- 5010 Kann im Übrigen eine Person nachweisen, dass ihr seinerzeit die Beiträge vom Lohn abgezogen worden sind oder eine Nettolohnvereinbarung bestanden hatte, so können die entsprechenden Beitragszeiten angerechnet werden (ZAK 1969 S. 585). Schadenersatzleistungen der Arbeitgeber ([Art. 52 AHVG](#)) sowie der Gründerverbände, des Bundes und der Kantone ([Art. 70 AHVG](#)) gelten ebenfalls als Beitragsleistungen.

5.2.3 Ermittlung der Beitragszeiten anhand von entrichteten Beiträgen

5.2.3.1 Bei Vorliegen des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz

- 5011
1/19 War eine Person für einen bestimmten Zeitabschnitt versichert und der Beitragspflicht unterstellt, so zählt dann das ganze Jahr als Beitragsdauer, wenn im IK für dieses Jahr mindestens die im Anhang I dieser Wegleitung zusammengestellten Einkommen eingetragen sind. In solchen Fällen ist selbst dann das ganze Jahr als Beitragsdauer zu zählen, wenn die im IK eingetragene effektive Beitragsdauer weniger als ein volles Jahr beträgt (bezüglich Berücksichtigung der Jugendjahre vgl. Rz 5035 - 5036).

- 5012 Erreichen dagegen die im IK für ein Jahr eingetragenen Einkommen einer Person die im Anhang I dieser Wegleitung zusammengestellten Mindestbeiträge nicht, so wird eine von der Beitragsleistung abhängige Anzahl Beitragsmonate angerechnet.
- 5013 Die Anrechnung eines ganzen Jahres bzw. einer von der Beitragsleistung abhängigen Anzahl Beitragsmonate ist dann nicht möglich, wenn die Person nicht während der ganzen entsprechenden Zeit versichert und der Beitragspflicht unterstellt gewesen war (ZAK 1974 S. 196).
- 5014 Während den Ehezeiten ist für die Ermittlung der Beitragszeiten bei beiden Ehegatten auf die Beitragsdauer vor der Einkommensteilung abzustellen (Ausnahme siehe Rz 5031). Dies trifft somit auch zu, wenn die im IK für ein Jahr eingetragenen Einkommen einer Person wegen der vorgenommenen Einkommensteilung die im Anhang I zusammengestellten Mindestbeiträge nicht mehr erreichen.

5.2.3.2 Ohne Vorliegen des zivilrechtlichen Wohnsitzes in der Schweiz

- 5015 Für die Ermittlung der Beitragszeiten der Jahre ab 1969 werden in der Regel die im IK aufgezeichneten Beitragszeiten angerechnet (ZAK 1982 S. 373), auch wenn der Einkommenseintrag keiner vollen Erwerbstätigkeit entspricht.
- 5016 Fehlen im IK ausnahmsweise Aufzeichnungen über die Beitragszeiten oder sind diese unvollständig, so prüft die rentenfestsetzende Ausgleichskasse, ob für das betreffende Kalenderjahr noch weitere IK-Eintragungen vorhanden sind, aus denen die Beitragsdauer hervorgehen könnte. Sind keine weiteren IK-Eintragungen für das gleiche Kalenderjahr vorhanden oder ergibt die Addition der einzelnen Eintragungen nicht ein volles Beitragsjahr, so ermittelt die kontoführende Ausgleichskasse anhand der ihr zur Verfügung stehenden Unterlagen die Beitragsdauer.

5017 aufgehoben
1/16

5018 aufgehoben
1/16

5019 Während den Ehezeiten ist für die Ermittlung der Beitragszeiten bei beiden Ehegatten in jedem Fall auf die Beitragsdauer vor der Einkommensteilung abzustellen (Ausnahme siehe Rz 5031). Die Einkommen des anderen Ehegatten können somit keine Beitragszeiten begründen.

5.2.4 Anrechenbare Beitragszeiten

5.2.4.1 Grundsatz

5020 Für die Bestimmung der vollen Beitragsjahre einer Person ist von der in Rz 5005 ff. umschriebenen persönlichen Beitragsdauer auszugehen, die sie vom 1. Januar des der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Kalenderjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls zurückgelegt hat. Als Eintritt des Versicherungsfalls gilt dabei die Vollendung des Rentenalters (beim Rentenvorbezug die Vollendung des 62., 63. oder 64. Altersjahres) bzw. der Zeitpunkt des Invaliditätseintritts oder des Todes. Beitragszeiten, die eine Person im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls zurückgelegt hat, werden voll angerechnet.

5021 Sind Beitragsmonate aus dem Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls zur Lückenschliessung zu berücksichtigen, so sind diese in die entsprechende Beitragslücke zu übertragen. Dabei sind die Beitragslücken vom Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls an rückwärts aufzufüllen. Diese Anrechnung erfolgt jedoch erst, wenn vorhandene Beitragslücken entweder durch Jugendjahre oder Zusatzzeiten geschlossen worden sind (ZAK 1985 S. 629).

- 5021.1
1/21 Wenn unterjährige ausländische Versicherungszeiten zu berücksichtigen sind ([vgl. Rz 4005 und 4008 KSBIL](#)), ist bei der Lückenschliessung in folgender Reihenfolge vorzugehen: Jugendjahre, unterjährige ausländische Versicherungszeiten, Zusatzjahre, Beitragsmonate aus dem Jahr des Eintritts des Versicherungsfalles.
- 5022 Beitragszeiten, die von einer Person nach dem Anspruch auf die Altersrente zurückgelegt worden sind, werden nicht mehr berücksichtigt. Dies trifft auch bei vorbezogenen Altersrenten zu.
- 5023 Zeiten, für die die Beiträge zwar entrichtet, aber in der Folge zurückvergütet oder an eine ausländische Sozialversicherung überwiesen wurden, werden nicht als Beitragszeiten angerechnet. Dies gilt auch, wenn in diesen Jahren der erwerbstätige Ehegatte mindestens den doppelten Mindestbeitrag bezahlt hat oder die Voraussetzungen für die Anrechnung von Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften erfüllt waren.

5.2.4.2 Anrechenbare beitragslose Ehe- und Witwenjahre bis zum 31. Dezember 1996

- 5024 Zeitabschnitte, für die gemäss Art. 3 Abs. 2 Bst. b und c AHVG (in der Fassung vor dem 1. Januar 1997) während der Ehe und der Witwenschaft keine Beiträge entrichtet worden sind und während welcher die Frau versichert war, sind als Beitragsdauer anzurechnen.
- 5025
1/12 Die Versicherteneigenschaft eines obligatorisch versicherten Auslandschweizers erstreckte sich nicht automatisch auf die ebenfalls im Ausland wohnende Ehefrau ([Urteil des EVG H 176/03 vom 19. Oktober 2005](#)). Ausnahmen gab es aufgrund einer anderen Regelung gemäss Sozialversicherungsabkommen (Dänemark, Kanada, Liechtenstein, Norwegen, Österreich, Portugal, USA).

- 5026 Zeitabschnitte, für die gemäss Art. 3 Abs. 2 Bst. b AHVG (in der Fassung vor dem 1. Januar 1997) keine Beiträge entrichtet wurden, können nur dann angerechnet werden, wenn der Ehemann in der betreffenden Zeit auch die Versicherteneigenschaft besass. Nicht nötig ist hingegen, dass die Beitragspflicht vom Ehemann auch tatsächlich erfüllt wurde (ZAK 1976 S. 182).
- 5026.1
1/12 Zeitabschnitte, in denen eine Ehefrau eines obligatorisch in der Schweiz versicherten Mannes mit Wohnsitz im Ausland den Beitritt zur freiwilligen Versicherung für Auslandschweizer zwischen dem 1. Januar 1984 und 31. Dezember 1985 nachträglich schriftlich erklärt hatte, sind (auch rückwirkend) als Beitragsdauer anzurechnen.
- 5026.2
1/19 Die Versicherteneigenschaft eines bei der Freiwilligen Versicherung angeschlossenen Auslandschweizers erstreckte sich für die Jahre vor dem 1. Januar 1997 hingegen automatisch auch auf die im Ausland wohnende Ehefrau ([Urteil des EVG H 192/02 vom 6. März 2003](#)).
- 5026.3
1/16 aufgehoben (doppelt wie Rz 5026)

5.2.4.3 Zeiten, in welchen der erwerbstätige Ehegatte den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat

- 5027
1/05 Zeitabschnitte, für welche die Beiträge während der Ehe gemäss [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) als bezahlt gelten, sind als Beitragsdauer anzurechnen. Dies gilt auch für die Kalenderjahre der Heirat und der Auflösung der Ehe infolge Scheidung oder Verwitwung (vgl. [AHI 1/2002 S. 25 ff.](#) und Rz 2071 ff. [WSN](#)).
- 5028 Die Bestimmungen über die Anrechnung von Beitragszeiten aus Zeitabschnitten, in welchen der erwerbstätige Ehegatte den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat, gelten auch für Zeiten vor dem 1. Januar 1997.

- 5029 Damit ein entsprechender Zeitabschnitt als ganzes Beitragsjahr angerechnet werden kann, muss in diesem Jahr durch den erwerbstätigen Ehegatten der doppelte Mindestbeitrag entrichtet worden sein. Nicht nötig ist dagegen, dass der erwerbstätige Ehegatte ganzjährig versichert war. Dabei zählt dann das ganze Jahr als Beitragsdauer, wenn im IK des erwerbstätigen Ehegatten für dieses Jahr mindestens die im Anhang I dieser Wegleitung zusammengestellten Einkommen eingetragen sind.
- 5029.1
1/08 Eine versicherte, nichterwerbstätige Person, deren im Rentenalter stehender, erwerbstätiger Ehegatte mehr als den doppelten Mindestbeitrag bezahlt, ist von der Beitragspflicht generell befreit (Rz 2073 ff. [WSN](#); [AHV-Mitteilung Nr. 206 vom 8. Juni 2007](#)).
- 5030 Ist nur einer der Ehegatten erwerbstätig und wurde der doppelte Mindestbeitrag im Sinne von [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) durch den erwerbstätigen Ehegatten nicht oder nur teilweise entrichtet, so wird der nichterwerbstätige Ehegatte grundsätzlich beitragspflichtig. Das gleiche trifft auch zu, wenn beide Ehegatten nichterwerbstätig sind.
- 5031 Die persönliche Beitragspflicht jedes der Ehegatten (als Selbständig- oder Nichterwerbstätige) geht den Bestimmungen von [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) vor. Sofern die persönlich geschuldeten Beiträge bei Eintritt des Versicherungsfalls noch nicht verjährt sind, sind diese in jedem Fall mit den fälligen Leistungen zu verrechnen. Können die durch den Ehegatten geschuldeten persönlichen Beiträge infolge Verjährung weder eingefordert noch verrechnet werden, so wird eine von den geteilten Einkommen des anderen Ehegatten abhängige Anzahl Beitragsmonate angerechnet.
- 5032 Dieses Vorgehen gilt sowohl im ersten als auch im zweiten Versicherungsfall. Die anrechenbaren Beitragsmonate können der Tabelle im Anhang I dieser Wegleitung entnommen werden. Dem beitragszahlenden Ehegatten wird aber in jedem Fall die Beitragsdauer vor der Einkommensteilung angerechnet (Rz 5014 und 5019).

5.2.4.4 Anrechenbare Erziehungs- und Betreuungsjahre

- 5033 Zeitabschnitte, in denen eine Person zwar die Versicherungseigenschaft besass, hingegen die Beitragspflicht nicht oder nicht vollständig erfüllte, werden trotzdem als Beitragsdauer angerechnet, wenn ihr für diesen Zeitabschnitt Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden können ([Art. 29^{ter} Abs. 2 AHVG](#)). Die Anrechnung von Beitragszeiten aus den anrechenbaren Erziehungs- und Betreuungsgutschriften erfolgt erst dann, wenn die persönlich geschuldeten Beiträge infolge Verjährung nicht mehr eingefordert oder verrechnet werden können.

5.2.4.5 Anrechenbare Beitragszeiten aus Jugendjahren

- 5034
1/19 Weist die Beitragsdauer einer Person Lücken auf, so werden Beitragszeiten, die sie vom 1. Januar des der Vollendung des 17. Altersjahres folgenden Jahres an zurückgelegt hat, angerechnet. Die Anrechnung von Jugendjahren erfolgt erst dann, wenn die persönlich geschuldeten Beiträge infolge Verjährung nicht mehr eingefordert oder verrechnet werden können.
- 5035 Dabei ist ein ganzes Jahr anzurechnen, wenn die jugendliche Person für das ganze Kalenderjahr kraft Wohnsitz ([Art. 1a Abs. 1 Bst. a AHVG](#)) versichert war und der Mindestbeitrag entrichtet wurde ([Art. 50 AHVV](#)).
- 5036 Wurde der Mindestbeitrag nicht entrichtet, so ist die Beitragsdauer gemäss Anhang I festzusetzen, sofern die Voraussetzung der ganzjährigen Versicherungseigenschaft erfüllt wurde.
- 5037
1/16 War die jugendliche Person nicht ganzjährig versichert (beispielsweise als Kurzaufenthalter mit Bewilligung L), und ist die genaue Versicherungszeit nicht feststellbar, so ist für Zeiten ab 1969 Rz 5015 f. anwendbar.

- 5038
1/16 Zeitabschnitte, für die einer Person für Zeiten vor dem 20. Altersjahr Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden können, werden zur Lückenfüllung ebenfalls herangezogen ([Art. 52b AHVV](#)). War die jugendliche Person nicht ganzjährig versichert, so werden nur diejenigen Monate angerechnet, in welchen sie versichert war (über die Anrechnung der Erziehungs- und Betreuungsgutschriften für den Durchschnitt aus Erziehungs- und Betreuungsgutschriften siehe Rz 5437 ff.).
- 5039 Nicht anrechenbar sind jedoch zurückgelegte beitragslose Witwen- und Ehezeiten, in denen keine Erziehungs- und Betreuungsgutschriften angerechnet werden können.
- 5040 Die für die Lückenfüllung benötigte Beitragszeit wird, ausgehend vom 31. Dezember des Kalenderjahres, in dem das 20. Altersjahr zurückgelegt wurde, rückwärtsgehend bestimmt und mit den entsprechenden Einkommen in die Beitragslücken übertragen. Dabei werden die am 1. Januar des dem zurückgelegten 20. Altersjahr folgenden Kalenderjahres am nächsten liegenden Beitragslücken fortschreitend mit den zu übertragenden Beitragszeiten und Einkommen aufgefüllt.
- 5041
1/19 Beitragszeiten aus Jugendjahren, welche im Rahmen des Verfahrens „Splitting bei Scheidung“ (vor dem 31. Dezember 2011; vgl. Vorwort zum Nachtrag 9 RWL, gültig ab 1. Januar 2012) virtuell zur Schliessung von Versicherungslücken verwendet wurden, können bei der Rentenfestsetzung nicht in andere Lücken übertragen werden, auch wenn dies für die Person vorteilhafter wäre.

5.2.4.6 Anrechenbare beitragslose Zeitabschnitte bei freiwillig Versicherten

- 5042
1/21 Anzurechnen als volle Beitragsjahre sind ferner vor dem 1. Januar 1983 liegende Zeitabschnitte, für welche Beiträge freiwillig versicherter Personen mangels Überweisungsmöglichkeiten gestundet worden und in der Folge verjährt sind ([Art. 2 Abs. 6 AHVG](#); [Art. 19 Abs. 2 VFV](#)). Sie werden sowohl für die Bestimmung der Rentenskala als

auch für die Ermittlung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens herbeigezogen.

5.2.4.7 Anrechenbare ausländische Versicherungszeiten

- 5043
1/20 Ausländische Versicherungszeiten werden nur angerechnet, wenn dies in einem Sozialversicherungsabkommen vorgesehen ist (s. <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/int/grundlagen-und-abkommen.html>).
- 5044 Die Anrechnung schweizerischer Beitragszeiten aus Jugendjahren geht der Anrechnung ausländischer Beitragszeiten selbst dann vor, wenn letztere nach dem 31. Dezember nach Vollendung des 20. Altersjahres zurückgelegt wurden.

5.2.4.8 Anrechenbare Zusatzjahre

- 5045 Weist die Beitragsdauer einer Person nach der Berücksichtigung sämtlicher anrechenbarer Beitragszeiten weitere Lücken auf, so können unter der kumulativen Erfüllung nachgenannter Voraussetzungen bis zu 3 Beitragsjahre zusätzlich angerechnet werden ([Art. 52d AHVV](#)). Die Beitragslücken müssen
- 5046 – in Zeiten liegen, in denen die Person tatsächlich versichert war oder sich hätte versichern können und
- 5047 – sie müssen vor dem 1. Januar 1979 entstanden sein.
- 5048 Sofern die Voraussetzungen zur Anrechnung von Zusatzjahren erfüllt sind, können folgende zusätzliche Beitragsmonate angerechnet werden:
- bei 20 bis 26 vollen Beitragsjahren bis zu 12 zusätzliche Beitragsmonate;
 - bei 27 bis 33 vollen Beitragsjahren bis zu 24 zusätzliche Beitragsmonate;

- bei mindestens 34 vollen Beitragsjahren bis zu 36 zusätzliche Beitragsmonate.

- 5049 Die Beitragslücken sind von 1978 bzw. vom Jahr vor Eintritt des Versicherungsfalles an rückwärts aufzufüllen.
- 5050
1/04 Ist zu prüfen, ob und wie viele fehlende Beitragsjahre einer Person angerechnet werden können, so sind bei der Bestimmung der anrechenbaren vollen Beitragsjahre die Beitragsmonate im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalles immer voll anzurechnen. Bei Invalidenrenten ist auch der Beitragsmonat, in welchem der Anspruch auf eine Invalidenrente entsteht, zur Auffüllung von Beitragslücken zu verwenden (vgl. [AHI 4/2003 S. 283 ff.](#))
- 5051 Zusatzjahre, welche im Rahmen des Verfahrens „Splitting bei Scheidung“ virtuell zur Schliessung von Versicherungslücken verwendet wurden, können bei der Rentenfestsetzung nicht in andere Lücken übertragen werden, auch wenn dies für die Person vorteilhafter wäre.

1/09 **5.2.5 Titel aufgehoben**

- 5052– aufgehoben
5054
1/09

5.2.6 Vollständige und unvollständige Beitragsdauer

- 5055 Die Beitragsdauer gilt als vollständig, wenn eine Person vom 1. Januar nach der Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles gleich viele Beitragsjahre aufweist wie ihr Jahrgang ([Art. 29^{ter} AHVG](#)). In diesen Fällen wird eine Vollrente ausgerichtet.
- 5056 Als unvollständig gilt die Beitragsdauer, wenn eine Person eine geringere Zahl von Beitragsjahren aufweist als ihr Jahrgang.

5.2.7 Ermittlung der Rentenskala

- 5057 Die anwendbare Rentenskala ist durch das Verhältnis zwischen den vollen Beitragsjahren der Person und derjenigen ihres Jahrganges bestimmt, wobei die in [Art. 52 AHVV](#) enthaltene Abstufung massgebend ist.

5.2.8 Sonderfall

- 5058 Erwirbt eine Person den Anspruch auf eine Invalidenrente oder stirbt eine Person bevor ihr Jahrgang eine Beitragsdauer von mindestens einem Jahr aufweist ([Art. 50 und Art. 52a AHVV](#)), so werden bei der Erfüllung der Mindestbeitragsdauer (vgl. Rz 5035 – 5036, 5234, 5304) stets Vollrenten (Rentenskala 44) gewährt.

- 5059 Dabei ist bei der Meldung an das zentrale Rentenregister als Beitragsdauer für die Wahl der Rentenskala für die leistungsberechtigte bzw. verstorbene Person und für den Jahrgang je 1 Jahr 0 Monate anzugeben.

5.3 Massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen

- 5101 Das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen setzt sich zusammen aus dem Durchschnitt der aufgewerteten Erwerbseinkommen sowie dem Durchschnitt der anrechenbaren Erziehungs- und Betreuungsgutschriften. Die Durchschnitte werden addiert und auf den nächsthöheren Tabellenwert des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens aufgerundet.

- 5102 aufgehoben
1/18

- 5103 aufgehoben
1/18

- 5104 Verheiratete Personen, die nie persönlich Beiträge entrichtet haben, deren Ehegatte aber während der Zeit, während der sie versichert waren, den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat und denen weder Erziehungs- noch Betreuungsgutschriften angerechnet werden können, weisen als Erstrentenberechtigte ein massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen von null Franken auf.

5.4 Die Einkommensteilung

5.4.1 Voraussetzungen der Einkommensteilung

- 5105 Gemäss [Art. 29^{quinquies} Abs. 3 AHVG](#) werden die Einkommen, welche verheiratete Personen während der Kalenderjahre der Ehe erzielt haben, geteilt und beiden Ehegatten hälftig angerechnet. Die Einkommensteilung wird aber erst vorgenommen, wenn
- 5106 – beide Ehegatten rentenberechtigt sind, d.h. beim Eintritt des Versicherungsfalls des zweitrentenberechtigten Ehegatten,
 - 5107 – im Falle von Waisenrenten beide Eltern verstorben sind ([Art. 33 Abs. 2 AHVG](#)),
 - 5108 – eine verwitwete Person Anspruch auf eine eigene Alters- oder IV-Rente hat (dies gilt auch, wenn sich die verwitwete Person wieder verheiratet), oder
 - 5109 – die Ehe rechtskräftig geschieden oder ungültig erklärt wurde.
- 5109.1 1/20 Wenn ein Ehegatte nach [Art. 23 ATSG](#) auf die Alters- oder Invalidenrente verzichtet, ist für den weiterhin rentenberechtigten Ehegatten eine Neuberechnung unter fiktiver Rückgängigmachung der Einkommensteilung vorzunehmen. Die Rentenberechnungsgrundlagen werden somit aufgrund der ungeteilten Einkommen nach den Regeln und Tabellen festgesetzt, die bei Eintritt des Versicherungsfalls des weiterhin rentenberechtigten Ehegatten massgebend waren. Anschliessend werden sie nach den Bestimmungen

über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt der Mutation nachgeführt (sog. „Rentenaufbau“).

5.4.2 Jahre, welche der Einkommensteilung unterliegen

- 5110 Der Einkommensteilung unterliegen nur die Kalenderjahre zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres des jüngeren Ehegatten und dem 31. Dezember vor – dem Eintritt des Versicherungsfalles infolge Alters beim zuerst rentenberechtigten Ehegatten, – dem Tode des Ehegatten bzw. des Elternteils, oder – der Auflösung der Ehe.
- 5111 Die Einkommen, welche die Ehegatten im Jahr der Eheschliessung und der Auflösung der Ehe ([Art. 50b Abs. 3 AHVV](#)), des Todes eines Ehegatten oder des Erreichens des Rentenalters des erstrentenberechtigten Ehegatten ([Art. 29^{quinquies} Abs. 4 Bst. a AHVG](#)) erzielt haben, werden nicht geteilt.
- 5112 Die Voraussetzungen zur Einkommensteilung sind erfüllt, wenn die Ehegatten während der Ehe im gleichen Kalenderjahr versichert gewesen sind. Nicht zu prüfen ist dagegen, ob die Ehegatten in den gleichen Monaten versichert waren.
- 5113 aufgehoben
1/12
- 5114 Kalenderjahre, in denen nur einer der Ehegatten versichert war, unterliegen hingegen nicht der Einkommensteilung. Dies trifft beispielsweise auf Personen mit Kurzaufenthaltsbewilligung L oder Grenzgänger zu, wenn nur der eine Ehegatte in der Schweiz erwerbstätig war.
1/04

5.4.3 Vornahme der Einkommensteilung

- 5115
1/12 Grundsätzlich sind alle im IK eingetragenen Einkommen während der Ehejahre hälftig aufzuteilen. Die Einkommensteilung wird dabei sowohl für jedes einzelne IK als auch jedes einzelne Kalenderjahr gesondert vorgenommen. Ein Zusammenziehen der IK verschiedener Ausgleichskasse für das gleiche Kalenderjahr bzw. der IK-Eintragungen über die gesamte Ehedauer ist nicht zulässig.
- 5116 Ergibt die Einkommensteilung in einem Kalenderjahr halbe Frankenbeträge, so ist auf den nächsten ganzen Franken aufzurunden.
- 5117 Sind im IK eines oder beider Ehegatten während der Ehejahre Lohnperioden eingetragen, die sich über zwei Kalenderjahre erstrecken, und muss die Einkommensteilung nur für ein Jahr vorgenommen werden, so sind diese Einkommen vorerst entsprechend der im IK aufgezeichneten Beitragsdauer auf die betreffenden Beitragsjahre aufzuteilen. Erst anschliessend kann die Einkommensteilung vorgenommen werden.

5.5 Summe der Erwerbseinkommen

5.5.1 Ermittlung im Allgemeinen

5.5.1.1 Renten von ledigen, verheirateten Personen im 1. Versicherungsfall sowie Hinterlassenenrenten

- 5201 Die anrechenbare Einkommenssumme setzt sich zusammen, aus allen eigenen und ungeteilten, seit dem der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Kalenderjahr bis zum 31. Dezember des Jahres vor Eintritt des Versicherungsfalls erzielten Einkommen, für welche von einer Person Beiträge geschuldet und geleistet worden sind. Dabei gelten geteilte Erwerbseinkommen aus einer früheren Ehe immer als eigene Einkommen ([Art. 50h AHVV](#)). Dies gilt auch für in einer früheren Ehe verwitwete Personen.

- 5202 Beim Tode beider Elternteile bzw. Ehegatten sind hingegen für die Berechnung der Hinterlassenenrenten die Erwerbseinkommen während den Ehezeiten nach den allgemeinen Regeln zu teilen. In diesen Fällen gilt Rz 5203 ff. sinngemäss.

5.5.1.2 Verheiratete Personen im 2. Versicherungsfall

- 5203 Die anrechenbare Einkommenssumme für Beitragszeiten *vor der Ehe* setzt sich aus allen eigenen und ungeteilten, seit dem der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Kalenderjahr bis zum 31. Dezember des Jahres der Eheschliessung erzielten Einkommen zusammen, für welche von einem Ehegatten Beiträge geschuldet und geleistet worden sind. Dabei gelten geteilte Erwerbseinkommen aus einer früheren Ehe immer als eigene Einkommen ([Art. 50h AHVV](#)). Dies gilt auch für in einer früheren Ehe verwitwete Personen.
- 5204 Für Beitragszeiten *während der Ehe* bis zum Eintritt des Versicherungsfalls „Alter“ beim ersten Ehegatten setzt sich die anrechenbare Einkommenssumme bei beiden Ehegatten aus allen Einkommen zusammen, für die sie vom 1. Januar des der Heirat folgenden Kalenderjahres bis zum 31. Dezember des dem Versicherungsfalls des erstrentenberechtigten Ehegatten vorangehenden Jahres Beiträge geschuldet und geleistet haben. Diese Einkommen werden zusammengezählt und je zur Hälfte bei der Berechnung der Rente jedes Ehegatten berücksichtigt.
- 5205 Ab dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem der erste Ehegatte das Rentenalter vollendet, setzt sich die anrechenbare Einkommenssumme beim anderen Ehegatten aus den eigenen und ungeteilten Einkommen zusammen, welche dieser bis zum 31. Dezember des dem eigenen Versicherungsfall vorangehenden Jahres erzielt hat ([Art. 29^{quinquies} Abs. 4 Bst. a AHVG](#)).

- 5206
1/22 Ab dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem ein Ehegatte einen Anspruch auf eine IV-Rente erwirbt, ist beim anderen Ehegatten für die Dauer des Rentenbezuges, längstens jedoch bis zum 31. Dezember des dem eigenen Versicherungsfall vorangehenden Jahres, das für die Invalidenrente des invaliden Ehegatten ermittelte massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen für die Einkommensteilung zu berücksichtigen ([Art. 33^{bis} Abs. 4 AHVG](#), Art. 51 Abs. 5 AHVV).
- 5207 Das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen des invaliden Ehegatten wird für die Einkommensteilung wie folgt berücksichtigt:
- 5208
1/22 – Bezieht der invalide Ehegatte eine Invalidenrente mit einem prozentualen Anteil einer ganzen Rente von 50 Prozent und mehr, so wird stets das ganze massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen für die Einkommensteilung berücksichtigt (Art. 51 Abs. 4 AHVV). Ein in diese Zeitspanne fallendes Erwerbseinkommen aus der Ausübung der Resterwerbsfähigkeit des invaliden Ehegatten bzw. die in Einkommen umgewandelte NE-Beiträge wird dagegen ungeteilt berücksichtigt.
- 5209
1/22 – Bezieht der invalide Ehegatte eine Invalidenrente mit einem prozentualen Anteil einer ganzen Rente von 50 Prozent und weniger, so ist für die Einkommensteilung lediglich das halbe massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen zu berücksichtigen (Art. 51 Abs. 5 AHVV). Dem nichtinvaliden Ehegatten wird in diesem Fall ein Viertel des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens angerechnet. Wurde in dieser Zeitspanne durch den invaliden Ehegatten noch ein Erwerbseinkommen erzielt, so unterliegt dieses ebenfalls der Einkommensteilung. Dies gilt auch für die in Einkommen umgewandelte NE-Beiträge.

-
- 5210 – Waren beide Ehegatten invalid und gelangte eine Ehepaar-Invalidenrente zur Ausrichtung, so ist das während dem Bezug der Ehepaar-Invalidenrente massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen für die Einkommensteilung zu berücksichtigen. Auszugehen ist indes stets vom IV-Grad jedes einzelnen Ehegatten.
- 5211 – Die Kalenderjahre, in die Anspruchsbeginn und -ende des Bezuges einer IV-Rente beim anderen Ehegatten fallen, sind immer zu berücksichtigen.
- 5212
1/05 – Steigt oder sinkt der IV-Grad beim invaliden Ehegatten innerhalb eines Kalenderjahres, so ist für die Berücksichtigung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens stets vom höheren IV-Grad auszugehen.
- 5213 – Hat das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen des bisher invaliden Ehegatten innerhalb des gleichen Jahres gewechselt, weil der andere Ehegatte ebenfalls invalid wurde, so ist für die Einkommensteilung für dieses Jahr das höhere massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen zu berücksichtigen.
- 5214
1/19 – Für die Zeitabschnitte, während denen die IV-Rente wegen verspäteter Anmeldung nicht ausbezahlt werden konnte und deshalb lediglich ein virtueller Anspruch bestand, unterliegen die Erwerbseinkommen und nicht das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen der Einkommensteilung. Das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen ist ab dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem die IV-Rente ausbezahlt wird, für die Einkommensteilung zu berücksichtigen (analog Rz 5206). Das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen des invaliden Ehegatten wird unter Berücksichtigung der jeweiligen Rentenanpassungen für die Einkommensteilung herangezogen.
- 5215 aufgehoben
1/18

5216
1/21 Bezog oder bezieht einer der Ehegatten eine ausserordentliche IV-Rente ohne dass eine ordentliche Rente zugrunde lag, so unterbleibt die Anrechnung eines massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens. Dagegen ist das in diese Zeitspanne fallende Erwerbseinkommen aus der Ausübung der Resterwerbsfähigkeit und NE-Beiträge – unabhängig des IV-Grades – zu teilen.

5.5.1.3 Geschiedene und verwitwete Personen

5217 Die Einkommenssumme für Beitragszeiten *vor der Ehe* setzt sich aus allen eigenen und ungeteilten, seit dem der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Kalenderjahr bis zum 31. Dezember des Jahres der Eheschliessung erzielten Einkommen, für welche von einer Person Beiträge geschuldet und geleistet worden sind, zusammen. Dabei gelten gesplittete Erwerbseinkommen aus einer früheren Ehe immer als eigene Einkommen ([Art. 50h AHVV](#)).

5218 Für Beitragszeiten *während der Ehe* setzt sich die Einkommenssumme aus allen gegenseitig geteilten Einkommen zusammen, für die die Ehegatten vom 1. Januar des der Heirat folgenden Kalenderjahres bis zum 31. Dezember des der Scheidung bzw. des Todes des Ehegatten vorangehenden Jahres Beiträge geschuldet und geleistet haben. Über die Berücksichtigung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens beim Bezug einer IV-Rente eines der Ex-Ehegatten siehe Rz 5206 ff.

5219 *Nach der Ehe* setzt sich die Einkommenssumme für Beitragszeiten aus allen eigenen und ungeteilten Einkommen zusammen, für die vom 1. Januar des Scheidungsjahres bzw. des Todesjahres bis zum 31. Dezember des Jahres vor Eintritt des Versicherungsfalls Beiträge geschuldet und entrichtet worden sind.

5.5.2 Berücksichtigung von Einkommen, für welche keine Beiträge bezahlt wurden

- 5220 Zur Summe der Erwerbseinkommen zählen auch Einkommen, für welche die Beiträge geschuldet, aber nicht bezahlt worden sind (gleichgültig, ob es sich um laufende oder gemäss [Art. 39 AHVV](#) nachzuzahlende Beiträge handelt). Geschuldet sind alle ausstehenden Beiträge, die noch nicht gemäss [Art. 16 Abs. 1 und 2 AHVG](#) verjährt sind. Solche Beiträge sind nötigenfalls mit der Rente zu verrechnen.
- 5221 Können ausstehende Beiträge nicht verrechnet werden, so sind die entsprechenden Einkommen nicht zur Einkommenssumme zu zählen. Werden die Beiträge in einem späteren Zeitpunkt nachbezahlt oder können sie verrechnet werden, hat die Anrechnung des entsprechenden Einkommens zu erfolgen. Die Rente ist anschliessend neu festzusetzen.

5.5.3 Berücksichtigung von Einkommen, für welche zu Unrecht Beiträge bezahlt wurden

- 5222 Zur Einkommenssumme sind ausnahmsweise auch die Einkommen zu zählen, für die eine Person gutgläubig zu Unrecht Beiträge geleistet hat, sofern diese Beiträge nicht mehr zurückerstattet werden können (ZAK 1972 S. 664; 1984 S. 496).

5.5.4 Nicht anrechenbare Einkommen

5.5.4.1 Allgemeine Regel

- 5223 Nicht angerechnet werden Erwerbseinkommen, für die eine Person
- 5224 – in den Kalenderjahren vor der Vollendung des 21. Altersjahres Beiträge geleistet hat (Ausnahmen s. Rz 5233 und 5234);

-
- 5225 – im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls Beiträge geleistet hat (Ausnahme s. Rz 5234);
- 5226 – nach der Zurücklegung des Rentenalters Beiträge geleistet hat.
- 5227
1/20 In Fällen, in denen die Kalenderjahre des Bezuges einer früheren Invalidenrente nicht berücksichtigt werden, sind die in diesen Jahren erzielten Erwerbseinkommen nicht anzurechnen ([Art. 30^{bis} AHVG](#) und [Art. 51 Abs. 3 AHVV](#)).
- 5227.1
1/20 Dieser Grundsatz gilt auch für die Zeit während der eine verwitwete invalide Person eine Hinterlassenenrente bezogen hat, die höher als ihre IV-Rente war ([Art. 24b AHVG](#)).
- 5228 Ebenfalls nicht zur Anrechnung gelangen Erwerbseinkommen, für welche keine Beiträge geschuldet sind oder nicht mehr geschuldet werden, so namentlich Einkommen, für welche die Beiträge
- 5229 – infolge Herabsetzung gemäss [Art. 11 Abs. 1 AHVG](#) weggefallen sind;
- 5230 – gemäss [Art. 40 AHVV](#) erlassen worden sind;
- 5231 – gemäss [Art. 16 Abs. 1 und 2 AHVG](#) verjährt sind, insbesondere auch gemäss [Art. 34c AHVV](#) als uneinbringlich abgeschrieben wurden und verjährt sind. Erwerbseinkommen, von denen die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge abgeschrieben werden mussten, sind allerdings zu berücksichtigen, wenn der Arbeitnehmerbeitrag seinerzeit vom Lohn abgezogen oder direkt entrichtet worden ist ([Art. 138 Abs. 1 AHVV](#)) oder wenn zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nachweislich eine Vereinbarung über die Ausrichtung eines Nettolohnes bestanden hat (ZAK 1969 S. 585).
- 5232 – zurückbezahlt, zurückvergütet oder an eine ausländische Sozialversicherung überwiesen wurden ([Art. 41 AHVV](#); [Art. 18 Abs. 3 AHVG](#)).

5.5.4.2 Ausnahme

- 5233 Erwerbseinkommen, für die eine Person vor dem 31. Dezember des Jahres der Vollendung ihres 20. Altersjahres Beiträge entrichtet hat, werden angerechnet, sofern und soweit die entsprechenden Beitragszeiten zur Auffüllung von später entstandenen Beitragslücken herangezogen werden. Für volle Beitragsjahre, die zur Lückenfüllung herangezogen werden, wird das gesamte (allenfalls geteilte) Erwerbseinkommen angerechnet; für einzelne Beitragsmonate wird das (allenfalls geteilte) Einkommen angerechnet, das anteilmässig den angerechneten Beitragsmonaten entspricht.
- 5234
1/13 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war, so setzt sich die Einkommenssumme aus allen Erwerbseinkommen zusammen, für die die Person vom 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres bis und mit dem Monat des Eintritts des Versicherungsfalles Beiträge geleistet hat ([Art. 52a AHVV](#)).

5.6 Aufwertungsfaktor

- 5301 Die Einkommenssumme wird mit einem Aufwertungsfaktor multipliziert, der nach dem Kalenderjahr bestimmt wird, in welchem der massgebende erste IK-Eintrag vorgenommen wurde.
- 5302 Bei vollständiger Beitragsdauer wurde der massgebende erste IK-Eintrag im Jahre nach der Vollendung des 20. Altersjahres vorgenommen. Dies gilt auch dann, wenn für dieses Jahr eine Beitragslücke besteht, sofern diese mit Jugendjahren aufgefüllt wurde.
- 5303
1/12 Als massgebender erster IK-Eintrag gelten auch die im Rahmen der Einkommensteilung vom anderen Ehegatten hinzugesplitteten Einkommen.

- 5304
1/19 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war und sind deshalb Jugendjahre mit den entsprechenden Einkommen zu berücksichtigen (vgl. Rz 5035 – 5036), so ist ausnahmsweise für die Bestimmung des Aufwertungsfaktors das erste Jahr massgebend, in dem die Beiträge geleistet worden sind.
- 5305 Bei unvollständiger Beitragsdauer ist für den Aufwertungsfaktor das Kalenderjahr massgebend, in welchem erstmals ein IK-Eintrag vorgenommen wurde, wobei dieses Jahr zwischen dem der Zurücklegung des 20. Altersjahres folgenden Jahr und dem Eintritt des Versicherungsfalles liegen muss (Ausnahme s. Rz 5034).
- 5306 Liegen Beitragslücken, welche durch Jugendjahre aufgefüllt wurden, vor dem ersten IK-Eintrag, so bestimmt sich der Aufwertungsfaktor nach dem am weitesten zurückliegenden Jahr, in dem eine Beitragslücke aufgefüllt werden konnte.
- 5307 Nicht als erster IK-Eintrag zählt dagegen ein Jahr, für welches nur eine Betreuungsgutschrift im IK vermerkt wurde. Ebenfalls nicht als erster IK-Eintrag zählt ein Jahr, für das ausschliesslich Erziehungsgutschriften angerechnet werden können.

5.7 Beitragsjahre für den Durchschnitt aus Erwerbseinkommen

- 5308 Die für die Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens massgebende Beitragsdauer (Beitragsjahre) entspricht grundsätzlich der in Rz 5020 ff. umschriebenen Beitragsdauer. Es gelten die gleichen Ermittlungsregeln.

-
- 5309 Die beitragslosen Ehe- und Witwenjahre bis zum 31. Dezember 1996 bzw. die beitragslosen Ehejahre ab 1. Januar 1997, in denen der andere Ehegatte den doppelten Mindestbeitrag entrichtet hat, sind anzurechnen.
- 5310 Abweichend davon sind jedoch nicht anzurechnen:
- 5311 – die im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls zurückgelegten Beitragszeiten (Ausnahme siehe Rz 5234)
- 5312 – die von einer Person in einer ausländischen Versicherung zurückgelegten Beitragszeiten (s. [KSBIL](#)).
- 1/21
- 5313 Werden hingegen einer Person
- 5314 – Jugendjahre zur Auffüllung oder Schliessung späterer Beitragslücken angerechnet oder
- 5315 – Zusatzjahre für fehlende Beitragsjahre vor 1979 angerechnet oder
- 5316 – Zeitabschnitte in denen sie zwar die Versicherteneigenschaft besass, hingegen die Beitragspflicht nicht oder nicht vollständig erfüllte, Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet oder
- 5317 – Beitragsjahre in der freiwilligen Versicherung angerechnet, für welche die Beiträge seinerzeit gestundet wurden und in der Folge verjährten,
- 5318 so sind diese Zeiten auch bei der für die Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens massgebenden Beitragsdauer zu berücksichtigen.
- 5319 Zu beachten ist jedoch, dass die massgebende Beitragsdauer nach Anrechnung sämtlicher Beitragszeiten diejenige des Jahrganges dieser Person nicht übersteigen darf.

- 5320
1/19 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war, so setzt sich die für die Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens massgebende Beitragsdauer aus allen Beitragszeiten zusammen, während denen die Person Beiträge geleistet hat bzw. ihr Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden können. Somit sind sowohl die vor dem 21. Altersjahr (vgl. Rz 5035 - 5036) als auch die im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls zurückgelegten Beitragszeiten zu berücksichtigen.

5.8 Ermittlung des Durchschnitts aus Erwerbseinkommen

5.8.1 Im Allgemeinen

- 5321 Der Durchschnitt aus den Erwerbseinkommen ergibt sich aus der Division der mit dem zutreffenden Aufwertungsfaktor aufgewerteten, anrechenbaren Einkommenssumme durch die massgebende Beitragsdauer.

5.8.2 Bei früherem Bezug einer Invalidenrente

- 5322 Bei Personen, die eine Invalidenrente nicht unmittelbar vor der Entstehung des Anspruchs auf eine neue Invalidenrente oder auf eine Alters- oder Hinterlassenenrente bezogen haben, werden die während des Bezuges einer früheren Invalidenrente zurückgelegten Beitragszeiten und die entsprechenden Erwerbseinkommen nicht angerechnet, falls dies für die berechnete Person günstiger ist ([Art. 51 Abs. 3 AHVV](#)). Zeiten, während denen die Invalidenrente wegen verspäteter Anmeldung ([Art. 29 Abs. 1 IVG](#)) nicht ausbezahlt werden konnte und deshalb lediglich ein virtueller Anspruch bestanden hat, fallen bei der Anwendung dieser Vorschrift ausser Betracht (ZAK 1971 S. 321).

- 5323 Die Kalenderjahre, in die Beginn und Ende des Bezuges der früheren Invalidenrente fallen, sind dabei ebenfalls nicht anzurechnen.
- 5324 Nicht als Zeiten des Bezugs einer früheren Invalidenrente gelten die Zeiten, in denen eine Person IV-Taggelder bezogen hat (ZAK 1970 S. 630).

5.8.3 Bei Berücksichtigung der Einkommen im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls

- 5325 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war, so sind bei der Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens die Rz 5234, 5304 und 5320 zu beachten ([Art. 52a AHVV](#)).

1/08 5.9 Karrierezuschlag bei Hinterlassenenrenten

1/08 5.9.1 Allgemeine Bestimmungen

- 5401 Hat eine verstorbene Person bei Eintritt des Versicherungsfallendes das 45. Altersjahr noch nicht vollendet, so wird das durchschnittliche Erwerbseinkommen um einen vom Alter dieser Person abhängigen prozentualen Zuschlag erhöht.
- 1/08
- 5402 Dabei ist auf das Alter im Zeitpunkt des Todes abzustellen
- 1/08

5403 Die Erhöhung des Durchschnitts aus Erwerbseinkommen
1/08 um den Karrierezuschlag gemäss [Art. 33 Abs. 3 AHVG](#) be-
trägt in Prozenten:

nach Vollendung des ... Altersjahres	vor Vollendung des ... Altersjahres	Prozentsatz
	23	100
23	24	90
24	25	80
25	26	70
26	27	60
27	28	50
28	30	40
30	32	30
32	35	20
35	39	10
39	45	5

5404 Dabei ist zu beachten, dass das durchschnittliche Erwerbs-
einkommen vor der Gewährung des Karrierezuschlages
nicht auf einen Tabellenwert aufzurunden ist.

1/08 **5.9.2 Titel aufgehoben**

5405 aufgehoben
1/08

5.9.3 Ermittlung des Karrierezuschlages

5406 Das durchschnittliche Erwerbseinkommen einer Person
wird um den Prozentsatz erhöht, welcher für ihr Alter mass-
gebend war. Der Karrierezuschlag ist jedoch ausschliess-
lich auf dem Durchschnitt aus den Erwerbseinkommen zu
gewähren. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften bleiben
für den Karrierezuschlag unberücksichtigt.

5.10 Erziehungsgutschriften

5.10.1 Anspruch

- 5407
1/16 Anspruch auf Erziehungsgutschriften hat, wer die elterliche Sorge ([Art. 133 Abs. 1 Ziff. 1](#), [Art. 134](#) und [Art. 296 – 298d ZGB](#)) über eines oder mehrere Kinder unter 16 Jahren ausübt ([Art. 29^{sexies} AHVG](#)).
- 5408
1/16 Der Anspruch entsteht ab dem Kalenderjahr, welches der Geburt des ersten Kindes folgt ([Art. 52f Abs. 1 AHVV](#)).
- 5409
1/16 Der Anspruch erlischt spätestens mit Ablauf des Kalenderjahres, in welchem das jüngste Kind das 16. Altersjahr vollendet ([Art. 52f Abs. 1 AHVV](#)).
- 5410
1/16 Eine Kumulation von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften ([Art. 29^{septies} Abs. 2 AHVG](#)) ist ausgeschlossen.

5.10.2 Verhältnis Eltern - Kinder

- 5411
1/16 Wenn Eltern die elterliche Sorge über das Kind ausüben, ist nicht erforderlich, dass sich das Kind auch tatsächlich in der Obhut der Eltern befindet.
- 5412
1/16 In Fällen, in welchen den Eltern aufgrund einer Anordnung der Kindesschutzbehörde die elterliche Sorge entzogen worden ist ([Art. 327a ff. ZGB](#)), sie ihre Kinder aber unter ihrer Obhut haben ([Art. 52e AHVV](#)), wird ihnen die Erziehungsgutschrift trotzdem angerechnet.
- 5413
1/22 Das in der Obhut seines Vormundes lebende Kind ist für die Jahre, in denen das Kind in seiner Obhut gelebt hat, einem leiblichen Kind gleichgestellt ([AHI 6/2000 S. 274](#)). Für die Anrechnung der Erziehungsgutschriften gelten die Bestimmungen von Rz 5417 ff. sinngemäss.
- 5414
1/16 Adoptivkinder sind den leiblichen Kindern gleichgestellt d.h. Adoptiveltern können für ihre Adoptivkinder ab dem der Geburt des Kindes folgenden Kalenderjahr eine Erziehungsgutschrift beanspruchen.

- 5415
1/22 Stiefkinder (Kinder des Ehepartners) sind den leiblichen Kindern gleichgestellt. Der Stiefelternteil hat keinen direkten Anspruch auf Erziehungsgutschriften, sondern nur einen vom Ehegatten abgeleiteten Anspruch.
- 5416
1/22 Für Pflegekinderverhältnisse (zur Pflege Dritter anvertraute Kinder, Pflegeeltern) besteht kein Anspruch auf Erziehungsgutschriften ([AHI 3/2000 S. 141](#)). Davon ausgenommen sind Fälle gemäss Rz 5413.

5.10.3 Grundsätze der Anrechnung

- 5417
1/16 Es ist stets auf die Verhältnisse im Zeitpunkt der Erziehungsjahre abzustellen. Dies gilt namentlich für:
- Versicherteneigenschaft der Eltern;
 - elterliche Sorge;
 - (nicht) Vorliegen von behördlichen Entscheiden und/oder Vereinbarungen über die Anrechnung der Erziehungsgutschriften sowie deren Inhalt;
 - Zivilstand der Eltern.
- 5418
1/16 Bei der Anrechnung der Erziehungsgutschriften ist zu unterscheiden, ob es sich um Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014 (Ziff. 5.10.5.2 für nicht miteinander verheiratete oder voneinander geschiedene Eltern und Ziff. 5.10.6.2 für miteinander verheiratete Eltern) oder um Erziehungsjahre ab 2015 (Ziff. 5.10.5.3 für nicht miteinander verheiratete oder voneinander geschiedene Eltern und Ziff. 5.10.6.3 für miteinander verheiratete Eltern) handelt.
- 5419
1/16 Erziehungsgutschriften können nur dann angerechnet werden, wenn die Eltern im Sinne von [Art. 1a Abs. 1 - 4](#) oder [Art. 2 AHVG](#) versichert waren. Nicht nötig ist, dass eine in diesen Zeitabschnitt fallende Beitragspflicht durch die Eltern tatsächlich erfüllt wurde.
- 5420
1/16 Erziehungsgutschriften können den Eltern in der Regel vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres und höchstens bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls angerechnet werden ([Art. 29^{bis} Abs. 1 AHVG](#)).

-
- 5421
1/16 Es werden immer ganze Kalenderjahre angerechnet. Dabei wird das Jahr, in welchem der Anspruch auf die Erziehungsgutschrift entsteht, in der Regel nicht berücksichtigt ([Art. 52f Abs. 1 AHVV](#)). Dies trifft namentlich zu auf das:
- 5422
1/16 – Geburtsjahr des Kindes;
- 5423
1/16 – das Kalenderjahr der (Wieder-)Erlangung der elterlichen Sorge oder der (Wieder-)Entstehung des Obhutsverhältnisses.
- 5424
1/16 Verstirbt das Kind im Geburtsjahr, so wird die Erziehungsgutschrift für ein Jahr berücksichtigt (bei nicht miteinander verheirateten oder voneinander geschiedenen Eltern Rz 5449 für Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014 und Rz 5456 für Erziehungsjahre ab 2015; Rz 5463 bei miteinander verheirateten Eltern für Erziehungsjahre vor und ab 2015).
- 5425
1/16 Das Kalenderjahr, in welchem der Anspruch auf die Erziehungsgutschrift erlischt, wird in der Regel ganz berücksichtigt. Dies trifft namentlich auf das Kalenderjahr zu, in welchem:
- 5426
1/16 – das jüngste Kind das 16. Altersjahr vollendet;
- 5427
1/16 – den Eltern oder dem Elternteil die elterliche Sorge entzogen bzw. das Obhutsverhältnis aufgelöst wird (Ausnahme Auflösungsjahr der Ehe Rz 5472 ff. für Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014, Rz 5482 ff. für Erziehungsjahre ab 2015).
- 5428
1/16 Für Eltern, die nicht während des ganzen Kalenderjahres versichert sind (beispielsweise das Jahr der Einreise in die Schweiz, Einreise und Wiederausreise im gleichen Kalenderjahr oder bei Kurzaufenthalter mit Bewilligung L), gilt Folgendes:

-
- 5429
1/16 – die einzelnen Monate, für die Erziehungsgutschriften angerechnet werden können, werden über das Kalenderjahr hinaus zusammengezählt ([Art. 52f Abs. 5 AHVV](#));
- 5430
1/16 – für je zwölf Monate wird ein Erziehungsjahr angerechnet. Angebrochene Jahre werden nicht aufgerundet;
- 5431
1/16 – dabei können Monate mit Viertels-, halben und ganzen Erziehungsgutschriften kombiniert werden. Angerechnet wird jeweils die höhere Gutschrift der Kombination.
- 5432
1/16 Eine Kumulation von ganzen Erziehungsgutschriften für verschiedene Kinder ([Art. 29^{sexies} Abs. 1 AHVG](#)) bei derselben rentenberechtigten Person ist ausgeschlossen.
- 5433
1/16 Für gemeinsame Kinder kann den Eltern zusammen für das gleiche Kalenderjahr maximal eine ganze Erziehungsgutschrift angerechnet werden ([Art. 29^{sexies} Abs. 1 AHVG](#)).
- 5434
1/16 Der Teilung unterliegen die Erziehungsgutschriften zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres des jüngeren Elternteils und dem 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls infolge Alter des älteren Elternteils ([Art. 52^{bis} Abs. 5 AHVV](#)).
- 5435
1/16 Zwischen den Eltern können nur Erziehungsgutschriften aus Zeiten, in denen beide Elternteile in der Schweiz versichert waren ([Art. 29^{quinquies} Abs. 4 Bst. b AHVG](#)), geteilt werden.
- 5436
1/16 Bei Adoptivkindern werden die Erziehungsgutschriften für Jahre ausserhalb der Ehe in der Regel der Adoptivmutter angerechnet. Handelt es sich hingegen bei einem Elternteil um einen leiblichen Elternteil und nur beim anderen um den Adoptivelternteil, so können für Zeiten ausserhalb der Ehe und im Heiratsjahr dem leiblichen Elternteil die ganzen Erziehungsgutschriften angerechnet werden.

5.10.4 Anrechnung bei Lücken und im Falle von Jugendjahren

- 5437
1/19 In Versicherungslücken, die durch Einkommen und Beitragszeiten aus Jugendjahren, Zusatzjahre oder Beitragsmonate aus dem Jahr des Eintritts des Versicherungsfalls geschlossen werden, können keine Erziehungsgutschriften angerechnet werden.
- 5438
1/16 Bei der Schliessung von Beitragslücken und in Sonderfällen erfolgt die Anrechnung schon vor Vollendung des 20. Altersjahres (Rz 5038 und 5234), frühestens jedoch nach Vollendung des 17. Altersjahres.
- 5439
1/16 Werden zur Schliessung von Beitragslücken Erziehungsgutschriften aus Jugendjahren herangezogen (Rz 5038), so wird für Beitragslücken bis zu sechs Monaten die halbe bzw. für sieben und mehr Monate die ganze Erziehungsgutschrift angerechnet.

5.10.5 Anrechnung bei nicht miteinander verheirateten oder voneinander geschiedenen Eltern

5.10.5.1 Allgemeines

- 5440
1/16 Übt ein Elternteil die elterliche Sorge alleine aus, werden ihm die ungeteilten Erziehungsgutschriften angerechnet.
- 5441
1/16 Eine Teilung der Erziehungsgutschriften ist erst für Erziehungsjahre ab 2000 möglich (gemeinsame elterliche Sorge trat am 1. Januar 2000 in Kraft).
- 5442
1/16 Die Ziff. 5.10.5.2 und 5.10.5.3 beziehen sich auf Eltern, welche die elterliche Sorge gemeinsam ausüben.

5.10.5.2 Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014

- 5443
1/16 Haben nicht miteinander verheiratete oder geschiedene Eltern für diesen Zeitabschnitt eine schriftliche Vereinbarung über die Anrechnung der Erziehungsgutschriften abgeschlossen, so richtet sich die Anrechnung für Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014 nach dieser Vereinbarung.
- 5444
1/16 Liegt für diesen Zeitabschnitt keine schriftliche Vereinbarung vor, werden die Erziehungsgutschriften von 2000 bis und mit 2014 hälftig zwischen den Eltern geteilt.
- 5445
1/16 In der Vereinbarung können die Eltern bestimmen, welchem Elternteil die ganze Erziehungsgutschrift anzurechnen ist.
- 5446
1/16 Wurde eine wechselseitige Anrechnung der Erziehungsgutschriften vereinbart, so kann der jeweilige Wechsel nur auf den Beginn eines neuen Kalenderjahres erfolgen.
- 5447
1/16 Die schriftliche Vereinbarung muss spätestens im Zeitpunkt des Rentenanspruchs (AHV/IV) vorliegen. Der Abschluss einer rückwirkenden Vereinbarung über die Anrechnung von Erziehungsgutschriften für Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014 oder die Abänderung einer bestehenden Vereinbarung für diesen Zeitabschnitt sind zulässig, sofern sie laufende Renten nicht beeinflussen.
- 5448
1/17 War nur ein Elternteil in der Schweiz versichert, oder stirbt der andere Elternteil, wird ersterem die ganze Erziehungsgutschrift angerechnet, sofern dieser die alleinige oder gemeinsame elterliche Sorge ausübt.
- 5449
1/16 Stirbt das Kind im Geburtsjahr, richtet sich die Anrechnung nach der Vereinbarung (Rz 5443). Liegt keine Vereinbarung vor, so wird die Erziehungsgutschrift für Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014 hälftig zwischen den Eltern geteilt (Rz 5444).

5.10.5.3 Erziehungsjahre ab 2015

- 5450
1/16 Die Anrechnung der Erziehungsgutschrift für Erziehungsjahre ab 2015 richtet sich nach dem behördlichen Entscheid (Gericht oder Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB, [Art. 52^{bis} Abs. 1 AHVV](#)) oder der zwischen den Eltern für diesen Zeitabschnitt abgeschlossenen Vereinbarung ([Art. 52^{bis} Abs. 3 AHVV](#)).
- 5451
1/16 Liegt für diesen Zeitabschnitt weder ein behördlicher Entscheid noch eine Vereinbarung der Eltern vor, wird die Erziehungsgutschrift für Erziehungsjahre ab 2015 in vollem Umfang der Mutter angerechnet ([Art. 52^{bis} Abs. 6 AHVV](#)). Dies gilt auch für Fälle, in denen die gemeinsame elterliche Sorge bereits vor dem 1. Januar 2015 bestanden hat, aber keine Vereinbarung über die Anrechnung der Erziehungsgutschriften vorliegt.
- 5452
1/16 In der Vereinbarung gemäss [Art. 52^{bis} Abs. 3 AHVV](#) können die Eltern bestimmen, dass die Erziehungsgutschrift künftig hälftig aufzuteilen bzw. welchem Elternteil die ganze Erziehungsgutschrift anzurechnen ist.
- 5453
1/16 Wurde eine wechselseitige Anrechnung der Erziehungsgutschriften vereinbart, so kann der jeweilige Wechsel nur auf den Beginn eines neuen Kalenderjahres erfolgen.
- 5454
1/16 Eine Vereinbarung über die Anrechnung der Erziehungsgutschriften für Erziehungsjahre ab 2015 kann nur für die Zukunft abgeschlossen werden. Rückwirkende Abänderungen sind nicht zulässig.
- 5455
1/17 War nur ein Elternteil in der Schweiz versichert, oder stirbt der andere Elternteil, wird ersterem die ganze Erziehungsgutschrift angerechnet, sofern dieser die alleinige oder gemeinsame elterliche Sorge ausübt.

5456
1/16 Stirbt das Kind im Geburtsjahr, richtet sich die Anrechnung nach dem behördlichen Entscheid oder der Vereinbarung (Rz 5450). Liegt weder ein behördlicher Entscheid noch eine Vereinbarung vor, wird die Erziehungsgutschrift ungeteilt der Mutter angerechnet (Rz 5451).

5.10.6 Anrechnung bei miteinander verheirateten Eltern

5.10.6.1 Allgemeines

5457
1/16 Die Erziehungsgutschrift wird während der Kalenderjahre der gemeinsamen Ehe hälftig aufgeteilt ([Art. 29^{sexies} Abs. 3 AHVG](#)). Dies gilt auch, wenn erst ein Ehegatte rentenberechtigt ist.

5458
1/16 Ehegatten haben zusammen für das gleiche Kalenderjahr höchstens Anspruch auf eine ganze Erziehungsgutschrift (Ausnahme Heiratsjahr und Auflösungsjahr Rz 5459).

5459
1/16 Im Jahr der Heirat und dem Jahr der Auflösung der Ehe werden die Eltern in Bezug auf die Anrechnung der Erziehungsgutschriften behandelt, wie wenn sie nicht miteinander verheiratet wären (Analog Splitting, [Art. 29^{quinquies} Abs. 5 AHVG](#)).

5460
1/16 Hat erst der ältere Ehegatte das 20. Altersjahr vollendet, erhält dieser die ganze Erziehungsgutschrift. Dies gilt auch für das Kalenderjahr der Heirat.

5461
1/17 War nur ein Ehegatte in der Schweiz versichert, oder stirbt der andere Ehegatte, wird ersterem die ganze Erziehungsgutschrift angerechnet ([Art. 52f Abs. 4 AHVV](#)). Dies gilt auch für das Kalenderjahr der Heirat.

5462
1/16 Entsteht aus einem anderen bzw. neuen Kindesverhältnis ein Anspruch auf eine höhere Erziehungsgutschrift, wird diese höhere Erziehungsgutschrift angerechnet.

- 5463
1/16 Stirbt das Kind im Geburtsjahr, wird die Erziehungsgutschrift zwischen den Eltern aufgeteilt, auch wenn die Geburt ins Kalenderjahr der Heirat fällt ([Art. 52f Abs. 3 AHVV](#)).
- 5464
1/16 Mit dem Kalenderjahr des Eintritts des Versicherungsfalls infolge Alter bei einem Ehegatten, werden die Erziehungsgutschriften dem noch nicht altersrentenberechtigten Ehegatten ungeteilt (halbe oder ganze) angerechnet ([Art. 29^{sex} Abs. 3 AHVG](#)). Dies gilt auch in Fällen des Rentenvorbezuges.

5.10.6.2 Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014

- 5465
1/16 Für vor der Ehe geborene gemeinsame Kinder wird die Erziehungsgutschrift:
- 5466
1/16 – im Kalenderjahr der Heirat gemäss der Vereinbarung langerechnet (Rz 5443). Liegt keine Vereinbarung vor, wird die Erziehungsgutschrift hälftig zwischen den Eltern geteilt (Rz 5444) (Ausnahmen siehe Rz 5463 Tod des Kindes bei Geburt und Rz 5460 erst älterer Elternteil hat 20. Altersjahr vollendet);
- 5467
1/16 – während der Ehejahre unter den neuen Ehegatten geteilt.
- 5468
1/16 Für vor der Ehe geborene nicht gemeinsame Kinder wird die Erziehungsgutschrift:
- 5469
1/16 – im Kalenderjahr der Heirat dem leiblichen Elternteil angerechnet. Dieser muss sie allenfalls mit dem anderen leiblichen Elternteil teilen (Rz 5470);
- 5470
1/16 – zwischen den leiblichen Eltern gemäss Vereinbarung angerechnet (Rz 5443). Liegt keine Vereinbarung vor, wird die Erziehungsgutschrift von 2000 bis und mit 2014 zwischen ihnen geteilt (Rz 5444);

- 5471
1/22 – während den Ehejahren unter den neuen Ehegatten geteilt (Stiefkind, Rz. 5415). Steht dem leiblichen Elternteil die ganze Erziehungsgutschrift zu, kann den neuen Ehegatten je die halbe Erziehungsgutschrift angerechnet werden. Steht dem leiblichen Elternteil eine halbe Erziehungsgutschrift zu, wird den neuen Ehegatten je ein Viertel angerechnet. Hat der leibliche Elternteil keinen Anspruch auf die Erziehungsgutschrift, wird dem neuen Ehegatten nichts angerechnet.
- 5472
1/16 Im Kalenderjahr der Auflösung der Ehe durch:
- 5473
1/16 – Scheidung oder Eheungültigkeit wird die Erziehungsgutschrift dem Elternteil angerechnet, welcher die alleinige elterliche Sorge über das Kind erhält. Üben die Eltern die elterliche Sorge weiterhin gemeinsam aus, erfolgt die Anrechnung gemäss den Rz 5443 ff.;
- 5474
1/16 – Tod eines Elternteils wird die ganze Erziehungsgutschrift dem überlebenden Ehegatten angerechnet, sofern es sich um eigene Kinder des überlebenden Ehegatten handelt.

5.10.6.3 Erziehungsjahre ab 2015

- 5475
1/16 Für vor der Ehe geborene gemeinsame Kinder wird die Erziehungsgutschrift:
- 5476
1/16 – im Kalenderjahr der Heirat gemäss dem behördlichen Entscheid oder der Vereinbarung angerechnet (Rz 5450). Liegt keine Vereinbarung vor, wird die Erziehungsgutschrift ungeteilt der Mutter angerechnet (Rz 5451) (Ausnahme siehe Rz 5463 Tod des Kindes bei Geburt und Rz 5460 erst älterer Elternteil hat 20. Altersjahr vollendet);
- 5477
1/16 – während der Ehejahre unter den neuen Ehegatten geteilt.

-
- 5478 Für vor der Ehe geborene nicht gemeinsame Kinder wird
1/16 die Erziehungsgutschrift:
- 5479 – im Kalenderjahr der Heirat dem leiblichen Elternteil an-
1/16 gerechnet. Dieser muss sie allenfalls mit dem anderen
leiblichen Elternteil teilen (Rz 5480);
- 5480 – zwischen den leiblichen Eltern gemäss behördlichem
1/16 Entscheid oder Vereinbarung angerechnet (Rz 5450).
Liegt keine Vereinbarung vor, wird die Erziehungsgut-
schrift ab 2015 ungeteilt der Mutter angerechnet (Rz
5451).
- 5481 – während den Ehejahren unter den neuen Ehegatten ge-
1/22 teilt (Stiefkind, Rz. 5415). Steht dem leiblichen Elternteil
die ganze Erziehungsgutschrift zu, kann den neuen Ehe-
gatten je die halbe Erziehungsgutschrift angerechnet
werden. Steht dem leiblichen Elternteil eine halbe Erzie-
hungsgutschrift zu, wird den neuen Ehegatten je ein
Viertel angerechnet. Hat der leibliche Elternteil keinen
Anspruch auf die Erziehungsgutschrift, wird dem neuen
Ehegatten nichts angerechnet.
- 5482 Im Kalenderjahr der Auflösung der Ehe durch:
1/16
- 5483 – Scheidung oder Eheungültigkeit erfolgt die Anrechnung
1/16 der Erziehungsgutschrift gemäss dem behördlichen Ent-
scheid oder der Vereinbarung (Rz 5450). Liegt keine
Vereinbarung vor, wird die Erziehungsgutschrift ungeteilt
der Mutter angerechnet (Rz 5451);
- 5484 – Tod eines Elternteils wird die ganze Erziehungsgutschrift
1/16 dem überlebenden Ehegatten angerechnet, sofern es
sich um eigene Kinder des überlebenden Ehegatten han-
delt.

5.10.7 Berechnung

5.10.7.1 Allgemeines

- 5485
1/16 Die ganze Erziehungsgutschrift entspricht der dreifachen minimalen jährlichen Altersrente im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles ([Art. 29^{sexies} Abs. 2 AHVG](#)).
- 5486
1/16 Der Durchschnitt der Erziehungsgutschriften ergibt sich aus der Division der anrechenbaren Erziehungsgutschriften durch die für die Ermittlung des Durchschnittes aus Erwerbseinkommen massgebende Beitragsdauer.
- 5487
1/16 Es gilt somit folgende Formel:
- $$\frac{(\text{minimale jährliche Altersrente} \times 3) \times \text{Anzahl Erziehungsgutschriften}}{\text{anrechenbare Beitragsdauer}}$$

5.10.7.2 Bei früherem Bezug einer Invalidenrente

- 5488
1/16 Bei Personen, deren Beitragszeiten und die entsprechenden Erwerbseinkommen während des Bezuges einer früheren Invalidenrente für die Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens ausgeklammert wurden, werden die in diesen Zeitabschnitt fallenden Erziehungsgutschriften ebenfalls nicht angerechnet. Die Bestimmungen von Rz 5321 ff. gelten sinngemäss.

5.10.7.3 Bei Berücksichtigung der Erziehungsgutschriften im Jahr des Eintritts des Versicherungsfalles

- 5489
1/16 Tritt der Versicherungsfall ein, bevor eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war, so sind bei der Ermittlung des Durchschnittes der Erziehungsgutschriften die Rz 5234, 5304 und 5320 zu beachten.

5.10.8 Ermittlung in Sonderfällen

- 5490
1/16 Tritt der Versicherungsfall der Invalidität oder des Todes bei einem Elternteil ein, bevor dessen Jahrgang während eines vollen Jahres der Beitragspflicht unterstellt war und sind für die Festsetzung des Rentenanspruchs sowohl Einkommen als auch Beitragszeiten aus Jugendjahren bzw. die Berechnungselemente im Jahr des Rentenanspruchs zu berücksichtigen, so sind auch für diese Zeiten Erziehungsgutschriften anzurechnen ([Art. 52a AHVV](#)). Hinsichtlich der anrechenbaren Erziehungsgutschriften gelten die allgemeinen Bestimmungen.
- 5491
1/16 Erziehungsgutschriften können frühestens ab dem der Vollendung des 17. Altersjahres folgenden Kalenderjahres bis höchstens zur Entstehung des Rentenanspruchs angerechnet werden. Dabei ist zu beachten, dass der Durchschnitt der Erziehungsgutschriften den in [Art. 29^{sexies} Abs. 2 AHVG](#) festgelegten Höchstbetrag im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalles nicht übersteigen darf.
- 5492
1/16 Erziehungsgutschriften unterliegen der Teilung grundsätzlich nur für Zeiten zwischen dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres des jüngeren Elternteils und dem 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalles „Alter“ beim anderen Elternteil. Hatte der jüngere Elternteil vor Vollendung des 20. Altersjahres Kinder und war der andere Elternteil damals schon über 20 Jahre alt, werden letzterem die ganzen Erziehungsgutschriften angerechnet. Weist der jüngere Elternteil später Versicherungs- oder Beitragslücken auf und sind diese Lücken durch Jugendjahre zu schliessen, so können dem jüngeren Elternteil die entsprechenden halben Erziehungsgutschriften angerechnet werden (Rz 5420 und 5438). Der ältere Elternteil hat jedoch weiterhin Anspruch auf die ganze Erziehungsgutschrift. In diesen Fällen kann somit für die betroffenen Jahre 1 1/2 Erziehungsgutschrift gewährt werden.

5.11 Betreuungsgutschriften

5.11.1 Im Allgemeinen

- 5501 Erfüllt eine Person für das gleiche Kalenderjahr sowohl die Anspruchsvoraussetzungen auf eine Betreuungsgutschrift als auch auf eine Erziehungsgutschrift, so kann stets nur die Erziehungsgutschrift beansprucht werden. Eine Kumulation von Erziehungsgutschriften und Betreuungsgutschriften ([Art. 29^{septies} Abs. 2 AHVG](#)) ist ausgeschlossen.
- 5502 Massgebend ist stets der Anteil der Betreuungsgutschrift, welche im IK eingetragen ist. Im Gegensatz zu den Erziehungsgutschriften können bei den Betreuungsgutschriften nicht nur ganze und halbe Gutschriften zur Anrechnung gelangen, sondern auch Viertels-, Sechstels- etc. Gutschriften ([Art. 52i AHVV](#)).
- 5503 Die Betreuungsgutschrift entspricht der dreifachen minimalen jährlichen Altersrente im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls ([Art. 29^{septies} Abs. 4 AHVG](#)).

5.11.2 Ermittlung des Durchschnitts aus Betreuungsgutschriften

5.11.2.1 Im Allgemeinen

- 5504 Der Durchschnitt der Betreuungsgutschriften ergibt sich aus der Division der anrechenbaren Betreuungsgutschriften durch die für die Ermittlung des Durchschnitts aus Erwerbseinkommen massgebende Beitragsdauer.
- 5504.1
1/21 Für die Anrechnung einer Betreuungsgutschrift ist ein tatsächlicher Bezug der Hilflosenentschädigung nicht erforderlich. Es genügt, dass im fraglichen Zeitraum Anspruch bestünde, d.h. insbesondere eine Hilflosigkeit erwiesen ist oder als erstellt gelten kann, jedoch die betreute Person etwa wegen verspäteter Anmeldung keine Entschädigung beziehen kann ([Urteil des BGer 9C_264/2015 vom 12. August 2015](#)). Für die Feststellung der Hilflosigkeit ist die IV-Stelle zuständig.

5505 Es gilt somit folgende Formel:

$$\frac{(\text{minimale jährliche Altersrente} \times 3) \times \text{Anzahl Betreuungsgutschriften}}{\text{anrechenbare Beitragsdauer}}$$

5.11.2.2 Bei früherem Bezug einer Invalidenrente

5506 Bei Personen, deren Beitragszeiten und die entsprechenden Erwerbseinkommen während des Bezuges einer früheren Invalidenrente für die Ermittlung des durchschnittlichen Erwerbseinkommens ausgeklammert wurden, werden die in diesen Zeitabschnitt fallende Betreuungsgutschriften ebenfalls nicht angerechnet. Die Bestimmungen von Rz 5322 ff. gelten sinngemäss.

5.12 Ermittlung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens

5507
1/18 Das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen setzt sich einerseits aus dem Durchschnitt der Erwerbseinkommen und andererseits den Durchschnitten Erziehungsgutschriften und Betreuungsgutschriften zusammen.

5.13 Plafonierung der Alters- und Invalidenrenten

5.13.1 Grundsatz

5508 Die Summe der beiden Einzelrenten eines Ehepaares darf 150 Prozent des Höchstbetrages der Alters- oder Invalidenrente nicht übersteigen ([Art. 35 Abs. 1 AHVG](#)). Übersteigt die Summe beider Einzelrenten den für sie massgebenden Höchstbetrag, so werden sie im Verhältnis ihrer Anteile gekürzt.

5509 Für die Plafonierung sind die aufgrund der Berechnungsgrundlagen jedes der Ehegatten ermittelten ungekürzten Beträge der Einzelrenten massgebend.

-
- 5510 Bei Ehegatten, deren gemeinsamer Haushalt richterlich aufgehoben, die Ehe jedoch noch nicht geschieden wurde, unterliegen die beiden Einzelrenten nicht der Plafonierung ([Art. 35 Abs. 2 AHVG](#)).
- 5511
1/21 Der gemeinsame Haushalt der Ehegatten gilt als aufgehoben, wenn die Trennung vom Richter festgestellt wurde oder wenn im Eheschutzverfahren die Ehe durch richterliche Feststellung oder Verfügung vorübergehend oder auf unbestimmte Zeit getrennt wurde. Leben die getrennten Ehegatten trotzdem weiterhin oder wieder in Hausgemeinschaft, so sind die Renten zu plafonieren.
- 5512
1/20 Eine Plafonierung entfällt auch,
- 5512.1
1/20 – wenn die IV-Rente des anderen Ehegatten während des Vollzuges einer Freiheitsstrafe oder Massnahme sistiert wird;
- 5512.2
1/20 – wenn ein Ehegatte nach [Art. 23 ATSG](#) auf die Rente verzichtet.
- 5513 Ordentliche und ausserordentliche IV-Renten von Geburts-, Kindheits- und Frühinvaliden ([Art. 37 Abs. 2](#) und [Art. 40 Abs. 3 IVG](#)) sowie die sie ablösenden Altersrenten ([Art. 33^{bis} Abs. 3 AHVG](#)) haben mindestens 133 1/3 Prozent der Mindestansätze der zutreffenden Vollrente zu betragen. Sowohl die ordentlichen und ausserordentlichen Renten dieser Personen, sowie die dazugehörigen Kinderrenten unterliegen nur bis zu den in [Art. 37 Abs. 2 IVG](#) festgelegten Mindestbeträgen den Plafonierungsbestimmungen. Die Rente des anderen Ehegatten wird indessen nach den allgemeinen Bestimmungen (Rz 5508) plafoniert.

5.13.2 Massgebender Zeitpunkt

- 5514
1/08 Die Alters- oder IV-Renten von Ehegatten werden grundsätzlich mit dem Monat, in welchem der zweitrentenberechtigte Ehegatte den Rentenanspruch erwirbt, plafoniert. In der IV werden die Renten frühestens auf den Beginn der Rentenzahlung gemäss [Art. 29 Abs. 1 IVG](#) (vgl. Rz 5508 ff.) plafoniert. Dieser Zeitpunkt wird von der IV-Stelle festgelegt. Beansprucht ein Ehegatte eine Alters- oder Invalidenrente und meldet sich der andere Ehegatte nicht für eine Leistung der AHV oder der IV an, so darf die Rente nicht plafoniert werden.
- 5515 Bei der Heirat zweier rentenberechtigter Personen werden die Alters- oder IV-Renten erstmals im Monat nach der Heirat plafoniert.
- 5516 Entfällt dagegen die Plafonierung der Alters- oder IV-Rente der Ehegatten, so wird die unplafonierte Rente erstmals ab demjenigen Monat ausgerichtet, welcher jenem der Scheidung, des Todes eines Ehegatten oder dem Wegfall bzw. der Herabsetzung der Invalidität folgt.
- 5517
1/14 Leben die Ehegatten gerichtlich getrennt, so werden die Renten erstmals ab dem der Trennung folgenden Monat unplafoniert ausgerichtet. Massgebend ist der vom Richter festgelegte Zeitpunkt der Trennung.

5.13.3 Plafonierung beim flexiblen Rentenalter

- 5518 Bei vorbezogenen Altersrenten ist die Plafonierung stets vor dem Abzug der Vorbezugskürzung zu prüfen. Die Plafonierung ist somit in jedem Fall vor dem Abzug des Kürzungsbetrages auf den ungekürzten Beträgen der Einzelrenten vorzunehmen.
- 5519 Wurde eine Altersrente aufgeschoben, so ist die Prüfung des Plafonds vor der Anrechnung des Aufschubzuschlages vorzunehmen.

5.13.4 Bei vollständiger Beitragsdauer

- 5520 Weisen beide Ehegatten eine vollständige Beitragsdauer auf, so gilt für jede der Einzelrenten folgende Plafonierungsformel:
- 5521 Betrag der Einzelrente, multipliziert mit 150 Prozent des
1/22 Höchstbetrages der Vollrente (ganze Rente oder prozentualer Anteil einer ganzen Rente), dividiert durch die Summe der beiden Einzelrenten.

$$\frac{\text{Rente Mann} \times 150\% \text{ der Maximalrente}}{\text{Rente Mann} + \text{Rente Frau}}$$

$$\frac{\text{Rente Frau} \times 150\% \text{ der Maximalrente}}{\text{Rente Frau} + \text{Rente Mann}}$$

- 5522 Die solchermassen ermittelten Beträge der Einzelrenten sind nach den allgemeinen Rundungsregeln entweder auf den nächsten Franken auf- oder abzurunden ([Art. 35 Abs. 3 AHVG](#)).

5.13.5 Bei unvollständiger Beitragsdauer

- 5523 Ist die Beitragsdauer eines oder beider Ehegatten unvollständig, so ist der Höchstbetrag wie folgt zu ermitteln:
- 5524 Die Rentenskala des Ehegatten mit der höheren Rentenskala wird mit 2 multipliziert. Dieses Ergebnis ist mit der Rentenskala des Ehegatten mit der niedrigeren Rentenskala zu addieren und das Resultat durch 3 zu dividieren und auf die nächste Skala aufzurunden.

Beispiel:

Ehemann	Skala 35
Ehefrau	Skala 28

$$\frac{35 \times 2 + 28}{3} = \text{Skala 33 (gewichtete Rentenskala)}$$

- 5525 Die gewichtete Rentenskala bzw. die entsprechende Plafonierungsgrösse kann auch direkt den Rententabellen entnommen werden.
- 5526 150 Prozent des Höchstbetrages der solchermassen ermittelten Rentenskala bildet die Plafonierungsgrösse für die beiden Einzelrenten. Massgebend sind dabei die gerundeten Beträge gemäss Rententabellen.
- 5527 In einem zweiten Schritt sind nun die plafonierten Beträge der beiden Einzelrenten nach der Formel von Rz 5520 ff. zu ermitteln. Der Höchstbetrag entspricht der vorher ermittelten Plafonierungsgrösse.
- 5528 Die Plafonierungsbestimmungen von Rz 5523 ff. gelten sinngemäss, wenn die niedrige Teilrente des einen Ehegatten abgefunden wurde.

5.13.6 Plafonierung bei Invalidenrenten

- 5529
1/22 Beziehen die Ehegatten Renten mit unterschiedlichen prozentualen Anteilen einer ganzen Rente und entspricht die Summe der beiden Renten höchstens 150 Prozent der anteilmässig höheren Rente, so wird nicht plafoniert (Art. 32 Abs. 2 IVV). Dies trifft auch zu, wenn der eine Ehegatte eine Altersrente bezieht und der andere Ehegatte zu weniger als 50 Prozent invalid ist. Keine Plafonierung ist vorzunehmen, wenn die Kombinationen der prozentualen Anteile einer ganzen Rente der beiden Ehegatten dem folgenden Schema entsprechen:

Ehegatte A		Ehegatte B	
Prozentualer Anteil	Invaliditätsgrad	Prozentualer Anteil	Invaliditätsgrad
100 %	70–100 %	≤ 50 %	≤ 50 %
69 % bis 65 %	69 % bis 65 %	≤ 32,5 %	≤ 43 %
64 % bis 60 %	64 % bis 60 %	≤ 30 %	≤ 42 %
59 % bis 55 %	59 % bis 55 %	≤ 27,5 %	≤ 41 %
54 % bis 50 %	54 % bis 50 %	25 %	40 %

5530
1/22

Haben hingegen beide Ehegatten Anspruch auf denselben prozentualen Anteil einer ganzen Rente oder auf unterschiedliche prozentuale Anteile einer ganzen Rente, deren Summe mehr als 150 Prozent des höheren prozentualen Anteils einer ganzen Rente ergibt, ist eine Plafonierung nach den allgemeinen Regeln vorzunehmen. Die Renten werden somit plafoniert, wenn die Kombinationen der prozentualen Anteile einer ganzen Rente der beiden Ehegatten dem folgenden Schema entsprechen:

Ehegatte A		Ehegatte B	
Prozentualer Anteil	Invaliditätsgrad	Prozentualer Anteil	Invaliditätsgrad
100 %	70–100 %	> 50 %	> 50 %
69 % bis 65 %	69 % bis 65 %	> 32,5 %	> 43 %
64 % bis 60 %	64 % bis 60 %	> 30 %	> 42 %
59 % bis 55 %	59 % bis 55 %	> 27,5 %	> 41 %
54 % bis 25 %	54 % bis 40 %	> 25 %	> 40 %

- 5530.1
1/22 Bezieht ein Ehegatte eine Invalidenrente nach bisherigem Recht und der andere Ehegatte eine Invalidenrente nach dem stufenlosen Rentensystem, so richtet sich die Plafonierung in Abweichung von Art. 32 Abs. 2 IVV nach dem Anspruch des Ehegatten, der die IV-Rente mit dem höheren prozentualen Anteil einer ganzen Invalidenrente aufweist (Bst. c der Übergangsbestimmungen der Änderungen der WE IV der IVV, ÜB WE IV Rz 5002)

5.13.7 Plafonierung der Kinder- und Waisenrenten

- 5531 Sind für das gleiche Kind die Voraussetzungen für zwei Kinderrenten, zwei Waisenrenten bzw. eine Waisenrente und eine Kinderrente erfüllt, so beträgt die Summe der beiden Einzelrenten höchstens 60 Prozent der Maximalrente ([Art. 37^{bis} AHVG](#)). Übersteigt die Summe beider Einzelrenten den für sie massgebenden Höchstbetrag, so werden sie im Verhältnis zum Maximalbetrag bei Vollrenten gekürzt ([Art. 35^{ter} AHVG](#)). In Abweichung dazu werden Kinderrenten für Kinder von Geburts-, Kindheits- oder Frühinvaliden nicht unter die in [Art. 37 Abs. 2 IVG](#) festgelegten Mindestbeträgen plafoniert (Rz 5513).
- 5532 Für gemeinsame Kinder ist bei Kinder- und Waisenrenten die Plafonierung immer gesondert zu prüfen und zwar unabhängig davon, ob die Einzelrenten der Eltern plafoniert wurden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn der gemeinsame Haushalt der Eltern richterlich aufgehoben oder die Ehe der Eltern aufgelöst wurde (Scheidung oder Tod). Ebenso ist eine Plafonierung der Kinder- und Waisenrente zu prüfen, wenn die Eltern nie miteinander verheiratet waren.
- 5533 Der für die Kinder- und Waisenrenten massgebende Plafond ergibt sich aus den Berechnungsgrundlagen der Eltern. Die Bestimmungen über die Plafonierung der Hauptrenten finden bei den Kinder- und Waisenrenten sinngemäss Anwendung ([Art. 37^{bis} AHVG](#)).

- 5534 Die Prüfung des Plafonds bei Kinder- und Waisenrenten ist in jedem Fall vor einer Kürzung wegen Überversicherung bzw. bei aufgeschobenen Altersrenten vor der Anrechnung des Aufschubzuschlages vorzunehmen.
- 5535 Hinsichtlich des Zeitpunkts der Plafonierung der Kinder- und Waisenrenten gelten die Bestimmungen von Rz 5514 f. sinngemäss.

5.14 Die Berechnungsgrundlagen und die Berechnung der Renten im Einzelnen

5.14.1 Alters- und Invalidenrenten

5.14.1.1 Allgemeine Regel

- 5601 Massgebend für die Berechnung der Rente sind die anrechenbaren vollen Beitragsjahre der rentenberechtigten Person selbst im Verhältnis zu denjenigen ihres Jahrganges sowie deren massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen. Die Beitragsdauer wird gemäss Rz 5020 ff. und das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen gemäss Rz 5507 ermittelt.

5601.1 aufgehoben
1/19

- 5602 Bestand zu einem früheren Zeitpunkt Anspruch auf eine Invalidenrente, so werden die während den Kalenderjahren des Bezuges zurückgelegten Beitragszeiten und die entsprechenden Einkommen bzw. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften bei der Ermittlung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens nicht berücksichtigt, wenn dies zu einem günstigeren Ergebnis führt.

5.14.1.2 Regel bei verheirateten Personen

- 5603 Ist der eine Ehegatte rentenberechtigt und wird der andere Ehegatte ebenfalls rentenberechtigt, so wird für beide Ehegatten eine (Neu)berechnung nach den allgemeinen Regeln vorgenommen.

- 5604
1/16 Dabei ist zu beachten, dass die Einzelrente des erstrentenberechtigten Ehegatten nach den Berechnungsvorschriften festgesetzt wird, wie sie im Zeitpunkt des Eintritts des 1. Versicherungsfalls gültig waren.
- 5605 Die beim erstrentenberechtigten Ehegatten neu festgesetzte Rente wird allenfalls noch nach den Bestimmungen über die seitherigen Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls beim zweitrentenberechtigten Ehegatten nachgeführt.

5.14.1.3 Regel bei verwitweten Personen

- 5606 Die Alters- oder Invalidenrente von verwitweten Personen wird nach den allgemeinen Regeln festgesetzt, d.h. auf den ungeteilten Erwerbseinkommen und Gutschriften vor der Ehe bzw. nach der Verwitwung und den geteilten Erwerbseinkommen und Gutschriften während der Ehe (bei Invalidenrenten ist der Durchschnitt aus den Erwerbseinkommen unter Umständen um den Karrierezuschlag zu erhöhen).
- 5607
1/18 aufgehoben
- 5608
1/18 Mit der Wiederheirat einer verwitweten Person erlischt der Anspruch auf die bis zum 31. Dezember 2017 anrechenbaren Übergangsgutschriften nicht, d.h. die schon angerechneten Übergangsgutschriften bleiben weiterhin Bestandteil der Rentenberechnung.
- 5609–
5615
1/18 aufgehoben

- 5616 Verwitwete Personen erhalten zu ihrer Alters- oder IV-Rente einen Verwitwetenzuschlag in der Höhe von 20 Prozent ([Art. 35^{bis} AHVG](#)). Der Verwitwetenzuschlag wird auch dann ausgerichtet, wenn die Voraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente nicht erfüllt werden. Rente und Verwitwetenzuschlag dürfen jedoch den Betrag der Maximalrente der entsprechenden Rentenskala nicht übersteigen.
- 5617 Massgebend zur Gewährung des Verwitwetenzuschlages ist der Zivilstand der leistungsansprechenden Person. Geschiedene Personen erhalten somit keinen Verwitwetenzuschlag zu ihrer IV- oder Altersrente.
- 5618 Hatte der überlebende Ehegatte seine Altersrente aufgeschoben, so ist zu dem ermittelten Rentenbetrag (inkl. Verwitwetenzuschlag) zusätzlich der Betrag des Aufschubzuschlags hinzuzurechnen.
- 5619 Hat dagegen der überlebende Ehegatte seine Altersrente vorbezogen, so ist die Vorbezugskürzung von dem ermittelten Rentenbetrag (inkl. Verwitwetenzuschlag) in Abzug zu bringen.
- 5620 Erfüllt eine Person *gleichzeitig* die Voraussetzungen für eine Alters- oder Invalidenrente sowie die Voraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente kommt die höhere der beiden Renten zur Ausrichtung ([Art. 24b AHVG](#)). Auf die allenfalls höhere Witwen- oder Witwerrente besteht aber nur in jenen Fällen bzw. solange Anspruch, als dass der überlebende Ehegatte die Anspruchsvoraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente erfüllt.
- 5621 Dabei ist die Hinterlassenenrente auf den Berechnungsgrundlagen des verstorbenen Ehegatten nach den allgemeinen Regeln zu ermitteln ([Art. 33 Abs. 1 AHVG](#)). Wurden die Erwerbseinkommen für die Zeit der gemeinsamen Ehe schon geteilt, weil der andere Ehegatte ebenfalls rentenberechtigt war, so ist die Einkommensteilung zur Berechnung der Hinterlassenenrente rückgängig zu machen. Die Einkommensteilung ist hingegen nicht rückgängig zu machen bzw. muss allenfalls noch nachgeholt werden,

wenn die verstorbene Person geschieden ist oder war. Die Bestimmungen über das Splitting bei Scheidung gehen in diesen Fällen vor.

- 5622
1/09 Hatte der verstorbene Ehegatte seine Altersrente aufgeschoben, so ist auf der Hinterlassenenrente der Aufschubzuschlag auszurichten (vgl. Rz 6344).
- 5623
1/13 Hatte der verstorbene Ehegatte dagegen seine Altersrente vorbezogen, so ist von der Hinterlassenenrente die Vorbezugskürzung in Abzug zu bringen (vgl. Rz 6214).
- 5624 Dieses Vorgehen gilt sowohl für Fälle, in denen eine verwitwete Person invalid oder altersrentenberechtigt wird, als auch eine invalide oder altersrentenberechtigte Person verwitwet. Die Berechnung einer Witwen- oder Witwerrente muss nicht durchgeführt werden, wenn die Alters- oder Invalidenrente unter Berücksichtigung des Verwitwetenzuschlags höher ist als der Maximalbetrag der Witwen- oder Witwerrente bzw. die Hinterlassenenrente offensichtlich tiefer ist als die Alters- oder Invalidenrente.

5.14.1.4 Regel bei geschiedenen Personen

- 5625 Die Alters- oder IV-Rente von geschiedenen Personen wird nach den allgemeinen Regeln festgesetzt, d.h. auf den ungeteilten Erwerbseinkommen und Gutschriften vor der Ehe bzw. nach der Scheidung und den geteilten Erwerbseinkommen und Gutschriften während der Ehe.
- 5626 Bei der Berechnung der Alters- und IV-Renten von geschiedenen Personen, die vor dem 1. Januar 1953 geboren sind, wird eine Übergangsgutschrift angerechnet, wenn ihnen nicht während mindestens 16 Jahren Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften angerechnet werden konnten ([Bst. c Abs. 2 der Übergangsbestimmungen zur 10. AHV-Revision](#)). Diese Bestimmung findet sowohl Anwendung für Fälle, in denen eine geschiedene Person den Anspruch auf

eine Alters- oder IV-Rente erwirbt, als auch für jene, in denen eine schon leistungsberechtigte Person geschieden wird.

5627
1/18 Mit der Wiederheirat einer geschiedenen Person erlischt der Anspruch auf die bis zum 31. Dezember 2017 anrechenbaren Übergangsgutschrift nicht, d.h. die schon angerechneten Übergangsgutschriften bleiben weiterhin Bestandteil der Rentenberechnung.

5628
1/18 aufgehoben

5.14.1.5 Ausnahme bei Invalidenrenten

5629
1/22 Ändert infolge einer Änderung im Invaliditätsgrad auch die Höhe des Rentenanspruchs (ganze Rente, prozentualer Anteil einer ganzen Rente), so bleiben für die neue Rente die gleichen Berechnungsgrundlagen (Rentenskala und massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen) massgebend wie für die bisherige Rente. Ist der andere Ehegatte ebenfalls Rentenbezüger, so ist der Plafond neu zu prüfen ([BGE 147 V 133](#)).

5630 Die gleichen Berechnungsgrundlagen bleiben ferner massgebend wenn

5631 – einer Person, welche eine Invalidenrente bezog, nach Eingliederungsmassnahmen gemäss [Art. 8 IVG](#) die Rente wegen ausgebliebenem oder nur teilweisem Eingliederungserfolg erneut ausgerichtet wird, ohne dass ein neuer Versicherungsfall eintritt;

5632 – eine Invalidenrente, die wegen Verminderung des Invaliditätsgrades aufgehoben wurde, erneut zugesprochen wird, weil die auf dasselbe Leiden zurückzuführende Arbeitsunfähigkeit innert drei Jahren erneut ein rentenbegründendes Ausmass annimmt ([Art. 29^{bis} IVV](#)) und dies für die rentenberechtigte Person günstiger ist als die Neufestsetzung der Rente nach den allgemeinen Regeln ([Art. 32^{bis} IVV](#), vgl. Rz 5322);

5632.1 – eine Person, deren IV-Rente aufgrund von erfolgreich
1/12 durchgeführten Eingliederungsmassnahmen und/oder ei-
ner aufgenommenen Erwerbstätigkeit aufgehoben
wurde, innert drei Jahren seit Herabsetzung oder Aufhe-
bung der Rente aufgrund einer eingetretenen Arbeitsun-
fähigkeit Anspruch auf eine Übergangsleistung hat.

5633 – die während des Vollzuges einer Freiheitsstrafe oder
Massnahme sistierte Invalidenrente nach der Entlassung
wieder ausgerichtet wird.

5634 In allen anderen Fällen, in denen eine Invalidenrente auf-
grund eines neuen Versicherungsfalls erneut zugespro-
chen wird, nachdem schon früher einmal während be-
grenzter Zeit ein Rentenanspruch bestanden hat, ist diese
nach den im Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs gel-
tenden Berechnungsvorschriften neu festzusetzen.

1/08 **5.14.2 Zusatzrente der AHV und Kinderrenten der
AHV/IV**

5635 Massgebend für die Berechnung der Zusatzrente für den
Ehegatten und der Kinderrenten sind die Berechnungs-
grundlagen für diejenige Rente, zu welcher sie gewährt
werden ([Art. 38 Abs. 1 IVG](#) und [Art. 35^{ter} AHVG](#)). Die Zu-
satz- und Kinderrenten der IV richten sich in jedem Fall
nach dem Bruchteil der Hauptrente.

5636 Die Kinderrenten bzw. die Zusatzrente für den geschiede-
nen Ehegatten werden stets ohne Verwitwetenzuschlag
ausgerichtet.

5.14.3 Hinterlassenenrente

5.14.3.1 Allgemeine Regel

- 5637 Massgebend für die Berechnung der Hinterlassenenrente sind die anrechenbaren vollen Beitragsjahre der verstorbenen Person im Verhältnis zu denjenigen ihres Jahrganges sowie deren massgebendes durchschnittliches Jahreseinkommen. Die Beitragsdauer wird gemäss Rz 5020 ff., der Durchschnitt aus Erwerbseinkommen gemäss Rz 5201 ff. und 5401 ff., der Durchschnitt aus Erziehungsgutschriften gemäss Rz 5407 ff. und der Durchschnitt aus Betreuungsgutschriften gemäss Rz 5501 ff. ermittelt.
- 5638 War die verstorbene Person geschieden, so wird für die Berechnung der Hinterlassenenrenten auf die geteilten Erwerbseinkommen aus den geschiedenen bzw. den ungeteilten Einkommen aus der bestehenden Ehe abgestellt. Bei der Berechnung der Hinterlassenenrente muss die Einkommensteilung u.U. noch nachgeholt werden. Dies gilt auch für Ehen, die vor dem 31. Dezember 1996 aufgelöst wurden. Die allgemeinen Bestimmungen über das Splitting bei Scheidung gehen in diesen Fällen vor.
- 5639
1/20 Bestand zu einem früheren Zeitpunkt Anspruch auf eine Invalidenrente, so werden die während den Kalenderjahren des Bezuges der Invalidenrente zurückgelegten Beitragszeiten und die entsprechenden Einkommen bzw. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften bei der Ermittlung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens nicht berücksichtigt, wenn dies zu einem günstigeren Ergebnis führt ([Art. 30^{bis} AHVG](#) und [Art. 51 Abs. 3 AHVV](#)).

5.14.3.2 Wiederaufleben der Witwen- und Witwerrente

- 5640 Die wiederauflebende Witwen- bzw. Witwerrente wird aufgrund derselben Berechnungsgrundlagen festgesetzt, wie sie anlässlich der für die Wiederverheiratung erloschenen Rente massgebend waren. Dabei sind die seinerzeit ermit-

telten Berechnungsgrundlagen aufgrund der seit der Verwitwung eingetretenen Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt des Anspruchsbeginns nachzuführen.

5.14.3.3 Zusammentreffen von Waisen- und Kinderrenten

- 5641 Sind für das gleiche Kind sowohl die Voraussetzungen für eine Waisenrente als auch für eine Kinderrente erfüllt, so beträgt die Summe der beiden Renten höchstens 60 Prozent der maximalen Altersrente ([Art. 37^{bis} AHVG](#)).
- 5642 Ist ausnahmsweise die Alters- oder Invalidenrente des überlebenden Elternteils kleiner als die Witwen- oder Witwerrente, so gelangt letztere zur Ausrichtung. In solchen Fällen ist für die Waise sowohl eine Waisenrente als auch eine Kinderrente auszurichten.
- 5643 Die Waisenrente berechnet sich dabei nach der Beitragsdauer und den ungeteilten Erwerbseinkommen sowie den anrechenbaren Erziehungs- oder Betreuungsgutschriften des verstorbenen Elternteils.
- 5644
1/18 Die Kinderrente dagegen berechnet sich nach der Beitragsdauer des überlebenden Ehegatten und nach dessen ungeteilten bzw. während den Ehezeiten geteilten Erwerbseinkommen sowie den anrechenbaren Erziehungs- und Betreuungsgutschriften. Dabei ist zu beachten, dass die Kinderrente solange als ganze Rente ausgerichtet wird, als dass der überlebende Elternteil selbst Anspruch auf eine ganze IV-Rente hat oder hätte. Auf der Kinderrente wird indessen kein Verwitwetenzuschlag ausgerichtet.

5.14.3.4 Waisenrenten, beim Tode beider Eltern

- 5645 Sind die Eltern gestorben, so sind für die Berechnung der beiden Waisenrenten die Beitragsdauer jedes Elternteils und die nach den allgemeinen Grundsätzen ([Art. 29^{quater} ff. AHVG](#)) ermittelten durchschnittlichen Jahreseinkommen

der verstorbenen Eltern massgebend ([Art. 33 Abs. 2 AHVG](#)).

- 5646 Die Erwerbseinkommen werden dabei während der Dauer der Ehe zwischen den verstorbenen Eltern nach den allgemeinen Bestimmungen geteilt.

5.14.3.5 Findelkinder

- 5647 Findelkinder erhalten stets eine Waisenrente in der Höhe von 60 Prozent der maximalen Altersrente ([Art. 37 Abs. 3 AHVG](#)).

5.14.4 Ablösung von IV- durch AHV-Renten

5.14.4.1 Im Allgemeinen

- 5648 Wird eine IV-Rente durch eine AHV-Rente abgelöst, so ist für die Berechnung der AHV-Rente grundsätzlich auf die für die bisherige IV-Rente massgebende Berechnungsgrundlage, d.h. sowohl auf die Rentenskala als auch auf das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen der bisherigen Invalidenrente abzustellen, falls dies für die berechnete Person vorteilhafter ist.
- 5649
1/15 Belief sich eine ordentliche Invalidenrente gemäss [Art. 37 Abs. 2 IVG](#) wegen Frühinvalidität auf mindestens 133 1/3 Prozent des Mindestansatzes, so gilt dies auch für die Alters- oder Hinterlassenenrente, die anhand der für die Invalidenrente massgebenden Berechnungsgrundlagen festgesetzt wird.
- 5650 Belief sich eine ausserordentliche Invalidenrente gemäss [Art. 40 Abs. 3 IVG](#) wegen Geburts- oder Kindheitsinvalidität auf 133 1/3 Prozent des Mindestansatzes der ordentlichen Rente, so gilt das auch für die sie ablösende Alters- oder Hinterlassenenrente, falls die Beitragsdauer vollständig ist ([Art. 33^{bis} Abs. 3 AHVG](#)).

5.14.4.2 Ablösungsfälle

- 5651
1/17 Eine Ablösung der IV-Rente durch eine AHV-Rente im Sinne von [Art. 33^{bis} AHVG](#) liegt dann vor, wenn eine Altersrente infolge Erreichens des Rentenalters oder eine Hinterlassenenrente infolge Ablebens der invaliden Person an die Stelle einer IV-Rente tritt.
- 5652 Keine Ablösung im Sinne von [Art. 33^{bis} AHVG](#) liegt dagegen vor, wenn die IV-Rente nicht unmittelbar vor der Entstehung des Anspruchs auf eine AHV-Rente beansprucht werden konnte.
- 5653 Ist somit die IV-Rente lediglich während einer weiter zurückliegenden, begrenzten Zeit bezogen worden, so können die für die seinerzeitige IV-Rente massgebenden Berechnungsgrundlagen nicht berücksichtigt werden. Vorbehalten bleibt das Wiederaufleben der Invalidität ([Art. 32^{bis} IVV](#)).
- 5654
1/10 aufgehoben

5.14.4.3 Massgebende Berechnungsgrundlage

5.14.4.3.1 Regel

- 5655 In den Ablösungsfällen ist in der Regel auf die für die bisherige IV-Rente massgebende Berechnungsgrundlage abzustellen. Demzufolge ist in solchen Fällen die gleiche Rentenskala wie für die IV-Rente anzuwenden. Ferner ist das für die IV-Rente massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen einschliesslich Karrierezuschlag der AHV-Rente zugrunde zu legen. Verwitwete Personen erhalten zudem auf dem ermittelten Rentenbetrag einen Verwitwetenzuschlag (nur Hauptrente). Kein Verwitwetenzuschlag wird dagegen auf den Witwen- oder Witwerrente ausgerichtet, welche anstelle der IV-Rente gewährt werden.

5.14.4.3.2 Vergleichsrechnung

- 5656 Wird eine Vergleichsrechnung angestellt, so ist die zum Vergleich heranzuziehende AHV-Rente nach den allgemein gültigen Regeln zu bestimmen.
- 5657 Die AHV-Rente wird gemäss den im Zeitpunkt der Entstehung des Rentenanspruchs geltenden Berechnungsgrundlagen ermittelt. Ein Karrierezuschlag zum massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen wird bei dieser Berechnung nicht gewährt, auch wenn ein solcher bei der Berechnung der bisherigen Invalidenrente zu berücksichtigen war. Bei verwitweten Personen ist hingegen der Verwitwenzuschlag zu berücksichtigen.

5.14.5 Ermittlung des Rentenbetrages in Sonderfällen

5.14.5.1 Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung

5.14.5.1.1 Im Allgemeinen

- 5658
1/08 Kinderrenten sind zu kürzen, soweit sie zusammen mit der Rente des Vaters oder derjenigen der Mutter 90 Prozent des für diese Rente jeweils massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens übersteigen. Sie dürfen nicht unter den in [Art. 54^{bis} Abs. 2 AHVV](#) festgelegten Grenzbetrag gekürzt werden.
- 5659 Für die Kürzung von Waisenrenten gelten die Bestimmungen über die Kinderrenten sinngemäss. Zu beachten ist allerdings, dass eine Kürzung bei Waisenrenten auch in Betracht fallen kann, wenn nur an die Kinder Waisenrenten ausgerichtet werden.
- 5660 Die Überversicherung ist auch dann zu prüfen, wenn bei einer Rentnerfamilie eine Kinderrente wegfällt oder hinzutritt, oder eine Mutation mit Veränderung der Berechnungsgrundlage eintritt.

- 5660.1.1/08 Massgebend für die Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung sind bei Mutationen jeweils die gesetzlichen Bestimmungen im Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls (Invalidität, Alter, Tod). Ab dem Inkrafttreten der 5. IV-Revision per 1. Januar 2008 werden die Kinder- und Waisenrenten demnach wie folgt gekürzt:
- a) Altrenten, die nach den bis 31.12.1996 geltenden Bestimmungen berechnet worden sind (Eintritt des Versicherungsfalls vor 1997). Diese sind in den Rententabellen enthalten.
 - b) Altrenten, die nach den Bestimmungen der 10. AHV-Revision bis zum Inkrafttreten der 5. IV-Revision berechnet worden sind (Eintritt des Versicherungsfalls zwischen 1.1.1997 und 31.12.2007).
 - c) Neurenten (IV und AHV), die nach den Bestimmungen ab dem Inkrafttreten der 5. IV-Revision berechnet werden (Eintritt des Versicherungsfalls ab 1.1.2008).
- 5661 Zu einer Rentnerfamilie zählen alle rentenberechtigten Angehörigen, für welche eine Zusatz- oder Kinderrente beansprucht werden kann (also Vater und Kinder; Mutter und Kinder; Mutter, Vater und Kinder; Vater, Mutter und Kinder etc.).
- 5662 Wird sowohl für den verheirateten, als auch für den geschiedenen Ehegatten eine Zusatzrente gewährt, ist diese in die gleiche Überversicherungsberechnung einzubeziehen, d.h. es wird nur eine Rentnerfamilie gebildet.
- 5663 Unterschiedliche Rentnerfamilien sind dagegen zu bilden, wenn Hinterlassenenrenten für Hinterbliebene aus verschiedenen Ehen im gleichen Todesfall beansprucht werden. In diesen Fällen ist eine gesonderte Überversicherungsprüfung vorzunehmen. Zur Rentnerfamilie zählen dabei jeweils nur die Hinterlassenenrenten der entsprechenden Familie (z.B. 1. Familie: Witwe und Waisen aus erster Ehe; 2. Familie: Witwe und Waisen aus zweiter Ehe oder nur Waisen aus zweiter Ehe).

- 5664 Für Fälle, in denen der verwitwete Elternteil sowohl die Anspruchsvoraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente als auch für eine Alters- oder IV-Rente erfüllt, ist für die Prüfung der Überversicherung wie folgt vorzugehen.
- 5665 – Hat beispielsweise der überlebende Elternteil Anspruch auf die höhere Alters- oder IV-Rente, so ist in einem ersten Schritt die Prüfung der Überversicherung auf dieser Einzelrente und der zur Ausrichtung gelangenden Anzahl Kinderrenten vorzunehmen.
- 5666 – In einem zweiten Schritt ist sodann die Prüfung der Überversicherung auf der hypothetischen Witwen- oder Witwerrente und der zur Ausrichtung gelangenden Anzahl Waisenrenten vorzunehmen.
- 5667 Für die Prüfung der Überversicherung und die Ermittlung des gekürzten Rentenbetrages sind stets sämtliche Kinder- und Zusatzrenten zu berücksichtigen, die zur entsprechenden (allenfalls hypothetischen) Einzelrente ausgerichtet werden.
- 5668 Hat beispielsweise eine altersrentenberechtigte Person Anspruch auf eine Zusatzrente für den Ehegatten, auf drei Kinderrenten für die Kinder aus der bestehenden Ehe sowie auf zwei Kinderrenten aus einer früheren Ehe, so sind sämtliche Kinderrenten in die gleiche Überversicherungsberechnung einzubeziehen.
- 1/08
- 5669 Eine Prüfung der Überversicherung bei den Kinderrenten kann indessen erst vorgenommen werden, nachdem diese einer Plafonierungsprüfung im Sinne von [Art. 35^{ter} AHVG](#) unterzogen wurden.
- 5670 In Frühinvaliditätsfällen dürfen die Kinderrenten (sowie auch die sie ablösenden Waisenrenten) nicht unter die Mindestbeträge gemäss [Art. 37 Abs. 2 IVG](#) gekürzt werden.

5.14.5.1.2 Ermittlung des gekürzten Rentenbetrages

- 5671
1/08 Für die Ermittlung der gekürzten Kinderrenten ist wie folgt vorzugehen. In einem ersten Schritt ist die Kürzungsgrenze zu bestimmen, welche die jährliche Gesamrente der Rentnerfamilie nicht übersteigen darf. Als Kürzungsgrenze gilt dabei 90 Prozent des jeweils massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens oder der gemäss [Art. 54^{bis} Abs. 2 AHVV](#) festgelegte Grenzbetrag. Zur Anwendung gelangt der höhere der beiden Beträge.
- 5672
1/22 Wird lediglich ein prozentualer Anteil einer ganzen Rente ausgerichtet, so ist die Kürzungsgrenze mit dem entsprechenden Rentenanteil zu vervielfachen (vgl. Rz 5001 ff. KSÜB WE IV).
- 5673 Handelt es sich um Teilrenten, so ist die ermittelte Kürzungsgrenze mit dem entsprechenden Teilrentenfaktor zu multiplizieren.
- 5674 In einem zweiten Schritt werden die einzelnen (plafonierten) Jahresrentenbeträge der Rentnerfamilie zusammengerechnet und der ermittelten Kürzungsgrenze gegenübergestellt. Die Rentensumme, welche die Kürzungsgrenze übersteigt, ergibt den jährlichen Kürzungsbetrag.
- 5675 Der Kürzungsbetrag ist bei jeder einzelnen Kinderrente im Verhältnis ihres Anteils an der Summe der Kinderrenten in Abzug zu bringen. Dabei gilt folgende Formel:

$$\frac{\text{Jährlicher Kürzungsbetrag} \times \text{ungekürzte (plafonierte) Kinderrente}}{\text{Jährliche Summe sämtlicher ungekürzter (plafonierten) Kinderrenten}}$$

5.14.5.2 Erhöhter Mindestbetrag der ordentlichen Renten von Frühinvaliden

5.14.5.3 Kürzung der Invalidenrente

5679
1/15 Falls die versicherte Person den Pflichten und zumutbaren Massnahmen nach [Art. 7 IVG](#) und [Art. 43 Abs. 2 ATSG](#) nicht nachgekommen ist, so wird die Invalidenrente gekürzt. Die IV-Stelle bestimmt das Ausmass der Kürzung. Der verbleibende Monatsbetrag wird auf- oder abgerundet ([Art. 53 Abs. 2 AHVV](#)).

5.15 Die Berechnung von mutierten Renten

5.15.1 Grundsatz

- 5701 Der Betrag einer mutierten Rente mit Änderung der Berechnungsgrundlagen wird stets anhand der im Zeitpunkt der erstmaligen Rentenberechnung geltenden Berechnungsvorschriften und Rententabellen bestimmt ([Art. 31 AHVG](#)). Je nach Art der Mutation ist der Betrag der Rente nach unterschiedlichen Regeln zu ermitteln.
- 5702 Bei einem Zivilstandswechsel zweier rentenberechtigter Personen tritt in der Regel keine Änderung in den Berechnungsgrundlagen ein. Dies trifft namentlich zu bei der
- 5703 – Heirat oder Wiederheirat von rentenberechtigten Personen;
- 5704 – Scheidung von rentenberechtigten Ehegatten;
- 5705 – Verwitwung, wenn vorher beide Ehegatten rentenberechtigt waren.
- 5706
1/08 Sind bei einem Zivilstandswechsel (Scheidung oder Tod) nicht beide Ehegatten rentenberechtigt, so ist in der Regel eine Neuberechnung der Rente vorzunehmen (vgl. Rz 5717 ff.).

5.15.2 Verheiratete Personen bei Eintritt des 2. Versicherungsfalls

- 5707 Wird der andere Ehegatte ebenfalls rentenberechtigt, so muss die Rente des erstrentenberechtigten Ehegatten in der Regel neu berechnet werden. Die Neuberechnung dieser Rente wird auf den Zeitpunkt des ersten Versicherungsfalls vorgenommen. Dabei sind für den erstrentenberechtigten Ehegatten dieselben Vergleichsrechnungen – nunmehr unter Einbezug der geteilten Einkommen – vorzunehmen, die für die Festsetzung der bisherigen Rente massgebend waren.
- 5708 Die für die erstmalige Rentenfestsetzung ermittelte Rentenskala bleibt auch für die neue Rente massgebend. Die Erwerbseinkommen werden indessen für Zeiten der gemeinsamen Ehe bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls beim erstrentenberechtigten Ehegatten geteilt. Das durchschnittliche Jahreseinkommen wird nun anhand der im Zeitpunkt des ersten Versicherungsfalls massgebenden Regeln und Tabellen neu ermittelt. Schliesslich wird dieses nach den Bestimmungen über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt der Mutation nachgeführt (sog. „Rentenaufbau“).
- 5709 Für die beiden neu ermittelten Renten ist der Plafond nach den allgemeinen Regeln zu prüfen ([Art. 35 AHVG](#)).
- 5710 Eine Neuberechnung für den erstrentenberechtigten Ehegatten ist indessen bei Eintritt des Versicherungsfalls beim anderen Ehegatten nicht vorzunehmen, wenn für die Ehezeiten keine Erwerbseinkommen zu teilen sind.

5.15.2.1 Der erstrentenberechtigte Ehegatte war vor dem Anspruch auf die Altersrente invalid

- 5711
1/21 War der erstrentenberechtigte Ehegatte vor dem Anspruch auf seine Altersrente in rentenbegründendem Ausmass invalid, so sind beim Eintritt des zweiten Versicherungsfalls unter Berücksichtigung der geteilten Einkommen dieselben

Vergleichsrechnungen zu machen wie bei der Ablösung der IV-Rente durch die Altersrente. Handelt es sich bei der abgelösten IV-Rente um ein Wiederaufleben der Invalidität und wurde bereits eine Vergleichsrechnung vorgenommen, ist dieselbe Vergleichsrechnung - unter Einbezug der geteilten Einkommen - vorzunehmen. Ausgerichtet wird die Rente, welche für das Ehepaar im Gesamtbetrag (inkl. Rente des anderen Ehegatten und allfälligen Kinderrenten) günstiger ist.

- 5712 Sind die Renten eines Ehepaares auf 150 Prozent des Höchstbetrages der maximalen Altersrente zu plafonieren, so ist hingegen vom individuell günstigeren Betrag eines jeden Ehegatten auszugehen.
- 5713 Für ungetrennte Ehepaare sind die beiden *plafonierten* Totale der beiden Altersrenten miteinander zu vergleichen.
- 5714 Für richterlich getrennte Ehepaare sind die beiden *unplafonierten* Totale der beiden Altersrenten miteinander zu vergleichen.
- 5715 Die einmal gewählte Berechnungsgrundlage bleibt auch bei späteren Mutationen unverändert bestehen (ZAK 1982 S. 253 und 1986 S. 226).

5.15.3 Infolge Wiederverheiratung

- 5716 Bei der Heirat zweier rentenberechtigter Personen behält jeder der Ehegatten die bisherigen Berechnungsgrundlagen seiner Rente bei. Wurde auf der bzw. den bisherigen Renten der Ehegatten ein Verwitwenzuschlag ausgerichtet, so entfällt dieser ab dem der Heirat folgenden Monat. Ab diesem Zeitpunkt ist nach den allgemeinen Regeln für die beiden Renten der Plafond zu prüfen ([Art. 35 AHVG](#)).

5.15.4 Infolge Scheidung

- 5717
1/18 Wird die Ehe zweier rentenberechtigter Personen geschieden, so sind die bereits ermittelten Beträge der beiden Renten zu entplafonieren⁴. War dagegen nur einer der Ehegatten rentenberechtigt, ist für diesen in der Regel eine Neuberechnung vorzunehmen. Die Rente wird indessen nicht neu berechnet, wenn der Rentenanspruch vor der Ehe entstanden ist und somit keine Erwerbseinkommen aus Ehezeiten für die Festsetzung der Rente berücksichtigt worden sind.
- 5718 Muss die Rente aufgrund der Scheidung neu berechnet werden, so veranlasst die rentenzahlende Ausgleichskasse umgehend einen Auszug aus den IK des/der früheren Ehegatten. Bis zum Abschluss des Splitting-Verfahrens zahlt sie die Rente provisorisch auf der Grundlage der gesplitteten Einkommen während der Ehe(n) aus. Diese provisorische Berechnung kann auf der Grundlage des IK-Auszuges und den Angaben im Rentendossier vorgenommen werden. Nach Abschluss des Splitting-Verfahrens ist die Rente gemäss Rz 5719 f. neu festzusetzen.
- 5719 Bei der Neuberechnung bleibt die bisherige Rentenskala auch für die neue Rente massgebend. Die Erwerbseinkommen werden für Zeiten der gemeinsamen Ehe bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls zwischen den Ehegatten geteilt. Das durchschnittliche Jahreseinkommen wird nun anhand der im Zeitpunkt der erstmaligen Rentenberechnung massgebenden Regeln und Tabellen neu ermittelt. Anschliessend wird dieses nach den Bestimmungen über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt der Mutation nachgeführt (sog. „Rentenaufbau“).

⁴ Allenfalls können für vor 1953 geborene geschiedene und verwitwete Personen Übergangsgutschriften gemäss den Übergangsbestimmungen zur 10. AHV-Revision angerechnet werden.

- 5720 Hinsichtlich der Einkommensteilung für Zeiten nach der Entstehung des Anspruchs auf eine Rente gilt ausschliesslich das [KSS](#).

5.15.5 Infolge Tod des einen Ehegatten

- 5721
1/18 Beim Tode des nichtrentenberechtigten Ehegatten wird in der Regel für den rentenberechtigten Ehegatten eine Neuberechnung vorgenommen⁵. Die Neuberechnung dieser Rente wird auf den Zeitpunkt des ersten Versicherungsfalls vorgenommen. Dabei sind für den überlebenden Ehegatten dieselben Vergleichsrechnungen – nunmehr unter Einbezug der geteilten Einkommen – vorzunehmen, die für die Festsetzung der bisherigen Rente massgebend waren. Massgebend ist diejenige Berechnung, welche die höhere monatliche Rente ergibt. Keine Neuberechnung ist indes vorzunehmen, wenn der Rentenanspruch vor der Ehe entstanden ist und somit keine Erwerbseinkommen aus Ehezeiten für die Festsetzung der Rente berücksichtigt worden sind.
- 5722 Bei der Neuberechnung bleibt die bisherige Rentenskala in der Regel auch für die neue Rente des überlebenden Ehegatten massgebend. Die Erwerbseinkommen werden für Zeiten der gemeinsamen Ehe bis zum 31. Dezember vor Eintritt des Versicherungsfalls beim überlebenden Ehegatten geteilt. Das durchschnittliche Jahreseinkommen wird nun anhand der im Zeitpunkt der erstmaligen Rentenberechnung massgebenden Regeln und Tabellen neu ermittelt. Schliesslich wird dieses nach den Bestimmungen über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt der Mutation nachgeführt (sog. „Rentenaufbau“). Auf dem solchermassen neu ermittelten Rentenbetrag ist anschliessend der Verwitwetenzuschlag

⁵ Allenfalls können für vor 1953 geborene geschiedene und verwitwete Personen Übergangsgutschriften gemäss den Übergangsbestimmungen zur 10. AHV-Revision angerechnet werden.

zu gewähren. Rente und Verwitwenzuschlag dürfen dabei zusammen den Betrag der entsprechenden Maximalrente nicht übersteigen.

- 5723
1/18 Waren beim Tode des einen Ehegatten beide Ehegatte rentenberechtigt, so ist die Einzelrente des überlebenden Ehegatten lediglich zu entplafonieren. Auf dem solcher-massen ermittelten Rentenbetrag ist nun der Verwitwenzuschlag bis höchstens zum Betrag der Maximalrente zu gewähren.
- 5724 Sind die Voraussetzungen für eine Witwen- oder Witwerrente erfüllt, so ist zudem eine Hinterlassenenrente gemäss Rz 5637 zu berechnen. Diese Berechnung muss in der Regel nicht gemacht werden, wenn der Betrag der Alters- oder IV-Rente des überlebenden Ehegatten (inklusive Verwitwenzuschlag) über dem Maximalbetrag der Witwen- oder Witwerrente bei Vollrenten liegt. Die Berechnung muss hingegen gemacht werden, wenn noch Waisenrenten zur Ausrichtung gelangen.
- 5725 War der verstorbene Ehegatte altersrentenberechtigt und muss eine Hinterlassenenrente berechnet werden, so ist diese auf den Zeitpunkt des Eintritts des Versicherungsfalls des Alters (bzw. der Invalidität, falls die Altersrente auf den Berechnungsgrundlagen der IV-Rente festgesetzt wurde) und nicht auf jenen des Todes festzusetzen. Anschliessend werden die Berechnungsgrundlagen nach den Bestimmungen über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt des Todes nachgeführt (sog. Rentenaufbau).

5.15.6 Infolge Wegfalls der rentenbegründenden Invalidität beim einen Ehegatten

- 5726 Beim Wegfall der rentenbegründenden Invalidität beim einen Ehegatten ist für den weiterhin rentenberechtigten Ehegatten eine Neuberechnung unter fiktiver Rückgängigmachung der Einkommensteilung vorzunehmen. Die Ren-

tenberechnungsgrundlagen werden somit aufgrund der ungeteilten Einkommen nach den Regeln und Tabellen festgesetzt, die bei Eintritt des Versicherungsfalls des weiterhin rentenberechtigten Ehegatten massgebend waren. Anschliessend werden sie nach den Bestimmungen über die seitherigen AHV- und IV-Revisionen und Rentenanpassungen auf den Zeitpunkt der Mutation nachgeführt (sog. „Rentenaufbau“).

1/22 **5.15.7 Besitzstandregelung für Berechnungsgrundlagen bei Invalidenrenten mit einjähriger Mindestbeitragsdauer (Anspruch vor dem 1. Januar 2008 entstanden)**

1/08 **5.15.7.1 Bei Mutationen**

5727
1/22 Ist der Versicherungsfall vor dem 1. Januar 2008 eingetreten, gilt für sämtliche Mutationen (Eintritt des zweiten Versicherungsfalls, Heirat, Ehescheidung, Trennung und Verwitwung) das bis 31.12.2007 anwendbare Recht. Danach gilt für die Berechnungsgrundlagen für altrechtliche Renten somit eine Besitzstandgarantie (einjährige Mindestbeitragsdauer, Karrierezuschlag, Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung).

1/08 **5.15.7.2 Beim Wiederaufleben der Invalidität**

5728
1/22 Wurde eine Invalidenrente mit Eintritt der Invalidität vor dem 1. Januar 2008 nach Verminderung des Invaliditätsgrades aufgehoben, erreicht dieser jedoch in den folgenden drei Jahren wegen einer auf dasselbe Leiden zurückzuführenden Arbeitsunfähigkeit erneut ein rentenbegründendes Ausmass, so gilt für die Berechnung der Invalidenrente in jedem Fall weiterhin das bis 31.12.2007 anwendbare Recht (einjährige Mindestbeitragsdauer, Karrierezuschlag, Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung).

1/22 **5.15.7.3 Bei Änderung des Invaliditätsgrades**

5729
1/22 Ändert die Rentenhöhe infolge einer Herauf- oder Herabsetzung des Invaliditätsgrades (ganze Rente oder prozentualer Anteil einer ganzen Rente) nach dem Inkrafttreten der WE IV, so gelten weiterhin die Berechnungsgrundlagen gemäss des vor der 5. IV-Revision anwendbaren Rechts (einjährige Mindestbeitragsdauer, Karrierezuschlag, Kürzung der Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung). Dies gilt auch für altrechtliche Invalidenrenten, welche unter Anrechnung von ausländischen Beitragszeiten festgesetzt worden sind.

1/15 **5.16 Übergangsleistung**

5730
1/12 Die IV-Stelle setzt den Anspruch auf eine Übergangsleistung mittels Beschluss fest. Nebst dem Auszahlungsbeginn enthält der Beschluss Angaben über allfällige Institutionen, die Vorschussleistungen erbracht haben.

5730.1
1/22 Die Übergangsleistung wird nach dem Recht festgesetzt, unter welchem die IV-Rente vor der Aufhebung oder Herabsetzung wurde. War der Anspruch auf die IV-Rente vor dem 1. Januar 2022 entstanden, gilt das bis am 31. Dezember 2021 gültig gewesene Recht. Ist der Anspruch auf die IV-Rente hingegen nach dem 31. Dezember entstanden, gilt das ab 1. Januar 2022 gültige Rentensystem

5731
1/12 Die Übergangsleistung ist mittels Verfügung zu erlassen. Für die Meldung an das zentrale Rentenregister ist der Sonderfallcode 84 zu verwenden.

5732
1/22 Bei der Festsetzung der Übergangsleistung leben die Grundlagen der alten IV-Rente (IV-Grad, Gebrechenscode und Berechnungsgrundlagen) wieder auf. Dabei ist zwischen zwei möglichen Fällen zu unterscheiden:

1. Die versicherte Person bezieht bereits einen prozentualen Anteil einer ganzen IV-Rente. Die laufende IV-Rente ist auf den im Beschluss der IV-Stelle vermerkten Zeitpunkt hin in Abgang zu nehmen und durch eine Übergangsleistung zu ersetzen (Art. 33 Abs. 1 Bst. a IVG und Art. 31 Abs. 2 IVV).
2. Die versicherte Person bezieht keine IV-Rente mehr. Die Berechnungsgrundlagen der alten IV-Rente leben in diesem Fall wieder auf und müssen gegebenenfalls an die zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen in der persönlichen Situation der versicherten Person (Plafonierung bei Heirat, Splitting bei Scheidung, usw.) und an die zwischenzeitlich erfolgten Rentenerhöhungen angepasst werden. Die Übergangsleistung entspricht betragsmässig der alten IV-Rente, die ausgerichtet würde, wenn sie nicht aufgehoben worden wäre ([Art. 33 Abs. 1 Bst. b IVG](#)).

In beiden Fällen entspricht die Übergangsleistung dem Betrag der alten IV-Rente. Nur eine Leistung wird ausgerichtet.

- 5733
1/12
- Die Übergangsleistung erlischt, sobald die Anspruchsvoraussetzungen dazu nicht mehr erfüllt sind und/oder nach abgeschlossenem Revisionsverfahren. Die IV-Stelle erlässt in jedem Fall einen Beschluss, in dem der Zeitpunkt der Aufhebung festgehalten wird.

6. Das flexible Rentenalter

6.1 Der Vorbezug der Altersrente

6.1.1 Begriff und Wirkung des Rentenvorbezuges

- 6001 Beim Rentenvorbezug kann die ordentliche Altersrente ein oder zwei Jahre vor Erfüllung des Rentenalters vorbezogen werden. Der Rentenvorbezug bewirkt einen vorzeitigen Eintritt des Versicherungsfalles „Alter“. Wer die Altersrente vorbezieht, muss eine Kürzung der Altersrente in Kauf nehmen.
- 6002 aufgehoben
1/05
- 6003 Während der Dauer des Rentenvorbezuges werden keine Kinderrenten ausgerichtet ([Art. 40 Abs. 1 AHVG](#)).
- 6004 Der Rentenvorbezug ändert nichts an der allgemeinen Beitragspflicht. Diese dauert für Männer bis zur Vollendung des 65. Altersjahres, bei Frauen bis zur Vollendung des 64. Altersjahres. Zu beachten ist dabei, dass trotz dem Bestehen der Beitragspflicht die Einkommen nicht mehr rentenbildend sind ([Art. 29^{bis} Abs. 1 AHVG](#)).
- 6005 Der Vorbezug der Altersrente ist auch dann möglich, wenn die leistungsberechtigte Person bis zum Zeitpunkt der Geltendmachung des Vorbezugs eine IV-Rente bezogen hat.

6.1.2 Geltendmachung des Rentenvorbezuges

6.1.2.1 Anmeldung und Zuständigkeit

- 6101 Der Vorbezug ist von der rentenberechtigten Person mit Formular 318.370 „Anmeldung für eine Altersrente“ geltend zu machen, und zwar durch Bejahung der unter Ziffer 4.6 gestellten Frage nach dem Rentenvorbezug. Wird eine Anmeldung nicht formgerecht (z.B. in Briefform) oder bei einer unzuständigen Stelle eingereicht, so ist für die Einhaltung der Fristen und für die an die Anmeldung geknüpften

Rechtswirkungen trotzdem der Zeitpunkt massgebend, in dem sie der Post übergeben oder bei der unzuständigen Stelle eingereicht wird ([Art. 29 Abs. 3 ATSG](#)).

- 6102 Zuständig für die Entgegennahme der Anmeldung ist die Ausgleichskasse, die für die Festsetzung und die Auszahlung der Rente bei Beginn des Vorbezugs zuständig ist.

6.1.2.2 Frist

- 6103 Der Rentenvorbezug muss zum Voraus geltend gemacht werden. Eine rückwirkende Geltendmachung des Vorbezuges ist – auch bei Rechtsunkenntnis – ausgeschlossen ([Art. 67 Abs. 1^{bis} AHVV](#)).

- 6104 Meldet sich somit eine Person erst nach Ende des Monats an, in welchem sie das 62. (für Frauen), bzw. des 63. oder 64. (für Männer) Altersjahres vollendet hat, so kann die Rente erst nach Vollendung des folgenden Altersjahres beansprucht werden.

6.1.3 Entstehung des Rentenanspruchs

- 6105
1/13 Beim Rentenvorbezug entsteht der Rentenanspruch gemäss [Art. 40 AHVG](#)
- für Männer am ersten Tag des Monats nach Vollendung des 64. oder des 63. Altersjahres und
 - für Frauen am ersten Tag des Monats nach Vollendung des 62. oder des 63. Altersjahres.

6.1.4 Berechnung der vorbezogenen Rente

6.1.4.1 Grundsatz

- 6201 In einem ersten Schritt wird die Rente auf den Zeitpunkt der Entstehung des Rentenanspruchs nach den allgemeinen Regeln berechnet.

- 6202 Anschliessend wird in einem zweiten Schritt die Höhe des Kürzungsbetrages bestimmt und von der nach den allgemeinen Regeln ermittelten Rente in Abzug gebracht.
- 6203 Für den Kürzungsbetrag gelten vor und nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters ([Art. 21 AHVG](#) und [Bst. d der Übergangsbestimmungen zur 10. AHV-Revision](#)) unterschiedliche Festsetzungskriterien.

6.1.4.2 Ermittlung des Kürzungsbetrages vor Erreichen des Rentenalters

- 6204 Bis zum Erreichen des Rentenalters entspricht der Kürzungsbetrag pro Vorbezugsjahr 6,8 Prozent der vorbezogenen Rente. Die vorbezogene Rente wird demnach um
1/13 – 6,8 Prozent (1 Jahr Vorbezug) oder
– 13,6 Prozent (2 Jahre Vorbezug) gekürzt ([Art. 56 Abs. 1 AHVV](#)).
- 6205 Besteht Anspruch auf eine Zusatzrente für den Ehegatten,
1/09 so gilt der gleiche Kürzungssatz wie für die Altersrente.

6.1.4.3 Ermittlung des Kürzungsbetrages nach Vollendung des Rentenalters

- 6206 Nach Vollendung des Rentenalters wird der Kürzungsbetrag ermittelt, indem die Summe der ungekürzten vorbezogenen Rentenbetreffnisse durch die Anzahl Monate dividiert wird (12 oder 24 Monate). Dieser Betrag wird mit dem zutreffenden Prozentsatz (6,8 oder 13,6 Prozent) multipliziert ([Art. 56 Abs. 3 AHVV](#)).
- 6207 Es gilt somit folgende Formel
1/19
- | | |
|-------------------------------------|----------------------|
| Summe der ungekürzten* x | Vorbezugsprozentsatz |
| vorbezogenen Renten | (6.8% od. 13.6%) |
| Vorbezugsdauer (= 12 od. 24 Monate) | |
- *allenfalls plafonierten Renten

- 6208 Dieser nach Vollendung des Rentenalters ermittelte Kürzungsbetrag bleibt anschliessend *unverändert*, ausser bei der Ablösung der vorbezogenen Altersrente durch Hinterlassenenrenten (vgl. Rz 6214–6215). Bei allgemeinen Rentenerhöhungen wird der Kürzungsbetrag der Lohn- und Preisentwicklung angepasst (vgl. Rz 6219).
- 6209
1/19 Die gleiche Formel gilt auch bei der Bestimmung für die Kürzung, wenn die leistungsberechtigte Person während der Vorbezugsdauer stirbt. Die Summe der ungekürzten vorbezogenen Renten entspricht dem Total der bis zum Todeszeitpunkt tatsächlich vorbezogenen Renten. Der Divisor entspricht auch in diesem Fall stets der beantragten Vorbezugsdauer von 12 oder 24 Monaten.
- 6210
1/17 Bestand während dem Vorbezug Anspruch auf Zusatzrenten für den Ehegatten, so werden diese der Summe der vorbezogenen Renten hinzugerechnet.
- 6211
1/13 Gelangen neben der Hauptrente auch Kinder- und Zusatzrenten zur Ausrichtung, so wird der Kürzungsbetrag anteilmässig auf alle Renten aufgeteilt. Massgebend für die Aufteilung ist der prozentuale Anteil an der Altersrente (Altersrente 100 Prozent, Zusatzrente 30 Prozent, Kinderrente 40 Prozent). Die Summe aller Kürzungen darf den gesamten Kürzungsbetrag nicht übersteigen. Bei Änderungen in der Anspruchsberechtigung ist der Kürzungsbetrag für die einzelnen Renten anzupassen.

6.1.4.4 Weitere Bestimmungen

- 6212 Bei Ehepaaren wird der Kürzungsbetrag für jeden Ehegatten gesondert berechnet. Sind die Renten plafoniert worden, so wird der Kürzungsbetrag von der bereits plafonierten Rente abgezogen (vgl. Rz 5518).

- 6213
1/13 Verwitwet eine Person, welche eine wegen Vorbezugs gekürzte Altersrente bezieht, nach dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters (65/64), so wird der bisherige Kürzungsbetrag von der um den Verwitwetenzuschlag erhöhten Rente in Abzug gebracht. Verwitwet eine Person, welche eine vorbezogene Altersrente bezieht, vor dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters (65/64) und muss die vorbezogene Altersrente neu berechnet werden (wenn der Ehegatte beispielsweise noch nicht rentenberechtigt war), so gilt Rz 6204.
- 6213.1
1/10 Ist jedoch die Hinterlassenenrente höher als die gekürzte Altersrente inkl. Verwitwetenzuschlag, so wird die Hinterlassenenrente nicht gekürzt.
- 6214
1/13 Wird eine vorbezogene Altersrente durch Hinterlassenenrenten abgelöst, so sind diese wie die vorbezogene Altersrente zu kürzen ([Art. 57 AHVV](#), Rz 5623). Massgebend bleibt der für die vorbezogene Altersrente festgesetzte Kürzungsbetrag. Dabei gilt:
- 6215 – der effektive Kürzungsbetrag der Witwen-, Witwer- oder Waisenrenten entspricht ihrem prozentualen Anteil an der Altersrente (80 Prozent für Witwen- und Witwerrenten und 40 Prozent für Waisenrenten);
- 6216 – die Summe aller Kürzungen darf den Kürzungsbetrag der vorbezogenen Altersrente nicht übersteigen. Bei Änderungen in der Anspruchsberechtigung, wie zum Beispiel der Wegfall einer Waisenrente, ist der Kürzungsbetrag für die weiter gewährten Hinterlassenenrenten daher neu festzusetzen.
- 6217 Sind Kinder- oder Waisenrenten wegen Überversicherung zu kürzen ([Art. 41 AHVG](#) und [Art. 38^{bis} IVG](#)), so ist von der ungekürzten Rente auszugehen. Die Vorbezugskürzung wird hierauf von der gekürzten Rente abgezogen.
- 6218 Ist eine Rente aufgrund von [Art. 21 ATSG](#) zu kürzen, so ist vorweg die Vorbezugskürzung in Abzug zu bringen.

6.1.5 Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung

- 6219 Bei allgemeinen Rentenerhöhungen ([Art. 33^{ter} AHVG](#)) wird die gekürzte Rente und der Kürzungsbetrag der Lohn- und Preisentwicklung angepasst ([Art. 56 Abs. 4 AHVV](#)).

6.2 Der Aufschub der Altersrente

6.2.1 Begriff und Wirkung des Rentenaufschubs

- 6301 Beim Rentenaufschub verzichtet die rentenberechtigte Person während der Dauer des Aufschubes auf den Bezug der ihr zustehenden ordentlichen Altersrente. Die Aufschubsdauer beträgt mindestens ein Jahr und höchstens 5 Jahre. Innerhalb dieser Frist kann die Rente auf einen bestimmten Monat abgerufen werden ([Art. 39 Abs. 1 AHVG](#)).
- 6302 Bei verheirateten Personen steht das Recht zum Rentenaufschub jedem Ehegatten selbst zu. Es ist somit möglich, dass der eine Ehegatte seine Rente aufschiebt und der andere Ehegatte die Rente vorbezieht.
- 6303 Ist der Ehegatte einer Person, welche die Rente aufschiebt, selbst rentenberechtigt, so unterliegt dessen Rente bereits während der Aufschubsdauer der Plafonierung nach [Art. 35 AHVG](#).
- 6304 Der Rentenaufschub bewirkt, dass die rentenberechtigte Person zur ordentlichen Altersrente einen Zuschlag erhält, der dem versicherungsmässigen Gegenwert der während der Aufschubsdauer nicht bezogenen Leistungen entspricht (ZAK 1973 S. 432).
- 6305 Der frankenmässige Zuschlag ist ein Festbetrag, der einem Prozentsatz des Durchschnitts der aufgeschobenen Rente entspricht ([Art. 55^{ter} Abs. 1 AHVV](#)). Mit zunehmender Aufschubsdauer steigt der Prozentsatz an. Der prozentuale Zuschlag zur aufgeschobenen Rente bemisst sich wie folgt:

Prozentualer Zuschlag nach einer Aufschubsdauer von				
.. Jahren	und .. Monaten			
	0–2	3–5	6–8	9–11
1	5,2	6,6	8,0	9,4
2	10,8	12,3	13,9	15,5
3	17,1	18,8	20,5	22,2
4	24,0	25,8	27,7	29,6
5	31,5			

- 6306 Während der Aufschubsdauer können keine Witwen- oder Witwerrenten ausgerichtet werden.

6.2.2 Geltendmachung des Rentenaufschubes

6.2.2.1 Form

- 6307 1/15 Der Aufschub ist von der rentenberechtigten Person mit Formular 318.370 „Anmeldung für eine Altersrente“ geltend zu machen, und zwar durch Bejahung der unter Ziffer 8.2 gestellten Frage nach dem Rentenaufschub. Bleibt die entsprechende Rubrik leer, ist anzunehmen, dass auf den Aufschub verzichtet wird.
- 6308 Der Aufschub kann auch in Briefform geltend gemacht werden.
- 6309 Zuständig für die Entgegennahme des Aufschubsgesuchs ist die Ausgleichskasse, die für die Festsetzung und Auszahlung der Rente bei Beginn der Aufschubsdauer zuständig wäre.

6.2.2.2 Frist

- 6310 Der Aufschub ist innerhalb eines Jahres seit Entstehung des Rentenanspruchs geltend zu machen ([Art. 55^{quater} Abs. 1 AHVV](#)). Ist jedoch die Rente bereits durch rechtskräftige Verfügung zugesprochen worden oder wurden Rentenzahlungen unwidersprochen entgegengenommen

(ZAK 1980 S. 225), kann kein Aufschub mehr verlangt werden.

- 6311 Die Frist zur Geltendmachung des Aufschubes ist eine Verwirklichungsfrist und kann in keinem Fall – auch nicht bei Rechtsunkenntnis – erstreckt werden. Meldet sich somit eine versicherte Person erst nach einem Jahr seit Entstehung des Rentenanspruchs an, so ist ein Aufschub nicht mehr möglich. In diesem Fall wird die Altersrente nach den allgemein geltenden Regeln festgesetzt und nachbezahlt.

6.2.3 Voraussetzungen des Rentenaufschubes

6.2.3.1 Grundsatz

- 6312 Aufschiebbar sind ordentliche Altersrenten. Der Aufschub erfasst neben der Altersrente auch die dazugehörigen Zusatz- und Kinderrenten.
- 6313 Vom Aufschub ausgeschlossen sind:
- 6314 – die Altersrenten, die eine Invalidenrente unmittelbar ablösen ([Art. 55^{bis} Bst. b AHVV](#)),
- 6315 – die Altersrenten, zu denen eine Hilflosenentschädigung gewährt wird ([Art. 55^{bis} Bst. g AHVV](#)).
- 6316 – die Altersrenten für freiwillig Versicherte, die bis zum Erreichen des Rentenalters Fürsorgeleistungen der freiwilligen AHV/IV für Auslandschweizer bezogen haben ([Art. 55^{bis} Bst. g AHVV](#)).

6.2.3.2 Massnahmen bei Erfüllung der Voraussetzungen

- 6317 Kann dem Aufschubsbegehren stattgegeben werden, so stellt die Ausgleichskasse der antragstellenden Person das Formular 318.386 „Abruf der Altersrente“ zu.
- 1/10

6.2.3.3 Vorgehen bei Nichterfüllung der Voraussetzungen

- 6318
1/09
- Ergibt die Abklärung, dass die Rentenberechtigung nicht gegeben ist oder dass die Rente, für die der Aufschub verlangt wurde, nicht aufschiebbar ist, so eröffnet die Ausgleichskasse dies der berechtigten Person mit anfechtbarer Verfügung. Dabei sind die Bestimmungen des [KSRP](#) anwendbar.
- 6319
- Sobald die Verfügung über die Ablehnung des Rentenaufschubes in Rechtskraft erwachsen ist, berechnet die Ausgleichskasse die Altersrente nach den allgemeinen Regeln und spricht sie rückwirkend auf den Anspruchsbeginn zu.

6.2.4 Beginn und Beendigung des Rentenaufschubes

6.2.4.1 Beginn des Aufschubes

- 6320
- Der Rentenaufschub beginnt am ersten Tag des Monats, welcher der Vollendung des Rentenalters folgt.

6.2.4.2 Beendigung des Aufschubes

- 6321
- Der Aufschub wird durch Abruf der Rente oder von Gesetzes wegen beendet. Wird die Rente nach mindestens einjähriger Aufschubsdauer abgerufen oder tritt ein gesetzlicher Beendigungsgrund nach dieser Frist ein, so wird der Zuschlag zur Rente gewährt. Wird der Aufschub vor Ablauf der einjährigen Aufschubsdauer durch Abruf oder einen gesetzlichen Erlöschungsgrund beendet, so treten die Wirkungen der vorzeitigen Beendigung ein.

6.2.4.2.1 Abruf

- 6322 Als Abruf gilt das schriftliche Begehren der rentenberechtigten Person um Auszahlung der aufgeschobenen Rente. Der Abruf ist auch erforderlich, wenn die Rente für die höchstmögliche gesetzliche Dauer von 5 Jahren aufgeschoben worden ist.
- 6323 Der Abruf kann jederzeit geltend gemacht werden. Die aufgeschobene Rente wird grundsätzlich von dem dem Abruf folgenden Monat an ausbezahlt ([Art. 55^{quater} Abs. 3 AHVV](#)), sofern die berechtigte Person nicht ausdrücklich einen späteren Auszahlungsbeginn verlangt.
- 6324 Anlässlich des Abrufs klärt die Ausgleichskasse ab, ob die bei der Anmeldung ermittelten Grundlagen Änderungen erfahren haben, insbesondere, ob nicht schon früher ein gesetzlicher Beendigungsgrund eingetreten ist.

6.2.4.2.2 Gesetzliche Beendigungsgründe

- 6325 Der Rentenaufschub endet von Gesetzes wegen mit:
- 6326 – dem Tod der rentenberechtigten Person ([Art. 55^{quater} Abs. 4 AHVV](#)),
- 6327 – der Gewährung einer Hilflosenentschädigung an die berechtigte Person ([Art. 55^{bis} Bst. c AHVV](#)),
- 6328 – dem Ablauf der höchstmöglichen gesetzlichen Aufschubdauer von 5 Jahren, wobei jedoch die Rentenauszahlung von der rentenberechtigten Person durch Abruf geltend zu machen ist ([Art. 39 Abs. 1 AHVG](#), [Art. 55^{quater} Abs. 2 AHVV](#)).
- 6329 Die aufgeschobene Rente wird von dem Eintritt des gesetzlichen Beendigungsgrundes folgenden Monats an ausbezahlt.

6.2.4.2.3 Vorzeitige Beendigung

- 6330 Wird vor Ablauf der mindestens einjährigen Aufschubsdauer die Rente abgerufen oder tritt in diesem Zeitraum ein gesetzlicher Beendigungsgrund ein, so wird der Rentenfall behandelt, wie wenn kein Aufschub der Rente erklärt worden wäre. Die Altersrente wird vom Beginn der Rentenberechtigung an ohne Zuschlag nachbezahlt.

6.2.4.3 Aufschubsdauer

- 6331 Die Aufschubsdauer umfasst den Zeitraum vom Beginn des Aufschubes bis zum letzten Tag des Monats, welcher demjenigen vorangeht, in welchem die aufgeschobene Rente ausbezahlt wird.

6.2.5 Berechnung der aufgeschobenen Renten

6.2.5.1 Grundsatz

- 6332 Der Monatsbetrag der aufgeschobenen Rente setzt sich zusammen aus dem Monatsbetrag der zutreffenden unaufgeschobenen Rente (Rentengrundbetrag) und dem Aufschubzuschlag.

6.2.5.2 Rentengrundbetrag

- 6333 Der Rentengrundbetrag entspricht dem zu Beginn der Aufschubsdauer errechneten und laufend den Rentenerhöhungen angepassten Monatsbetrag der ordentlichen Altersrente. Dies gilt auch für die Zusatz- und Kinderrenten
- 6334 Ändern die Berechnungsgrundlagen (infolge Einkommensteilung, Verwitwung), so wird der Rentengrundbetrag nach den allgemeinen Berechnungsbestimmungen neu festgesetzt (Rz 5701 ff.) und in der Folge den Rentenerhöhungen angepasst.

6.2.5.3 Zuschlag

6.2.5.3.1 Regel

- 6335 Der Aufschubzuschlag wird ermittelt, indem die Summe der aufgeschobenen Monatsbeträge durch die entsprechende Anzahl Monate dividiert wird. Dieser Betrag wird mit dem zutreffenden Prozentsatz gemäss Rz 6305 multipliziert ([Art. 55^{ter} Abs. 2 AHVV](#)).
- 6336 Es gilt somit folgende Formel:
- $$\frac{\text{Summe der aufgeschobenen Renten}}{\text{Aufschubsdauer (= Anzahl Monate)}} \times \text{Zuschlagsprozentsatz}$$
- 6337 Erfasst der Aufschub auch Zusatz- oder Kinderrenten, so werden diese Beträge der Summe der aufgeschobenen Renten hinzugerechnet.
- 6338 1/14 Gelangen neben der Hauptrente auch Zusatz- oder Kinderrente zur Ausrichtung, so wird der Aufschubzuschlag anteilmässig auf alle Renten aufgeteilt. Massgebend für die Aufteilung ist der prozentuale Anteil an der Altersrente (Altersrente 100 Prozent, Zusatzrente 30 Prozent, Kinderrente 40 Prozent). Die Summe aller Zuschläge darf den Aufschubzuschlag nicht übersteigen ([Art. 55^{ter} Abs. 3 AHVV](#)). Bei Änderungen in der Anspruchsberechtigung ist der Anteil für die einzelnen Renten anzupassen.
- 6339 Bei Ehepaaren wird der Zuschlag zur aufgeschobenen Altersrente für jeden Ehegatten gesondert berechnet. Dieser Zuschlag fällt nicht unter die Plafonierung.
- 6340 Der Zuschlag für Waisenrenten beträgt 40 Prozent und für Witwen- und Witwerrenten 80 Prozent des Zuschlags zur Altersrente. Die Summe aller Zuschläge zusammen darf nicht höher sein als der Zuschlag zur Altersrente.

- 6341 Sind Kinder- und Waisenrenten wegen Überversicherung zu kürzen ([Art. 41 AHVG](#) und [Art. 38^{bis} IVG](#)), so ist vom Rentengrundbetrag auszugehen. Der Zuschlag wird hierauf vollumfänglich zum gekürzten Rentengrundbetrag geschlagen.
- 6342 Ist eine Rente aufgrund von [Art. 21 Abs. 1 ATSG](#) zu kürzen, so wird die aufgeschobene Rente einschliesslich des Zuschlages gekürzt.

6.2.5.3.2 Mutationen nach Beendigung der Aufschubsdauer

- 6343 Verwitwet eine Person, welche eine aufgeschobene Altersrente bezieht, so wird der bisherige Zuschlag unverändert weiter gewährt.
- 6344 1/09 Wird eine aufgeschobene Altersrente durch Hinterlassenenrenten abgelöst, so wird der nach den allgemeinen Berechnungsbestimmungen ermittelte Rentengrundbetrag lediglich um einen Prozentsatz des Zuschlages erhöht (vgl. Rz 5622). Dieser Prozentsatz beträgt
- bei Witwen- und Witwerrenten 80 Prozent des Zuschlages
 - bei Waisenrenten 40 Prozent des Zuschlages.
- 6345 Die Summe der einzelnen Zuschläge darf in solchen Fällen den Zuschlag zur abgelösten Altersrente nicht übersteigen ([Art. 55^{ter} Abs. 4 AHVV](#)). Bei Änderungen in der Anspruchsberechtigung, wie z.B. der Wegfall einer Waisenrente, ist der Zuschlag für die weiter gewährten Hinterlassenenrenten neu zu bestimmen.

6.2.5.4 Anpassung der Renten an die Lohn- und Preisentwicklung

- 6346 Bei allgemeinen Rentenerhöhungen ([Art. 33^{ter} AHVG](#)) werden sowohl der Rentengrundbetrag als auch der Aufschubzuschlag der Lohn- und Preisentwicklung angepasst ([Art. 55^{ter} Abs. 4 AHVV](#)).

6.2.6 Nachzahlung

- 6347 Für die Nachzahlung der aufgeschobenen Renten und der an ihre Stelle tretenden Hinterlassenenrenten gelten die allgemeinen Bestimmungen über die Nachzahlung.
- 6348 Zu beachten ist indessen, dass die fünfjährige Verjährungsfrist im Falle:
- 6349 – des Abrufs mit dem Monat beginnt, auf den die Rente abgerufen wurde,
 - 6350 – des Eintritts eines gesetzlichen Beendigungsgrundes mit dem Monat beginnt, in dem der Anspruch auf die aufgeschobene Rente entstanden ist; vorbehalten bleiben die besonderen Vorschriften über die Nachzahlung von Invalidenrenten,
 - 6351 – des Ablaufs der fünfjährigen Aufschubsdauer, ohne dass innerhalb dieser Frist ein Abruf erfolgt oder ein gesetzlicher Beendigungsgrund eingetreten ist, mit dem ersten Tag des dem Ablauf der fünfjährigen Aufschubsfrist folgenden Monats beginnt.

7. Die ausserordentlichen Renten

7.1 Voraussetzungen für den Anspruch auf ausserordentliche Renten

7.1.1 Im Allgemeinen

- 7001 Ein Anspruch auf eine ausserordentliche Rente besteht, wenn die für den Bezug einer ordentlichen Rente erforderliche Mindestbeitragsdauer nicht erfüllt ist, die leistungsberechtigte Person bzw. die verstorbene Person aber während der gleichen Zahl von Monaten versichert war wie ihr Jahrgang.

- 7002
1/20 In der Praxis wird es daher keine ausserordentlichen Altersrenten mehr geben, sondern nur noch ausserordentliche Hinterlassenenrenten (Witwen-, Witwer- oder Waisenrenten) oder ausserordentliche IV-Renten mit oder ohne Kinderrenten.
- 7003 Die Voraussetzung der vollständigen Versicherungsdauer ist erfüllt, wenn eine Person vom 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres bis zum Eintritt des Versicherungsfalls lückenlos obligatorisch oder freiwillig versichert war. Nicht erforderlich ist dagegen, dass sich die Person seit Geburt in der Schweiz aufgehalten hat.
- 7004 Zusätzliche Voraussetzungen bestehen betreffend die Staatsangehörigkeit, den Wohnsitz und den Aufenthalt.

7.2 Anspruchsberechtigte Personen

7.2.1 Ausserordentliche Hinterlassenenrenten

- 7005 Der Anspruch auf ausserordentliche Hinterlassenenrenten für in der Schweiz wohnende Witwen, Witwer und Waisen kann nur noch entstehen, wenn der Versicherungsfall bei der verstorbenen Person vor der Vollendung des 21. Altersjahres eingetreten ist.

7.2.2 Ausserordentliche Invalidenrenten

- 7006
1/12 Ausserordentliche Invalidenrente erhalten in der Schweiz wohnende Geburts- und Kindheitsinvalide ([Art. 39 Abs. 1 IVG](#)), d.h. Personen, die von Geburt an invalid sind oder vor dem 1. Dezember des der Vollendung des 22. Altersjahres folgenden Jahres in rentenbegründendem Ausmass invalid geworden sind, aber keinen Anspruch auf eine ordentliche Rente erworben haben.
- 7007
1/10 Die Anspruchsvoraussetzungen auf eine ausserordentliche IV-Rente für eine ausländische geburts- oder kindheitsinvalide Person setzen somit nicht voraus, dass sich die invalide Person seit Geburt in der Schweiz aufgehalten hat. Die

Anspruchsvoraussetzungen sind erfüllt, wenn die Einreise in die Schweiz vor dem 1. Januar nach Vollendung des 20. Altersjahres erfolgte. Die ausserordentliche IV-Rente kann jedoch erst ab dem Zeitpunkt der Erfüllung der erforderlichen Karenzfrist ausgerichtet werden.

1/04 **7.2.3 Ausserordentliche Kinderrenten**

7008 Besteht ein Anspruch auf eine ausserordentliche Invaliden-
1/04 rente, so kann die leistungsberechtigte Person auch die ausserordentlichen Kinderrenten für ihre Angehörigen beanspruchen, sofern sich diese auch in der Schweiz aufhalten.

7009 aufgehoben
1/08

7010 aufgehoben
1/04

7.3 Besondere Voraussetzungen

7.3.1 Staatsangehörigkeit

7.3.1.1 Allgemeine Bedeutung für die Rentenberechtigung

7101 Anspruch auf ausserordentliche Hinterlassenen- oder Inva-
1/20 lidenrenten haben Schweizer Bürger ([Art. 42 Abs. 1 AHVG](#) und [Art. 39 Abs. 1 IVG](#)) sowie Ausländer, Flüchtlinge und Staatenlose, denen dieses Recht durch ein Sozialversicherungsabkommen oder den Bundesbeschluss über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlosen in der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ([Art. 1 Abs. 2 FIÜB](#)) ausdrücklich eingeräumt worden ist.

7101.1 Die IV-Stelle prüft im Rahmen der Anspruchsprüfung, ob
1/22 ein Anspruch auf eine ausserordentliche IV-Rente besteht. Wenn kein Anspruch besteht, verfügt die IV-Stelle direkt. Für die Vorgehensweise vgl. [KSVI](#).

1/15 **7.3.1.2 Sonderstellung der invaliden Ausländer mit Anspruch auf Eingliederungsmassnahmen vor Vollendung des 20. Altersjahres**

7102 Anspruch auf eine ausserordentliche IV-Rente haben auch
1/19 invalide Ausländer, die als Kinder die versicherungsmässigen Voraussetzungen für Eingliederungsmassnahmen erfüllt haben und solche Leistungen von der Invalidenversicherung spätestens bis zur Vollendung des 20. Altersjahres beanspruchen konnten oder hätten beanspruchen können ([Art. 39 Abs. 3 IVG, BGE 140 V 246](#)).

7103 Eine ausserordentliche Invalidenrente kann daher von der
1/19 geburts- oder kindheitsinvaliden ausländischen Person frühestens nach Zurücklegung des 18. Altersjahres beansprucht werden, wenn sie bis zur Zurücklegung dieser Altersgrenze Eingliederungsleistungen bezog oder solche hätte beanspruchen können, weil sie die Voraussetzungen gemäss [Art. 9 Abs. 3 IVG](#) erfüllt hat.

7104 Ein Anspruch auf die ausserordentliche Invalidenrente be-
1/19 steht dagegen nicht, wenn vor der Zurücklegung des 20. Altersjahres kein Anspruch auf Sachleistungen bestanden hat, sei dies mangels der invaliditäts- oder der versicherungsmässigen Voraussetzungen.

7.3.1.3 Massgebende Staatsangehörigkeit

7105 Massgebend ist ausschliesslich die Staatszugehörigkeit der rentenberechtigten Person bei Eintritt des Versicherungsfalls. Massgebend ist somit bei

7106 – Hinterlassenenrenten die Staatsangehörigkeit der Witwe bzw. Witwers und der Waisen;

7107 – Zusatzrenten der AHV und Kinderrenten die Staatsangehörigkeit der hauptrentenberechtigten Person.
1/08

7.3.2 Wohnsitz und Aufenthalt

7.3.2.1 Wohnsitz

- 7108
1/19 Grundsätzlich haben nur die in der Schweiz wohnhaften Personen Anspruch auf ausserordentliche Hinterlassenen- und Invalidenrenten. Massgebend ist dabei der zivilrechtliche Wohnsitz gemäss [Art. 23 ff. ZGB](#) ([Art. 13 ATSG](#)). Vgl. auch Rz 5014 - 5018 und Rz 7001 ff. [KSBIL](#) betreffend den Export von ausserordentlichen AHV- und IV-Renten in einen EU/EFTA-Staat; [Urteil des BGer 9C 446/2013 und 9C 469/2013 vom 21. März 2014](#).
- 7109 Personen, die sich in der Schweiz aufhalten, deren Schwerpunkt aller Beziehungen jedoch im Ausland liegt, können nicht als in der Schweiz wohnhaft betrachtet werden. Wird der Aufenthalt in der Schweiz einzig wegen der Invalidität gewählt, kann in der Regel nicht angenommen werden, dieser Schwerpunkt liege in der Schweiz (ZAK 1980 S. 129).
- 7110
1/19 Die Voraussetzungen des schweizerischen Wohnsitzes muss von der rentenberechtigten Person persönlich erfüllt werden ([Art. 42 Abs. 2 AHVG](#)). Werden zu einer Invalidenrente Kinderrenten ausgerichtet, müssen auch die Kinder das Wohnsitzerfordernis erfüllen. Bei Hinterlassenenrenten muss die Witwe bzw. der Witwer und jede Waise die Wohnsitzvoraussetzungen persönlich erfüllen. Vgl. auch Rz 5014 - 5018 und Rz 7001 ff. [KSBIL](#) betreffend den Export von ausserordentlichen AHV- und IV-Renten in einen EU/EFTA-Staat; [Urteil des BGer 9C 446/2013 und 9C 469/2013 vom 21. März 2014](#).
- 7111
1/19 Verlegt eine Person, welche eine ausserordentliche Hinterlassenen- oder Invalidenrente bezieht, den zivilrechtlichen Wohnsitz von der Schweiz ins Ausland, so erlischt der Rentenanspruch mit Ablauf des Monats der Wohnsitzverlegung. Vgl. auch Rz 5014 - 5018 und Rz 7001 ff. [KSBIL](#) betreffend den Export von ausserordentlichen AHV- und IV-Renten in einen EU/EFTA-Staat; [Urteil des BGer 9C 446/2013 und 9C 469/2013 vom 21. März 2014](#).

7.3.2.2 Aufenthalt

- 7112
1/19 Personen, die eine ausserordentliche Hinterlassenen- oder Invalidenrente beziehen, müssen grundsätzlich nicht nur den zivilrechtlichen Wohnsitz in der Schweiz haben, sondern sich auch tatsächlich hier aufhalten. Bloss kurzfristige Auslandsaufenthalte aus triftigen Gründen, wie etwa zu Besuchs-, Ferien-, Geschäfts-, Kur- oder Ausbildungszwecken unterbrechen die Rentenberechtigung nicht. Erstreckt sich ein solcher Aufenthalt aufgrund bestimmter unvorhergesehener Umstände auf längere Zeit, jedoch höchstens ein Jahr, so kann die Rente während dieser Zeit weiter gewährt werden, sofern die rentenberechtigte Person ausser ihrem Wohnsitz den Schwerpunkt ihrer Beziehungen in der Schweiz behält. Die Jahresfrist darf aber nur so weit voll ausgeschöpft werden, als für diese Maximaldauer wirklich ein triftiger Grund besteht (ZAK 1986 S. 408). Vgl. auch Rz 5014 - 5018 und Rz 7001 ff. [KSBIL](#) betreffend den Export von ausserordentlichen AHV- und IV-Renten in einen EU/EFTA-Staat; [Urteil des BGer 9C 446/2013 und 9C 469/2013 vom 21. März 2014](#).
- 7113
1/19 Dauert hingegen der Aufenthalt im Ausland, auch wenn er aus einem der genannten Gründen erfolgt und nur für eine vorübergehende Zeit gedacht ist, länger als ein Jahr, so entfällt grundsätzlich der Rentenanspruch. Vgl. auch Rz 5014 - 5018 und Rz 7001 ff. [KSBIL](#) betreffend den Export von ausserordentlichen AHV- und IV-Renten in einen EU/EFTA-Staat; [Urteil des BGer 9C 446/2013 und 9C 469/2013 vom 21. März 2014](#).
- 7114 Ausnahmsweise kann aber einer Person, welche eine ausserordentliche Rente bezieht, diese weiterhin ausgerichtet werden, wenn der Auslandsaufenthalt länger als ein Jahr dauert. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass der schweizerische Wohnsitz beibehalten wird und sich der Schwerpunkt aller Beziehungen dieser Person nach wie vor in der Schweiz befindet. Dies trifft namentlich auf Fälle zu in denen

- 7115 – der als kurzfristig beabsichtigte Auslandsaufenthalt wegen zwingender unvorhergesehener Umstände (z.B. wegen Erkrankung oder Unfall usw.) über ein Jahr hinaus verlängert werden muss, oder
- 7116 – zum vornherein zwingende Gründe (z.B. Fürsorgemassnahmen, Ausbildung, Krankheitsbehandlung usw.) einen voraussichtlich überjährigen Auslandsaufenthalt erfordern (ZAK 1986 S. 408).
- 7117
1/19 Die Voraussetzung des schweizerischen Aufenthaltes muss von jeder leistungsberechtigten Person persönlich erfüllt sein ([Art. 42 Abs. 2 AHVG](#)). Werden zu einer Invalidenrente Kinderrenten beansprucht, so müssen auch die Kinder das Aufenthaltserfordernis persönlich erfüllen. Bei Hinterlassenenrenten muss das Aufenthaltserfordernis von der Witwe bzw. dem Witwer und jeder Waise erfüllt sein. Vgl. auch Rz 5014 - 5018 und Rz 7001 ff. [KSBIL](#) betreffend den Export von ausserordentlichen AHV- und IV-Renten in einen EU/EFTA-Staat; [Urteil des BGer 9C 446/2013 und 9C 469/2013 vom 21. März 2014](#).

7.3.2.3 Mindestaufenthaltsdauer

- 7118 Schweizerbürger können die ausserordentlichen Hinterlassenen- oder Invalidenrenten unabhängig von einer bestimmten Aufenthaltsdauer in der Schweiz beanspruchen.
- 7119
1/20 Hingegen machen die Sozialversicherungsabkommen oder das gestützt auf solche erlassene innerstaatliche Recht, welche die Gewährung von ausserordentlichen Renten an ausländische Staatsangehörige vorsehen, den Anspruch auf solche Renten von einer unterschiedlichen Mindestaufenthaltsdauer abhängig (vgl. www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/int/grundlagen-und-abkommen/sozialversicherungsabkommen.html bzw. [Art. 1 Abs. 2 FlüB](#)).

7.3.2.4 Sonderregelung für gewisse Schweizer Bürger im Ausland

- 7120 Ehegatten von obligatorisch versicherten Schweizer Bürgern im Ausland, die gemäss zwischenstaatlicher Vereinbarung oder völkerrechtlicher Übung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ihrem Wohnsitzstaat nicht angehören, sind den in der Schweiz wohnhaften Ehegatten von Schweizer Bürgern gleichgestellt.
- 7121 Es betrifft dies insbesondere die Ehegatten:
- des schweizerischen diplomatischen und konsularischen Personals;
 - von Arbeitnehmern öffentlicher oder privater schweizerischer Unternehmen, die im Ausland tätig sind;
 - von schweizerischen Grenzgängern, die in der Schweiz erwerbstätig und im Ausland wohnhaft sind.
- 7122 Solche im Ausland sich aufhaltende Ehegatten von Schweizer Bürgern können die ausserordentliche Invalidenrente beanspruchen. Der Anspruch auf die ausserordentliche Invalidenrente besteht indessen nur solange, als der Ehegatte im Ausland obligatorisch versichert bleibt.

7.4 Rentenhöhe

7.4.1 Höhe der ausserordentlichen Hinterlassenenrenten

- 7201 Die Monatsbeträge der ausserordentlichen Hinterlassenenrenten entsprechen dem Mindestbetrag der zutreffenden Vollrente ([Art. 43 Abs. 1 AHVG](#)) und sind in den Rententabellen enthalten.

7.4.2 Höhe der ausserordentlichen Invalidenrenten

- 7202 Die Renten für Geburts- und Kindheitsinvalide betragen
1/22 133 1/3 Prozent des Mindestansatzes der zutreffenden ordentlichen Vollrente (Art. 40 Abs. 3 IVG). Dies gilt auch hinsichtlich der Kinderrenten sowie der Fälle, in denen eine

IV-Rente durch eine AHV-Rente ersetzt wird. Die Rentenbeträge, für welche das bis zum 31.12.2021 geltende alte Rentensystem gilt, sind in den Rententabellen enthalten. Die Bestimmungen zum linearen Rentensystem (Rz. 3102 ff. und KS ÜB WEIV) gelten sinngemäss für ausserordentliche Renten.

7202.1 Falls eine Person nach dem 1. Dezember des der Vollendung des 20. Altersjahres folgenden Jahres, aber vor dem 1. Dezember des der Vollendung des 22. Altersjahres folgenden Jahres, invalid wird und die Mindestbeitragsdauer von 3 Jahren nicht erfüllt – jedoch während der gleichen Zahl von Monaten bzw. Jahren und Monaten versichert war wie ihr Jahrgang – entspricht die ausserordentliche Invalidenrente lediglich dem Mindestbetrag der zutreffenden Vollrente ([Art. 40 Abs. 1 IVG](#)).

7203 Wurde eine ausserordentliche Invalidenrente für Geburts- und Kindheitsinvalide wegen Verminderung des Invaliditätsgrades aufgehoben, und nimmt die auf dasselbe Leiden zurückzuführende Arbeitsunfähigkeit innert drei Jahren erneut ein rentenbegründendes Ausmass an ([Art. 29^{bis} IVV](#)), so ist die frühere, den Rentenerhöhungen angepasste ausserordentliche Renten erneut zu gewähren, wenn dies für die leistungsberechtigte Person günstiger ist als die Neufestsetzung der ordentlichen Rente nach den allgemeinen Regeln.

7.5 Kürzung der ausserordentlichen Renten

7204 Die in Rz 5679 aufgeführten Bestimmungen über die Kürzung von Invalidenrenten wegen schuldhafter Verursachung der Invalidität sind auch auf ausserordentliche Renten anwendbar.

1/12 **8. Die Hilflosenentschädigung für Volljährige⁶ und der Assistenzbeitrag**

8.1 Hilflosenentschädigung der AHV

8.1.1 Im Allgemeinen

- 8001 Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV haben – unter Vorbehalt von Rz 8004 – in der Schweiz wohnhafte Personen, welche eine Altersrente oder Ergänzungsleistungen beziehen und die
- 8002 – entweder während mindestens einem Jahr ununterbrochen in schwerem, mittelschwerem oder leichtem Grade hilflos waren und weiterhin mindestens in leichtem Grade hilflos sind, oder
- 1/11
- 8003 – bis zur Entstehung des Anspruchs auf die Altersrente eine Hilflosenentschädigung der IV bezogen haben (vgl. KSH).
- 1/22
- 8004 Leistungsberechtigte Personen, die bereits eine Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung beziehen, haben keinen Anspruch auf eine solche Entschädigung der AHV ([Art. 66 Abs. 3 ATSG](#)). Hingegen kann der Unfallversicherer, der eine Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung ausrichtet, die Überweisung des Betrages beantragen. Bezüglich des Verfahrens gilt das [KSHE](#).
- 8005 Leistungsberechtigte Personen, die bereits eine Hilflosenentschädigung der Militärversicherung beziehen, haben keinen Anspruch auf eine solche Entschädigung der AHV ([Art. 66 Abs. 3 ATSG](#)). Macht eine Person, die eine Hilflosenentschädigung der Militärversicherung bezieht, eine Verschlimmerung der Hilflosigkeit geltend, welche nicht mit

⁶ Soweit in dieser Wegleitung von Hilflosenentschädigungen der AHV und IV gesprochen wird, handelt es sich gemäss den Bestimmungen der 4. IV-Revision um Hilflosenentschädigungen für Erwachsene bzw. volljährige Personen. Die Verfügung und Auszahlung der Hilflosenentschädigung für Minderjährige (früher Pflegebeiträge) richtet sich nach einem anderen Verfahren.

dem Versicherungsereignis im Militärdienst in Zusammenhang steht, so ist das Dossier dem BSV zu unterbreiten.

8.1.2 Anspruchsvoraussetzungen

8.1.2.1 Wohnsitz und Aufenthalt

- 8006 Es haben nur die in der Schweiz wohnhaften Personen Anspruch auf die Hilflosenentschädigung. Nebst dem Wohnsitz ist auch der tatsächliche Aufenthalt in der Schweiz erforderlich. Bei kurzfristigen Auslandsaufenthalten gelten die Bestimmungen in Rz 7112 und 7114 sinngemäss.

8.1.2.2 Hilflosigkeit

8.1.2.2.1 Beginn des Anspruchs während des Bezuges einer Altersrente oder Ergänzungsleistungen

- 8007
1/11 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV setzt grundsätzlich voraus, dass die leistungsberechtigte Person gemäss Feststellung der IV-Stelle in mindestens leichtem Grade hilflos ist ([Art. 43^{bis} Abs. 1 AHVG](#)).
- 8007.1
1/11 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung leichten Grades besteht nur dann, wenn die hilflose Person zu Hause gepflegt wird. Der Anspruch auf die Hilflosenentschädigung leichten Grades entfällt bei einem Aufenthalt in einem Heim ([Art. 43^{bis} Abs. 1^{bis} AHVG](#)).
- 8007.2
1/11 Als Heim gilt jede Einrichtung, die von einem Kanton als Heim anerkannt wird oder über eine kantonale Betriebsbewilligung als Heim verfügt ([Art. 66^{bis} Abs. 3 AHVV](#); [Art. 25a ELV](#)).
- 8008
1/22 Die IV-Stelle bestimmt den Hilflosigkeitsgrad nach dem KSH.

- 8009 1/11 Die leistungsberechtigte Person muss ununterbrochen während mindestens einem Jahr wenigstens in leichtem Grade hilflos gewesen sein. Dagegen ist nicht von Belang, wie lange diese Hilflosigkeit noch andauern wird.
- 8010 Der Ablauf der einjährigen Wartefrist bzw. der Leistungsbeginn wird durch die IV-Stelle bestimmt.

8.1.2.2 Ablösung der Hilflosenentschädigung der IV durch eine solche der AHV

- 1/15 Zu Hause
- 8011 1/22 Unter der Voraussetzung, dass die Hilflosigkeit weiterbesteht, wird für Personen zu Hause, die Anspruch auf eine Altersrente oder Ergänzungsleistungen haben, die bisherige Hilflosenentschädigung der IV in eine solche der AHV in mindestens gleicher Höhe umgewandelt ([Art. 43^{bis} Abs. 4 AHVG](#), KSH). Diese Besitzstandsgarantie gilt auch, wenn nach Entstehung des Anspruchs auf die Altersrente oder der Ergänzungsleistungen eine Hilflosenentschädigung der IV im Rahmen der Verjährungsvorschrift von Art. 48 Abs. 1 IVG nachzuzahlen ist oder wegen Verjährung erst im Alter beginnen kann.
- 1/15 Im Heim
- 8011.1 1/15 Bei der Ablösung einer Hilflosenentschädigung der IV leichten Grades, welche nach den Ansätzen für im Heim lebende Personen festgelegt wurde, wird die Hilflosenentschädigung der AHV (Leistungsart 94) als Besitzstandsgarantie im bisherigen Betrag weitergewährt ([Art. 43^{bis} Abs. 4 AHVG](#)).
- 8011.2 1/15 Bei der Ablösung einer Hilflosenentschädigungen der IV mittleren und schweren Grades, welche nach den Ansätzen für im Heim lebende Personen festgelegt wurde (siehe Rz 8119), wird die Hilflosenentschädigung der AHV auf den entsprechenden Betrag nach [Art. 43^{bis} Abs. 3 AHVG](#) erhöht.

8.1.2.3 Bezug einer Altersrente oder Ergänzungsleistungen

- 8012 Die Hilflosenentschädigung der AHV kann nur bei gleichzeitigem Bezug einer Altersrente oder von Ergänzungsleistungen ausgerichtet werden ([Art. 43^{bis} Abs. 1 AHVG](#)).
- 8013 Die Hilflosenentschädigung kann auch für die Zeit des Rentenvorbezuges gewährt werden. Dagegen kann keine Hilflosenentschädigung ausgerichtet werden, wenn die leistungsberechtigte Person den Aufschub der Altersrente verlangt hat.

8.1.3 Entstehung und Erlöschen des Anspruchs auf die Hilflosenentschädigung der AHV

8.1.3.1 Entstehung des Anspruchs

8.1.3.1.1 Während des Bezugs einer Altersrente oder von Ergänzungsleistungen

- 8014
1/11 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV entsteht mit dem ersten Tag des Monats, in dem eine leistungsberechtigte Person ununterbrochen während mindestens eines Jahres in leichtem Grade hilflos gewesen ist und alle übrigen Leistungsvoraussetzungen erfüllt sind.
- 8015
1/22 Für die Entstehung des Anspruchs auf eine Hilflosenentschädigung wegen Hilflosigkeit leichten, mittelschweren oder schweren Grades für altersrenten- oder ergänzungsleistungsberechtigte Personen, die bisher im Sinne einer Besitzstandsgarantie eine Hilflosenentschädigung wegen Hilflosigkeit leichten, mittelschweren oder schweren Grades bezogen haben, sind die für die Änderung des Invaliditätsgrades und das Revisionsverfahren in der IV massgebenden Regeln sinngemäss anwendbar (s. dazu KSH)
- 8016 Der Zeitpunkt des Leistungsbeginns hinsichtlich der Hilflosigkeit wird durch die zuständige IV-Stelle bestimmt.

8.1.3.1.2 Ablösung einer Hilflosenentschädigung der IV durch eine solche der AHV

- 8017 Die von der IV ausgerichtete Hilflosenentschädigung wird gleichzeitig mit der Entstehung des Anspruchs auf eine Altersrente oder auf Ergänzungsleistungen durch eine entsprechende Hilflosenentschädigung der AHV ersetzt.

8.1.3.1.3 Bei Wohnsitznahme in der Schweiz

- 8018 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV entsteht mit dem ersten Tag des Monats, in welchem der Wohnsitz und der Aufenthalt in die Schweiz verlegt wird, sofern die Voraussetzungen der Hilflosigkeit und des Bezugs einer Altersrente oder von Ergänzungsleistungen erfüllt sind.

8.1.3.1.4 Bei verspäteter Anmeldung

- 8019 Die Bestimmungen von Ziffer 10.5.1 Nachzahlung von Hilflosenentschädigungen der AHV finden bei verspäteter Anmeldung sowohl bezüglich Auszahlungsbeginn als auch Nachzahlung sinngemäss Anwendung.

8.1.3.2 Erlöschen des Anspruchs

8.1.3.2.1 Zeitpunkt

- 8020 Ist die leistungsberechtigte Person nicht mehr in mindestens leichtem Grade hilflos, so erlischt der Anspruch auf die Hilflosenentschädigung. Der Anspruch erlischt in solchen Fällen am ersten Tag des zweiten der Zustellung der Aufhebungsverfügung folgenden Monats.
- 8021 Hat eine leistungsberechtigte Person vor dem Bezug der Hilflosenentschädigung aufgrund der Besitzstandsgarantie im Sinne von ([Art. 43^{bis} Abs. 4 AHVG](#)) eine Hilflosenentschädigung der AHV bezogen und vermindert sich der

Grad der Hilflosigkeit, so ist diese entsprechend herabzusetzen oder aufzuheben (vgl. KSH). Ist die Hilflosenentschädigung ganz aufzuheben, so erlischt der Anspruch am ersten Tag des zweiten der Zustellung der Aufhebungsverfügung folgenden Monats.

- 8022 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV erlischt zudem mit Ablauf des Monats,
- 8023 – in welchem die leistungsberechtigte Person stirbt;
- 8024 – in welchem die Anspruchsvoraussetzungen für die Ergänzungsleistungen nicht mehr erfüllt sind;
- 8025 – in welchem eine leistungsberechtigte Person ihren Wohnsitz oder ihren Aufenthalt ins Ausland verlegt (die Bestimmungen in Teil 7, Abschnitt Ausserordentliche Renten gelten bezüglich Wohnsitz und Aufenthalt sinngemäss);
- 8026 – der demjenigen vorangeht, von welchem an der Betrag der ausfallenden Hilflosenentschädigung der AHV wegen Bezuges einer Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung an den Unfallversicherer zu überweisen ist.
- 8026.1 – Der Anspruch auf die Hilflosenentschädigung der AHV
1/13 entfällt für jeden vollen Kalendermonat des Aufenthaltes in der Heilanstalt ([Art. 67 Abs. 2 ATSG](#)).
- 8026.2 Der Anspruch auf die Hilflosenentschädigung leichten Grades der AHV (ohne Besitzstandsgarantie aus der IV, LA 89) entfällt, wenn die versicherte Person in ein Heim übertritt ([Art. 43^{bis} Abs. 1^{bis} AHVG](#)). Dabei sind die Bestimmungen des KSH anwendbar.

8.1.3.2.2 Zuständigkeit der IV-Stelle

- 8027
1/04 Den Zeitpunkt des Wegfalls der anspruchsberechtigten Hilflosigkeit sowie den Zeitpunkt und das Ausmass der Veränderung im Hilflosigkeitsgrad und den Zeitpunkt der Änderung des Aufenthaltsortes (im Heim oder zu Hause) bei Besitzstandsgarantiefällen bestimmt die IV-Stelle.

8.1.4 Die Bemessung der Hilflosenentschädigung

- 8028 Die Monatsbeträge der Hilflosenentschädigungen der AHV und IV sind in den Rententabellen enthalten.

8.2 Die Hilflosenentschädigung der IV

8.2.1 Zuständigkeit der IV-Stellen

- 8101 Zuständig für die Abklärung sämtlicher Anspruchsvoraussetzungen für die Hilflosenentschädigung der IV sind die IV-Stellen (vgl. [KSVI](#)).

8.2.2 Anspruch

- 8102 Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV besteht (sofern keine Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung beansprucht werden kann) wenn die invalide Person in mindestens leichtem Grade hilflos ist und die übrigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind.
- 8103 Invalide Personen, die bereits eine Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung beziehen, haben keinen Anspruch auf eine solche Entschädigung der IV. Hingegen kann der Unfallversicherer, der eine Hilflosenentschädigung der obligatorischen Unfallversicherung ausgerichtet, die Überweisung des Betrages der ausfallenden Hilflosenentschädigung der IV beantragen. Bezüglich des Verfahrens gilt das [KSHE](#).

- 8104 Invalide Personen, die bereits eine Hilflosenentschädigung der Militärversicherung beziehen, haben keinen Anspruch auf eine solche Entschädigung der IV.

8.2.3 Anspruchsvoraussetzungen

8.2.3.1 Grundsatz

- 8105 Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV haben in der Schweiz wohnhafte invalide Personen. Der Anspruch auf Hilflosenentschädigung der IV ist grundsätzlich unabhängig von der Erfüllung einer bestimmten Mindestbeitragsdauer oder einer bestimmten Wohnsitzdauer.
- 8106 Der Anspruch ist nicht vom Invaliditätsgrad einer Person abhängig. Grundsätzlich kann daher der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV auch einer hilflosen Person zustehen, die weniger als zu 40 Prozent invalid ist und keine Invalidenrente beanspruchen kann.

8.2.3.2 Ausnahme

- 8107 1/04 Für ausländische Staatsangehörige bestehen indessen bezüglich Mindestbeitragsdauer und Mindestaufenthaltsdauer zusätzliche Bedingungen. So können volljährige ausländische invalide Personen nur dann eine Hilflosenentschädigung der IV beanspruchen, wenn sie bis zum Eintritt des Versicherungsfalles der Hilflosigkeit
- 8108 – während mindestens 1 vollen Jahr Beiträge an die Versicherung geleistet haben, oder
- 8109 – sich seit mindestens 10 Jahren ununterbrochen in der Schweiz aufgehalten haben, wobei eine Beitragsleistung nicht erforderlich ist.
- 8110 1/20 Diese Sondervorschriften können durch Sozialversicherungsabkommen (Gleichbehandlung, vgl. www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/int/grundlagen-und-abkommen/sozialversicherungsabkommen.html) oder

spezielles innerstaatliches Recht für bestimmte oder einzelne Personengruppen (Flüchtlinge, Staatenlose) gemildert oder aufgehoben werden ([Art. 1 Abs. 1 FlüB](#)).

8.2.3.3 Wohnsitz und Aufenthalt

- 8111 Es haben nur die in der Schweiz wohnhaften Personen Anspruch auf die Hilflosenentschädigung der IV. Nebst dem Wohnsitz ist auch der tatsächliche Aufenthalt in der Schweiz erforderlich. Für kurzfristige Auslandsaufenthalte gelten die Bestimmungen von Rz 7112 und 7114 sinngemäss.

8.2.4 Mindest- und Höchstalter

- 8112 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV entsteht frühestens am ersten Tag des der Vollendung des 18. Altersjahres folgenden Monats.
- 8113 Ein Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV kann nicht mehr entstehen, wenn der Versicherungsfall der Hilflosigkeit nach Ablauf des Monats eintritt, in welchem eine invalide Person das Rentenalter erreicht hat. In solchen Fällen ist allerdings zu prüfen, ob ein Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der AHV besteht.

8.2.5 Hilflosigkeit und Hilflosigkeitsgrad

8.2.5.1 Hilflosigkeit

- 8114 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV setzt voraus, dass die invalide Person vor Erreichen des Rentenalters gemäss Feststellung der IV-Stelle mindestens in leichtem Grade hilflos ist.

8.2.5.2 Hilflosigkeitsgrad

- 8115 Die Hilflosenentschädigungen der IV sind nach den drei Graden der leichten, mittelschweren und schweren Hilflosigkeit abgestuft. Der Grad der Hilflosigkeit wird von der zuständigen IV-Stelle bestimmt.

8.2.6 Entstehung und Erlöschen des Anspruchs auf Hilflosenentschädigung der IV

8.2.6.1 Entstehung des Anspruchs

- 8116 Der Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung der IV entsteht am ersten Tag des Monats, in dem die invalide Person mindestens in leichtem Grade hilflos geworden ist und alle übrigen Leistungsvoraussetzungen erfüllt sind. Der Anspruchsbeginn wird von der IV-Stelle bestimmt.

8.2.6.2 Bei verspäteter Anmeldung

- 8117 Die Bestimmungen von Ziffer 10.5.2 Nachzahlung von Hilflosenentschädigungen der IV finden bei verspäteter Anmeldung sowohl bezüglich Auszahlungsbeginn als auch bezüglich Nachzahlung sinngemäss Anwendung.

8.2.6.3 Erlöschen des Anspruchs

- 8118 Der Zeitpunkt des Wegfalls der leistungsbegründenden Hilflosigkeit wird durch die IV-Stelle bestimmt.

1/15 8.2.7 Bemessung der Hilflosenentschädigung der IV

- 8119 Die Hilflosenentschädigung für Versicherte, die wegen der Beeinträchtigung der Gesundheit zu Hause leben und dauernd auf lebenspraktische Begleitung angewiesen sind, beträgt bei schwerer Hilflosigkeit 80 Prozent, bei mittelschwerer Hilflosigkeit 50 Prozent und bei leichter Hilflosigkeit 20 Prozent des Höchstbetrages der Altersrente nach

[Art. 34 Abs. 3 und 5 AHVG](#). Die Hilflosenentschädigung für Versicherte, die sich in einem Heim ([Art. 35^{ter} IVV](#)) aufhalten, beträgt ein Viertel der genannten prozentualen Ansätze. Die Rententabellen enthalten die monatlichen Beträge der Hilflosenentschädigungen der IV und AHV.

8.3 Der Assistenzbeitrag

8.3.1 Im Allgemeinen

- 8120
1/12 Menschen mit Behinderung, die zu Hause leben und für ihre Alltagsbewältigung Drittpersonen anstellen, können einen Assistenzbeitrag beantragen.
- 8121
1/12 Der Assistenzbeitrag wird von der zuständigen IV-Stelle festgelegt und durch die ZAS ausbezahlt (siehe [KSZIL](#)).
- 8122
1/12 Anmeldungen und Anfragen in Bezug auf den Assistenzbeitrag sind an die zuständige IV-Stelle weiterzuleiten.

8.3.2 Assistenzbeitrag in der IV

- 8123
1/12 Anspruch auf einen Assistenzbeitrag der IV haben Versicherte, denen eine Hilflosenentschädigung der IV ausgerichtet wird und die zu Hause leben ([Art. 42^{quater} Abs. 1 IVG](#)). Hinsichtlich der genauen Anspruchsvoraussetzungen und dem Umfang der Leistungen wird auf das [KSAB](#) verwiesen.

8.3.3 Assistenzbeitrag in der AHV

- 8124
1/12 Für Altersrentnerinnen und Rentner kann kein neuer Anspruch auf einen Assistenzbeitrag entstehen.
- 8125
1/12 Hat eine Person bis zum Erreichen des Rentenalters oder bis zum Rentenvorbezug einen Assistenzbeitrag der IV bezogen, wird ihr ein Assistenzbeitrag der AHV höchstens im

bisherigen Umfang weitergewährt ([Art. 43^{ter} AHVG](#)). Betreffend den Anspruchsvoraussetzungen und der Bemessung siehe [KSAB](#).

8126 Für Verfügungen des Assistenzbeitrages im AHV-Alter ist
1/12 die kantonale Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons der versicherten Person zuständig. Die IV-Stelle führt jedoch die Abklärungen durch und erlässt die Verfügung im Namen der kantonalen Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons der versicherten Person. Dieses Vorgehen ist auch bei Einsprachen anzuwenden. Rz 1011, 1017 und 1019 [KSHA](#) sind sinngemäss anwendbar.

9. Die Verfügung und die Festsetzungsfrist

9.1 Im Allgemeinen

9001 Jede AHV- oder IV-Rente sowie jede Hilflosenentschädigung der AHV oder IV wird mit einer Verfügung zugesprochen. Dies gilt auch dann, wenn ein anderer Rentenbetrag, eine andere Rentenart oder ein anderer Betrag der Hilflosenentschädigung gewährt werden kann, eine bereits zugesprochene Rente oder Hilflosenentschädigung berichtigt wird oder eine erloschene Rente, wie z.B. eine Kinderrente, Witwen-, Witwer- oder Waisenrente wieder auflebt.

9002 Die Verfügungen über Renten und Hilflosenentschädigungen der IV werden durch die Ausgleichskasse unter Verwendung des Briefkopfs und Unterschriftenblocks sowie des Verfügungsteils der zuständigen IV-Stelle erlassen und versandt. Vorbehalten sind die Fälle, in welchen die IV-Stellen direkt verfügen (vgl. [KSVI](#)).

9003 Die Anpassung der Rente an die Lohn- und Preisentwicklung wird nur auf schriftliches Verlangen durch eine Verfügung bekanntgegeben ([Art. 51^{quater} AHVV](#)).

9.2 Inhalt der Verfügung

- 9004 Die Verfügung hat folgende obligatorische Angaben zu enthalten:
- 9005 – Offizieller Kopf der schweizerischen AHV/IV
- 9006 – Name und Postadresse der verfügenden Ausgleichskasse bzw. IV-Stelle
- 9007 – Name und Adresse der empfangsberechtigten Person des Originals der Verfügung
- 9008 – Datum der Verfügung
- 9009 – Datum des Anspruchsbeginns und – bei ausschliesslicher Nachzahlung – Datum der Beendigung des Anspruchs
- 9010 – Angaben zur Leistung; es muss ersichtlich sein, ob es sich
1/22
 - um Leistungen der AHV oder der IV,
 - um ordentliche oder ausserordentliche Renten und Übergangsleistungen oder um eine Hilflosenentschädigung,
 - bei IV-Renten und Übergangsleistungen um ganze Renten oder prozentuale Anteile einer ganzen Rente handelt (gemäss den Angaben der IV-Stelle).
- 9011 – Angabe der rentenberechtigten Person (Name, Vorname, AHV-Nummer), der Rentenart (gesetzliche Bezeichnung), Betrag der Rente/Übergangsleistung oder der Hilflosenentschädigung
1/22
- 9012 – Hinweis, ob es sich um einen unplafonierten oder plafonierten Rentenbetrag handelt
- 9013 – Angabe, ob es sich um eine vorbezogene oder um eine aufgeschobene Rente handelt (beim Vorbezug Angabe des Kürzungssatzes bzw. beim Aufschub des Aufschubszuschlages)

- 9013.1 – Bei Witwen- und Witwerrenten Hinweis, dass der Anspruch bei einer allfälligen Wiederverheiratung/eingetragener Partnerschaft erlischt. Bei Witwer- und befristeten Witwenrenten ist zudem zu vermerken, dass der Anspruch spätestens mit Vollendung des 18. Altersjahres des jüngsten Kindes endet.
1/14
- 9013.2 – Bei Alters- und Invalidenrenten mit Verwitwetenzuschlag Hinweis, dass im Falle einer Wiederverheiratung/eingetragener Partnerschaft der Zuschlag entfällt.
1/20
- 9013.3 – Bei Waisen- und Kinderrenten Hinweis, dass der Anspruch mit Vollendung des 18. Altersjahres oder, sofern ab diesem Zeitpunkt weiterhin in Ausbildung, im Zeitpunkt des Ausbildungsabschlusses, spätestens jedoch mit Vollendung des 25. Altersjahres erlischt.
1/20
- 9013.4 – Bei Waisen- und Kinderrenten von über 18-jährigen, die sich noch in Ausbildung befinden, der Hinweis, dass der Anspruch erlischt, wenn das im Rahmen der Ausbildung erzielte Erwerbseinkommen den Betrag der maximalen vollen Altersrente übersteigt (Rz 3366 ff.)
1/20
- 9014 – Hinweis, dass die Auszahlung jeweils in den ersten 20 Tagen des Monats erfolgt (ausgenommen bei ausschliesslichen Nachzahlungen)
- 9015 – Zahladresse (Post- oder Bankkonto, Wohnadresse oder Drittempfänger)
- 9016 – Rechtsmittelbelehrung
- 9017 – Hinweis auf die Meldepflicht
- 9018 – Hinweis auf den Abzug der Quellensteuer sowie auf die Möglichkeit, von der Veranlagungsbehörde eine Verfügung über Bestand und Umfang der Steuerpflicht zu verlangen.

-
- 9019 Bei ordentlichen Renten sind je nach der Sachlage im Einzelfall sind folgende ergänzende Angaben erforderlich:
1/20
- 9020 aufgehoben
1/20
- 9021 – genaue Aufstellung über die zurückgelegten Beitragszeiten
- 9022 – die für die Ermittlung des durchschnittlichen Jahreseinkommens massgebende Beitragsdauer (in Jahren und Monaten)
- 9023 – das massgebende durchschnittliche Jahreseinkommen
- 9024 – Hinweis über die Anzahl berücksichtigter Erziehungs- und Betreuungsjahre
- 9025 – die anwendbare Rentenskala
- 9026 – bei Invalidenrenten der von der zuständigen IV-Stelle festgestellte Invaliditätsgrad in Prozenten
- 9027 Bei Hilflosenentschädigungen der von der zuständigen IV-Stelle festgestellte Grad der Hilflosigkeit (leicht, mittel oder schwer).
1/20
- 9028 Je nach den Gegebenheiten sind folgende ergänzende Angaben erforderlich:
1/20
- 9029 – Abrechnung über Nachzahlung und Verrechnung
- 9030 – Begründung von Kürzungen
- 9031 – Abrechnung über die Quellensteuer
- 9032 – Hinweise auf die im Einzelfall angewandten Sonderbestimmungen
- 9033 – Hinweis, falls mit der vorliegenden Verfügung eine frühere Verfügung ersetzt wird
- 9034 – Angabe der Empfänger von Verfügungskopien

-
- 9035 – Hinweis, dass der nichterwerbstätige und noch nicht rentenberechtigte Ehegatte nach dem Erreichen des Rentenalters des anderen Ehegatten nun grundsätzlich beitragspflichtig wird, sofern der rentenberechtigte Ehegatte nicht noch ein als Erwerbstätiger den doppelten Mindestbeitrag entrichtet ([Art. 3 Abs. 3 AHVG](#))
- 9036 – Kurze Begründung und Abrechnung über den geschuldeten Verzugszins.

9.3 Form der Verfügung

9.3.1 Im Allgemeinen

- 9101 Die Ausgleichskassen erstellen ihre Verfügungen mittels EDV-Ausdruck.
- 9102 Die Verfügung hat eine Rechtsmittelbelehrung zu enthalten.
- 9103 Für die Rechtsmittelbelehrung sind die Bestimmungen des 1/09 [KSRP](#), anwendbar.
- 9104 Die Belehrung über die Meldepflicht hat folgenden Text zum Inhalt:
- 9105 „Leistungsberechtigte Personen haben der Ausgleichskasse jede Änderung der Verhältnisse, welche den Wegfall, die Herabsetzung oder die Erhöhung zugesprochener Leistungen zur Folge haben kann, sowie Adressänderungen, unverzüglich zu melden. Dies ist insbesondere erforderlich bei
- 9106 – mehr als drei Monate dauerndem Auslandsaufenthalt oder Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland;
- 9107 1/14 – Todesfällen sowie Änderungen im Zivilstand (Verheiratung/eingetragene Partnerschaft, Scheidung) und in Pflegeverhältnissen, auch wenn bereits eine Meldung an andere Stellen erfolgt ist;

- 9108 – Unterbrechung oder Beendigung der Ausbildung von Kindern, für die nach dem 18. Altersjahr noch Leistungen ausgerichtet werden;
- 9109 – Änderungen in der Erwerbslage, der Arbeitsfähigkeit und im Gesundheitszustand, wenn IV-Renten oder Hilflosenentschädigungen zugesprochen wurden;
- 9110 – erneuter Hausgemeinschaft von richterlich getrennten Ehegatten/eingetragenen Partnerschaften, deren Renten nicht mehr den Plafonierungsbestimmungen unterlagen.“
1/14

9.3.2 Einzelverfügung und gemeinsame Verfügung

- 9111 Jede Rente und jede Hilflosenentschädigung wird grundsätzlich mit einer Einzelverfügung zugesprochen.
- 9112 Entsteht im gleichen Versicherungsfall der Anspruch auf mehrere Renten, so können diese mit einer gemeinsamen Verfügung zugesprochen werden, soweit hinsichtlich Empfangsberechtigung der Verfügung bzw. der Rentenzahlung und den Berechnungsgrundlagen völlige Übereinstimmung herrscht.

9.3.3 Verfügung in Sonderfällen

9.3.3.1 Bei Nachzahlung

- 9113 Ändert der Betrag einer nachzuzahlenden Leistung infolge allgemeiner Rentenanpassungen, so sind die Rentenbeträge für jede Periode gesondert anzugeben.
- 9114 Den Ausgleichskassen ist es freigestellt, die verschiedenen Rentenbeträge mit den Gültigkeitsdaten in der gleichen Verfügung aufzuführen oder für jede Periode eine gesonderte Verfügung zu erlassen.

9.3.3.2 Bei der Sistierung von Invalidenrenten während des Vollzugs einer Freiheitsstrafe oder Massnahme

- 9115
1/22 Die Sistierung der Rente ist der leistungsberechtigten Person mit anfechtbarer Verfügung bekanntzugeben. Einer Einsprache ist dabei die aufschiebende Wirkung zu entziehen. Ist die Rente noch nicht zugesprochen worden, so ist sie mit einer Verfügung, in der gleichzeitig die Sistierung festzuhalten ist, zuzusprechen (über das Vorgehen bei erstmaligem Entstehen des Rentenanspruchs während des Vollzugs einer Freiheitsstrafe oder Massnahme siehe KSIR). Bei bereits laufenden Renten ist die Sistierung mit einer Verfügung in Briefform bekanntzugeben.
- 9116 Die Aufhebung der Sistierung ist wahlweise mit einer Verfügung oder mit einer Verfügung in Briefform, in welcher die Aufhebung der Sistierung ausdrücklich zu erwähnen ist, bekanntzugeben. Hat sich indessen der Rentenbetrag seit der Sistierung infolge einer allgemeinen Renten Anpassung oder der Einkommensteilung verändert, so darf der hierfür erforderliche Verfügungserlass nicht mehr in Briefform erfolgen.

9.4 Verfügung nach der Revision der IV-Rente bzw. der Hilflosenentschädigung der AHV oder IV

- 9201 Hat die IV-Stelle eine IV-Rente oder Hilflosenentschädigung der AHV oder IV in Revision gezogen, so ist je nach dem Ergebnis der Revision wie folgt vorzugehen:

9.4.1 Bei unverändertem Anspruch

- 9202 Ist nach den Angaben in der Beschlusses-Mitteilung trotz unverändertem Anspruch eine Verfügung zu erlassen, so ist diese in Briefform zu erstellen.
- 9203
1/20 Eine Änderung des Invaliditätsgrades ist in jedem Fall auch an das zentrale Rentenregister zu melden und zwar sowohl hinsichtlich der Hauptrente als auch der Kinderrenten.

9204 aufgehoben
1/17

9.4.2 Beim Erlöschen des Anspruchs

9205 Erlischt der Anspruch auf die bisher bezogenen IV-Renten bzw. Hilflosenentschädigung der AHV oder IV vollständig, so ist in einer mit Rechtsmittelbelehrung versehenen Verfügung in Briefform mit ausreichender und allgemein verständlicher Begründung festzuhalten, dass der Anspruch mit Ablauf des zutreffenden Monats erlischt bzw. erloschen ist. Ohne anderslautenden Hinweis in der Mitteilung des Beschlusses der IV-Stelle erfolgt die Einstellung der Zahlungen mit Ablauf des Monats, der demjenigen folgt, in dem die Verfügung zugestellt wird.

9206 Bei quellensteuerpflichtigen Leistungen ist zudem die zuständige Steuerbehörde über den Wegfall des Leistungsanspruchs in Kenntnis zu setzen ([Rz 1061-1062 KSQST](#)).

9207 Für den Fall einer rückwirkenden Aufhebung des Leistungsanspruches ([Art. 88^{bis} Abs. 2 Bst. b IVV](#)) kann in der Verfügung auch die Rückerstattung geregelt werden.

9.4.3 Bei Änderung des Anspruchs

9208 Ändert das Ausmass des Anspruchs auf eine IV-Rente oder Hilflosenentschädigung der AHV oder IV, so wird die neue Leistung mit einer neuen Verfügung zugesprochen.

9209 Wird eine höhere Rente oder Hilflosenentschädigung als bisher zugesprochen (z.B. eine ganze IV-Rente anstelle des bisherigen prozentualen Anteil einer ganzen Rente von 50 Prozent), so erübrigt sich in der Regel eine besondere Begründung.

9210 Wird dagegen die Rente oder Hilflosenentschädigung auf einen geringeren Betrag herabgesetzt (z.B. eine Hilflosenentschädigung für eine Hilflosigkeit leichteren Grades anstelle einer solchen für eine Hilflosigkeit mittleren Gra-

des), oder wird der Betrag der Hilflosenentschädigung infolge Änderung des Aufenthaltsortes (zu Hause oder im Heim) angepasst, so ist die Begründung gemäss der Mitteilung des Beschlusses der IV-Stelle in der Verfügung festzuhalten.

- 9211 Sofern die Mitteilung des Beschlusses der IV-Stelle keinen besonderen Hinweis enthält, entsteht der Anspruch auf die *herabgesetzte* Leistung vom ersten Tag des zweiten der Zustellung der Verfügung folgenden Monats an. Der Anspruch auf die *erhöhte* Leistung entsteht dagegen grundsätzlich am ersten Tag des der Zustellung der Verfügung folgenden Monats.
- 9212 Für den Fall einer rückwirkenden Herabsetzung des Leistungsanspruchs kann in der gleichen Verfügung auch die Rückerstattung geregelt werden.
- 9212.1
1/22 Bei quellensteuerpflichtigen Leistungen ist bei der Erhöhung eines bisherigen prozentualen Anteils einer ganzen Rente auf eine ganze Rente die Entlassung aus der Quellensteuerpflicht zu vollziehen ([Rz 1016 KSQST](#)). Falls eine ganze IV-Rente auf einen tieferen prozentualen Anteil einer ganzen herabgesetzt wird, ist die Quellensteuerpflicht zu prüfen ([Rz 1014 ff. KSQST](#)).

9.5 Korrektur der Leistungsverfügung

9.5.1 Bei Änderung im Rentenbetrag

- 9213 Stellt sich nach Erlass der Verfügung heraus, dass der leistungsberechtigten Person eine falsche Rentenart (z.B. eine Hinterlassenenrente statt eine ganze Invalidenrente) oder ein falscher Leistungsbetrag zugesprochen wurde oder ist die Einzelrente zu plafonieren bzw. zu entplafonieren, so ist eine neue, berichtigte Verfügung zu erlassen, wobei durch das Anbringen des Vermerks „Ersetzt Verfügung vom ...“ die Verbindung zur früheren Verfügung herzustellen ist.

- 9214 Bei Kinder- und Waisenrenten, deren Beträge sich durch die Anwendung der Kürzungsregeln bei Überversicherung oder der Plafonierung verändern, ist sinngemäss vorzugehen.

9.5.2 Beim Wechsel in der Auszahladresse

- 9215 Wechselt der Auszahladressat, so ist dies den Betroffenen mittels Verfügung mitzuteilen.
- 9216
1/13 Dieses trifft insbesondere dann zu, wenn nach Erlass der Verfügung die Voraussetzungen für die Auszahlung an Dritte eintreten oder ein Auftrag zur Drittauszahlung erteilt wird. Ferner, wenn dem Ehegatten ein vom Zivilrichter festgesetzter Teil einer Alters- oder Invalidenrente ausbezahlt ist oder wenn die leistungsberechtigte Person unter umfassende Beistandschaft gestellt oder aus ihr entlassen wird.

9.5.3 Übrige Korrekturen

- 9217 Für andere Korrekturen und Änderungen (Änderung des massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommens oder des Invaliditätsgrades ohne Auswirkung auf den Rentenbetrag, Wechsel der IV-Stelle, Namens- und Adressänderungen usw.) ist hingegen keine Verfügung zu erlassen.

9.6 Entzug der aufschiebenden Wirkung

- 9218 In der Revisionsverfügung, mit der eine Rente herabgesetzt oder aufgehoben wird, ist einer Einsprache die aufschiebende Wirkung zu entziehen, indem folgender Vermerk anzubringen ist:
- 9219
1/22 „Einer gegen diese Verfügung gerichteten Einsprache oder Beschwerde wird gestützt auf [Art. 49 Abs. 5 ATSG](#) die aufschiebende Wirkung entzogen.“

9.7 Abweisungsverfügung

- 9301 Steht der leistungsberechtigten Person, welche eine Anmeldung eingereicht hat, keine AHV- oder IV-Rente bzw. keine Hilflosenentschädigung der AHV oder IV zu, so ist ihr dies mit einer begründeten Verfügung in Briefform und mit Rechtsmittelbelehrung mitzuteilen.
- 9302 Sind die versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist von der IV-Stelle ohne weitere Abklärungen eine abweisende Verfügung zu erlassen.
- 9303 Fehlen die versicherungsmässigen und persönlichen Voraussetzungen hingegen bei einer Leistung der AHV, ist die abweisende Verfügung durch die zuständige Ausgleichskasse zu erlassen.
- 9304 Bei Abweisungen aus wirtschaftlichen Gründen (keine Härtefallrente) kann zur Begründung eine Kopie des Berechnungsblattes verwendet werden.
- 9305 Hat die Ausgleichskasse bzw. die IV-Stelle Kenntnis davon, dass die Person, deren Leistungsgesuch abgelehnt wurde, anderweitige Ansprüche haben könnte (beispielsweise Ergänzungsleistungen) oder in absehbarer Zeit solche entstehen können, so teilt sie ihr dies mit.

9.8 Zustellung der Verfügung

9.8.1 Im Allgemeinen

- 9306 Die Person, deren Leistungsanspruch durch die Verfügung bejaht oder verneint wird, bzw. ihr gesetzlicher oder gewillkürter Vertreter, muss ausnahmslos eine Verfügung erhalten, selbst wenn – gemäss [Art. 67 Abs. 1 AHVV](#) oder [Art. 66 IVV](#) – Dritte die Anmeldung eingebracht haben sollten. Die Verfügung ist den Betroffenen sofort nach Erlass zuzustellen.

- 9307 Mit der Verfügung über eine Rente bzw. mit der Abweiserungsverfügung ist die leistungsberechtigte Person in geeigneter Weise über die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV zu informieren (beispielsweise durch Beilage eines Merkblattes).
- 9308 Mit der Verfügung sind verheiratete Rentenberechtigte in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, dass ihr Ehegatte gegebenenfalls neu Beiträge bezahlen muss, sofern er nicht ohnehin bereits erwerbstätig ist und selbst noch keinen Anspruch auf eine Altersrente hat. Zu diesem Zweck kann der Verfügung ein Merkblatt beigelegt werden.

9.8.2 Empfänger der Verfügung

- 9309 Die Verfügung ist sowohl bei der Zusprechung einer Leistung als auch bei deren Abweisung an folgende Personengruppen zuzustellen ([Art. 68 Abs. 3 AHVV](#); [Art. 76 Abs. 1 IVV](#)):
- 9310 Im Original:
- 9311 – der volljährigen, nicht durch einen Dritten vertretenen
1/13 leistungsberechtigten Person persönlich;
- 9312 – dem nicht durch einen Dritten vertretenen gesetzlichen
1/13 Vertreter der minderjährigen oder unter umfassender Beistandschaft stehenden leistungsberechtigten Person;
- 9313 – dem durch die leistungsberechtigte Person bzw. durch deren gesetzlichen Vertreter nachgewiesenermassen bevollmächtigten Vertreter (der leistungsberechtigten Person bzw. dem gesetzlichen Vertreter können Verfügungskopien zugestellt werden);

-
- 9314 in Kopie:
- 9315 – der leistungsberechtigten Person, sofern sie das Original nicht erhält, der Person oder Behörde, die gemäss [Art. 67 Abs. 1 AHVV](#) bzw. [Art. 66 IVV](#) den Leistungsanspruch geltend gemacht hat oder der die Rente oder Hilflosenentschädigung gemäss [Art. 1 ATSV](#) ausbezahlt wird;
- 9316 – der zuständigen Ausgleichskasse, welche die Rente oder Hilflosenentschädigung festgesetzt hat und ausbezahlt;
- 9317 – der zuständigen IV-Stelle, wenn die Ausgleichskasse gemäss [KSVI](#) für den Versand der Verfügung zuständig ist. In diesen Fällen ist der IV-Stelle eine vollständige Verfügung, d.h. inkl. der Beiblätter und Beilagen (aber ohne Merkblätter) zuzustellen;
- 9318
1/14 – dem Träger der obligatorischen Unfall-, Kranken-, Arbeitslosen- oder der Militärversicherung, sofern dessen Leistungspflicht berührt ist oder wenn das amtliche Meldeverfahren eingeleitet wurde. Die Unfall- und Rentennummer bzw. die MV-Nummer (s. Angaben in der Anmeldung zum Bezug von IV-Leistungen für Erwachsene) ist anzuführen;
- 9319
1/14 – bei IV-Renten dem Arzt oder der medizinischen Abklärungsstelle, die, ohne Durchführungsstelle zu sein, im Auftrag der Versicherung ein Gutachten erstellt haben.
- 9320 – bei IV-Renten der zuständigen Einrichtung der beruflichen Vorsorge, soweit die Verfügung deren Leistungspflicht nach [Art. 66 Abs. 2 und 70 ATSG](#) berührt. Steht die Zuständigkeit nicht fest, erfolgt die Zustellung an diejenige Einrichtung, bei welcher die versicherte Person zuletzt versichert war oder bei welcher Leistungsansprüche angemeldet sind;

- 9321 1/14 – weiteren Stellen nur auf Begehren und nach Massgabe des [KSSD](#) oder der Übereinkunft gemäss Anhang I zum [KSVI](#).
- 9322 – bei IV-Renten der zuständigen kantonalen Steuerbehörde;
- 9323 Eine Kopie der Verfügung ist den Steuerbehörden selbst dann zuzustellen, wenn es sich ausschliesslich um eine Nachzahlung handelt.
- 9324 Sofern auf der Verfügung keine Unterschrift erforderlich ist, sind die Ausgleichskassen für den Versand der Verfügung zuständig. In diesen Fällen ist auch die Ausgleichskasse für die Übermittlung der Verfügungskopie an die kantonalen Steuerbehörden zuständig.
- 9325 Ist hingegen die Unterschrift auf der Verfügung erforderlich, so ist die IV-Stelle für den Versand der Verfügung an die kantonalen Steuerbehörden zuständig. Die für die Erstellung der Verfügung zuständige Ausgleichskasse hat deshalb der IV-Stelle ein zusätzliches Exemplar zu übermitteln.
- 9326 Den Ausgleichskassen bzw. IV-Stellen steht es frei, ob sie den Steuerbehörden die Verfügungskopien laufend oder periodisch übermitteln wollen.
- 9327 Die Verfügungskopien dürfen in keinem Fall Angaben über das Gebrechen (vgl. [KSGLS](#)) enthalten.

9.9 Rücksendung der persönlichen Akten

- 9401 Spätestens mit der Verfügung sind der leistungsberechtigten Person die von ihr eingereichten persönlichen Belege (Familienbüchlein, Scheidungsurteil usw.) zurückzugeben.

9.10 Festsetzungsfrist

- 9402
1/08 Die Verfügungen über Renten und Hilflosenentschädigungen der AHV und IV sind in der Regel ohne Verzug spätestens nach 60 Tagen nach Eingang der Anmeldung bzw. des Beschlusses der IV-Stelle oder, falls der Anspruch erst später entsteht, bei Anspruchsbeginn zu erlassen.
- 9403
1/09 Um Verzögerungen in der Auszahlung von Rentenleistungen im Verrechnungsverfahren mit Sozialversicherungsträgern oder bevorschussenden Dritten zu vermeiden, kann vorerst nur die laufende Leistung verfügt und ausbezahlt werden. Über die Verrechnung mit dem Sozialversicherungsträger oder dem bevorschussenden Dritten ist anschliessend eine separate Verfügung zu erstellen (vgl. Rz 10077).
- 9404 Ist eine IV-Rente unter Anrechnung von ausländischen Versicherungszeiten festzusetzen und ist die Meldung über diese Versicherungszeiten noch ausstehend, ist in einem ersten Schritt die Leistung nur aufgrund der schweizerischen Versicherungszeiten festzusetzen und zu verfügen. Nach dem Eintreffen der Meldung über die ausländischen Versicherungszeiten ist sodann die IV-Rente aufgrund der totalisierten Versicherungszeiten neu festzusetzen und zu verfügen.

9.11 Provisorische Zahlungen (Vorschusszahlungen gemäss [Art. 19 Abs. 4 ATSG](#))

9.11.1 Geltungsbereich

- 9501 Lässt sich die AHV-Rente nicht fristgerecht festsetzen, so hat die Ausgleichskasse, falls der Anspruch an sich ausser Zweifel steht, nach Möglichkeit innert 30 Tagen, spätestens aber innert 60 Tagen nach der Einreichung der Anmeldung und aller erforderlichen Unterlagen oder nach Anspruchsbeginn die leistungsberechtigte Person über die Verzögerungsgründe zu benachrichtigen. Gleichzeitig ist sie darauf

hinzuweisen, dass sie bis zum Erlass der Rentenverfügung provisorische Zahlungen verlangen kann.

- 9502 Die gleiche Regelung gilt für IV-Renten, wobei die Frist von 30 bzw. 60 Tagen vom Eingang des Beschlusses der IV-Stelle an zu laufen beginnt.
- 9503 Für Hilflosenentschädigungen können keine provisorischen Zahlungen gewährt werden.
1/04

9.11.2 Höhe der provisorischen Zahlungen

9.11.2.1 Im Allgemeinen

- 9504 Steht fest, dass die Beitragsdauer einer leistungsberechtigten Person vollständig ist, so haben die provisorischen Rentenauszahlungen in der Regel im Betrage der gesetzlichen Mindestrente (Vollrente) zu erfolgen. Der Ausgleichskasse steht es indessen frei, den Betrag der provisorischen Zahlungen nach den ihr bekannten Erwerbseinkommen zu bemessen. Besteht Grund zur Annahme, dass die Beitragsdauer unvollständig ist, so dürfen die provisorischen Zahlungen den voraussichtlichen Betrag der ordentlichen Teilrente nicht übersteigen.
- 9505 Unterliegt die IV-Leistung des Versicherten der Quellensteuer, so ist diese auch auf den provisorischen Zahlungen zu erheben. Die leistungsberechtigte Person ist darüber in geeigneter Weise zu informieren.

9.11.2.2 Bei Mutationen

- 9506 Ist die bisherige Rente neu festzusetzen, so hat die Ausgleichskasse dafür zu sorgen, dass in den monatlichen Rentenzahlungen kein Unterbruch eintritt (z.B. erstmalige Einkommensteilung bei Ehegatten, Altersrente beim Tod eines Ehegatten; Ablösung einer IV- durch eine AHV-Rente). Kann die Neuberechnung nicht rechtzeitig erfolgen, so ist ohne besonderes Begehren der rentenberechtigten Person eine provisorische Rentenzahlung in der Höhe des
-

bisherigen bzw. eines im Verhältnis zur neuen Rente abgestuften Betrages zu leisten.

9.11.3 Vorgehen

- 9507 Provisorische Zahlungen (Vorschusszahlungen gemäss [Art. 19 Abs. 4 ATSG](#)) sind der rentenberechtigten Person ohne Verfügungscharakter in Briefform mitzuteilen. Dabei kann die Mitteilung folgenden Inhalt haben:
- 9508 „Sie haben sich am ... für eine ... angemeldet. Diese bemisst sich einerseits nach der Beitragsdauer und andererseits nach den Erwerbseinkommen und Erziehungs- und Betreuungsgutschriften. Da wir leider noch nicht im Besitz aller erforderlichen Angaben sind, richten wir Ihnen vorerst provisorische Rentenzahlungen aus. Bis zur definitiven Berechnung erhalten Sie im Monat Fr. ..., ausbezahlt. Nach erfolgter Rentenfestsetzung stellen wir Ihnen eine Rentenverfügung zu. Erst gegen diese kann eine Einsprache erhoben werden. Sollte die endgültige Rente höher sein als die provisorischen Zahlungen, wird Ihnen die Differenz nachbezahlt. Im umgekehrten Fall wird sie mit den laufenden Renten verrechnet.“
- 9509 Kann eine IV-Rente nicht fristgerecht ausbezahlt werden, so meldet dies die Ausgleichskasse der IV-Stelle, welche für die Mitteilung an die leistungsberechtigte Person zuständig ist.

10. Die Auszahlung, Nachzahlung, Rückerstattung und Verrechnung

10.1 Auszahlungsbestimmungen

10.1.1 Auszahlungsberechtigte Stelle

10.1.1.1 Grundsatz

10001 Die Renten und Hilflosenentschädigungen der AHV und IV werden durch die zuständige Ausgleichskasse ausbezahlt.

1/18 **10.1.1.2 aufgehoben**

10002 aufgehoben
1/18

10003 aufgehoben
1/18

10.1.2 Auszahlung der Renten und Hilflosenentschädigung an die leistungsberechtigte Person

10004 Die Renten und Hilflosenentschädigungen werden grundsätzlich an die rentenberechtigten Personen ausbezahlt und zwar auf deren Post- oder Bankkonto. Auf Verlangen der leistungsberechtigten Person können die Leistungen auch bar ausbezahlt werden.

10.1.2.1 Ausrichtung der Waisen- oder Kinderrenten

10005 Die *Waisenrente* wird dem gesetzlichen Vertreter des Kindes (überlebender Elternteil, Vormund) ausbezahlt. Volljährige Waisen in Ausbildung können die Auszahlung der Waisenrente an sich selbst verlangen, sofern die Voraussetzung der zweckgemässen Verwendung erfüllt wird. Sorgt der überlebende Elternteil nicht für die Kinder, so gelten die Vorschriften über die Auszahlung bei unzulässiger Verwendung ([Art. 20 ATSG](#)).

1/11 **Auszahlung Kinderrenten**

- 10006 Die *Kinderrenten* sind grundsätzlich zusammen mit der
1/13 Hauptrente auszuzahlen. Volljährige Kinder in Ausbildung können die Auszahlung der Kinderrente auf Gesuch hin an sich selbst verlangen. Vorbehalten bleiben abweichende zivilrichterliche Anordnungen oder solche des Kindes- oder Erwachsenenschutzes.
- 10007 Sind die Eltern des Kindes nicht oder nicht mehr miteinander verheiratet oder leben sie getrennt, so sind die Kinderrenten vorbehältlich abweichender zivilrichterlicher Anordnungen auf Verlangen dem nicht rentenberechtigten Elternteil auszuzahlen, wenn
- 10008 – dieser die (auch geteilte) elterliche Sorge besitzt und das
1/13 Kind bei ihm wohnt.
- 10009 – Die Kinderrente wird über die Volljährigkeit hinaus an
1/13 den nichtrentenberechtigten Elternteil ausbezahlt, wenn diese Auszahlungsmodalität schon vorher bestand und das Kind weiterhin in dessen Haushalt lebt. Das volljährige Kind kann jedoch auf Gesuch hin die Auszahlung an sich selbst verlangen.
- 10010 Geht aus den Rentenakten hervor, dass die Eltern getrennt leben, so hat die Ausgleichskasse den nichtrentenberechtigten Elternteil auf die Möglichkeit der direkten Auszahlung der Kinderrenten hinzuweisen.
- 10011 aufgehoben
1/14
- 10012 Nachzahlungen von Kinderrenten können grundsätzlich unter den gleichen Voraussetzungen an den nicht rentenberechtigten Elternteil erfolgen.
1/12
- 10013 Ist der rentenberechtigte Elternteil seiner Unterhaltspflicht nachgekommen, so kann er die Nachzahlung der Kinder-

rente im Umfang der tatsächlich erbrachten Leistungen beanspruchen. Belege über die erbrachten Leistungen können schriftlich einverlangt werden.

10014
1/05 Wurden die Unterhaltsleistungen von Dritten erbracht (z.B. Alimentenbevorschussung), sind diese zur Rückforderung berechtigt. Randziffer 10063 ff. findet dabei sinngemäss Anwendung.

10015
1/19 Übersteigt die Nachzahlung der Kinderrenten die Leistungen des unterhaltspflichtigen Elternteils oder der bevorschussenden Stelle, so kann dem Antrag des nichtrentenberechtigten Elternteils bzw. des volljährigen Kindes in der Höhe des Überschusses entsprochen werden.

1/08 **10.1.2.2 Ausrichtung der Zusatzrente in der AHV**

10016
1/08 Die *Zusatzrente für den Ehegatten* zur Altersrente wird grundsätzlich gemeinsam mit der Hauptrente ausbezahlt. Kommt der rentenberechtigte Ehegatte seiner Unterhaltspflicht gegenüber der Familie nicht nach oder leben die Ehegatten getrennt, so kann der nicht rentenberechtigte Ehegatte die Auszahlung der Zusatzrente an sich verlangen. Sind die Ehegatten hingegen geschieden, so wird die Zusatzrente von Amtes wegen dem nicht rentenberechtigten Ehegatten ausbezahlt. Abweichende zivilrichterliche Anordnungen bleiben vorbehalten ([Art. 22^{bis} AHVG](#)).

10017
1/08 Geht aus den Rentenakten hervor, dass die Ehegatten getrennt leben, so hat die Ausgleichskasse den nichtrentenberechtigten Ehegatten auf die Möglichkeit der direkten Auszahlung der Zusatzrente der AHV hinzuweisen ([AHI 5/2001 S. 232](#)).

-
- 10018 Als getrennt lebend gelten Ehegatten, wenn
- 10019 – der gemeinsame Haushalt der Ehegatten durch den Richter aufgehoben wurde;
- 10020 – die Ehe durch richterliche Verfügung ([Art. 176 ff. ZGB](#)) oder richterliches Urteil ([Art. 117 ff. ZGB](#)) vorübergehend oder auf unbestimmte Zeit getrennt ist;
- 10021 – eine Scheidungs- oder Trennungsklage anhängig ist ([Art. 111 und 117 ff. ZGB](#));
- 10022 – eine tatsächliche Trennung mindestens 1 Jahr ohne Unterbruch gedauert hat;
- 10023 – glaubhaft gemacht wird, dass eine tatsächliche Trennung längere Zeit dauern wird.

10.1.3 Auszahlung der Rente und Hilflosenentschädigung an Dritte

10.1.3.1 Auf Antrag der leistungsberechtigten Person

- 10024 Bei Vorliegen besonderer Umstände können die Renten und Hilflosenentschädigungen an einen von der leistungsberechtigten Person bezeichneten Dritten ausbezahlt werden, sofern
- 10025 – die Überweisung auf ein persönliches Post- oder Bankkonto nicht angezeigt ist,
- 10026 – nicht bereits die Voraussetzungen für die Auszahlung an einen Dritten erfüllt sind, weil die leistungsberechtigte Person entweder verbeiständet ist oder die Renten nicht zweckgemäss verwendet werden, und
- 10027 – keine Gefahr einer Umgehung des Abtretungsverbot ([Art. 22 ATSG](#)) besteht.
- 10028 aufgehoben
1/17

- 10029
1//07 Es ist von Vorteil, das Gesuch um Drittauszahlung mit dem Formular 318.182 geltend zu machen, da dieses mit dem Unterschriftenblock der leistungsberechtigten Person als auch der des Empfängers versehen ist.

10.1.3.2 Auf Antrag eines Dritten zur zweckgemässen Rentenverwendung

- 10030
1/08 Verwendet die rentenberechtigte Person die ihr ausgerichteten Leistungen (Rente, Zusatzrente der AHV, Kinderrente oder Hilflosenentschädigung) nicht für den eigenen Lebensunterhalt oder für den Unterhalt der Personen, für die sie zu sorgen hat, und fallen sie deswegen ganz oder teilweise der Fürsorge zur Last, so können die Leistungen einer geeigneten Drittperson oder Behörde ausgerichtet werden ([Art. 20 ATSG](#), [Art. 1 ATSV](#)). Dies trifft auch dann zu, wenn die rentenberechtigte Person nachweisbar nicht in der Lage sein sollte, die ihr ausgerichteten Leistungen für den eigenen Lebensunterhalt oder der Personen, für die sie zu sorgen hat, zu verwenden.
- 10031 Unzulässig ist dagegen in der Regel die direkte Auszahlung der Hilflosenentschädigung einer hospitalisierten, leistungsberechtigten Person an das Spital (ZAK 1973 S. 178).
- 10032
1/08 Die Tatsache allein, dass jemand von einer Fürsorgebehörde unterstützt wird, rechtfertigt noch nicht die Auszahlung an diese Behörde. Keine Gewähr für zweckgemässe Verwendung der Zusatzrenten der AHV und Kinderrenten liegt auch vor, wenn die leistungsberechtigte Person diese ihr zustehenden Leistungen nicht für den Unterhalt der Familie verwendet und diese deshalb in Not geraten. In solchen Fällen kann die Zusatzrente der AHV oder die Kinderrente direkt an den nicht rentenberechtigten Ehegatten bzw. den Vertreter der Kinder ausbezahlt werden.

- 10033 Die Auszahlung an Dritte zur Sicherstellung zweckgemässer Rentenverwendung kann grundsätzlich nur für noch nicht ausbezahlte Renten und Hilflosenentschädigungen verlangt und verfügt werden (ZAK 1978 S. 554). Hat die Ausgleichskasse Renten oder Hilflosenentschädigungen bereits der leistungsberechtigten Person ausgerichtet, so kann die Auszahlung dieser Leistungen an eine Drittperson oder Behörde nicht mehr nachträglich verlangt werden.
- 10034 Drittauszahlung der Rente oder Hilflosenentschädigung an einen Drittempfänger gemäss [Art. 20 ATSG](#) darf nur angeordnet werden, wenn die Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Ein entsprechender Antrag von Angehörigen oder Behörden muss einlässlich begründet sein. Die Ausgleichskasse hat dabei die angegebenen Verhältnisse sorgfältig zu prüfen. Art und Ergebnis der Prüfung muss aus den Akten hervorgehen.
- 10035 Der Drittempfänger muss die Rente oder Hilflosenentschädigung ausschliesslich für den laufenden Unterhalt der leistungsberechtigten Person selbst sowie der Personen, für die diese zu sorgen hat, verwenden. Die Verrechnung der Rente oder Hilflosenentschädigung mit Leistungen, die sie vor der Entstehung des Leistungsanspruchs für die leistungsberechtigte Person oder dessen Angehörige erbracht hat, ist unzulässig. Auf Verlangen der Ausgleichskasse hat er über die nähere Verwendung Bericht zu erstatten ([Art. 1 Abs. 2 ATSV](#)).
- 10036 Es ist von Vorteil, das Gesuch um Drittauszahlung mit dem Formular 318.182 geltend zu machen, da dieses mit dem Unterschriftenblock der leistungsberechtigten Person als auch der des Empfängers versehen ist.
- 10037 Zur Orientierung über die Möglichkeiten der Drittauszahlung und über das dabei zu befolgende Verfahren steht ein Merkblatt der AHV-Informationsstelle zur Verfügung. Dieses enthält auch Angaben über das Taschengeld.

1/17 **10.1.4 Auszahlung auf Anordnung der Kindes- und Erwachsenenenschutzbehörde KESB**

10038
1/13 Die Erwachsenenenschutzbehörde kann schon vor einer bevorstehenden Unterstellung unter Beistandschaft im Rahmen vorsorglicher Massnahmen besondere Anordnungen über die Auszahlung der Rente treffen. Diese sind für die Ausgleichskasse verbindlich.

10.1.4.1 Auszahlung an Beistand

10039
1/13 Steht die rentenberechtigte Person unter umfassender Beistandschaft gemäss [Art. 398 ZGB](#), so ist die Rente oder die Hilflosenentschädigung dem Beistand auszurichten, soweit dieser nicht die Auszahlung an einen von ihm bezeichneten Dritten, eine Behörde oder verbeiständete Person selbst verlangt ([Art. 1 ATSV](#)). Der Beistand ist in solcher Anordnung frei.

10040
1/13 An einen Beistand gemäss [Art. 393 – 397 ZGB](#) können die Renten nur ausbezahlt werden, wenn ihr Verfügungsrecht über die Rente durch einen rechtskräftigen Titel ausgewiesen oder die Auszahlung der Rente an den Beistand von der zuständigen Erwachsenenenschutzbehörde angeordnet wird.

10041
1/13 An eine vorsorgebeauftragte Person kann die Rente nur im Rahmen des Vorsorgeauftrages ausbezahlt werden ([Art. 360 ff. ZGB](#)).

10042
1/07 Wird durch die Behörde die Drittauszahlung der Rente oder Hilflosenentschädigung verlangt, so ist es von Vorteil, das dazu vorhandene Formular 318.182 zu verwenden, da dieses mit dem Unterschriftenblock der leistungsberechtigten Person als auch der des Empfängers versehen ist.

10.1.4.2 Taschengeld

- 10043 1/13 Erfolgt die Auszahlung der Rente an einen Beistand oder eine Fürsorgestelle, so soll in der Regel der rentenberechtigten Person ein Teil der Rente als Taschengeld, d.h. eine bestimmte Quote der Rente zukommen und zu ihrer freien Verfügung stehen. Die Höhe des Taschengeldes entspricht einem Viertel des Mindestbetrages der Altersrente und wird in einem Merkblatt bekanntgegeben. Das Taschengeld soll diesen Mindestbetrag pro Person nicht unterschreiten, gleichgültig, ob sie alleinstehend oder verheiratet ist.
- 10044 Die Auszahlung des Taschengeldes obliegt dem Drittempfänger der Rente. Dieser kann von einer Ausrichtung des Taschengeldes absehen oder dieses kürzen, wenn dessen zweckgemässe Verwendung durch den Rentenberechtigten in Frage gestellt wäre.
- 10045 Die Erledigung von Beschwerden wegen des Taschengeldes fällt nicht in die Zuständigkeit der Ausgleichskassen.
- 10046 Beschwerden sind zu richten
- 10047 1/13 – von Rentenberechtigten mit Beistand an die zuständige Erwachsenenenschutzbehörde;
- 10048 – von Rentenberechtigten, deren Rente einer Fürsorgestelle ausbezahlt wird, an die zuständige Fürsorgebehörde der Gemeinde oder an die zuständige kantonale Aufsichtsinstanz.
- 10049 Die Ausgleichskassen haben für die Weiterleitung an die zuständige Stelle besorgt zu sein, wenn solche Beschwerden bei ihnen eingehen, und dem Rentenberechtigten davon Kenntnis zu geben.
- 10050 Anders verhält es sich, wenn die rentenberechtigte Person oder ihr gesetzlicher Vertreter, nachdem eine Verfügung über Drittauszahlung bereits rechtskräftig geworden ist, geltend machen, die Rente oder Hilflosenentschädigung

dürfe nicht oder nicht in dieser Höhe einem Dritten ausbezahlt werden. In diesem Fall hat die Ausgleichskasse die getroffene Regelung unter Berücksichtigung der zweckgemässen Rentenverwendung zu überprüfen und das Ergebnis der rentenberechtigten Person verfügungsweise mit Rechtsmittelbelehrung mitzuteilen.

1/11 **10.1.5 Auszahlung auf richterliche Anweisung**

10051 Die Anweisungen des Zivilrichters über die Auszahlung der
1/11 Renten des Ehegatten, welcher seine Unterhaltspflicht während der Eheschutzmassnahme gegenüber seiner Familie nicht erfüllt, sind für die Ausgleichskasse verbindlich ([Art. 177 ZGB](#)).

10052 Gleiches gilt für die Renten der Eltern, welche die Sorge für
1/11 ihr Kind vernachlässigen ([Art. 291 ZGB](#)).

10053 Hingegen darf der in einem Scheidungsurteil festgehaltenen zivilrichterlichen Anweisung, Renten des unterhaltspflichtigen Ex-Ehepartners an den unterhaltsberechtigten Ex-Ehepartner auszurichten ([Art. 132 ZGB](#)), nicht gefolgt werden ([Art. 20 ATSG](#) und Urteil des BGer [5P. 474/2005](#) vom 8. März 2006).

10.1.6 Ausrichtung der Nachzahlungen an Dritte

10.1.6.1 An Durchführungsstellen anderer Sozialversicherungsträger

10054 Hinsichtlich der Verrechnung von Nachzahlungen mit Rückforderungen von Durchführungsstellen der obligatorischen Unfallversicherung, der Militärversicherung und der Krankenversicherung und des Verfahrens wird auf

10055 – das [Kreisschreiben an die AHV/IV-Organen über das Meldesystem und das Verrechnungswesen zwischen AHV/IV und obligatorischer Unfallversicherung \(UV\)](#),
1/09

-
- 10056 – das [Kreisschreiben an die AHV/IV-Organen über die Verrechnung von Nachzahlungen der AHV und IV mit Leistungsrückforderungen der Militärversicherung \(MV\)](#), und
1/09
- 10057 – das [Kreisschreiben an die AHV/IV-Organen über die Verrechnung von Nachzahlungen der IV mit Leistungsrückforderungen von zugelassenen Krankenkassen](#) verwiesen. Als solche gelten nur Krankenversicherer, die gestützt auf das Bundesgesetz über die Krankenversicherung Leistungen der Krankengrundversicherung erbringen. Nicht als Sozialversicherungsträger tritt hingegen eine Krankenkasse auf, die Leistungen gemäss Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag gewährt (z.B. Leistungspflicht gestützt auf eine vom Arbeitgeber für seine Arbeitnehmer/-innen abgeschlossene Kollektivtaggeldversicherung; vgl. Rz 10064). Deren Verrechnungsansprüche richten sich nach den Bestimmungen über die bevorschussenden Dritten (Rz 10063 ff.).
1/09
- 10058 Besondere Vorsicht ist deshalb bei Verrechnungsanträgen geboten, in denen der Versicherungsträger sowohl als Sozialversicherungsträger als auch als bevorschussender Dritter auftreten kann. Für den gleichen Versicherungsträger können unter Umständen unterschiedliche Verfahrensvorschriften zur Geltendmachung der Verrechnungsansprüche zur Anwendung gelangen. Die Ausgleichskasse hat daher zu prüfen, welches Verfahren anzuwenden ist.
- 10059 Für Verrechnungsanträge von Durchführungsstellen der EL, der Familienzulagen in der Landwirtschaft (FL) und der Arbeitslosenversicherung (ALV) gelten die Regelungen dieser aufgeführten Kreisschreiben sinngemäss.
- 10060 Gesuche um Ausrichtung von Nachzahlungen von den Durchführungsstellen anderer Sozialversicherungsträger haben Vorrang vor solchen der bevorschussenden Dritten.
- 10061 Sofern jedoch noch Forderungen der AHV oder der IV ausstehen, können diese in jedem Fall vorrangig verrechnet werden, d.h. vor den Verrechnungsansprüchen anderer Sozialversicherungsträger ([BGE 141 V 139](#)).
1/09

- 10062 1/21 Unterliegt die leistungsberechtigte Person der Quellensteuerpflicht, so ist zudem [Rz 1038 KSQST](#) zu beachten.

10.1.6.2 An bevorschussende Dritte

- 10063 1/09 Die von einem Arbeitgeber, einer Vorsorgeeinrichtung des Arbeitgebers oder einer öffentlichen oder privaten Fürsorgestelle oder einer Haftpflichtversicherung mit Sitz in der Schweiz erbrachten Vorschussleistungen können bis zum Betrag der für *die gleiche Periode* nachzuzahlenden Renten direkt zurückerstattet werden.
- 10063.1 1/13 „Die gleiche Periode“ bzw. „zeitliche Kongruenz“ bedeutet, dass die gesamte Verrechnungszeitspanne als einheitliches Ganzes zu behandeln und die Rentennachzahlung nicht nach Monaten oder Kalenderjahren aufzuteilen ist. Eine Aufteilung des Zeitraumes hat nur – aber jedes Mal – dann Platz zu greifen, wenn die Ausrichtung von Leistungen eines bevorschussenden Dritten unterbrochen wurde (AHI 1995 S. 190 ff. bzw. [BGE 121 V 17](#)).
- 10064 Als bevorschussender Dritter gilt in der Regel auch eine zugelassene Krankenkasse, mit welcher der Arbeitgeber eine Kollektivtaggeldversicherung abgeschlossen hat.
- 10065 Als Vorschussleistungen, die dem bevorschussenden Dritten direkt zurückvergütet werden können, gelten in diesem Zusammenhang
- 10066 – die in Erwartung der noch ausstehenden Rente gewährten freiwilligen Leistungen, welche die leistungsberechtigte Person unter Vorbehalt der Rückerstattung entgegengenommen hat und sofern sie der direkten Vergütung an den bevorschussenden Dritten unterschriftlich zustimmt;

- 10067 – vertraglich oder gesetzlich erbrachte Leistungen, soweit aus dem Vertrag oder Gesetz ein eindeutiges *Rückforderungsrecht infolge Nachzahlung der Rente* abgeleitet werden kann (eine vertragliche oder gesetzliche Überversicherungsklausel allein genügt hingegen nicht).
- 10068 Als vertraglich erbrachte Leistungen gelten etwa solche, die gestützt auf allgemeine Versicherungsbedingungen für eine Kollektivtaggeldversicherung, als Unfallversicherung im überobligatorischen Bereich oder Statuten einer Pensionskasse ausgerichtet worden sind. Bei den gestützt auf eine gesetzliche Regelung erbrachten Leistungen sind insbesondere solche der öffentlichen Sozialhilfe zu erwähnen.
- 10068.1 Ob es sich bei der Leistung eines Dritten um eine Vorschussleistung handelt, kann erst beurteilt werden, wenn 1/10 sämtliche Drittauszahlungsbegehren vorliegen. Steht nämlich fest, dass der Dritte seine Zahlung im gleichen Umfang auch dann hätte erbringen müssen, wenn die Rente ab Anspruchsbeginn geflossen wäre, handelt es sich nicht um eine Vorschussleistung.
- 10068.2 Muss beispielsweise die Krankentaggeldversicherung ab 1/10 IV-Rentenbeginn vertraglich nur die Differenz zwischen der Rente und dem vereinbarten Taggeld bezahlen und reicht die Nachzahlungssumme nur zur Begleichung der Leistungen der Krankentaggeldversicherung, handelt es sich bei den im gleichen Zeitraum von der Sozialhilfe übernommenen ungedeckten Ausgaben nicht um eine Vorschussleistung ([AHV-Mitteilung Nr. 241](#)).
- 10069 Die unterschriftliche Zustimmung ist immer dann erforderlich, wenn sich aus Vertrag oder Gesetz kein ausdrücklicher direkter Rückforderungsanspruch gegenüber der AHV oder der IV ergibt.

-
- 10070
1/07 Der bevorschussende Dritte, der Anspruch auf die Rückerstattung seiner Vorschussleistungen erhebt, hat dies der zuständigen Ausgleichskasse auf jeden Fall vor Erlass der Rentenverfügung schriftlich anzukündigen. Es ist von Vorteil, wenn er dazu das Formular 318.183 verwendet (AHI 1993 S. 87).
- 10071 Dem Gesuch um Auszahlung von Nachzahlungen an bevorschussende Dritte kann nur stattgegeben werden, soweit die Nachzahlung nicht von einer Durchführungsstelle eines anderen Sozialversicherungsträgers beansprucht wird.
- 10072
1/07 Sobald Höhe und Dauer des rückwirkenden Rentenanspruchs feststehen, aber noch vor Erlass der Rentenverfügung, lädt die Ausgleichskasse den bevorschussenden Dritten ein, seine Rückforderungsansprüche innert 20 Tagen betragsmässig bekanntzugeben und entweder sein Rückforderungsrecht zu belegen oder die unterschriftliche Zustimmung des Versicherten beizubringen. Die Einladung kann unter Verwendung des Formulars 318.183 erfolgen.
- 10073 Einem Gesuch um direkte Überweisung an bevorschussende Dritte darf nur stattgegeben werden, wenn die formellen und materiellen Voraussetzungen dazu ausnahmslos erfüllt sind. Insbesondere ist zu prüfen, ob es sich um Vorschussleistungen handelt und diese tatsächlich für die gleiche Periode erbracht wurden, während der die Rente nachbezahlt werden kann. Die Rente des Verfügungsmonates bildet nicht Gegenstand der Verrechnung.
- 10074
1/15 Grundsätzlich kann bei Vorschussleistungen eines bevorschussenden Dritten auch die Nachzahlung der Zusatzrente der AHV und der Kinderrenten mit dem Vorschuss verrechnet werden. Sind indessen die Voraussetzungen zur Getrenntauszahlung der Zusatzrente der AHV und der Kinderrenten erfüllt (Rz 10006 ff.), so bilden diese nicht Gegenstand der Verrechnung.

- 10075
1/10 Haben mehrere bevorschussende Dritte ein Gesuch um Überweisung der Nachzahlung eingereicht und erfüllen die Gesuchsteller alle Voraussetzungen dazu, so ist die Nachzahlung unter den bevorschussenden Dritten im Verhältnis zu den erbrachten Vorschussleistungen aufzuteilen; vorbehalten bleiben Rz 10068.1 und 10068.2).
- 10076
1/04 Die vorgenommene Verrechnung ist dem bevorschussenden Dritten unter Zusendung einer Verfügungskopie mitzuteilen. Auch eine Abweisung des Gesuchs ist ihm mit einer Verfügungskopie bekanntzugeben.
- 10077 Um Verzögerungen bei der Auszahlung der Rentenleistungen zu verhindern, kann in einem ersten Schritt nur die laufende Rente, die nicht Gegenstand der Verrechnung bildet, verfügt werden. In diesem Fall ist aber über die Nachzahlung immer eine separate Verfügung zu erlassen.
- 10078
1/04 Den bevorschussenden Dritten ist grundsätzlich eine Verfügungskopie zuzustellen. Ist der Leistungsempfänger mit der Nachzahlung oder der Drittauszahlung nicht einverstanden, so kann er eine Einsprache gegen die Verfügung der Ausgleichskasse oder IV-Stelle erheben. Im Gegensatz zum Verrechnungsverfahren mit Durchführungsstellen anderer Sozialversicherungsträger ist ein Hinweis, wonach die Einsprache gegenüber dem bevorschussenden Dritten zu erheben sei, unzulässig.
- 10079
1/21 Unterliegt die leistungsberechtigte Person der Quellensteuerpflicht, so ist zudem [Rz 1038 KSQST](#) zu beachten.

10.1.7 Zeitpunkt der Auszahlung

- 10080
1/04 Die Zahlungsaufträge sind so zu erteilen, dass die laufenden Renten und Hilflosenentschädigungen möglichst regelmässig zur gleichen Zeit, spätestens aber bis zum 20. Tag des Monats ([Art. 72 AHVV](#); [Art. 82 IVV](#)) zur Auszahlung gelangen.

10.1.8 Gleichzeitige Ausrichtung anderer Sozialleistungen

- 10081 Die Ausgleichskassen können Ergänzungsleistungen zu den AHV- und IV-Renten sowie andere periodische Leistungen, die sie aufgrund einer ihnen vom Kanton oder Gründerverband übertragenen weiteren Aufgabe dem Berechtigten auszurichten haben, zusammen mit der Rente oder Hilflosenentschädigung der AHV oder IV überweisen ([Art. 75 AHVV](#); [Art. 82 IVV](#)).
- 10082 Um Unklarheiten über den gesamthaft zur Ausrichtung gelangenden Betrag zu vermeiden, ist der rentenberechtigten Person oder ihrem gesetzlichen Vertreter in geeigneter Weise Aufschluss über die Zusammensetzung dieses Betrages zu geben.
- 10083 Die spätere Änderung der Ausrichtung der Rente und Hilflosenentschädigung wird mit einer Verfügung in Briefform eröffnet.

10.2 Zahlungsverkehr

10.2.1 Im Allgemeinen

- 10101 Die Renten und Hilflosenentschädigungen werden grundsätzlich auf ein Post- oder Bankkonto der leistungsberechtigten Person ausgerichtet. Auf ausdrückliches Verlangen der rentenberechtigten Person können die Leistungen hingegen auch bar ausbezahlt werden.
- 10101.1 Renten und andere Geldleistungen werden den im Ausland wohnenden Personen durch die Schweizerische Ausgleichskasse ausbezahlt. Barauszahlungen ins Ausland sind nicht möglich.
- 10101.2 Die Leistungen werden in Schweizer Franken festgelegt. Werden sie ins Ausland ausgerichtet, erfolgt die Zahlung in der Währung des Wohnstaates der leistungsberechtigten Person oder in einer anderen einlösbaren Währung. Die

Umrechnung in die Fremdwährung wird durch die Finanzpartner zum Tageskurs am Ausführungsdatum vorgenommen.

10101.3 Die mit der Auszahlung von Leistungen verbundenen Spesen gehen zu Lasten der Schweizerischen Ausgleichskasse. Vorbehalten bleiben allfällige Gebühren, welche das Finanzinstitut der leistungsberechtigten Person erhebt.

10102 Die Renten und Hilflosenentschädigungen dürfen dagegen nicht ausbezahlt werden, wenn und solange der Aufenthaltsort der anspruchsberechtigten Person unbekannt ist.

1/08 **10.2.2 Zahlungsverkehr mit der Post**

10.2.2.1 Benützung des Elektronischen Zahlungsauftrags (EZAG)

10103 Für die Benützung des Elektronischen Zahlungsauftrages (EZAG) der Postfinance durch die Durchführungsstellen der AHV/IV/EO sind ausschliesslich die [EZAG](#) massgebend. Dies trifft auch für die Benützung der Datenfernübertragung (Dfü) zu.

10.2.2.2 Nachweis der Zahlung

10104 Die Rentenzahlung wird durch eine kasseneigene EDV-Liste und den Verrechnungsausweis der Postfinance bzw. eine Kopie des Übertragungsprotokolls der Datenfernübertragung (Dfü) nachgewiesen.

10.2.3 Zahlungsverkehr mit der Bank

10105 Überweisungen auf ein Bankkonto können auch über den Datenträgeraustausch der Banken (DTA) geleitet werden. Dabei gelten für den Zahlungsnachweis die einschlägigen Bestimmungen der [EZAG](#) sinngemäss anwendbar.

10.2.4 Andere automatisierte Verfahren

- 10106 Ausgleichskassen, welche für die Rentenzahlungen andere automatisierte Verfahren benützen wollen, setzen sich vor-gängig mit dem BSV in Verbindung.

10.2.5 Barauszahlung

- 10107 1/18 Ordentliche und ausserordentliche AHV- und IV-Renten so-wie Hilflosenentschädigungen der AHV und IV können auf Verlangen der rentenberechtigten Person bar ausbezahlt werden (vgl. Rz 3005 ff [KSPF](#)).
- 10108 Die rentenberechtigte Person hat die Barauszahlung mit besonderem Gesuch zu beantragen.
- 10109 Für leistungsberechtigte Personen, die in der Schweiz wohnen und die für die übliche Postzustellung am Wohnort oder dessen Bereich dauernd ein eigenes Postfach unterhalten, können die Ausgleichskassen die persönliche Auszahlung an die Postfachadresse zulassen. Auszahlungen „postlagernd“ sind dagegen nicht zulässig.
- 10110 Der Antrag auf Barauszahlung kann durch die leistungsbe-rechtigte Person jederzeit schriftlich widerrufen werden.

10.3 Nachzahlung von AHV-Renten

10.3.1 Grundsatz

- 10201 Geschuldete, aber nicht geleistete AHV-Renten werden im Rahmen einer fünfjährigen Frist nachbezahlt ([Art. 46 Abs. 1 AHVG](#); [Art. 77 AHVV](#)). Meldet sich eine leistungsbe-rechtigte Person erst nach der Entstehung des Renten-an-spruchs an oder zeigt sich nachträglich, dass sie eine zu geringe Rente bezogen hat, so hat die Ausgleichskasse grundsätzlich alle unverjährten Rentenbeträge von sich aus nachzuzahlen.

- 10202 Ist die leistungsberechtigte Person gestorben, so geht die Zahlung an die Erben oder deren Vertreter. Die Ausgleichskasse hat sich allenfalls vor Verfügungserlass und vor der Ausrichtung des Nachzahlungsbetrages an die für Erbschaftsangelegenheiten zuständige Behörde zu wenden.
- 10203 Eine Fürsorgebehörde kann dagegen nach dem Tode der leistungsberechtigten Person nicht mehr aufgrund von [Art. 67 Abs. 1 AHVV](#) die Nachzahlung nicht geleisteter Renten verlangen (ZAK 1958 S. 182).

10.3.2 Verjährungsfrist

- 10204 Der Anspruch auf die Nachzahlung erlischt mit Ablauf von fünf Jahren seit Ende des Monats, für welchen die Rente geschuldet ist.
- 10205 Wird die Rente erst nach mehr als fünf Jahren seit der Entstehung des Rentenanspruchs geltend gemacht, so wird sie für die dem Monat der Anmeldung vorangehenden fünf Jahre nachbezahlt.
- 10206 Wird die Ausgleichskasse von der leistungsberechtigten Person darauf aufmerksam gemacht, dass sie eine zu niedrige Rente ausrichtet, so erfolgt die Nachzahlung für die dem Monat der Meldung vorangehenden fünf Jahre.
- 10207 Bei nachträglichen IK-Eintragungen von Kapitalgewinnen (ZAK 1990 S. 249) ist die Nachzahlungsfrist vom Zeitpunkt an zu berechnen, an welchem die Meldung der Steuerbehörde bei der Ausgleichskasse eingeht.
- 10208 Diese Regeln gelten auch für Fälle, in denen die bisherige Altersrente eines Ehegatten rückwirkend neu festgesetzt werden muss, weil der nun ebenfalls rentenberechtigte andere Ehegatte sich verspätet für den Bezug einer Alters- oder IV-Rente angemeldet hat. Die aufgrund der Einkommensteilung höher ausfallende neue Altersrente kann aber

nur im Rahmen der Verjährungsbestimmungen nachbezahlt werden.

- 10209 1/16 Stellt die Ausgleichskasse selber, d.h. von sich aus, fest, dass sie eine zu niedrige Rente ausbezahlt hat, ist die Nachzahlungsperiode ab dem Datum der Nachzahlungsverfügung zu bestimmen. So kann z.B. im März 2016 eine Nachzahlung frühestens ab 1. März 2011 verfügt werden.

10.3.3 Nachzahlungsbetrag

- 10210 Die nachzuzahlenden Renten sind nach den in den Nachzahlungsperioden jeweils massgebenden Bemessungsregeln und Rententabellen zu bestimmen. Wird eine Rente geltend gemacht, auf die der Anspruch einige Jahre zuvor entstanden ist, so wird der Betrag der Rente nach den im Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs geltenden Bemessungsregeln und Rententabellen festgesetzt und auf den neuesten Stand gebracht.
- 10211 Wird der leistungsberechtigten Person rückwirkend für die gleiche Zeit eine höhere Rente als bisher zugesprochen oder wird eine provisorische Zahlung nach Erlass der Rentenverfügung rückwirkend durch eine höhere Rente abgelöst, so ist jeweils nur die Differenz zwischen der Summe der bisher erbrachten Leistungen und der neu festgesetzten Renten nachzuzahlen.

1/08 10.4 Nachzahlung von rückwirkend erhöhten IV-Renten

- 10301– aufgehoben
10303
1/08

1/08 **10.4.1 Grundsatz**

10304 Wurden zu niedrige Renten zugesprochen oder wurden
1/08 verfügte oder geltend gemachte Leistungen nicht bezogen,
so können sie noch innert fünf Jahren nachbezahlt werden.
Randziffer 10204 ff. gilt sinngemäss.

1/08 **10.4.2 Nachzahlungsbetrag**

10305 Die nachzuzahlenden Renten sind nach den in den Nach-
zahlungperioden jeweils massgebenden Bemessungsre-
geln und Rententabellen zu bestimmen. Wird eine Rente
geltend gemacht, auf die der Anspruch einige Jahre zuvor
entstanden ist, so wird der Betrag der Rente nach den im
Zeitpunkt der Entstehung des Anspruchs geltenden Be-
messungsregeln und Rententabellen festgesetzt und auf
den neuesten Stand gebracht.

10306 Wird der leistungsberechtigten Person rückwirkend für die
gleiche Zeit eine höhere Rente als bisher zugesprochen
oder wird eine provisorische Zahlung nach Erlass der Ren-
tenverfügung rückwirkend durch eine höhere Rente abge-
löst, so ist jeweils nur die Differenz zwischen der Summe
der bisher erbrachten Leistungen und der neu festgesetz-
ten Renten nachzuzahlen.

1/08 **10.5 Nachzahlung von Hilflosenentschädigungen**

1/08 **10.5.1 In der AHV**

10401 Meldet sich eine hilflose Person mehr als zwölf Monate
1/08 nach Entstehung des Anspruches auf die Hilflosenentschä-
digung an, so kann diese nur für die zwölf letzten Monate
vor der Anmeldung nachbezahlt werden ([Art. 46 Abs. 2
AHVG](#)).

10402 Weitergehende Nachzahlungen werden erbracht, wenn die
1/08 leistungsberechtigte Person den anspruchsbegründenden
Sachverhalt nicht kennen konnte und die Anmeldung innert
zwölf Monaten seit Kenntnisnahme vornimmt ([Art. 46](#)

[Abs. 2 AHVG](#)). Eine Nachzahlung kann aber jedenfalls nur vom Monat der Anmeldung an auf fünf Jahre zurück erfolgen ([Art. 46 Abs. 1 AHVG](#)).

10403 Wurde die Altersrente aufgeschoben, so kann die Hilflosenentschädigung frühestens nach Ablauf der Aufschubsdauer ausbezahlt werden; eine Nachzahlung für die Zeit während der Aufschubsdauer ist ausgeschlossen.

1/08 **10.5.2 In der IV**

10404 Die IV-Stelle ist sowohl für die Bestimmung des Eintritts des Versicherungsfalles als auch für die Festlegung des Auszahlungsbeginns zuständig.

10405 Meldet sich eine hilflose Person mehr als zwölf Monate nach Entstehung des Anspruches auf die Hilflosenentschädigung an, so kann diese nur für die zwölf letzten Monate vor der Anmeldung nachbezahlt werden ([Art. 48 Abs. 1 IVG](#)).

10.6 Verfahren

10.6.1 Zuständigkeit

10501 Die Nachzahlung von Renten und Hilflosenentschädigungen sowie von Differenzbeträgen bei zu niedrig festgesetzten Leistungen obliegt der Ausgleichskasse, die bei der Feststellung des Nachzahlungsbetrages für die Rentenauszahlung zuständig ist.

10.6.2 Nachzahlungsverfügung

10502 Jede Nachzahlung ist stets mit einer Verfügung zuzusprechen. Form und Inhalt der Nachzahlungsverfügung richten sich nach den allgemeinen Bestimmungen.

-
- 1/15 **10.6.3 Verzugszins auf Leistungen**
 ([Art. 26 Abs. 2 ATSG](#); [Art. 7 ATSV](#))
- 10503 Ein Anspruch auf Verzugszins besteht, sofern eine Leistung nicht innert 24 Monaten nach der Entstehung des Anspruchs ausbezahlt werden kann. Bei verspäteter Anmeldung besteht jedoch frühestens 12 Monate nach der Anmeldung Anspruch auf Verzugszins.
- 10504 Der Verzugszins läuft ab dem ersten Tag des Monats, in welchem der Anspruch auf Verzugszins entstanden ist, bis zum Ende des Monats, in welchem die Zahlung ausgelöst wird.
- 10504.1 Wird die IV-Rente im Revisionsverfahren ([Art. 87 IVV](#)) bestätigt, beginnt die Frist von 24 Monaten im Sinne von [Art. 26 Abs. 2 ATSG](#) spätestens bei Einleitung des Revisionsverfahrens zu laufen ([BGE 140 V 558](#)).
- 1/16
- 10505 Der Verzugszins wird monatlich auf dem bis Ende des Vormonats aufgelaufenen Nachzahlungsbetrag berechnet. Der Zinssatz beträgt 5 Prozent im Jahr. Zinseszins wird nicht geleistet.
- 10506 Der Verzugszins ist von Amtes wegen zu leisten, wenn die versicherte Person ihrer Mitwirkungspflicht vollumfänglich nachgekommen ist. Ein Verschulden der Durchführungsstellen ist nicht erforderlich.
- 10507 Der Verzugszinspflicht unterliegen ausschliesslich Leistungen, deren Auszahlung an die leistungsberechtigte Person bzw. deren Erben oder an Dritte erfolgt, soweit es sich um Zahlungen zur Gewährleistung der zweckgemässen Verwendung handelt (vgl. Ziff. 10.1.3 und 10.1.4).
- 10508 Kein Verzugszins wird geleistet, wenn die betroffene Person keinen Schaden erlitten hat, weil ihr die ausstehenden Mittel von anderer Seite zur Verfügung gestellt worden sind. Dies ist dann der Fall, wenn
- 1/19

- Dritte (Arbeitgeber, öffentliche oder private Fürsorge, Haftpflichtversicherung) Vorschusszahlungen unter Abtretung der Nachzahlungsforderung ([Art. 22 Abs. 2 ATSG, Art. 85^{bis} IVV](#)) leisten,
- andere Sozialversicherungen (KV, UV, MV, ALV) Vorleistungen im Sinne von [Art. 70 ATSG](#) erbringen,
- Durchführungsstellen der AHV/IV oder der EL Vorleistungen erbringen.

- 10509
1/10
- Wird nur ein Teil der Nachzahlung im Sinne von Rz 10508 verrechnet, so ist der Verzugszins nur auf dem Nachzahlungsbetrag geschuldet, welcher an die leistungsberechtigte Person ausgerichtet wird. Dies gilt auch für Fälle, bei denen ein enger versicherungsrechtlicher Zusammenhang besteht (Rz 10908). In dem Umfang, in dem der Rentenanspruch durch Verrechnung mit der Rückerstattungsforderung getilgt wird, entsteht demzufolge kein Verzugszinsanspruch. Der Verzugszins ist auf der gesamten Leistung zu berechnen und entsprechend dem Anteil der verzugszinspflichtigen Leistung an der gesamten Nachzahlung auszurichten ([Art. 7 Abs. 3 ATSV](#)).
- 10510
- Muss die Nachzahlung oder nur ein Teil der Nachzahlung mit ausstehenden Beiträgen verrechnet werden, ist der Verzugszins auf dem gesamten, bis Ende des Vormonats aufgelaufenen Nachzahlungsbetrag geschuldet.
- 10511
- Erhält die rentenberechtigte Person nur einen Teil der Nachzahlung, weil ein Rententeil Dritten gemäss Ziff. 10.1.3–10.1.5 ausbezahlt ist oder weil auf Verlangen die Zusatzrente oder eine Kinder-/Waisenrente dem anderen, nicht rentenberechtigten Ehegatten bzw. Elternteil ausbezahlt ist, so ist der Verzugszins gemäss den Anteilen an der gesamten Nachzahlung aufzuteilen und ausbezahlen.
- 10512
- Der Verzugszins ist auf sämtlichen Leistungsnachzahlungen zu entrichten, die ab 1. Januar 2003 verfügungsweise zugesprochen werden. Vor dem 1. Januar 2003 ist kein Verzugszins geschuldet.

- 10513 Der Verzugszins ist bei Invalidenrenten vor dem Abzug der Quellensteuer zu berechnen (vgl. [KSQST](#)).
- 10514 Der Verzugszins wird nach den allgemeinen Regeln gerundet ([Art. 53 Abs. 2 AHVV](#) sowie [Art. 32 Abs. 1 IVV](#)).

10.7 Rückerstattung zu Unrecht bezogener Renten und Hilflosenentschädigungen

10.7.1 Grundsatz

10.7.1.1 Kreis der Rückerstattungspflichtigen

- 10601 Wer, gleichgültig aus welchem Grunde, eine Rente oder Hilflosenentschädigung zu Unrecht bezogen hat, ist rückerstattungspflichtig. Die Pflicht trifft primär die leistungsberechtigte Person, ihren gesetzlichen Vertreter oder ihre Erben.
- 10602 Wurde die Rente oder die Hilflosenentschädigung gemäss [Art. 1 Abs. 2 ATSV](#) einer Drittperson oder Behörde ausbezahlt, so ist diese rückerstattungspflichtig. Neben der leistungsberechtigten Person ist auch ein von ihr bezeichneter Drittempfänger rückerstattungspflichtig. Schliesslich ist jeder Dritte, dem eine Rente oder Hilflosenentschädigung ohne Rechtsgrund ausbezahlt wurde, zu deren Rückerstattung verpflichtet.
- 10603 Wurden die unrechtmässig gewährten Leistungen für ein unmündiges Kind nicht diesem selber ausbezahlt und besteht auch keine Rückerstattungspflicht nach [Art. 2 Abs. 1 Bst. b oder c ATSV](#), sind die Personen rückerstattungspflichtig, welche im Zeitpunkt der Ausrichtung der Leistungen die elterliche Sorge innehatten ([Art. 2 Abs. 2 ATSV](#)).
- 10604 Dagegen sind Dritte (z.B. eine Bank), welche die Leistungen im Auftrag der leistungsberechtigten Person lediglich als Inkasso- oder Zahlstelle entgegennehmen und somit keine eigenen Rechte und Pflichten aus dem Leistungsverhältnis haben, nicht rückerstattungspflichtig (ZAK 1985 S. 123).

- 10605 1/21 Wurde auf zu Unrecht oder zu viel ausgerichteten IV-Renten die Quellensteuer erhoben, hat die Ausgleichskasse sowohl gegenüber der zuständigen Steuerbehörde wie auch gegenüber der anspruchsberechtigten Person eine Korrektur der Abrechnung vorzunehmen ([Rz 1040 KSQST](#)).

10.7.1.2 Rückerstattungspflichtige Erben

- 10606 1/04 Die Rückerstattungspflicht der verstorbenen rückerstattungspflichtigen Person geht mit der Annahme der Erbschaft auf deren Erben über, und zwar auch dann, wenn die Rückforderung zu Lebzeiten der rückerstattungspflichtigen Person nicht geltend gemacht wurde (ZAK 1959 S. 438). In diesem Falle ist die Rückerstattungsverfügung an alle Erben zu richten und auch grundsätzlich diesen allen zuzustellen. Kann die Rückerstattungsverfügung nicht allen Erben zugestellt werden, genügt es, wenn diese nur an eine einzelne Erbin oder an einen einzelnen Erben gerichtet wird ([AHI 2/2003 S. 174](#)).

10.7.2 Rückerstattungsbetrag

10.7.2.1 Im Allgemeinen

- 10607 Die rückerstattungspflichtige Person hat grundsätzlich alle zu Unrecht bezogenen Versicherungsleistungen mit dem vollen Betrag zurückzuerstatten.
- 10608 Bei IV-Renten ist jedoch zu beachten, dass die aus der Wiedererwägung einer früheren Verfügung resultierende Herabsetzung oder Aufhebung nur dann rückwirkend erfolgen darf und damit eine Rückforderung möglich ist, wenn der Fehler, der zur Wiedererwägung führt,
- 10609 – einen AHV-analogen Sachverhalt (z.B. versicherungsmässige Voraussetzungen, Berechnungsgrundlagen) betrifft, oder

- 10610 – zwar spezifisch IV-rechtliche Faktoren (z.B. Invaliditätsbemessung) betrifft, aber eine Meldepflichtverletzung vorliegt (ZAK 1980 S. 129).
- 10611 Betrifft der Fehler einen IV-spezifischen Sachverhalt und liegt keine Meldepflichtverletzung vor, so ist eine rückwirkende Aufhebung bzw. Herabsetzung nicht möglich und eine Rückforderung nicht zulässig.

10.7.2.2 Verrechnung mit Nachzahlungen

- 10612 Steht der selben leistungsberechtigten Person für den gleichen Zeitabschnitt, für welchen sie zu Unrecht Leistungen bezogen hat, eine Nachzahlung von Renten bzw. Hilflosenentschädigungen in geringerem Betrage zu (z.B. nachträgliche Korrektur des Rentenbetrages), so ist nur die Differenz zwischen der zu Unrecht ausbezahlten Leistung und dem Nachzahlungsbetrag zurückzufordern.
- 10613 Dagegen kann eine Rückforderung von zu Unrecht bezogenen Leistungen des einen Ehegatten grundsätzlich nicht mit der Rentennachzahlung an den anderen Ehegatten verrechnet werden. Eine Verrechnung ist jedoch möglich, sofern zwischen den beiden Leistungen ein enger versicherungsrechtlicher Zusammenhang besteht (Rz 10908).
- 10614 Steht der leistungsberechtigten Person für den gleichen Zeitabschnitt, für welchen sie zu Unrecht Leistungen bezogen hat, eine Nachzahlung einer anderen Sozialversicherung zu, ist unter den Sozialversicherungsträgern zuerst direkt zu verrechnen, soweit es die Regelungen der einzelnen Sozialversicherungsträgern erlauben ([Art. 2 Abs. 3 ATSV](#)).

10.7.3 Verfahren

10.7.3.1 Kassenzuständigkeit

- 10615 Die zu Unrecht ausbezahlten Leistungen sind zurückzufordern
- 10616 – beim Wegfall der Leistungsberechtigung: durch die Ausgleichskasse, welche die letzte unrechtmässige Zahlung vorgenommen hat bzw. durch die Schweizerische Ausgleichskasse, wenn die pflichtige Person den Wohnsitz ins Ausland verlegt hat;
- 10617 – bei Fortdauer der Leistungsberechtigung: durch die Ausgleichskasse, welcher die Auszahlung der Rente bzw. Hilflosenentschädigung obliegt.

10.7.3.2 Rückforderungsverfügung

- 10618 Die Rückforderung ist grundsätzlich mit einer Verfügung gegenüber der rückerstattungspflichtigen Person bzw. deren gesetzlichen Vertreter geltend zu machen. Ist die rückerstattungspflichtige Person verstorben, so ist die Rückforderungsverfügung an den Nachlass zu richten und den Erben zuzustellen.
Ist offensichtlich, dass die Voraussetzungen für den Erlass gegeben sind, dann ist der Verzicht auf die Rückforderung zu verfügen ([Art. 3 Abs. 3 ATSV](#)). Bei einer gutgläubigen, rückerstattungspflichtigen Person ist die grosse Härte beispielsweise dann offensichtlich erfüllt, wenn sie schon Bezügerin einer jährlichen Ergänzungsleistung ist.
- 10619 Eine Verfügung ist auch dann zu erlassen, wenn der zu Unrecht ausbezahlte Betrag ganz oder teilweise mit laufenden Renten bzw. laufenden Monatsbeträgen einer Hilflosenentschädigung verrechnet werden kann. In solchen Fällen kann aber die Rückforderung in der neuen Verfügung über die Renten oder Hilflosenentschädigung angeführt werden.

- 10620 aufgehoben
1/05
- 10621 Die Verfügung muss neben dem Rückforderungsbetrag eine gedrängte Begründung enthalten und auf die Rechtsmittel und – wenn nicht der Erlass von Amtes wegen ausgesprochen wird – auf die Erlassmöglichkeit hinweisen.
- 10622 In IV-Fällen wird die Rückforderungsverfügung von der Ausgleichskasse erstellt und durch die zuständige IV-Stelle erlassen. Das Datum auf der Verfügung wird durch die IV-Stelle eingesetzt.
1/09
- 10623 Im Falle der teilweisen Verrechnung der zu Unrecht bezogenen Leistungen mit Nachzahlungen erstreckt sich die Rückforderung nur auf den Differenzbetrag.
- 10624 Wird der Rückforderungsbetrag vollständig mit einer Nachzahlung verrechnet, so wird keine separate Rückforderungsverfügung über die zu Unrecht bezogenen Leistungen erlassen. Die vorgenommene Verrechnung wird indes auf der Verfügung über die neue Rente bzw. Hilflosenentschädigung ausdrücklich vermerkt.

1/21

10.7.4 Erlöschen der Rückforderung

- 10625 Der Rückforderungsanspruch der Ausgleichskasse erlischt drei Jahre nachdem sie bei Beachtung der ihr zumutbaren Aufmerksamkeit erkennen musste, dass die Voraussetzungen der Rückerstattung gegeben sind und nachdem ihr der Umfang der Rückforderung bekannt geworden ist (ZAK 1985 S. 527), spätestens aber (unter Vorbehalt der längeren strafrechtlichen Verjährungsfrist) mit Ablauf von fünf Jahren seit der einzelnen Rentenzahlung ([Art. 25 ATSG](#)).
1/21
- 10625.1 Sind am Erlass der ursprünglichen Leistungsverfügung zwei verschiedene Verwaltungsstellen (IV-Stelle und Ausgleichskasse) beteiligt und unterläuft der einen ein Irrtum, welchen die andere aufgrund der zugestellten Verfügungs-

kopie nicht bemerkt, ist von einem einzigen Fehler auszugehen. Der für die Auslösung der Dreijahresfrist vorausgesetzte zweite Anlass ist erst zu einem späteren Zeitpunkt gegeben, wenn Grund für eine erneute Prüfung des Dossiers besteht.

- 10626 Massgebend ist dabei einerseits das Datum der Rückforderungsverfügung und andererseits das Datum, an welchem die Leistung effektiv erbracht wurde und nicht der Zeitpunkt, in dem sie nach Gesetz hätte ausgerichtet werden sollen (ZAK 1982 S. 492).
- 10627 Die geltend gemachte Rückerstattungsforderung erlischt im Sinne einer Verwirkung fünf Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die Verfügung rechtskräftig wurde. Im Falle eines (innert Ordnungsfrist einzureichenden) Erlassgesuches beginnt die fünfjährige Frist für die Durchsetzung der Rückerstattung erst nach der rechtskräftigen Abweisung des Erlassgesuches zu laufen. Die Verwirkungsfrist gilt auch in den Fällen, in denen die Rückerstattungsforderung mit einer laufenden Rente verrechnet wird.
- 10628 Abgeschriebene Rückforderungen sind nach Ablauf von fünf Jahren seit Rechtskraft der Rückforderungsverfügung selbst dann nicht mehr geltend zu machen, wenn ein Verlustschein vorliegt.
- 10629 Wurden für den Zeitraum des Rückforderungsanspruchs Quellensteuern erhoben, so können diese grundsätzlich nur für Monate zurückgefordert werden, für die auch eine Rückforderung der IV-Leistung möglich ist.

10.8 Erlass der Rückerstattung

10.8.1 Im Allgemeinen

- 10701 Die Rückerstattung zu Unrecht bezogener Renten und Hilflosenentschädigungen kann ganz oder teilweise erlassen werden, wenn die beiden Voraussetzungen des guten Glaubens und der grossen Härte erfüllt sind (ZAK 1990 S. 348).
- 10702 Wurde auf den zu Unrecht ausgerichteten IV-Leistungen die Quellensteuer erhoben, so kann diese beim Erlass der Rückerstattung nicht von der Steuerverwaltung zurückgefordert werden.
- 10703 Erben kann der Erlass nur gewährt werden, wenn alle Erben persönlich gutgläubig waren und die Rückerstattung für jeden Erben nach seinen persönlichen Verhältnissen eine grosse Härte bedeuten würde.
- 10704 Ist der gute Glaube gegeben, so kann der Rückforderungsbetrag insoweit, als eine grosse Härte vorliegt, teilweise oder ganz erlassen werden.
- 10705 Steht einer rückerstattungspflichtigen Person für den gleichen Zeitabschnitt, für welchen sie Leistungen zu Unrecht bezogen hat, eine Nachzahlung von Leistungen in geringerer Masse zu, so kann höchstens der Differenzbetrag zwischen den zu Unrecht bezogenen Leistungen und der Nachzahlung erlassen werden. Dies gilt auch dann, wenn für die Nachzahlung und die Rückforderung nicht die gleiche Ausgleichskasse zuständig ist.
- 10706 Erlassene Rückforderungen gehen unter und können später nicht mehr geltend gemacht oder mit späteren Leistungen verrechnet werden, auch wenn dies keine grosse Härte mehr bedeuten würde.

10.8.2 Guter Glaube

- 10707 Die rückerstattungspflichtige Person bzw. ihr gesetzlicher Vertreter muss die Betreffnisse der Renten bzw. Hilflosenentschädigung in gutem Glauben entgegengenommen haben.
- 10708 Ein den guten Glauben ausschliessender Tatbestand liegt vor, wenn die unrechtmässige Auszahlung der Rente bzw. Hilflosenentschädigung auf arglistiges oder grobfahrlässiges Verhalten der rückerstattungspflichtigen Person zurückzuführen ist. Dies trifft beispielsweise zu, wenn bei der Anmeldung und bei der Abklärung der Verhältnisse arglistig oder grobfahrlässig Tatsachen verschwiegen oder unrichtige Angaben gemacht wurden. Ferner, wenn eine Meldepflicht arglistig oder grobfahrlässig nicht oder nicht rechtzeitig erfüllt wurde oder wenn unrechtmässige Renten bzw. Hilflosenentschädigungen arglistig oder grobfahrlässig entgegengenommen wurden.
- 10709 Grobfahrlässig handelt, wer bei der Anmeldung, bei der Abklärung der Verhältnisse, bei der Erfüllung der Meldepflicht oder bei der Entgegennahme der unrechtmässigen Renten bzw. Hilflosenentschädigungen nicht das ihm nach Fähigkeit und Bildungsgrad zuzumutende Mindestmass an Sorgfalt angewendet hat. Grobe Fahrlässigkeit liegt beispielsweise vor, wenn nach dem Tode des Ehegatten dessen Einzelrente durch den überlebenden Ehegatten weiter bezogen wird.
- 10710 Hat die IV-Stelle festgestellt, dass die Leistung rückwirkend herabzusetzen oder aufzuheben ist ([Art. 88^{bis} Abs. 2 Bst. b IVV](#)), so ist der gute Glaube von vornherein nicht gegeben, wenn die Meldepflichtverletzung, welche die Rückerstattungspflicht bewirkt, auf arglistiges oder grobfahrlässiges Fehlverhalten zurückzuführen ist (ZAK 1981 S. 94).

- 10710.1 Wer die ihm obliegende Meldepflicht verletzt ([Art. 31 Abs. 1 1/16 ATSG](#), Rz 11001 ff.), wird, sofern nicht ein mit einer höheren Strafe bedrohtes Verbrechen oder Vergehen des StGB vorliegt, mit Geldstrafen bis zu 180 Tagessätzen bestraft ([Art. 79 ATSG](#), [Art. 87 fünftes Lemma AHVG](#), [Art. 70 IVG](#)).
- 10710.2 Demnach gelten Meldepflichtverletzungen in der AHV und in der IV als strafbare Handlungen und können grundsätzlich strafrechtlich verfolgt werden. Betroffen sind allerdings nur Fälle, bei denen die unrechtmässige Auszahlung der Leistung auf arglistiges oder grobfahrlässiges Verhalten der rückerstattungspflichtigen Person zurückzuführen ist und zudem die krasse Verletzung der Meldepflicht eine frankenmässig beträchtliche Rückforderung betrifft.
- 10711 Stellt hingegen die fehlerhafte Handlung oder Unterlassung nur eine leichte Verletzung der Melde- oder Auskunftspflicht dar, so kann sich die rückerstattungspflichtige Person auf den guten Glauben berufen (ZAK 1986 S. 636).

10.8.3 Grosse Härte

10.8.3.1 Im Allgemeinen

- 10712 Die Rückforderung muss für die rückerstattungspflichtige Person selber bzw. bei Rückforderungen von den Erben der leistungsberechtigten Person für jeden einzelnen Erben eine grosse Härte darstellen.
- 10713 Eine grosse Härte liegt dann vor, wenn die vom ELG anerkannten Ausgaben und eine zusätzliche Ausgabe gemäss [Art. 5 Abs. 4 ATSV](#) die nach ELG anrechenbaren Einnahmen übersteigen ([Art. 5 ATSV](#)).
- 10714 Behörden können sich nicht auf die grosse Härte berufen ([Art. 4 Abs. 3 ATSV](#)).

10.8.3.2 Anerkannte Ausgaben und anrechenbare Einkommen

- 10715 Für die Bestimmung der anerkannten Ausgaben und anrechenbaren Einnahmen (inkl. Vermögen) sind die Bestimmungen des ELG anwendbar. Dabei ist zu beachten, dass bei der Ermittlung der anrechenbaren Einnahmen von Personen, welche eine Invalidenrente beziehen, [Art. 14a Abs. 2 ELV](#) (Mindesteinkommen) keine Anwendung findet.
- 10716 In Abweichung zu den Bestimmungen des ELG, sind im Sinne einer einheitlichen Bemessungsregel die anerkannten Ausgaben nach [Art. 5 Abs. 2 und 3 ATSV](#) zu berücksichtigen. Zudem wird eine zusätzliche Ausgabe angerechnet ([Art. 5 Abs. 4 ATSV](#)). Eine Übersicht befindet sich in Anhang VI.

10.8.3.3 Massgebender Berechnungszeitpunkt

- 10717
1/19 Für die Bestimmung der anrechenbaren Einnahmen und des Vermögens ist in der Regel auf die im vorangegangenen Kalenderjahr erzielten Einnahmen und auf das am 1. Januar des Jahres, in dem über die Rückforderung rechtskräftig entschieden ist, bestehende Vermögen abzustellen. In Abweichung dazu sind jedoch stets die laufenden Renten, Pensionen und anderen wiederkehrenden Leistungen ([Art. 11 Abs. 1 Bst. d ELG](#)) anzurechnen. Haben sich hingegen die wirtschaftlichen Verhältnisse bis zum Zeitpunkt, in welchem über die Rückforderung rechtskräftig entschieden ist, geändert, so ist diesen neuen Verhältnissen Rechnung zu tragen.
- 10718 Für die Bestimmung der vom Gesetz anerkannten Ausgaben (einschliesslich jener für den allgemeinen Lebensbedarf) ist auf die Verhältnisse im Zeitpunkt, in welchem über die Rückforderung rechtskräftig entschieden ist, abzustellen.

10.8.4 Erlass auf Gesuch hin

- 10719 Der Erlass wird auf schriftliches Gesuch der rückerstattungspflichtigen Person hin gewährt. Es ist zu begründen und spätestens 30 Tage nach Eintritt der Rechtskraft der Rückforderungsverfügung bei der Ausgleichskasse einzureichen ([Art. 4 Abs. 4 ATSV](#)).
- 10720 In IV-Fällen ist das Erlassgesuch bei der IV-Stelle einzureichen.
- 10721 Der Entscheid über die Gewährung oder Verweigerung des Erlasses ist in einer begründeten Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung zu eröffnen.
- 10722 Muss der Erlass wegen Fehlens der grossen Härte abgewiesen werden, so kann zur Begründung allenfalls eine Kopie des Berechnungsblattes verwendet werden.

10.8.5 Teilerlass

- 10723 Bei einem Einnahmenüberschuss (anrechenbare Einnahmen grösser als anerkannte Ausgaben), welcher kleiner ist als die Rückerstattungssumme, ist die Rückforderung in dem Umfang zu erlassen, als sie den Einnahmenüberschuss übersteigt.

10.9 Abschreibung der Rückforderung

10.9.1 Im Allgemeinen

- 10801 Rückforderungen von Renten und Hilflosenentschädigungen, die sich als uneinbringlich erweisen, müssen abgeschrieben werden.

10.9.2 Uneinbringlichkeit

- 10802 Als uneinbringlich gilt die Rückforderung einer Rente oder Hilflosenentschädigung, wenn zwar weiterhin Leistungen ausbezahlt werden, aber eine Verrechnung nicht möglich ist, weil das betriebsrechtliche Existenzminimum unterschritten wird. Ebenso ist eine Rückforderung als uneinbringlich anzusehen, wenn keine Leistungen mehr zur Ausrichtung gelangen und die zahlungspflichtige Person erfolglos betrieben wurde oder eine Betreibung offensichtlich aussichtslos ist.
- 10803 Als offensichtlich aussichtslos hat eine Betreibung zu gelten,
- 10804 – wenn sie mit Sicherheit zu einem Verlustschein führen müsste, insbesondere wenn gegen die rückerstattungspflichtige Person Pfändungs- oder Konkursverlustscheine der letzten zwei Jahre vorliegen oder wenn diese nicht über das betriebsrechtliche Existenzminimum verfügt;
- 10805 – wenn die rückerstattungspflichtige Person in der Schweiz überhaupt nicht oder nur unter unverhältnismässigen Schwierigkeiten belangt werden kann, sei es, weil sie im Ausland wohnt oder weil ihr schweizerischer Wohn- und Aufenthaltsort nicht ausfindig gemacht werden kann.

10.9.3 Wirkung der Abschreibung

- 10806 Mit der Abschreibung geht die Rückerstattungsschuld nicht unter. Vielmehr muss sie bei späterer Tilgungsmöglichkeit bis zu deren Verjährung wieder geltend gemacht werden ([Art. 79^{bis} AHVV](#); [Art. 85 Abs. 3 IVV](#)).

10.9.4 Verfahren

- 10807 Über die abbeschriebenen Rückforderungen haben die Ausgleichskassen bis zum Eintritt der Verjährung eine Kontrolle zu führen, damit die Rückforderungen bei eintretender Tilgungsmöglichkeit wieder geltend gemacht werden können.
- 10808 Der rückerstattungspflichtigen Person ist von der erfolgten Abschreibung der Rückforderung in der Regel keine Mitteilung zu machen. Ist indessen ein Erlassgesuch wegen Fehlens des guten Glaubens abzuweisen, steht aber andererseits fest, dass zur Zeit die Forderung uneinbringlich und auch eine Verrechnung mit laufenden Leistungen nicht möglich ist, so ist in der Abweisungsverfügung darauf hinzuweisen, dass angesichts der wirtschaftlichen Lage des Rückerstattungspflichtigen vorderhand auf die Eintreibung der Rückerstattungsforderung verzichtet werde, jedoch darauf zurückgekommen werden müsse, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse später verbessern sollten.

10.10 Verrechnung von Forderungen der Ausgleichskassen mit Renten und Hilflosenentschädigungen

10.10.1 Im Allgemeinen

10.10.1.1 Grundsatz

- 10901 Ist eine Person, welche eine Leistung bezieht, Schuldnerin einer Ausgleichskasse und tilgt sie ihre Schuld nicht durch Zahlung, so sind verrechenbare Forderungen mit fälligen Renten bzw. Hilflosenentschädigungen zu verrechnen.
- 10902 Über die Verrechnung von Rückforderungen der obligatorischen Unfallversicherung, der Militärversicherung und der Krankenversicherung mit Renten bzw. Hilflosenentschädigungen geben die einschlägigen Kreisschreiben Auskunft.

10.10.1.2 Verrechenbare Forderungen

- 10903 Fällige Leistungen sind unter folgenden Bedingungen mit Forderungen verrechenbar:
- 10904 Die Forderung muss einer Ausgleichskasse zustehen. Gleichgültig ist, ob die rentenauszahlende Kasse selbst oder eine dritte Kasse forderungsberechtigt ist. Eine Forderung der Kasse A kann mit den von der Kasse B ausbezahlten Leistungen verrechnet werden.
- 10905 Die Forderung muss sich gegen die leistungsberechtigte Person persönlich richten oder in einem engen versicherungsrechtlichen Zusammenhang zur Rente oder Hilflosenentschädigung stehen. So können z.B. die von einer rentenberechtigten Person persönlich oder infolge Erbgangs geschuldeten Beiträge und Rückerstattungen mit ihrer Rente verrechnet werden.
- 1/15
- 10906 Desgleichen können vom verstorbenen Ehegatten persönlich – nicht aber als Arbeitgeber – geschuldete Beiträge einschliesslich Kosten selbst dann mit den Hinterlassenenrenten zur Verrechnung gebracht werden, wenn die Hinterlassenen die Erbschaft ausgeschlagen haben (ZAK 1954 S. 193). Geht aber beispielsweise der Anspruch des hinterlassenen Ehegatten, welcher die Erbschaft ausgeschlagen hat, auf eine auf der eigenen Beitragsdauer und den geteilten Einkommen berechnete Altersrente über, so ist eine Verrechnung der vom verstorbenen Ehegatten geschuldeten Beiträge ausgeschlossen (ZAK 1967 S. 81).
- 10907 Die zu Unrecht bezogenen Leistungen des einen Ehegatten können grundsätzlich nicht mit fälligen Leistungen des anderen Ehegatten verrechnet werden. Ebenso ist die Verrechnung einer Rentenrückerstattungsschuld der Witwe oder des Witwers mit einer ihr/ihm ausbezahlbaren Waisenrente unzulässig (ZAK 1956 S. 210).

-
- 10908 1/13 Eine Verrechnung von Leistungen für Ehegatten ist dagegen möglich, wenn zwischen den beiden Leistungen ein enger versicherungsrechtlicher Zusammenhang besteht. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn
- der 2. Versicherungsfall eintritt und die Rente des erstrentenberechtigten Ehegatten wegen der Plafonierung tiefer ausfällt;
 - die beiden Renten der Ehegatten aufgrund einer Änderung in den Berechnungsgrundlagen neu plafoniert werden müssen;
- 10909 Die Forderung muss fällig und unverjährt sein. Beitragsforderungen, die bei der Entstehung des Rentenanspruches noch nicht erloschen sind, können in jedem Falle noch mit der Rente verrechnet werden ([Art. 16 Abs. 2 AHVG](#)).
- 10910 Die Forderung muss lauten auf:
- 10911 – AHV-, IV-, EO-, ALV- oder FL-Beiträge aller Art (laufende, nachzuzahlende und abgeschriebene Beiträge, Verwaltungskostenbeiträge, Verzugszinsen);
- 10912 – Rückforderungen von Leistungen der AHV, IV und EO, soweit sie nicht erlassen worden sind;
- 10913 – Rückforderungen von Ergänzungsleistungen gemäss ELG;
- 10914 – Rückforderung von Renten und Taggeldern der obligatorischen Unfallversicherung, der Militärversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der vom Bund zugelassenen Krankenkassen;
- 10915 – Beiträge und Leistungsrückzahlungen gemäss dem Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft;
- 10916 – Mahngebühren, Veranlagungskosten, Betreuungskosten, Ordnungsbussen;
- 10917 – Schadenersatzansprüche der Ausgleichskassen ([Art. 52 AHVG](#)).
-

10.10.1.3 Verrechnung verschiedenartiger Forderungen

- 10918 Stehen verschiedenartige Forderungen zur Verrechnung, so sind vorweg die rentenbildenden Beiträge zu decken.

10.10.1.4 Umfang der Verrechnung

- 10919 Die Verrechnung einer Rente bzw. Hilflosenentschädigung ist grundsätzlich nur zulässig, sofern und soweit bei der rückerstattungspflichtigen Person das betriebsrechtliche Existenzminimum nicht unterschritten wird (ZAK 1983 S. 70).
- 10920 Zur Bestimmung des betriebsrechtlichen Existenzminimums (Notbedarf) vgl. Rz 3033 der [WSN](#).
- 10921 Bei Nachzahlungen von Leistungen und Verrechnungen von Leistungsrückforderungen ist das betriebsrechtliche Existenzminimum nicht zu beachten, wenn die nachzahlende Rente lediglich eine in der früheren Periode geleistete Rente ersetzt und sich beide gegenseitig ausschliessen (z.B. Verrechnung einer Zusatzrente der AHV mit einer Invalidenrente, [BGE 138 V 402](#)).
- 10922 Die Verrechnung ist demzufolge bei der rückwirkenden Ablösung einer Rente durch eine andere in der Regel im vollen Umfang zulässig.

10.10.1.5 Dauer der Verrechnung

- 10923 Rechtskräftig festgelegte Rückerstattungsforderungen sind innerhalb von fünf Jahren zu vollstrecken. Für die Verrechnung nicht erloschener Beitragsforderungen gilt [Art. 16 Abs. 2 AHVG](#).

10.10.2 Verfahren

10.10.2.1 Verrechnungsverfügung

- 10924
1/11 Die Verrechnung ist der rentenberechtigten Person durch die rentenauszahlende Ausgleichskasse in der Rentenverfügung oder in einer besonderen Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung anzuzeigen. Bei IV-Renten obliegt diese Aufgabe der IV-Stelle, welche für den Erlass der Rentenverfügung zuständig ist. Im Einsprache- resp. Beschwerdeverfahren stellt die rentenauszahlende der forderungsberechtigten Ausgleichskasse eine Kopie der Einsprache- resp. Beschwerdeschrift zu. Die forderungsberechtigte Ausgleichskasse verfasst daraufhin eine Stellungnahme und stellt diese der rentenauszahlenden Ausgleichskasse zu.

10.10.2.2 Verrechnungsauftrag

- 10925
1/11 Zahlt die forderungsberechtigte Ausgleichskasse die Rente nicht selbst aus, so hat sie der rentenauszahlenden Kasse einen schriftlichen Verrechnungsauftrag zu erteilen. Es obliegt der forderungsberechtigten Ausgleichskasse, vorerst abzuklären, ob und in welchem Umfang die Verrechnung zulässig ist, damit das betriebsrechtliche Existenzminimum nicht unterschritten wird. Die forderungsberechtigte Ausgleichskasse hat das Resultat der Prüfung des betriebsrechtlichen Existenzminimums der rentenauszahlenden Ausgleichskasse schriftlich mitzuteilen. Stellt die rentenauszahlende Ausgleichskasse fest, dass das Existenzminimum nicht geprüft wurde, so hat sie den Verrechnungsantrag an die forderungsberechtigte Ausgleichskasse zurückzuweisen.
- 10926 Die beauftragte Kasse muss dem Auftrag Folge geben und die Verrechnung vornehmen.

-
- 1/18 **11. Verschiedene organisatorische Massnahmen**
- 1/18 **11.1 Meldepflicht der leistungsberechtigten Person**
- 1/18 **11.1.1 aufgehoben**
- 11001 Rentenberechtigte Personen bzw. Drittempfänger, die eine Rente oder Hilflosenentschädigung ausbezahlt erhalten, haben der Ausgleichskasse bzw. der IV-Stelle jede wesentliche Änderung der Verhältnisse gemäss den Hinweisen auf der Rückseite der Verfügung zu melden.
- 1/18 **11.1.2 aufgehoben**
- 11002 aufgehoben
1/18
- 1/18 **11.2 Informationsfluss zwischen Ausgleichskasse und IV- oder EL-Stelle oder Steuerbehörde**
- 11003 Erhält die Ausgleichskasse Kenntnis über Sachverhalte einer leistungsberechtigten Person, die auf eine erhebliche Änderung des Invaliditätsgrades (Verbesserung oder Verschlechterung des Gesundheitszustandes, Aufnahme oder Aufgabe der Erwerbstätigkeit, erhebliche Erhöhung oder Verminderung des Erwerbseinkommens, Steigerung der Arbeitsfähigkeit usw.) oder auf eine erhebliche Änderung der Hilflosigkeit (Verbesserung oder Verschlechterung des Gesundheitszustandes, Angewöhnung an das Gebrechen usw.) hindeuten, so hat sie dies der zuständigen IV-Stelle ohne Verzug mitzuteilen.
1/07
- 11004 Fällt eine Invalidenrente oder eine Hilflosenentschädigung der AHV oder IV wegen des Todes der leistungsberechtigten Person weg, so ist der Tod der invaliden oder hilflosen leistungsberechtigten Person unter Angabe des Todesdatums der zuständigen IV-Stelle bekanntzugeben. War eine IV-Leistung der Quellensteuerpflicht unterworfen, so teilt die zuständige Ausgleichskasse der zuständigen Steuerverwaltung das Erlöschen des Leistungsanspruchs mit.
1/07

11005 1/13 Adress- und Namensänderungen der leistungsberechtigten Person sowie der Wechsel der Ausgleichskasse sind laufend der zuständigen IV-Stelle bekanntzugeben. Gleiches gilt bei Adressänderungen des gesetzlichen Vertreters der leistungsberechtigten Person sowie bei einem Wechsel des gesetzlichen Vertreters oder der den Leistungsberechtigten betreuenden Behörde. Bei quellensteuerpflichtigen Leistungen ist ausserdem die zuständige Steuerbehörde über die Änderungen in Kenntnis zu setzen.

11005.1 1/06 Wurde einer Ausgleichskasse von einer EL-Stelle schriftlich gemeldet, dass für eine leistungsberechtigte Person eine Ergänzungsleistung ausgerichtet wird, so hat diese die Änderung des Rentenbetrages oder der Hilflosenentschädigung der zuständigen EL-Stelle ohne Verzug und vor dem Erlass der Verfügung schriftlich mitzuteilen. Änderungen anlässlich allgemeiner Rentenanpassungen sind hingegen nicht zu melden.

Auch eine erstmalige Zusprache einer Hilflosenentschädigung ist der zuständigen EL-Stelle vor dem Erlass der Verfügung schriftlich mitzuteilen.

11.3 Lebenskontrolle

11.3.1 Im Allgemeinen

11006 Die Ausgleichskassen haben eine ausreichende Kontrolle darüber zu führen, ob die Leistungsbezüger und ihre Angehörigen leben, und zwar für jede leistungsberechtigte Person, für die eine Einzelrente, Zusatz- oder Kinderrente beansprucht wird.

11007 Die Lebenskontrollen erfolgen aufgrund von Angaben, die Leistungsberechtigte, Drittempfänger sowie Arbeitgeber gemäss ihrer Meldepflicht erstatten, ferner aufgrund von rasch erhältlichen laufenden Meldungen amtlicher Stellen (Einwohnerkontrollen, Zweigstellen).

11008 Als zusätzliches, die kasseneigenen Massnahmen ergänzendes Kontrollmittel verfügen die Ausgleichskassen über die ihnen durch die ZAS zugestellten Todesfallmeldungen.

- 11009 1/21 Als gezielte und allenfalls noch notwendige Kontrollmassnahme im Einzelfall sind Lebensbescheinigungen einzuholen.

11.3.2 Lebensbescheinigung

11.3.2.1 Bei Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland

- 11009.1 1/21 Bezüglich den im Ausland wohnhaften Leistungsbezügerinnen und -bezügern überprüft die Schweizerische Ausgleichskasse jährlich, ob die leistungsberechtigten Personen noch leben und regelmässig, ob ihr Zivilstand keine Änderung erfahren hat. Die möglichen Kosten der Bescheinigungen gehen zu Lasten der leistungsberechtigten Personen.
- 11010 Bei Auslandszahlungen ist von der leistungsberechtigten Person oder ihrem gesetzlichen Vertreter mindestens einmal jährlich eine von der zuständigen Wohnsitzbehörde oder einer dortigen Urkundsperson zu bestätigende Bescheinigung einzuholen. Aus der Lebensbescheinigung muss hervorgehen, dass die namentlich aufgeführten Personen, die Anspruch auf eine Leistung haben oder geben, noch leben.
- 11010.1 1/21 Auf Verlangen der Schweizerischen Ausgleichskasse oder der leistungsberechtigten Person wird die Bescheinigung von der offiziellen Schweizer Auslandvertretung im Wohnsitzstaat der leistungsberechtigten Person bestätigt. Hierzu muss die leistungsberechtigte Person persönlich bei der Auslandvertretung vorsprechen oder amtliche Dokumente neuesten Datums zustellen, aus denen die zu prüfenden Verhältnisse einwandfrei hervorgehen.
- 11010.2 1/21 Die Schweizerische Ausgleichskasse kann auf eine Lebensbescheinigung verzichten, wenn ein Abkommen zwischen der Schweiz und dem Wohnsitzstaat über den Austausch von Todesdaten besteht oder, wenn Todesfälle im Ausland systematisch von einer anerkannten Behörde gemeldet werden.

- 11011 1/21 Das Gleiche gilt sinngemäss, wenn nur einzelne Familienangehörige im Ausland wohnen oder sich dort aufhalten, die Renten aber in der Schweiz ausbezahlt werden.
- 11012 Bei niedrigen Teilrenten, die nur einmal jährlich ausgerichtet werden, ist die Lebensbescheinigung vor der Auszahlung einzuholen ([Art. 44 AHVG](#)).

11.3.2.2 Verfahrensbestimmungen

- 11013 Für Lebensbescheinigungen in anderen als einer der Landessprachen wende man sich an die Schweizerische Ausgleichskasse, welche allenfalls Textmuster zur Verfügung stellen kann.
- 11014 Erhält die Ausgleichskasse die Lebensbescheinigung nicht innert der festgesetzten Frist zurück, so ist die Auszahlung der Leistung einzustellen.

11.3.2.3 Sonderfall

- 11015 Eine Lebensbescheinigung ist auch einzuholen, wenn sich zusätzlich zu den laufenden Kontrollen eine nähere Abklärung aufdrängt (z.B. bei vermutlichem Todesfall im Ausland).

1/18 11.4 aufgehoben

- 11101– aufgehoben
11116
1/18

11.5 Kontrollen der Ausgleichskassen

11.5.1 Im Allgemeinen

- 11117 Die Ausgleichskassen sind verpflichtet, den eingehenden Meldungen, soweit sie die in ihren Aufgabenkreis fallenden Geschäfte betreffen, ohne Verzug Rechnung zu tragen und ihrerseits den Einzelfall zu überwachen.

11.5.2 Adresskontrolle

- 11118 Mindestens alle zwei Jahre haben die Ausgleichskassen eine Kontrolle ihrer Adressbestände durchzuführen.

11.5.3 Bei Renten für Pflegekinder

- 11119 Bei Waisen- und Kinderrenten für Pflegekinder hat sich die Ausgleichskasse in der Regel jährlich zu vergewissern, ob die Pflegekinderbewilligung noch besteht, ob das Pflegeverhältnis vom überlebenden Pflegeelternteil fortgeführt wird und ob das Pflegekind nicht ganz oder teilweise von den leiblichen Eltern unterhalten wird.

1/09 11.5.4 Bei der AHV-Zusatzrente für den geschiedenen Ehegatten

- 11120 Bei der AHV-Zusatzrente für den geschiedenen Ehegatten hat sich die Ausgleichskasse in der Regel jährlich zu vergewissern, ob die Voraussetzungen für diese Leistung noch bestehen.

- 11121 aufgehoben
1/04

1/18 11.5.5 aufgehoben

- 11122 aufgehoben
1/18

11123 aufgehoben
1/18

1/18 **11.6 aufgehoben**

11201– aufgehoben
11226
1/18

11.7 aufgehoben

11301– aufgehoben
11304
1/18

1/18 **11.8 aufgehoben**

11305– aufgehoben
11328
1/18

1/18 **11.9 aufgehoben**

11401– aufgehoben
11411
1/18

1/18 **11.10 aufgehoben**

11501– aufgehoben
11503
1/18

11.11 Schlussbestimmungen

11.11.1 Inkrafttreten

11504 Die vorliegende Wegleitung tritt ab 1. Januar 2003 in Kraft.

11.11.2 Aufhebung früherer Weisungen

11505 Mit dem Inkrafttreten der neuen Wegleitung wird aufgehoben: Wegleitung über die Renten, gültig ab 1. Januar 1997, inklusive

- Nachtrag 1, gültig ab 1. Januar 1998
- Nachtrag 2, gültig ab 1. Januar 1999
- Nachtrag 3, gültig ab 1. Januar 2000
- Nachtrag 4, gültig ab 1. Januar 2001
- Nachtrag 5, gültig ab 1. Januar 2002

11506 Die materiellen Bestimmungen der aufgehobenen Weisungen behalten ihre Gültigkeit für Rückforderungen und Nachzahlungen, die in die Zeit vor dem Inkrafttreten zurückreichen.

Anhang I

1/21

1. Erfüllung der Mindestbeitragspflicht

Ob für einen Zeitabschnitt, während welchem eine Person *versichert und beitragspflichtig* war, der entsprechende Mindestbeitrag entrichtet worden ist bzw. für welchen Zeitraum die Beitragspflicht als erfüllt gilt, ist wie folgt festzustellen.

2. Kalenderjahre, für welche im IK Einkommen aufgezeichnet wurden

2.1 Unselbständigerwerbende

2.1.1 Einfacher Mindestbeitrag

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1969–1972	64	129	193	258	322	387	451	516	580	645	709	710
1973–1978	83	166	250	333	416	500	583	666	750	833	916	917
1979–1981	166	333	500	666	833	1000	1166	1333	1500	1666	1833	1834
1982–1985	208	416	625	833	1041	1250	1458	1666	1875	2083	2291	2292
1986–1989	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2250	2500	2750	2751
1990–1991	267	534	801	1068	1335	1602	1869	2136	2403	2670	2937	2938
1992–1995	297	594	891	1188	1485	1782	2079	2376	2673	2970	3267	3268
1996–2002	322	644	966	1288	1610	1932	2254	2576	2898	3220	3542	3543
2003–2006	351	702	1053	1404	1755	2106	2457	2808	3159	3510	3861	3862
2007–2008	367	734	1101	1468	1835	2202	2569	2936	3303	3670	4037	4038
2009–2010	380	760	1140	1520	1900	2280	2660	3040	3420	3800	4180	4181
2011–2012	384	768	1152	1536	1920	2304	2688	3072	3456	3840	4224	4225
2013–2018	389	778	1167	1556	1945	2334	2723	3112	3501	3890	4279	4280
2019–2020	392	784	1176	1568	1960	2352	2744	3136	3528	3920	4312	4313
ab 2021	396	792	1188	1584	1980	2376	2772	3168	3564	3960	4356	4357
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.1.2 Doppelter Mindestbeitrag

Zeitabschnitte, für welche die Beiträge während der Ehe gemäss [Art. 3 Abs. 3 AHVG](#) als bezahlt gelten, werden für den nichterwerbstätigen Ehegatten wie folgt ermittelt. Ausgehend vom IK-Eintrag des erwerbstätigen Ehegatten, ist dem nichterwerbstätigen Ehegatten die Beitragsdauer gemäss nachstehender Tabelle anzurechnen.

Beispiel:

Der erwerbstätige Ehegatte hat für das Jahr 1996 einen IK-Eintrag von 6000 Franken. Dem nichterwerbstätigen Ehegatten können folglich 10 Monate angerechnet werden.

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	551
1969–1972	128	258	386	516	644	774	902	1032	1160	1290	1418	1419
1973–1978	166	332	500	666	832	1000	1166	1332	1500	1666	1832	1833
1979–1981	332	666	1000	1332	1666	2000	2332	2666	3000	3332	3666	3667
1982–1985	416	832	1250	1666	2082	2500	2916	3332	3750	4166	4582	4583
1986–1989	500	1000	1500	2000	2500	3000	3500	4000	4500	5000	5500	5501
1990–1991	535	1070	1605	2140	2675	3210	3745	4280	4815	5350	5885	5886
1992–1995	594	1188	1782	2376	2970	3564	4158	4752	5346	5940	6534	6535
1996–2002	644	1288	1932	2576	3220	3864	4508	5152	5796	6440	7084	7085
2003–2006	701	1402	2103	2804	3505	4206	4907	5608	6309	7010	7711	7712
2007–2008	734	1468	2202	2936	3670	4404	5138	5872	6606	7340	8074	8075
2009–2010	759	1518	2277	3036	3795	4554	5313	6072	6831	7590	8349	8350
2011–2012	769	1538	2307	3076	3845	4614	5383	6152	6921	7690	8459	8460
2013–2018	778	1556	2334	3112	3890	4668	5446	6224	7002	7780	8558	8559
2019–2020	784	1568	2352	3136	3920	4704	5488	6272	7056	7840	8624	8625
ab 2021	791	1582	2373	3164	3955	4746	5537	6328	7119	7910	8701	8702
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.2 Nichterwerbstätige

Jahre	Einkommen gemäss IK											
	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1968	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1969–1972	67	134	201	268	335	402	469	536	603	670	737	738
1973–1978	83	166	249	332	415	498	581	664	747	830	913	914
1979–1981	167	334	501	668	835	1002	1169	1336	1503	1670	1837	1838
1982–1985	208	416	624	832	1040	1248	1456	1664	1872	2080	2288	2289
1986–1989	250	500	750	1000	1250	1500	1750	2000	2250	2500	2750	2751
1990–1991	267	534	801	1068	1335	1602	1869	2136	2403	2670	2937	2938
1992–1995	297	594	891	1188	1485	1782	2079	2376	2673	2970	3267	3268
1996–2002	322	644	966	1288	1610	1932	2254	2576	2898	3220	3542	3543
2003–2006	351	702	1053	1404	1755	2106	2457	2808	3159	3510	3861	3862
2007–2008	367	734	1101	1468	1835	2202	2569	2936	3303	3670	4037	4038
2009–2010	380	760	1140	1520	1900	2280	2660	3040	3420	3800	4180	4181
2011–2012	384	768	1152	1536	1920	2304	2688	3072	3456	3840	4224	4225
2013–2018	389	778	1167	1556	1945	2334	2723	3112	3501	3890	4279	4280
2019–2020	392	784	1176	1568	1960	2352	2744	3136	3528	3920	4312	4313
ab 2021	396	792	1188	1584	1980	2376	2772	3168	3564	3960	4356	4357
Beitrags- pflicht er- füllt für .. Monate	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.3 Selbständigerwerbende und Arbeitnehmer ohne beitragspflichtigen Arbeitgeber

Wegen der sinkenden Beitragsskala ist bei der Abklärung über die Erfüllung der Mindestbeitragspflicht allenfalls in zwei Schritten wie folgt vorzugehen:

Sind im IK mindestens die nachfolgenden Einkommen eingetragen, so ist die *jährliche Mindestbeitragspflicht* – im Falle unterjähriger Versicherungs- und Beitragspflicht die Beitragspflicht für die entsprechenden Monate – in jedem Fall erfüllt:

2.3.1 Einfacher Mindestbeitrag

Jahre	Einkommen gemäss IK von Fr. ... und mehr
1948–1968	551
1969–1972	1 412
1973–1975	1 834
1976–1978	1 788
1979–1981	3 631
1982–1985	4 529
1986–1989	5 435
1990–1991	5 809
1992–1995	6 458
1996–2002	6 986
2003–2006	7 613
2007–2008	7 976
2009–2010	8 240
2011–2012	8 339
2013–2018	8 559
2019–2020	8 625
ab 2021	8 702

Unterschreiten die im IK eingetragenen Einkommen die oben aufgeführten Grenzwerte, so ist bei der für den Beitragsbezug zuständigen Ausgleichskasse der für das einzelne Kalenderjahr tatsächlich bezahlte AHV- (bis 1959) bzw. AHV/IV/EO-Beitrag (ab 1960) zu erfragen und gestützt darauf anhand der nachfolgenden Tabelle die Anzahl der Monate, für die die Beitragspflicht als erfüllt gilt, zu ermitteln (es ist durchaus möglich, dass trotz Unterschreitung der Grenzwerte gemäss obiger Tabelle anhand der nachstehenden Tabelle die jährliche Mindestbeitragspflicht als erfüllt gilt).

Jahre	Bezahlter Beitrag												
	Art	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1959	AHV	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1960–1968	AHV/IV/EO	1	2	3	4	6	7	8	9	10	12	13	14
1969–1972	AHV/IV/EO	4	8	12	16	20	24	28	32	36	40	44	45
1973–1975	AHV/IV/EO	7	15	22	30	37	45	52	60	67	75	82	83
1976–1978	AHV/IV/EO	8	16	25	33	41	50	58	66	75	83	91	92
1979–1981	AHV/IV/EO	16	33	50	66	83	100	116	133	150	166	183	184
1982–1985	AHV/IV/EO	20	41	62	83	104	125	145	166	187	208	229	230
1986–1989	AHV/IV/EO	25	50	75	100	125	150	175	200	225	250	275	276
1990–1991	AHV/IV/EO	27	54	81	108	135	162	189	216	243	270	297	298
1992–1995	AHV/IV/EO	30	60	90	120	150	180	210	240	270	300	330	331
1996–2002	AHV/IV/EO	32	65	97	130	162	195	227	260	292	325	357	358
2003–2006	AHV/IV/EO	35	70	106	141	177	212	247	283	318	354	389	390
2007–2008	AHV/IV/EO	37	74	111	148	185	222	259	296	333	370	407	408
2009–2010	AHV/IV/EO	38	76	115	153	191	230	268	306	345	383	421	422
2011–2012	AHV/IV/EO	39	79	118	158	197	237	277	316	356	395	435	436
2013–2015	AHV/IV/EO	40	80	120	160	200	240	280	320	360	400	440	441
2016–2018	AHV/IV/EO	39	79	119	159	199	239	278	318	358	398	438	439
2019	AHV/IV/EO	40	80	120	160	200	241	281	321	361	401	441	442
2020	AHV/IV/EO	41	82	124	165	206	248	289	330	372	413	454	455
ab 2021	AHV/IV/EO	41	83	125	167	209	251	293	335	377	419	461	462
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

2.3.2 Doppelter Mindestbeitrag

Für die Ermittlung der Beitragsdauer des nichterwerbstätigen Ehegatten einer selbständigerwerbenden Person ist analog 2.1.2 vorzugehen.

Jahre	Einkommen gemäss IK von Fr. ... und mehr
1948–1953	1 013
1954–1968	1 101
1969–1972	2 751
1973–1978	3 576
1979–1981	7 239
1982–1983	8 801
1984–1985	8 988
1986–1989	10 638
1990–1991	11 364
1992–1995	12 563
1996–2002	13 663
2003–2006	14 851
2007–2008	15 588
2009–2010	16 138
2011–2012	16 314
2013–2018	16 688
2019-2020	16 864
ab 2021	17 051

Jahre	Bezahlter Beitrag												
	Art	bis und mit Fr.											ab Fr.
1948–1959	AHV	2	4	6	8	10	12	14	16	18	20	22	23
1960–1968	AHV/IV/EO	2	4	6	8	12	14	16	18	20	24	26	27
1969–1972	AHV/IV/EO	8	16	24	32	40	48	56	64	72	80	88	89
1973–1975	AHV/IV/EO	14	30	44	60	74	90	104	120	134	150	164	165
1976–1978	AHV/IV/EO	16	32	50	66	82	100	116	132	150	166	182	183
1979–1981	AHV/IV/EO	32	66	100	132	166	200	232	266	300	332	366	367
1982–1985	AHV/IV/EO	40	82	124	166	208	250	290	332	374	416	458	459
1986–1989	AHV/IV/EO	50	100	150	200	250	300	350	400	450	500	550	551
1990–1991	AHV/IV/EO	54	108	162	216	270	324	378	432	486	540	594	595
1992–1995	AHV/IV/EO	60	120	180	240	300	360	420	480	540	600	660	661
1996–2002	AHV/IV/EO	65	130	195	260	325	390	455	520	585	650	715	716
2003–2006	AHV/IV/EO	70	141	212	283	354	425	495	566	637	708	779	780
2007–2008	AHV/IV/EO	74	148	222	296	370	445	519	593	667	741	815	816
2009–2010	AHV/IV/EO	76	153	230	306	383	460	536	613	690	766	843	844
2011–2012	AHV/IV/EO	79	158	237	316	395	475	554	633	712	791	870	871
2013–2015	AHV/IV/EO	80	160	240	320	400	480	560	640	720	800	880	881
2016–2018	AHV/IV/EO	79	159	239	318	398	478	557	637	717	796	876	877
2019	AHV/IV/EO	80	160	241	321	401	482	562	642	723	803	883	884
2020	AHV/IV/EO	82	165	248	330	413	496	578	661	744	826	909	910
ab 2021	AHV/IV/EO	83	167	251	335	419	503	586	670	754	838	922	923
Beitragspflicht erfüllt für .. Monate		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Anhang II

1/18

Abtretung von Rentenfällen von EL-Bezügern an die kantonale Ausgleichskasse des Wohnsitzkantons

([Art. 125 Bst. d AHVV](#); Rz 2034; Kreisschreiben an die AHV-Ausgleichskassen vom 30. September 1985)

1. Die Übernahme von Rentenfällen von EL-Bezügern wurde sämtlichen kantonalen Ausgleichskassen bewilligt.
2. Ausgleichskassen und Zweigstellen, die ihr Einverständnis zur Abtretung von Rentenfällen von EL-Bezügern *nicht* erklärt haben

Nummer	Kurzbezeichnung	Sitz
59	CICICAM CINALFA	Neuchâtel
66.1	Société des Entrepreneurs - Agence Vaud	Tolochenaz
106	FER CIAV	Genève
106.1	FER CIAM	Genève
106.2	FER CIFA	Fribourg
106.3	FER CIGA	Bulle
106.4	FER CIAN	Neuchâtel
106.5	FER CIAB	Porrentruy
106.7	FER VALAIS	Sion
109	CVCI	Lausanne
110	Caisse AVS de la Fédération pa- tronale vaudoise	Lausanne
111	Meroba	Genève
111.1	Meroba – Agence de Lausanne	Lausanne
111.2	Meroba – Agence Sion	Sion

Anhang III

1/21

Ansätze zur Bestimmung des Unterhaltsbedarfes für Kinder

Erläuterungen

1. Die massgebenden Ansätze des EVG entsprechen den Beträgen der von H. Winzeler (Die Bemessung der Unterhaltsbeiträge für Kinder, Diss. Zürich 1974) ermittelten Werte (ZAK 1978 S. 311). Bei den angegebenen Werten handelt es sich um die ungekürzten Ansätze (s. AHV-Mitteilung Nr. 32).
2. Seit 1988 werden die Unterhaltsansätze jeweils im gleichen Zeitpunkt wie die Renten und im gleichen Ausmass der Lohn- und Preisentwicklung angepasst.
3. Die Ansätze sind in den folgenden Fällen anzuwenden:
 - a. der halbe Ansatz zur Prüfung, ob der geschiedene Elternteil für die ihm zugesprochenen Kinder überwiegend aufkommt und daher eine Zusatzrente zur Rente des geschiedenen Ehegatten ausgerichtet werden kann;
 - b. der Viertelsansatz zur Bestimmung der Unentgeltlichkeit eines Pflegeverhältnisses (Rz 3309 ff.).

Anhang III

1/21

Ansätze zur Bestimmung des Unterhaltsbedarfes für Kinder

Kinder	Altersjahr	1/2					1/4				
		2011	2013	2015	2019	2021	2011	2013	2015	2019	2021
1 Kind	bis 6	741	747	750	757	763	370	373	375	378	382
	7-12	788	795	798	805	812	394	397	399	403	406
	13-16	788	795	798	805	812	394	397	399	403	406
	17 u. älter	903	911	915	923	931	452	456	457	461	465
1 von 2 Kindern	bis 6	621	626	628	634	639	310	313	314	317	320
	7-12	672	678	681	687	692	336	339	340	343	346
	13-16	681	687	690	696	702	340	343	345	348	351
	17 u. älter	762	769	772	779	785	381	384	386	389	393
1 von 3 Kindern	bis 6	561	566	568	573	578	280	283	284	287	289
	7-12	591	596	598	604	609	295	298	299	302	304
	13-16	600	605	607	613	618	300	302	304	306	309
	17 u. älter	685	691	694	700	706	342	345	347	350	353
1 von 4 od. mehr Kindern	bis 6	518	523	525	530	534	259	261	262	265	267
	7-12	557	562	564	569	574	278	281	282	285	287
	13-16	557	562	564	569	574	278	281	282	285	287
	17 u. älter	629	635	637	643	648	315	317	319	322	324

Anhang IV

1/18 aufgehoben

(neu in [WL-RR](#))

Anhang V

1/18 aufgehoben

(neu in [WL-RR](#))

Anhang VI

1/22

Übersicht über die bundesrechtlichen Ansätze für die Härtefallberechnung der laufenden Renten (vgl. Rz 3104 ff.) und die Berechnung der grossen Härte (Rz 10712 ff.)

Stand 1. Januar 2022

Gemeinsame Ansätze

	Jahresbeträge in Franken
<i>Betrag für den allgemeinen Lebensbedarf</i>	
– für Alleinstehende	19 610
– für Ehepaare	29 415
für Kinder ab 11 Jahren	
– für jedes der ersten zwei Kinder	10 260
– für jedes der weiteren zwei Kinder	6 840
– für jedes der übrigen Kinder	3 420
für Kinder bis 11 Jahre	
– für das erste Kind	7 200
– für das zweite Kind	6 000
– für das dritte Kind	5 000
– für das vierte Kind	4 165
– für jedes der übrigen Kinder	3 470
<i>Krankenkassenprämie</i>	
– für Erwachsene	7 248
– für junge Erwachsene	5 604
– für Kinder	1 740

Ansätze nur für die Berechnung des Härtefalles

	Jahresbeträge in Franken
<i>Mietzinsausgaben (Bruttomietzins)</i>	
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 1	
– alleinlebend	16 440
– Ehepaar ohne Kinder	19 440
– Ehepaar mit einem Kind	21 600
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	23 520
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ⁷	9 720
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 2	
– alleinlebend	15 900
– Ehepaar ohne Kinder	18 900
– Ehepaar mit einem Kind	20 700
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	22 500
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ¹	9 450
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 3	
– alleinlebend	14 520
– Ehepaar ohne Kinder	17 520
– Ehepaar mit einem Kind	19 320
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	20 880
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ¹	8 760

⁷ Für unverheiratete Personen in einem Haushalt mit mehr als zwei Personen gelten andere Ansätze (vgl. [Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG](#)).

Ansätze nur für die Berechnung der grossen Härte

	Jahresbeträge in Franken
<i>Mietzinsausgaben (Bruttomietzins)</i>	
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 1	
– alleinlebend	16 440
– Ehepaar ohne Kinder	19 440
– Ehepaar mit einem Kind	21 600
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	23 520
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ⁸	9 720
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 2	
– alleinlebend	15 900
– Ehepaar ohne Kinder	18 900
– Ehepaar mit einem Kind	20 700
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	22 500
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ¹	9 450
– für Erwachsene und Kinder in Mietzinsregion 3	
– alleinlebend	14 520
– Ehepaar ohne Kinder	17 520
– Ehepaar mit einem Kind	19 320
– Ehepaar mit zwei und mehr Kindern	20 880
– im Konkubinat (Zweipersonenhaushalt) ¹	8 760
Betrag für persönliche Auslagen (für Personen in Heimen und Spitälern)	4 800
Vermögensverzehr für Personen in Heimen und Spitälern, die das ordentliche Rentenalter noch nicht erreicht haben (Invalidenrenten, Hinterlassenenrenten, Waisenrenten)	1/15
Vermögensverzehr für Altersrentnerinnen und -rentner sowie Hinterlassenenrentnerinnen und -rentner im ordentlichen Rentenalter in Heimen und Spitälern	1/10
kant. Begrenzung der Heimkosten	keine
<i>zusätzliche Ausgabe</i>	
– bei Alleinstehenden	8 000
– bei Ehepaaren	12 000
– bei Waisen und Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV begründen, pro Kind	4 000

⁸ Für unverheiratete Personen in einem Haushalt mit mehr als zwei Personen gelten andere Ansätze (vgl. [Art. 10 Abs. 1 Bst. b ELG](#)).

Übersicht über die Freibeträge für die Anrechnung des Vermögens (Art. 11 Abs. 1 Bst. c und 1^{bis} ELG)

	Jahresbeträge in Franken
Alleinstehende	30 000
Ehepaare	50 000
bei rentenberechtigten Waisen sowie Kindern, die einen Anspruch auf Kinderrente der AHV oder IV begründen, pro Kind	15 000
Selbstbewohnte Liegenschaft (Normalfall)	112 500
Selbstbewohnter Liegenschaftsbesitz (Sonderfälle):	300 000
a) Die Liegenschaft eines Ehepaars wird von einem Ehegatten bewohnt, während der andere im Heim oder Spital lebt;	
b) Die Liegenschaft eines Ehepaars wird von einem Ehegatten bewohnt, welcher eine Hilflosenentschädigung der AHV, IV, UV oder MV bezieht;	
c) Die Liegenschaft wird von einer alleinstehenden Person bewohnt, welche eine Hilflosenentschädigung der AHV, IV, UV oder MV bezieht.	

Anhang VII
1/18 aufgehoben

Anhang VIII
1/18 aufgehoben

Anhang IX

1/17

(vgl. [AHV/EL-Mitteilungen Nr. 367 vom 30.10.2015](#))

Erziehungsgutschriften bei gemeinsamer elterlicher Sorge von geschiedenen oder nicht miteinander verheirateten Eltern

1. Wesentliche Änderungen per 1. Januar 2015

	1. Januar 2000 bis 31. Dezember 2014 *	Ab 1. Januar 2015
Anrechnung ohne Vereinbarung	Häufige Aufteilung unter den Eltern Art. 52f Abs. 2 ^{bis} AHVV (Fassung bis 31.12.2014)	Mutter erhält die ganze EGS Art. 52 ^{bis} Abs. 6 AHVV (Fassung ab 1.1.2015)
Anrechnung gemäss Vereinbarung	Eltern können schriftlich vereinbaren, welchem Elternteil die ganze EGS anzurechnen ist (wechselweise Anrechnung möglich). Art. 52f Abs. 2 ^{bis} AHVV (Fassung bis 31.12.2014)	Eltern können schriftlich vereinbaren, welchem Elternteil die ganze EGS anzurechnen ist oder, dass sie häufig aufgeteilt wird (wechselweise Anrechnung möglich). Art. 52 ^{bis} Abs. 4 AHVV (Fassung ab 1.1.2015)
Abschluss rückwirkende Vereinbarung	Zulässig, solange keine laufenden Renten beeinflusst werden. Rz 5447 RWL	Nicht zulässig, Anrechnung kann nur für Zukunft vereinbart werden. Rz 5454 RWL
Anrechnung im Heiratsjahr ** (wie nicht verheiratet)	<ul style="list-style-type: none"> • Vor der Ehe geborene gemeinsame Kinder: <ul style="list-style-type: none"> ○ gemäss Vereinbarung ○ ohne Vereinbarung, häufige Aufteilung <p>Rz 5466 RWL</p> <ul style="list-style-type: none"> • nicht gemeinsame Kinder: <ul style="list-style-type: none"> ○ ungeteilt an leiblichen Elternteil <p>Rz 5469 RWL</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Vor der Ehe geborene gemeinsame Kinder: <ul style="list-style-type: none"> ○ gem. behördlichem Entscheid oder Vereinbarung ○ ohne behördlichen Entscheid / Vereinbarung, ungeteilt an Mutter <p>Rz 5476 RWL</p> <ul style="list-style-type: none"> • nicht gemeinsame Kinder: <ul style="list-style-type: none"> ○ ungeteilt an leiblichen Elternteil <p>Rz 5479 RWL</p>

* Nicht miteinander verheiratete oder geschiedene Eltern können die elterliche Sorge erst seit Januar 2000 gemeinsam ausüben (Rz 5441 RWL).

** Die Anrechnung der EGS folgt dem Splitting (Art. 29^{quinquies} Abs. 5 AHVG). Das bedeutet, dass die Ehegatten im Jahr, in dem die Ehe geschlossen oder aufgelöst wurde, behandelt werden, wie wenn sie nicht verheiratet wären (Rz 5459 RWL).

2. Gemeinsame elterliche Sorge bestand bereits vor dem 1. Januar 2015

Bei der Anrechnung der Erziehungsgutschriften ist zu unterscheiden zwischen Erziehungsjahren von 2000 - 2014 sowie Erziehungsjahren nach 2015 (Rz 5418 RWL):

	Anrechnung EGS Erziehungsjahre von 2000 bis 2014	Anrechnung EGS Erziehungsjahre ab 2015 (Achtung: Anrechnung wird jeweils erst im Folgejahr wirksam)
Für Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014 liegt eine Vereinbarung (1) vor. Nach 2015 wird keine neue Vereinbarung abgeschlossen.	gemäss Vereinbarung 1	gemäss Vereinbarung 1, da diese weiterhin Gültigkeit hat
Für Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014 liegt eine Vereinbarung (1) vor. Nach 2015 wird eine neue Vereinbarung (2) abgeschlossen.	gemäss Vereinbarung 1	gemäss Vereinbarung 2, da die neue Vereinbarung die ursprüngliche Vereinbarung aufhebt.
Es liegt zu keiner Zeit eine Vereinbarung vor *	hälftige Teilung	ganze EGS an Mutter
Für Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014 liegt keine Vereinbarung vor. Nach 2015 wird eine neue Vereinbarung abgeschlossen.	hälftige Teilung	gemäss neuer Vereinbarung

* Wenn die Eltern die EGS auch nach dem 1. Januar 2015 hälftig teilen möchten, müssen sie eine entsprechende Vereinbarung abschliessen. Einen Handlungsbedarf seitens der Ausgleichskassen besteht allerdings nicht.

3. Vereinbarung über Anrechnung

Vereinbarungen, die den Ausgleichskassen vor dem Rentenfall zu- gestellt werden, sind zu retournieren. Dabei ist den betroffenen Per- sonen mitzuteilen, dass sie die Vereinbarungen erst mit der Ren- tenanmeldung an die zuständige Ausgleichskasse einreichen müs- sen und sie die Vereinbarung bis dahin gut aufbewahren sollen. Eine elektronische Ablage der Vereinbarung bei der Ausgleichs- kasse ist nicht angezeigt.

4. Fallbeispiel

Ein neues Ehepaar hat Kinder aus einer früheren Ehe und behält die gemeinsame elterliche Sorge. Mit ihren früheren Ehegatten haben die neuen Eheleute jeweils eine Vereinbarung über die Anrechnung der EGS nach den **Varianten a), b)** oder **c)** abgeschlossen.

Vereinbarung Variante a)	Vereinbarung Variante b)	Vereinbarung Variante c)
♀: 1	♀: ½	♀: 0
♂: 0	♂: ½	♂: 1

In der nachfolgenden Tabelle ist die Anrechnung beim neuen Ehe- paar abgebildet, wenn die **Varianten a), b)** und **c)** untereinander kom- biniert werden. Bei allen Konstellationen sind folgende Grundsätze zu beachten:

- Pro Person kann maximal 1 ganze EGS angerechnet werden.
- Pro Ehepaar kann maximal 1 ganze EGS angerechnet werden (Ausnahme: Heiratsjahr und Auflösungsjahr).
- Für gemeinsame Kinder kann maximal 1 ganze EGS angerechnet werden.

Kombinationen gemäss Tabelle hiervor		Anrechnung vor Ehe und im Heiratsjahr, wenn: *		Anrechnung spätere Ehejahre, wenn: **		Anrechnung nicht miteinander verheiratete El- tern, wenn: ***	
		je 1 Kind aus früherer Bezie- hung		je 1 Kind aus früherer Beziehung		je 1 Kind aus früherer Beziehung	
		kein gemeinsa- mes Kind		kein gemeinsames Kind		mind. 1 gemeinsa- mes Kind, für wel- ches ½ Anrech- nung vereinbart wird	
ergibt Anrechnung bei neuen Eheleuten		♀	♂	♀	♂	♀	♂
Vereinbarungen unter ehemaligen Eheleuten		♀	♂	♀	♂	♀	♂
♀ a) und ♂ a)		1	0	½	½	1	½
♀ a) und ♂ b)		1	½	½	½	1	1
♀ a) und ♂ c)		1	1	½	½	1	1
♀ b) und ♂ a)		½	0	¼	¼	1	½
♀ b) und ♂ b)		½	½	½	½	1	1
♀ b) und ♂ c)		½	1	½	½	1	1
♀ c) und ♂ a)		0	0	0	0	½	½
♀ c) und ♂ b)		0	½	¼	¼	½	1
♀ c) und ♂ c)		0	1	½	½	½	1
Neue Ehefrau Vereinbarung gem. Varianten a) - c) UND neuer Ehemann keine Vereinbarung	Variante a) 2000 - 2014	1	½	½	½	1	1
	Variante a) ab 2015	1	0	½	½	1	½
	Variante b) 2000 - 2014	½	½	½	½	1	1
	Variante b) ab 2015	½	0	¼	¼	1	½
	Variante c) 2000 - 2014	0	½	¼	¼	½	1
	Variante c) ab 2015	0	0	0	0	½	½

Kombinationen gemäss Tabelle hiervor		Anrechnung vor Ehe und im Heiratsjahr, wenn: *		Anrechnung spätere Ehejahre, wenn: **		Anrechnung nicht miteinander verheiratete El- tern, wenn: ***	
		je 1 Kind aus früherer Bezie- hung	kein gemeinsa- mes Kind	je 1 Kind aus früherer Beziehung	kein gemeinsames Kind	je 1 Kind aus früherer Beziehung	mind. 1 gemeinsa- mes Kind, für wel- ches ½ Anrech- nung vereinbart wird
Neue Ehefrau keine Vereinbarung UND neuer Ehemann Vereinbarung gem. Varianten a) - c)	Variante a) 2000 - 2014	½	0	¼	¼	1	½
	Variante a) ab 2015	1	0	½	½	1	½
	Variante b) 2000 - 2014	½	½	½	½	1	1
	Variante b) ab 2015	1	½	½	½	1	1
	Variante c) 2000 - 2014	½	1	½	½	1	1
	Variante c) ab 2015	1	1	½	½	1	1

* Vor der Heirat ergeht die Anrechnung bei den leiblichen Eltern gemäss der zwischen ihnen abgeschlossenen Vereinbarung (oder auch Scheidungsurteil), Rz 5443 RWL für Erziehungsjahre von 2000 bis und mit 2014; Rz 5450 RWL für Erziehungsjahre ab 2015.

Im Heiratsjahr werden die neuen Eheleute in Bezug auf die EGS wie Unverheiratete behandelt. Je nach dem, was sie mit dem anderen leiblichen Elternteil puncto Anrechnung EGS vereinbart haben, kann es vorkommen, dass den neuen Eheleuten im Heiratsjahr insgesamt bis zu 2 EGS anzurechnen sind.

** In den folgenden Ehejahren werden die EGS unter den neuen Eheleuten geteilt (Rz 5457 RWL). Insgesamt darf den neuen Eheleuten maximal 1 EGS angerechnet werden (Rz 5458 RWL).

*** Nicht miteinander verheiratete Eltern erhalten für gemeinsame Kinder insgesamt stets 1 ganze EGS angerechnet. Hinzukommen halbe oder ganze EGS für Kinder aus früheren Beziehungen.